

# Die Neue Gesell- schaft 11

1979  
26. Jahrgang

---

*Verlag Neue Gesellschaft GmbH*  
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2  
Telefon (0 22 21) 37 80 21-25  
Postscheckkonto Köln 560 70-500  
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,  
Bonn, Nr. 10 11 35 06  
Druck: NW Druck & Service! 5300 Bonn 2

---

*Die Neue Gesellschaft* erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.  
Einzelheft 4,- DM, Jahresabonnement 42,- DM zuzüglich Versandkosten.  
Studentenabonnement gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 30,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag.  
Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

---

Im Bezugspreis sind 6 % Mehrwertsteuer enthalten.  
Anzeigenpreisliste Nr. 8

---

*Herausgegeben  
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Willy Brandt  
Prof. Dr. Reimut Jochimsen  
Prof. Dr. Peter Langsfeld  
Friedel Schirmer  
Prof. Dr. Carlo Schmid  
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm  
Heinz O. Vetter*

---

*Redaktion:  
Herbert Wahner (Chefredakteur)  
Hans Schumacher (verantwortlich)  
Anschrift der Redaktion:  
Godesberger Allee 143  
5300 Bonn 2  
Telefon 37 80 21-25*

---

*Redaktionsbeirat:  
Helmut Schmidt (Vorsitzender)  
Bruno Friedrich  
Dr. Werner Thönnessen  
Dr. Hans-Jochen Vogel*

---

## Zum Inhalt

„Kommunikation und Politik“ heißt das erste Schwerpunktthema des vorliegenden Heftes, wobei der Redaktion bei der Namensgebung klar war, daß auf dem zur Verfügung stehenden Raum der Anspruch, der sich hinter diesem Titel verbirgt, nicht erfüllt werden könnte. Dies wäre selbst dann nicht gelungen, wenn sich Autoren und Redaktion auf die Kommunikation innerhalb der SPD beschränkt hätten – auch diese Grenzen hätten ein zu weites Feld abgesteckt.

Sinn der Zusammenstellung der Artikel zum Bereich „Kommunikation“ in diesem Heft ist, auf einige Schwierigkeiten hinzuweisen und einige Gründe für sie aufzuzählen – mit der typisch sozialdemokratischen Hoffnung, etwas Besseres zu helfen. Wer in eine politische Partei eintritt (und dies gilt in besonderem Maß für einen Eintritt in die SPD), tut dies sicher auch, um die Welt in seinem Sinne wenigstens ein bißchen zu verändern. Sehr bald merkt das neue Mitglied, daß diesem großen Vorhaben einige Hindernisse im Weg stehen. Und zu den größeren Hindernissen zu seinem Ziel zählt einmal sein Gefühl, nicht ausreichend informiert zu sein, und zum anderen die scheinbare Unmöglichkeit, seine Wünsche, Hoffnungen und Vorstellungen deutlich an diejenigen weitergeben zu können, die zum Handeln in der Lage sind. Beide Schwierigkeiten sind nicht nur ein Problem von innerparteilicher Kommunikation und innerparteilicher Demokratie, sondern auch ein Problem der Vertretung von Politik nach außen. Anders ausgedrückt: Mit zunehmender Komplexität der Entwicklungen in allen Politikbereichen werden nicht nur die „technischen“ Möglichkeiten des einzelnen Menschen zunehmend eingeschränkt, an der politischen Willensbildung teilzunehmen, sondern auch die praktische Notwendigkeit wird größer, Politik durch die Partei bzw. ihre Mitglieder in der Gesellschaft vertreten zu lassen, um langfristige Unterstützung der Menschen für Veränderungen und Reformen zu bekommen und zu behalten – und ihre Wünsche und Hoffnungen mit in den politischen Willensbildungsprozeß aufzunehmen.

An diesem Punkt trifft sich in selten so zwingender Eindeutigkeit die sozialdemokratische programmatische

Forderung nach Demokratie mit der praktischen Notwendigkeit.

Allerdings ist die Aufgabe, die innerparteiliche Kommunikation zu verbessern und damit die SPD in die Lage zu versetzen, das „große Gespräch mit den Menschen“ (Herbert Wehner) zu führen, leichter gestellt als gelöst. Wobei zu bedenken ist, daß die SPD einerseits von einer meist nicht gerade freundlichen Medien- bzw. Presselandschaft umgeben ist, andererseits sich aber ein ehemals SPD-eigenes Kommunikationsnetz sich aus den unterschiedlichsten Gründen nicht als überlebensfähig herausgestellt hat und leider immer wieder herausstellt. Daß einem in diesem Zusammenhang Zeitungsnamen einfallen, ist selbstverständlich. Das Fehlen eines innerparteilichen Kommunikationsnetzes hat eine weitere, indirekte Folge: Im Bemühen, die Welt auch im Detail zu verändern, sehen sich die Ortsvereine der SPD und ihre Mitglieder weitgehend ausschließlich auf Bundes- und Landesparteitagsbeschlüsse verwiesen, wenn sie über den kommunalen Bereich politisch wirksam werden wollen – wobei übrigens beileibe nicht gesagt werden soll, daß im Bereich der Ortsvereine mit der Kommunikation alles in Ordnung sei. Dies wiederum führt dazu, daß besonders SPD-Bundestage in der Flut der Anträge zu ertrinken drohen, womit wiederum eine weitere Möglichkeit zur Diskussion (und Kommunikation) stark eingeschränkt wird. Eine Möglichkeit, die Diskussionsverbindung zwischen Mitgliedern und Mandatsträgern der Partei (Fraktionen) zu stärken, wäre schon aus diesem Grund sinnvoll.

Der Artikel Wilhelm Kaisers ist, seiner politischen Bedeutung wegen, noch zusätzlich ins Programm des vorliegenden Heftes aufgenommen worden. Dies führte zu einer zusätzlichen Einschränkung des ohnehin knappen Raums für den von Herbert Wehner und Olaf Sund gemeinsam gezeichneten Artikel, so daß auf den wichtigen Bereich der Beziehungen zwischen Partei und Einheitsgewerkschaft nicht eingegangen werden konnte. Die NG-Leser seien in diesem Zusammenhang auf den Artikel Herbert Wehners „Lernen und nicht vorzweifeln“ in NG 5/79 verwiesen.



# INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
880	Wilhelm Kalsen	Betrachtungen zum Parteitag in Berlin
<b>Thema Kommunikation und Politik</b>		
984	Herbert Wehner/ Olaf Sund	Die Arbeit der Partei im Innern und nach außen
988	Axel Raulfs	Trotz Medienfilter über sozialdemokratische Politik informieren
990	Anja Dertinger	Bürger „an die SPD“
992	Dokumentation	„Ihr Genossen da oben ...“
1000	Kurt Schötzke	Die Arbeiter haben noch einen weiten Weg vor sich
1001	Hartmut Heß	Kommunikation in der Partei: Scheitert die Verständigung an den Mitteln?
1004	Ottfried Jarren	Medienökologie statt Medienpolitik?
1011	Claus Eulich	Neue Medien – Neue Märkte
1016	Rainer Mitzkott	Die unsichtbare Stadt im elektronischen Zeitalter
1022	Gert Börnsen	Die Droge Fernsehen als Gefahr für Kinder und Familien
1024	Danièle Ruthmann	Vom Elend der sozialdemokratischen Parteipresse
1027	Hans-Jürgen Weiß	Massenmedien und Wahlen – Stellen wir die richtigen Fragen?
1032	Jürgen Nowak	„Alternative Liste“ in Berlin
1035	Armin Klein	Sechzig Jahre vor Godesberg
1037	Klaus Schönhoven	Über den Umgang mit der historischen Wahrheit
<b>Thema Umwelt</b>		
1040	Fritz Vahrenholt	Luftreinhaltung – Aufgabe zwischen Gesundheits- und Umweltschutz
1043	Gerd Albracht	Chemie und Umwelt
1047	Liesel Hartenstein	Verpflastern wir die Bundesrepublik?
1051	Eckhard Linnenkohl	Zwischen Natur und Infrastruktur – SPD und Landschaftsschutz
1058	Walter Bückmann	Kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung
1060		Leserbriefe
1066		Kritik
1072		Mitarbeiter dieses Heftes

## Wilhelm Kaisen: Betrachtungen zum Parteitag in Berlin

Die Geschichte unserer Partei ist eng verbunden mit den Parteitagen. Sie haben naturgemäß nicht alle die gleiche Bedeutung – aber der bevorstehende Parteitag wird nach meinem Eindruck größeren Einfluß auf den weiteren Weg und für das Ziel unserer Partei erlangen.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Es sind Entscheidungen zu fällen, die im innerpolitischen Bereich liegen: Da ist als erstes die Kernenergie. Soll sie trotz aller Bedenken genutzt werden oder nicht? Es wird heiße Debatten geben. Auch darüber, ob unsere Partei ihren Einfluß in der Regierung richtig nutzt oder nicht. Hinzu kommt der so bitter notwendige Beginn mit der Abrüstung, der das nationale und internationale Kräfteverhältnis berührt. Ganz außerordentlich wichtig ist nach meiner Auffassung vor allem auch die Wiederherstellung der Stabilität der Währungen. Sie steht in enger Verbindung mit der Sicherung der Energie- und auch der Rohstoffversorgung und dem Ausbau unserer Produktionsbasis. Hinzu kommen weiter die Probleme der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Sicherung der umfassenden sozialen Leistungen auf dem Gebiete der Renten und der Wohlfahrt. Kurz: Es sind Entscheidungen fällig, die man als lebenswichtig bezeichnen kann für alle, die im Produktionsprozeß stehen, und die ohne staatlichen Schutz und Hilfe nicht ihre Funktion als Träger der Produktion in unserem industriellen Zeitalter mit Erfolg ausüben vermögen.

Ich bin mir darüber klar, daß ich bei weitem nicht alle Probleme berührt habe, die den Parteitag beschäftigen werden. Das vollständige Pensum werden schon die Beratungen ergeben. Worauf es mir ankommt, ist etwas anderes. Ich möchte auf das Klima in der Partei zu sprechen kommen, gerade weil sie vor so großen Entscheidungen steht.

Ich bin in diesem Jahre 75 Jahre aktives Mitglied der Partei, und ich habe zu ihr ein Verhältnis, als wäre sie ein Stück von mir. Ihr Schicksal bewegt mich oft, wenn ich an die von mir miterlebte wechselvolle Geschichte in diesem Jahrhundert denke. Was unsere werktätige Bevölkerung dem Wirken unserer Partei verdankt, ist unendlich viel. Was darüber hinaus Deutschland unserer Partei verdankt, ist ebenfalls unendlich viel. Die Historiker geben das bekanntlich nur dann offen zu, wenn einer unserer Parteifreunde, der in führender Position in unserer Republik gestanden hat, verstorben ist. Als Beispiel nenne ich hier vor allem Friedrich Ebert. Er steht vorn in einer Reihe sozialdemokratischer Politiker und Staatsmänner, die sich über ihre Tätigkeit in der Partei und in der Gewerkschaft immerbleibende Verdienste um Staat und Gesellschaft erworben haben, und die zur Stelle wa-

ren, als zweimal der Nullpunkt in der deutschen Geschichte verzeichnet werden mußte. Ich erwähne das, weil ich oft unter dem Eindruck stehe, daß unsere Partei eine zu große Zurückhaltung an den Tag legt, wenn wieder einmal ihre Gegner sich obenauf fühlen und über die SPD herziehen mit Verdrehungen und Lügen aller Art, wie es in meiner Jugend vom Reichslügenverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie üblich war. Also: Mehr Bekennermut und Solidarität untereinander. Ein anderes Kapitel, das mir oft Anlaß zum Nachdenken gegeben hat, ist das der Zeitbedingtheit so mancher Theorie und so manches ideologischen Leitsatzes, an dem wir Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende gläubig und mit Begeisterung hingen. Nämlich die Frage: Was ist das gültige Ziel unserer Bewegung?

Es gab keine Parteiversammlung vor 1914, in der nicht der Referent seinen Bericht über die politische Lage mit der Verheißung schloß: Nur durch den Sieg des Sozialismus wird es besser! Damit waren die Gemüter beruhigt, aber offen blieb die Frage, was denn unter „Sozialismus“ zu verstehen sei. Hier wird sichtbar und erklärlich, wie groß damals das Verlangen nach einer weltanschaulich fundierten Lehre vom Sozialismus war. Für unsere Theoretiker eröffnete sich ein reiches Betätigungsfeld, mit dem sich auch die Parteitage beschäftigen mußten, weil sich sehr bald in unseren Organisationen Meinungsverschiedenheiten bildeten, denen harte Auseinandersetzungen über den richtigen Weg und das richtige Ziel folgten.

Abgesehen von Eduard Bernstein, der sarkastisch bemerkte, daß das Ziel nichts, unsere Bewegung aber alles sei, wuchs die Zustimmung zur Lehre von Marx, daß die kapitalistische Wirtschaft umzugestaltet sei, und an Stelle der zu enteignenden privaten Produktionsmittel eine vergesellschaftete Produktionsart zu treten habe. Dies konnte nach Lage der Dinge nur eine staatlich gelenkte Planwirtschaft sein, deren Produktion sich nach dem ermittelten Bedarf der Gesellschaft zu richten hatte.

Eine Entscheidung über diese wichtige Frage brachte das Manifest der siegreichen russischen Revolution von 1917, das mit der Verkündung der Diktatur des Proletariats auch die Privatwirtschaft aufhob und die Sowjetwirtschaft ins Leben rief.

Dieses geschichtliche Ereignis leitete für die SPD einen umfassenden Läuterungsprozeß ein und führte zur Spaltung der Partei in drei selbständige Richtungen. Wer die damit verbundenen Auseinandersetzungen miterlebte und durchzustehen hatte, wird mir beipflichten, daß die schwersten und leidvollsten Kämpfe Bruderkämpfe sind. Diejenigen, die sich gestern noch bei der Arbeitsstätte oder bei Versammlungen friedlich und voller Vertrauen gegenübermaßen, wurden plötzlich vor ein Freund-Feind-Verhältnis gestellt mit der Auflage, sich zu entscheiden. Es war für viele Mitglieder unserer Partei eine schwere Entscheidung, und zwar deshalb, weil

sie nicht fassen konnten, sich so plötzlich vor eine Schicksalsfrage gestellt zu sehen, die die ganze Weltgeschichte in Bewegung bringen sollte.

Was war in Wirklichkeit geschehen? Ein Streit der Ideologien konnte das allein nicht bewirkt haben. Etwas anderes, Gewaltigeres war hinzugekommen: der verlorene Krieg mit seinen damals kaum übersehbaren schweren Folgen auf allen Gebieten des Staates und der Wirtschaft. In unserer Theorie vom Sozialismus spielen die von Kriegen herbeigeführten Veränderungen keine so entscheidende Rolle wie z. B. die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktion. Dies war leider damals nach 1918 so und wäre auch 1945 fast so gewesen, wenn nicht durch die „bedingungslose Kapitulation“ die Siegermächte darüber zu befinden gehabt hätten, was denn Deutschland künftig sein sollte.

Viele der verheerenden Folgen des ruchlosen Krieges haben wir überwunden. Manches ist unwiderruflich verloren, und vieles bleibt noch zu tun, um unsere Selbstbestimmung voll wieder herzustellen. Immer wieder wird uns dabei die Begrenztheit unserer Souveränität bebüßt, aber sie wird als Folge des Krieges immer weniger begriffen, weil die nachrückenden Generationen sich kaum noch Gedanken darüber machen, was durch die beiden Kriege alles verloren ging. Gewiß brauchen wir, wie die Nachkriegsgeschichte zur Genüge beweist, nicht daran zu zweifeln, daß es auch einmal eine Wende geben wird, wenn wir, unbeeindruckt von dem Lärm der nationalen Gernegroße, in unserer Friedenspolitik fortfahren und auf die Gewalt der Waffen verzichten.

Anders sieht es mit der wirtschaftlichen und sozialen Bilanz der Bundesrepublik aus. An den Erfahrungen früherer Zeiten gemessen, hätte, statt des erreichten sozialen Status unserer Bevölkerung, auch eine Hungersnot die andere ablösen können, wie es viele Jahrzehntlang nach dem 30jährigen Krieg der Fall war. Verhindert hat das vor allem die Entwicklung der Technik und die Leistungskraft und der Aufbauwille unserer Bevölkerung. Hinzufügen können und müssen wir Sozialdemokraten, daß die Partei und die Gewerkschaften alte Vorbehalte zurückgestellt und angesichts des vom Krieg hinterlassenen Zwanges zum Wiederaufbau den Weg der Partnerschaft mit den Unternehmerorganisationen eingeschlagen haben.

Im Hintergrund dieser Entscheidung standen zwei geschichtliche Notwendigkeiten. Einmal die Art und Weise, wie die Kriegsfolgen am besten zu beseitigen waren, und zweitens die große Lehre, die das Vorgehen der Sowjets auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Politik hinterließ.

Hier war für unsere Partei ein entscheidender Einschnitt in ihrer Geschichte erreicht. Sie sah sich genötigt, angesichts der Ergebnisse des Vorgehens der Sowjets, den Schritt zu wagen und sich von der Klassenpartei zur Volkspartei zu entwickeln.

Damit war eine Entscheidung gefallen, die für unsere älteren Mitglieder einen Umstoß vieler Werte bedeutete, die sie nur widerstrebend preisgeben wollten. An Stelle der Sozialisierung der Wirtschaftsgiganten trat jetzt der Ausbau der freien Marktwirtschaft durch das Mitbestimmungsrecht und weitere Verbesserungen in der Sozialgesetzgebung. Die Sowjets versuchten es umgekehrt und ersetzten ihr Rätssystem durch eine militante Zwangswirtschaft mit allen Konsequenzen Stalinscher Diktatur. Auf der Strecke blieben dabei die demokratischen Rechte des Volkes und die Menschenrechte.

Was steckt hinter diesem für beide Teile entscheidenden Wandel ihrer bisherigen Politik? Sind wir Sozialdemokraten etwa kapitalistenfreundlicher oder sind die Sowjets radikalere Kommunisten geworden? Vielfach wird das so gesehen und in der gegenseitigen Polemik auch zum Ausdruck gebracht. Nach meiner Auffassung tritt hier ein Umstand zutage, der von jeher in der Marxschen Konzeption der vergesellschafteten Wirtschaft liegt, nämlich die von Marx ungelöste Kernfrage: Was soll nach Aufhebung des vom Markt bestimmten Wertgesetzes an dessen Stelle als Antrieb der Wirtschaft treten? Wenn das Geld seine Funktion als Antriebsmotor der Produktionsbereitschaft der Beschäftigten verliert, dann muß natürlich an Stelle des Geldes der staatlich organisierte Arbeitszwang treten, damit der Produktionsplan erfüllt wird. Es zeigt sich bald, daß ein solches Vorgehen von seiten des Staates zur Unterproduktion und in der Folge auch zur Unterkonsumtion führte. Obendrein sind die Freiheitsrechte geopfert. Jedenfalls – dies ist wohl unstrittig – empfiehlt es sich nicht, im Westen dieses System nachzuahmen.

Auch wir Sozialdemokraten haben unsere Sorgen mit der Marktwirtschaft. Sie ist in hohem Maße vom Weltmarkt abhängig und anfällig für Wirtschafts- und Finanzkrisen aller Art, deren soziale Folgen wiederum nicht ohne Hilfe des Staates durchgestanden werden können. Man kann einwenden, daß es eben nichts Vollkommenes auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Art ihrer Systeme gibt. Es gibt keine andere Wahl für unsere Partei, die auf das Wohlergehen der berufstätigen Bevölkerung bedacht ist, als auf die Besserung der sozialen Lage hinzuwirken. Sie muß dabei öffentlich über ihr Tun und Lassen Rechenschaft geben, im Gegensatz zu den Sachwaltern der SED, die mit ihren Kritikern anders verfährt und sie zum Schweigen zwingt. Das aber ist nicht mit den demokratischen Grundüberzeugungen des Sozialismus zu vereinbaren.

Und die Konsequenzen für uns Sozialdemokraten? Wir haben im Verlauf dieses Jahrhunderts auf manche Fragen eine geschichtliche Antwort bekommen, die anders ausgefallen ist, als wir um die Jahrhundertwende annehmen konnten. Es sind auch viele neue Probleme aufgetreten, von denen wir damals noch nichts ahnen konnten. Wer dachte damals z. B. an die Konsequenzen

eines atomaren Zeitalters? An die Kernspaltung durch Kernkraftwerke zum Zwecke der Stromerzeugung, um den ständig steigenden Bedarf zu decken? Wer hätte von einer 40-Stunden-Woche, von einer Arbeitslosenversicherung und einer sozialen Gesetzgebung der heutigen Art zu reden gewagt? Garantiert keiner von uns, und auch nicht die kühnen Träumer vom Zukunftsstaat.

Aber auch eine andere Erscheinung war nicht voraussehen, nämlich die heutige Angst vor den Konsequenzen, die der Fortschritt auf allen Gebieten der Technik mit sich bringen könnte, und der weitverbreitete stille Wunsch der Bevölkerung, daß alles so bleiben möge, wie es jetzt ist. Wir Sozialdemokraten nannten uns damals „Pioniere des Fortschritts“. Ich muß heute manchmal daran denken, wenn ich die Debatten um das Für und Wider der Kernenergie verfolge.

Ich bin auf diesem Gebiet kein Fachmann und kann mir kein Urteil erlauben über die Gefahren aller Art, die damit verbunden sind. Aus meiner Erinnerung kann ich nur berichten, daß es bei der Einführung der Gasbeleuchtung ähnlich zugeht. Das gleiche gilt für die erste Eisenbahn und den ersten elektrischen Strom. Die Archive unserer Städte bergen genügend Material zur Beurteilung von Situationen, in denen der Widerstand der Bevölkerung gegen solche technischen Neuerungen turbulente Formen angenommen hatte.

Angst und Schrecken sind bekanntlich schwer durch eine Politik des Zwangs zu überwinden, die sich zum Ziel setzen muß, die gefährdete Energieversorgung unter allen Umständen zu sichern. Die von uns verfolgte Politik kann vorerst nur Eines tun: erst einmal versuchen, die vielen Vorurteile zu überwinden. Dies muß mit Hilfe eines gut geführten Aufklärungsfeldzugs geschehen, gestützt auf die Erfahrungen, die mit den bisher schon tätigen Kernkraftwerken gemacht wurden. Hier wäre auch ein Betätigungsfeld für unsere Partei und für die Gewerkschaften vorhanden. Letztlich wäre ebenfalls zu überlegen, ob hier nicht für unsere Partei eine nationale Aufgabe vorliegt, die von allen Parteien gelöst werden müßte. Ich bin zu diesem Vorschlag gekommen, weil die dringenden Appelle der Sachverständigen so gehalten sind, daß wir Sozialdemokraten sie nicht ernst genug nehmen können.

Weiter ist sicher notwendig: Wir müssen unabhängiger von Öleinfuhren werden, schon aus Gründen der Stabilität unserer Wirtschaft und unserer Währung. Die schon zur Gewohnheit werdenden periodischen Erhöhungen der Ölpreise rufen jedesmal Preis- und Lohnwellen hervor, die einen inflationären Trend unserer Währung unterstützen. Das Vertrauen zum Geld wird immer wieder gestört, und die Städte und Gemeinden werden ebenso wie der Bund zu einer Finanzpolitik gezwungen, die alles andere als gesund ist. Eine der wichtigsten Quellen dieser besorgniserregenden Entwicklung befindet sich auf dem Sektor der Öleinfuhr. Wenn wir hier



durch die Bedienung der Betriebe mit eigenem Kernkraftstrom unabhängiger werden könnten, wäre dies sehr zu begrüßen.

Wenn man die Reihe der Probleme, die es zu lösen gilt, überblickt, dann liegt der Gedanke nahe: Sollte unsere Partei nicht einmal ausruhen und sich von ihren so sehr nach der Regierung drängenden Gegnern ablösen lassen? Das wäre allerdings das Schlechteste, was wir tun könnten. Wir würden damit auch keine Last los, die uns drückt und daher oft als unbequem empfunden wird. Warum nicht einmal, ledig aller Pflicht, dem großsprecherischen Verklünder einer „historischen Wende der Politik“ die Gelegenheit geben, sich zu bewähren? Einfach deshalb nicht, weil die Bundesrepublik unser Staat ist, den wir mitgeschaffen haben. Daher mein Rat an die Jugend und an die Zweifler: Ein Zurtück gibt es hier nicht für uns! Im Gegenteil: Im Zuge unserer Politik müssen wir alles daran setzen, um die Positionen dieses Staates zu besetzen. Das hat zur Konsequenz, daß wir auch unsere Vertreter in den Ämtern vorbehaltlos unterstützen. Tun wir das nicht, dann handeln wir pflichtwidrig, und zwar nicht nur gegenüber den Personen in den leitenden Stellen des Staates, sondern auch gegenüber unserer Partei.

Warum betone ich das so eindringlich, wie es mir möglich ist? Weil wir in der Zeit der Republik von Weimar viele bittere Erfahrungen machen mußten über manche Unzulänglichkeiten in der Haltung unserer Partei, die sich nur schwer mit dem Wandel ihrer dauernden Oppositionsstellung in der Kaiserzeit zur Regierungspartei in der von ihr selbst ausgerufenen demokratischen Republik abfinden konnte. Während die politischen Wogen hochgingen und die junge Republik von einer Krise in die andere stürzte, wurde auf den Zahlabenden unserer Partei fleißig diskutiert über die „Art“ der Demokratie. Sollte es die „proletarische“ oder die „bürgerliche“ Demokratie sein? Sollten wir uns an der Regierung beteiligen oder zur Opposition bekennen? Dabei kam das alte Vokabular der Begriffe aus der Vorkriegszeit wieder hoch und verdrängte die bitteren Folgen eines verlorenen Krieges mit all seinen Problemen, die dringend gelöst werden mußten. Was unsere drei Volksbeauftragten an der Spitze der Republik damals durchzustehen hatten, um zu verhindern, daß das Schiff nicht völlig aus dem Kurs lief – davon wurde auf den Zahlabenden kaum gesprochen. Sie redeten so, als wäre kein Krieg verloren gegangen, sondern eine Revolution gewonnen worden. Unmut und Passivität breiteten sich aus. Das bekam besonders die im Entstehen befindliche Republik zu spüren, deren vornehmliche Aufgabe darin bestand, ein Sprachrohr gegenüber den Siegermächten zu sein. Das trug ihr wiederum die Angriffe der Nationalisten ein, die mit der Legende vom „Dolchstoß“ der Demokratie die Schuld an der Niederlage zuschoben. Es kam, was nicht mehr aufzuhalten war: die Hitlerei und

der Zweite Weltkrieg.

Heute wissen wir, daß Bonn nicht Weimar geworden ist. Es fehlen heute Kontroversen zwischen den Parteien über die Art der demokratischen Grundätze. Das Gleiche gilt für die Grundlage unserer Wirtschaftsverfassung und auch für die Regeln, auf denen das Partnerschaftsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden beruht.

Dafür treten heute mehr die Zeit- und Streitfragen des Alltags in den Vordergrund der Politik. Sie verlangen von unseren Vertretern in den Parlamenten und Regierungen viel Arbeitseser und Sachverstand, um die nötigen politischen Entscheidungen vorzubereiten. Sie verlangen allerdings auch die Unterstützungsbereitschaft durch unsere Mitglieder – also mehr Disziplin. Zum Glück verfügen wir über die Personen in der Regierung, die sich, mit Helmut Schmidt an der Spitze, der Lage gewachsen zeigen und daher ausnahmslos unsere Unterstützung verdienen.

Dies alles unterstützt meine Meinung, daß sich die Lage unserer Partei in dieser zweiten Republik grundlegend zu ändern beginnt. Auch der Parteitag wird das zeigen, weil er sich nicht der Einsicht verschließen kann, daß es gilt, eine positive Politik zu unterstützen, bei der es ohne die Mitarbeit der SPD nicht geht.

## **Olaf Sund und Herbert Wehner: Unvollständiger Versuch eines Beitrags zum Selbstverständnis der Sozialdemokraten über die Rolle der gemeinsamen Sozial- demokratischen Partei Deutschlands**

Man muß sich im Nachhinein fragen, ob die Diskussion über den sozialdemokratischen „Orientierungsrahmen '85“ wirklich die Partei so bewegt und erfaßt hatte, wie es der Eindruck fast aller Beobachter gewesen war. Verfolgt man aktuelle Diskussionen und Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratischen Partei, so stellt man fest, daß der „Orientierungsrahmen“ nach seiner Verabschiedung eher als formeller Abschluß einer Diskussionsperiode behandelt worden ist und nicht als Grundlage und eben „Orientierung“ für weitere Entwicklungen. Insoweit ist er, streng genommen, „spurlos“ geblieben. Das gilt nicht zuletzt für den so bedenkenswerten Teil, der zum Stichwort „Vertrauensarbeit der Partei“ aufgeschrieben wurde.

Die Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen und auch mit den Problemen, die langfristige Prägungen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung zum Gegenstand haben, wird allzu häufig so angelegt und geführt, als ob sie jeweils ganz neu begonnen werden müßte. Obwohl die Unterschiede zwischen den einzelnen Gliederungen der Partei nicht gering geschätzt werden dürfen:

### **Wir laufen Gefahr, ein wichtiges Kapital zu verschenken**

Das Godesberger Programm (beschlossen im November 1959) und ihm folgende grundsätzliche Beschlüsse sind gar nicht hoch genug zu bewerten: Dies wird ganz deutlich, wenn man die „Qualen“ beobachtet, die eine grundsätzliche und programmatische Auseinandersetzung der CDU und der CSU bereitet. Wo aber können die Ursachen dafür liegen, daß sich Sozialdemokraten der Chance so wenig bewußt sind, die in den Ergebnissen eigener Anstrengungen und in der politischen Nutzung eigener Leistungen zu sehen ist?

Dies ist kein Plädoyer für die Eröffnung einer neuen Diskussionsphase, diesmal wieder über uns selber. Aber vielleicht lohnt es sich doch, anstelle einer mühselig seminaristischen Debatte über Vertrauensarbeit, Vertrauensarbeit einfach zu praktizieren, und zwar nach Grundsätzen, die im Kern niemand bestreitet. Dies um so mehr, als sie in der praktischen Auseinandersetzung mit einer CDU/CSU zu geschehen hat, die für sich selbst entschlossen ist, auf Biegen und Brechen um die Mehrheit zu kämpfen, weil sie sich sonst für „unabseh-

bare Zeit“ von der Möglichkeit ausgeschlossen sieht, ihre Macht entscheidend zu erweitern.

Die SPD hat gute Chancen, bestehendes Vertrauen ihrer Mitglieder und Freunde sowie der Bürger zu festigen und neues hinzuzugewinnen.

Viele Mitglieder sind seit dem Ende des vergangenen Jahrzehnts oder erst später zur SPD gestoßen. Es war ein Eintritt in eine im Bund und in einer Reihe von Ländern regierende Partei. Es war – verglichen mit früheren Jahrzehnten – neu, daß mancher – vor allem von den Jüngeren – quasi seine Karriere mit der Partei planen konnte oder sich gedrängt oder berufen fühlte, Auseinandersetzungen über die „Rolle“ oder den „Rang“ der Partei in der Regierungsverantwortung zu führen.

Unter den neuen Mitgliedern verfügt ein hoher Anteil über eine akademische oder über eine vergleichbare Ausbildung. Die Versammlungen zahlreicher Organisationen nahmen in der Folge häufig einen seminaristischen Charakter an. Es ist notwendig, alles zu tun, um die Bindung der alten und erfahrenen Mitglieder an die Partei und ihre Arbeit zu erneuern und „alte“ mit „neuen“ Sozialdemokraten aufeinander zugehen zu lassen. Auch die älteren Mitglieder müssen sich in ihr zu Hause fühlen. Sie muß wieder zu dem werden, was sie selbst als ihre politische Heimat ansehen.

Ohne einer Idylle das Wort zu reden: Wenn die Partei für Sozialdemokraten immer auch ein Stück politischer Heimat bedeutete, dann ist die Veränderung auch im Äußerlichen sichtbar: im Umzug der Versammlung vom Lokal in die klimatisierten Waschbetongehäuse der Schulen und Rathäuser.

Ein erster Schritt zu dem Ziel, die „Alten“ wieder stärker in der Partei wirksam werden zu lassen, wäre, daß sich die Versammlungen zum Teil anderer als derjenigen Themen annehmen, die häufig jüngere Mitglieder und Funktionsträger in Fehleinschätzung der politischen Gegebenheiten in den Vordergrund rücken. Es muß sich die Erkenntnis durchsetzen, daß Parteiversammlungen keine Hochschulseminare sind. Denn sonst werden Erwartungen nicht erfüllt, die ein großer Teil der Mitglieder an die Veranstaltungen der Partei knüpft. Noch mehr muß man sich bei öffentlichen Veranstaltungen immer wieder fragen, ob sie ihre Adressaten auch tatsächlich erreichen.

Im Hinblick auf die Bindung älterer Menschen ließe sich schon vieles zum Besseren wenden, wenn sich alle Jungen angewöhnten, die Älteren nicht unterzubuttern, sondern sie zu Wort kommen lassen, ihre Erfahrung und die sich daraus ergebenden Argumente nutzen würden. Es geht darum, den Älteren schlicht den Respekt zu zollen, den sie verdienen. Denn viele von ihnen haben schon zu einer Zeit für die Sozialdemokratie eingestanden, als dies schwierig war und mit bitteren Benachteiligungen einhergehen konnte. Und umgekehrt: Die Älte-

ren in einem Klima zu ihrem Teil mitwirken zu machen, das für die Jüngeren anregend ist.

Eine solche gleichermaßen menschliche wie politische Veränderung in ihren Gremien würde die Partei auch aufnahmefähiger und interessanter für eine große Zahl gerade solcher junger Menschen machen, die sich jetzt nicht von ihr angezogen fühlt und die eine angestrengt auf „grün“ oder auf „jung“ getrimmte Partei auch nur verächtlich lände.

Viele Parteiversammlungen – nicht nur der SPD – leiden darunter, daß die Statuten als Waffe eingesetzt und ermüdende Abstimmungen und Wahlgänge durchzuführen sind. Dies alles hängt sicherlich zum Teil mit der inneren Verrechtlichung der Parteien infolge des Parteiengesetzes zusammen. Es dient aber auch immer wieder dazu, den Ablauf von Versammlungen zu verschleppen, weil andere Mehrheiten erhofft werden, wenn Entscheidungen erst an deren Ende fallen und mancher Teilnehmer schon voller Verdruß den Heimweg angetreten hat.

#### Entscheidungen gehören in die dafür vorgesehenen Gremien

In Teilen der SPD haben sich Diskussionskreise, Freundeskreise und ähnliche mehr oder weniger verfestigte Zirkel gebildet, in denen es um Sach-, in erster Linie aber um Personalfragen geht. Hier fallen dann häufig Entscheidungen. Diese Verlagerung ist nachteilig für die Partei, weil dadurch die von der Satzung für die jeweiligen Fragen vorgesehenen Entscheidungsgremien in ihrer Substanz ausgehöhlt werden. Die Partei darf sich nicht zerspannen.

Der Nachteil geht in zwei Richtungen: Für den Teil der Mitgliedschaft, der nicht bereit ist, in den Zirkeln mit von der Partie zu sein, werden die Parteiveranstaltungen unattraktiv. Er bleibt schlicht zu Hause. Verheerend ist zudem die Wirkung auf die Öffentlichkeit. Ihr drängt sich nämlich der Eindruck auf, als nehme sich die Partei nicht ihrer Probleme an, sondern sie sei lediglich eine Schiene, auf der Postenambitionen verwirklicht werden.

Die innerparteiliche Diskussion ist notwendig. Sie muß offen geführt werden. Allerdings ergibt eine nähere Untersuchung zahlreicher Auseinandersetzungen, daß die Übereinstimmung in der Sache zumeist größer ist, als der Widerstreit vermuten läßt. Dennoch werden allzu häufig verdrossene Pflichtübungen im so deklarierten Grundsätzlichen absolviert, die bei Lichte betrachtet eher eine Art Überbau für Personalausinandersetzungen sind.

Die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD dürfen nicht zur „Ausdünnung“ der Arbeit in den Ortsvereinen führen. Es darf nicht dazu kommen, daß die Mitglieder – wenn überhaupt – nur noch in „ihrer“ Arbeitsgemeinschaft mitwirken. Daraus kann sich die

Gefahr ergeben, daß die Spezialisierung auch ein gewissermaßen „parzelliertes Bewußtsein“ der Betroffenen nach sich zieht. Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften muß stärker darauf konzentriert werden, die Arbeit der Gesamtpartei zu bereichern, anstatt Leben aus ihr herauszuziehen. Eine ständige Rückkoppelung ist geboten. Man muß miteinander reden. Es reicht nicht aus, sich gegenseitig Protokolle und Beschlüsse zuzuschicken und dies dann als „Kommunikation“ zu etikettieren.

Die SPD wäre gut beraten, sich noch stärker als bisher die Erfahrungen ihrer Betriebsgruppen zunutze zu machen, besonders derjenigen aus privatwirtschaftlichen Betrieben. Die Betriebsgruppenarbeit in diesem Bereich verdient in besonderer Weise die Unterstützung der Partei, weil sie schwierigeren Bedingungen unterliegt, als es im allgemeinen in öffentlichen Verwaltungen der Fall ist.

#### Arbeit nach außen

Die Fachkonferenzen der Partei sind grundsätzlich als positiv zu bewerten. Denn in einer Partei wie der SPD muß es Mitglieder geben, die bestimmte politische Gestaltungsbereiche vertieft bearbeiten. Es muß jedoch vermieden werden, daß der Mitbürger das Gefühl bekommt, diese Fachkonferenzen seien lediglich Spezialschulungen, bei denen weder seine Probleme behandelt werden, noch seine Sprache gesprochen wird.

Es muß wieder mehr Sozialdemokraten geben, die – fachlich wohlinformiert und aufgeschlossen gegenüber dem, was die Mitbürger bewegt – mit ihnen diskutieren, sich ihnen einsichtig machen und sich ihrer als Verbündete vergewissern können. Kinderfeste und Straßenfeste – so gut sie auch immer sein mögen – ersetzen keine Glaubwürdigkeit. Sozialdemokraten müssen durch die Vorbildlichkeit ihrer Haltung überzeugen. Sie müssen Ansprechpartner sein, sich um den einzelnen kümmern. Dies trägt auch mehr zur eigenen Zufriedenheit bei als manches andere, was sich nur bei oberflächlicher Betrachtung als ein politischer Erfolg darstellt.

Mögliche Diskussionen über die Vertrauensarbeit innerhalb der SPD können die praktische Vertrauensarbeit außerhalb der Partei nicht ersetzen. Im Klartext bedeutet dies: Wenn ein Sozialdemokrat erhebliches Engagement darauf verwendet, in gesellschaftlich wichtigen Organisationen außerhalb der Partei mitzuarbeiten, so darf ihm dann nicht entgegengehalten werden, er kümmere sich zu wenig um die Partei und komme daher nicht als ihr Mandatsträger in der Partei wie in anderen Einrichtungen in Betracht. Tatsächlich können solche Sozialdemokraten für die Partei wertvoller sein als manch anderer, der gewissermaßen nur im eigenen Saft schwimmt.

Die Mitarbeit von Sozialdemokraten in befreundeten Organisationen müßte sich von selbst verstehen. Darüber darf jedoch nicht vernachlässigt werden, daß sich Sozialdemokraten auch für Aufgaben in solchen Organi-

sationen zur Verfügung stellen, die der Partei nicht unmittelbar verbunden sind.

### **Keine Ämterhäufung und Vermengung von politischen Aufgaben mit privaten Interessen**

Um das Vertrauen der Mitbürger in die Partei zu festigen, muß darauf geachtet werden, daß eine Ämterhäufung vermieden wird. Die SPD hat die daraus resultierenden Probleme erkannt und will ihnen entgegenwirken. Die entsprechenden Vorschläge müssen alsbald in die Praxis umgesetzt werden.

Von ebenso großem Gewicht ist es, dafür zu sorgen, daß vor allem bei den Mandatsträgern in Partei und Parlamenten keine Vermengung ihrer politischen Aufgaben mit beruflichen und privaten Interessen erfolgen kann und erfolgt. Denn nur so kann der durch hochgespielte Einzelfälle genährten Ansicht eines großen Teils der Bürger entgegengewirkt werden, als seien Parteien und Fraktionen „Selbstbedienungsläden“, als diene die Betätigung in der Partei, in Parlamenten und ihren Ausschüssen vorrangig dazu, sich zum Beispiel durch die Erlangung von Informationsvorsprüngen private Vorteile zu verschaffen.

### **Rücksicht auf das Bewußtsein der Bürger**

Die Partei muß zwar in programmatischer Hinsicht Vordenkerin sein. Sie muß vorausgehen und weiterreichende Ziele formulieren, als aktuell in praktischer Politik umgesetzt werden können. Die sollte aber nicht so weit vorangetrieben werden, daß die Tuchfühlung zur Politik ihrer Repräsentanten, die Regierungsverantwortung tragen, verloren geht, und daß der Bewußtseinsstand der Bürger außer acht gelassen wird.

Die Partei muß sich zudem davor hüten, falsche Fronten aufzubauen. Sie darf sich nicht gewissermaßen in Opposition zu einer Koalitionsregierung begeben, deren größter Partner sie selbst ist. Die Sozialdemokraten in der Exekutive müssen von ihr getragen werden. Die Linie der Auseinandersetzung hat vorrangig zwischen den Sozialdemokraten und ihren politischen Gegnern zu verlaufen und nicht zwischen der Partei auf der einen und ihren Regierungsmitgliedern auf der anderen Seite oder gar zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der Partei.

### **Kompromisse zu schließen, heißt nicht, Grundsätze preiszugeben**

Die Partei muß sich der Chancen immer wieder bewußt werden, die ihr das sozialliberale Bündnis bietet. Sicherlich ist es richtig, darüber nachzudenken und sich dafür einzusetzen, daß die SPD ihre Positionen stärker verdeutlicht, zumal dann, wenn ihr die Einbindung in eine Koalition in der Regierungspolitik Kompromisse abnötigt. Es muß aber der weitverbreiteten Neigung entgegengewirkt werden, Kompromisse immerzu als faul

und geradezu verächtlich abzustempeln. Die Fähigkeit und Bereitschaft, Kompromisse zu schließen, darf nicht mit der Preisgabe von Grundsätzen gleichgesetzt werden.

Viele Sozialdemokraten wären gut beraten, mehr als bisher Erfolge sozialdemokratischer Politik hervorzuheben, anstatt immer nur auf das abzustellen, was noch nicht verwirklicht werden konnte. Wenn ein Gesetz eine Reihe sozialdemokratischer Forderungen aufgenommen hat, eine jedoch unberücksichtigt blieb, so ist es geboten, der Öffentlichkeit auch klarzumachen, was erreicht werden konnte, anstatt nur auf dem einen nicht erledigten Punkt „herumzureiten“.

### **Die SPD ist keine Protestpartei**

Die SPD darf sich nicht als Protestpartei verstehen. Sie ist eine an Grundwerten orientierte politische Gesinnungspartei, die sich als Regierungspartei darum bemüht, möglichst vieles in praktische Politik umzusetzen, was die Freiheitspielräume der Menschen erhöht, was von ihnen als gerecht empfunden wird und was Solidarität gebietet.

Eine Opposition kann Protestwähler für sich nutzen; Unzufriedenheit oder Neid läßt sich gegen Regierende mobilisieren. Es bleibt fraglich, ob sich Protest politisch gestalten, hinführen läßt in politisches Bewußtsein. Das wird auch auf die zahlreichen jungen Menschen zu wenden sein, die viele Erscheinungsformen von Protesthaltungen kennzeichnen. Wenn es gelingt, politische Orientierungen, politische Zusammenhänge von Entscheidungen und Möglichkeiten zu vermitteln, nur dann gibt es überhaupt eine Chance zur Auseinandersetzung, auch zur Bindung.

### **Keine Unterstützung für Gruppenegoismen**

Je unüberschaubarer und technisch komplizierter sich öffentliche Probleme dartun, um so stärker werden privatistische Wünsche und desto größer der Bedarf an privatistischen Freiräumen. Die Verbesserung der Lebenslage breiter Bevölkerungskreise führt zunehmend dazu, daß sich die Öffentlichkeit allzu häufig mit im Grunde nachrangigen Problemen befaßt, die dann häufig auch in den Vordergrund der Parteilarbeit gerückt werden. Oftmals verbirgt sich hinter diesen vermeintlich wichtigen Problemen allerdings lediglich Gruppenegoismus. Die SPD darf dieser Entwicklung keinen Vor-schub leisten. Sie darf ihre Arbeit nicht an diesen nachrangigen Problemen ausrichten. Sie muß alles tun, um die Diskussion wieder stärker auf elementare Kernbereiche der Politik zu konzentrieren. Dies erleichtert auch die Herausarbeitung ihres auf Grundwerte gestützten politischen Profils und ihre Abgrenzung zu Positionen ihrer politischen Gegner.

### **Bürgernähe heißt nicht Kleinkartheit**

Zumal dann, wenn Sozialdemokraten Regierungsver-

antwortung tragen, besteht in den satzungsmäßigen Gremien der Partei und in den Kommissionen, die sie einsetzt, die Gefahr, daß mit spezialisierten Anträgen nicht nur versucht wird, politische Leitlinien festzulegen und Orientierungen zu geben, sondern zu sehr in Einzelheiten zu gehen und das leisten zu wollen, was die Aufgabe der Sozialdemokraten in Regierungen und in Parlamenten ist. Im übrigen darf Bürgernähe nicht mit Kleinkariertheit verwechselt werden, die sich in Anträgen niederschlägt.

Detaillierungs- und Quantifizierungsperfektionismus sind nicht hilfreich. Im Gegenteil: sie können eher Möglichkeiten verbauen als Wege öffnen. Sie können dazu führen, daß dann, wenn Bilanz zu ziehen ist, wieder einmal nur darüber diskutiert wird, es sei nicht alles erreicht worden und dabei völlig unter den Schlitzen gerät, daß beachtliche Schritte in die richtige Richtung, nämlich auf sozialdemokratische Ziele hin, gemacht worden sind. Um Sympathie und Vertrauen zu gewinnen, ist es immer wieder erforderlich, den Menschen die Bedeutung einzelner Schritte – seien sie auch klein – für den Gesamtrahmen klar zu machen, in dem sie zu sehen sind.

Hier sei es erlaubt, die Sätze in Erinnerung zu bringen, die Gustav Heinemann am 1. Juli 1969 in seiner Antrittsrede als Bundespräsident geprägt hat:

„Wir bleiben in diesem unserem Leben an die realistische Utopie einer verbesserten Welt gewiesen, die vernünftigerweise allein das Leitbild unseres Handelns sein kann.

Das Geheimnis auch der großen und umwälzenden Aktionen besteht darin, den kleinen Schritt herauszufinden, der zugleich ein strategischer Schritt ist, indem er weitere Schritte in Richtung einer besseren Wirklichkeit nach sich zieht. Darum hilft es nicht, das Unvollkommene zu höhnen oder das Absolute als Tagesprogramm zu predigen. Laßt uns statt dessen durch Kritik und Mitarbeit die Verhältnisse Schritt für Schritt ändern.“

**Politische Inhalte sind wichtiger als organisatorische Schritte**

Die Partei muß sich darauf besinnen, daß neue organisatorische Ansätze keinen Politikersatz darstellen können. So wichtig es im Einzelfall immer sein mag, daß politisches Wollen seinen Niederschlag in organisatorischen Vorkehrungen findet, so steht auch fest, daß die politischen Inhalte wichtiger sind. So darf zum Beispiel eine noch so ausgeklügelte Serie von Detailvorschlägen über die Struktur von sogenannten Gleichstellungsstellen für Frauen nicht an die Stelle überzeugender Fortschritte in der Politik für Frauen selbst treten.

**Erfahrungen sammeln und lernen**

Es bringt die Partei auch nicht voran, wenn einzelne ihrer Mitglieder und Amtsinhaber versuchen, sich gegenseitig an vermeintlicher Fortschrittlichkeit zu überbieten und den Anschein zu erwecken versuchen, sie verfügten über ein sozialdemokratisches Patent von besonderer Güte. Manche nutzen dabei die Medien kunstreich, um unter dem Signum der Öffentlichkeit von Diskussion ihre Auffassungen in die innerparteiliche Debatte zurückzuspielen, so daß dort unabänderliche Fakten gesetzt sind. Das spezielle Interesse der Medien, die auf solche Art eingespannt werden, ist bekanntermaßen unterschiedlich. Die Wirkung solcher Vorgehensweisen ist es demzufolge auch.

Wer versucht, seine eigene Fortschrittlichkeit im Vergleich zu anderen zu dokumentieren, verkennt, daß es bisweilen geradezu geboten ist, Entweder-oder-Positionen zu vermeiden, wo es noch erforderlich ist, Erfahrungen zu sammeln und zu lernen. Wohlklingende Schlagworte beeindrucken zwar zeitweise Unbedarfte. Sie wecken aber letztlich bei den Bürgern kein Vertrauen, das Bestand hat und in die Zukunft trägt.

## Axel Raufts: Trotz Medienfilter über sozial- demokratische Politik informieren

Das Programm steht mal wieder auf der Tagesordnung. Die „Hamburger Morgenpost“, letzter Eisfleck eines ehemals riesigen Medien-Eisberges der SPD, schmilzt dahin unter der erbarmungslos heißen Sonne des bundesdeutschen Wettbewerbs. Obwohl es eh nichts mehr nützt – vielen Sozialdemokraten scheint der Niedergang des letzten Trützes gegen die „Fünfte Gewalt“ zu sehr Symbol für die Preisgabe des offenen politischen Wortes an den unpolitischen und an den politischen Gegner, als daß hier nur ein Hamburger Lokal-Derby um das dümmlichste Boulevard-Blatt zuende gegangen wäre. Bitter blicken Sozialdemokraten zurück – im Zorn. 30 Jahre sogenannter sozialdemokratischer Medienpolitik, deren Nichtstun schlimmer war als deren Tun, lassen noch nicht einmal Scherben zurück, aus denen sich so etwas wie der frei vermittelte „Originalton SPD“ der dann sicher erstaunten Öffentlichkeit wieder zusammenflicken ließe. Sie lassen Sozialdemokraten und sozialdemokratische Wähler zurück an einer deutschen Medienwand, an der der Aufstieg zur wahren Information nur noch über Stiegen und Kanthaken der „anderen“, jedenfalls nichtsozialdemokratischen, Seite geht.

Was bedeutet diese Ausgangslage für sozialdemokratische Politik, was für das politische Auskommen untereinander und das politische Handeln der SPD? Zunächst und schon seit langem: Sozialdemokraten informieren sich über die SPD, über Diskussionen in der Partei, über die Partei, Personen, schlicht alles: aus genau denselben Quellen wie alle anderen Bürger auch. Wie auch immer motiviert: Sozialdemokraten können nur dosierte Information konsumieren, und so manche Fachdiskussion über Energie, Gesamtschule, Atomkraft, Dritte und Vierte Welt, Rentenreform, Steuer-Rauf-und-Runter, muß auch bei aktiven Sozialdemokraten mit dem Lernen und Abstimmen von Vokabeln und Begriffen anfangen, bevor die Diskussion überhaupt laufen kann und Sätze wie „Ich hab' gelesen, daß...“ aus dem Raum sind und alle, wenigstens im Groben, auf gleicher Linie an den Startblöcken stehen, von wo Meinung und Politik ausgehen kann.

Am deutlichsten sieht man es bei den neuen Mitgliedern. Was da an Wissen fehlt, fehlt später an sozialdemokratischer Politik. Genauso gilt: Wer das halbvolle Informationsglas aus unserer wahrhaft bunten Medienlandschaft nicht auffüllt bis zum Rand, darf sich nicht wundern, daß „plötzlich“ Beschlüsse gefaßt werden, die früher „undenkbar“ gewesen wären, darf sich nicht wundern, daß sich Genossen in Arbeitsgemeinschaften verkriechen und dort geborgen in einer permanenten

Selbstbestätigung die Köpfe über die „anderen“ Sozialdemokraten schütteln (sogar von „Auch-Sozialdemokraten“ reden).

Was also tun? Die Kernfrage ist doch: wie erreicht man Sozialdemokraten? Fest steht: immer weniger bei „sich selbst“ – in der Partei. Immer mehr nur über die Informationswege, die außerhalb der SPD gelegt sind und meist von ihr weg führen. Die SPD ist eine demokratische Partei. Mal unterstellt, die – oder mehr – Mitglieder hätten so etwas wie ein schweizerisches Grundverständnis von Demokratie und verstünden Wahlen in der Partei als verdammt Pflicht, wie erreicht man, daß die so mit Mandaten betrauten Genossen (und wenigen Genossinnen) nicht im informationspolitischen Nebel entschwinden, in dem Sozialdemokraten nur noch schwer Direktes über Wollen und Können und Schaffen ausmachen können? Da nur jeder zehnte Sozialdemokrat die Partei als demokratisches Instrument nutzt – nämlich durch Beteiligung – und die meisten sich in einer sozialdemokratischen Heimat wohl fühlen, die neben dem Beitrag keinerlei Pflichten und übrigens auch etliche ehrenwerte Motive kennt, muß Sozialdemokraten die kalte Brise aus dem Blätterwald wie der Bericht aus einer unwirtlichen Partei anmuten.

Woran es uns so schmerzlich fehlt, merkt man am ehesten im Wahlkampf, wenn die Partei – denn anders geht's nicht – sich Informationsraum in den Medien kauft bzw. im Fernsehen und Rundfunk eingeräumt wird. Dann plötzlich versucht die Partei dem SPIEGEL-Leser zu sagen, der SPIEGEL sei gar nicht so doll sozial-liberal, vielleicht oft liberal, mit Sicherheit aber nicht sozialdemokratisch „eingestellt“. Da lesen plötzlich sozialdemokratische Wähler in BILD, daß sie genau in diesem Blatt nie die Wahrheit über Sozialdemokratisches erfahren. Mobilisierung von Sozialdemokraten und Wählern zu Wahlen ist zu allererst die Überwindung von Medienbarrieren, die Munitionierung mit „wirklichen“ sozialdemokratischen Argumenten. Ob und wie weit das gelingt, entscheidet Wahlen. Nicht zuletzt deshalb hat jede Wahlkampagne ihre Zitterphase, in der man unsicher ist, ob der Funke überspringt, ob die Sozialdemokraten für (immer neu zu lernende) Ziele kämpfen werden. Nicht gerade politisch klingt da der Satz: „Ein Segen, daß die meisten Sozialdemokraten (noch) so viel ‚Grundeinstellung‘ haben, daß sie auch da noch verteidigen, wo sie selbst Zweifel haben.“ Genau diese Grundeinstellung ist das Kapital, das in Gefahr ist zu schwinden.

Eines zur Klarstellung: Die böse Medienbarriere ist nicht schuld, wenn Sozialdemokraten schlechte Politik machen. Sie ist aber schuld, wenn gute Politik Bürger und gleichermaßen Sozialdemokraten nur filtriert erreicht oder sogar überhaupt nicht.

Wahlkampf, wie gesagt, ist die Ausnahme. Aber da bleibt bestenfalls Zeit, das Nötigste nachzuholen, Beiträ-

ge zur innerparteilichen Demokratisierung sind das nicht, können es wohl auch nicht sein. Wie überhaupt die Medienlandschaft zwingt, Sozialdemokraten und Sympathisanten von oben zu informieren. Nicht gerade ideale Voraussetzungen zur Revitalisierung der inneren Demokratie.

Die Partei, so wie sie gedacht ist, ist sicher noch funktionsfähig, aber sie ist gefährdet, nicht nur, aber auch, weil die Medienlandschaft so ist wie sie ist.

Da hilft kein Jammern. Da helfen nur handfeste Forderungen und Anregungen. Es ist ja nicht so, daß die Partei sich in den vergangenen Jahren um ihre Organisationsfragen (wie es dann immer so abweisend technisch heißt) herumgemogelt hat. Viele gute Vorschläge sind auf dem Tisch, aber da liegen sie auch häufig ungenutzt und zu lange. Und wenn die Parteitage dem Ende zugehen, dann stehen Fragen der Organisation auf dem Programm; müde Delegierte beladen Kommissionen und Gremien, und das lästige Thema ist vergessen.

In der Partei gibt es noch zu wenige, denen klar ist: Die SPD muß sich um Medienpolitik – nach innen und nach außen, wo immer es noch geht und ihr zusteht – kümmern. Da geht es nicht um Macht, sondern da geht es darum, daß die Voraussetzungen für Chancen bei Wahlen einigermaßen gleich bleiben.

Sicher kann hier keine komplette Liste notwendiger Maßnahmen folgen. Dringlich wäre:

- Die Partei kümmert sich endlich um die politische Bildung ihrer Mitglieder und der Bürger, die sich interessieren. Das heißt: Kapazität schaffen, damit wenigstens neue Mitglieder obligatorisch einen „Einführungskurs“ erleben. Von politischer Weiterbildung zu sprechen, ist jetzt vermessen. Das wäre genauso wichtig. Jeder weiß: die Friedrich-Ebert-Stiftung schafft das nicht allein. Und dabei soll es bleiben, während die Flut gegen sozialdemokratisches Stehvermögen ständig steigt?
- Die Partei richtet endlich eine sozialdemokratische Nachrichtenagentur ein, die professionell alle Medien mit richtigen Informationen aus der SPD bedient. Das gibt es bisher noch nicht. Dafür braucht man Investitionen, ein Konzept und gute Journalisten. Eine regelrechte Nachrichtenagentur wäre besser, übrigens auch, weil sozialistische Parteien in Europa hier kooperieren könnten.
- Das Projekt einer sozialdemokratischen Sonntagszeitung darf nicht nur zu Wahlkämpfen gehätschelt werden. Wenn ein solches Blatt, wie „primitiv“ gemacht und vertrieben auch immer, durch gute und exklusive Informationen zum Hecht im Karpfenteich

würde, dann wären die meisten Mitglieder auch zu einem Pflichtabonnement bereit. Ein „sozialdemokrat magazin“ könnte einmal im Monat beiliegen, auch zur Weitergabe an Nachbarn, Kollegen, Freunde, Fremde.

- Die Partei muß ihre Organisation zeitgerechter ausweiten und sich aus alten Erstarrungen besser lösen: die Ortsvereine müssen in den Wohnbereichen *da sein*, Mitglieder müssen sich zur Partei bekennen, die Betriebe und Büros sollen Verbindungen zu den Ortsvereinen und Unterbezirken schließen. Fachkonferenzen auf UB-Ebene binden stärker „einseitig“ Interessierte durch Mitarbeit, usw.
- Das „sozialdemokrat magazin“ muß mehr zum „Lehrbrief zur politischen Bildung“ werden und kein SPD-Mini-SPIEGEL.
- Die Partei-„Medien“ („intern“, Broschüren usw.) erreichen außerhalb der Wahlkampagnen kaum andere als SPD-Aktive im engeren Sinne. Das ist zu wenig. SPD-Büros – öffentlich und auch wirklich offen – machen gute Erfahrungen mit Bürgerberatungen und Zielinformationen. Aber zu selten. Jedem innerparteilichen Termin sollte eine öffentliche Aktivität gegenüberstehen.

Nur sechs Punkte, wo man ansetzen kann. Zu wenig? Wäre das realisiert, brächte es viel Bewegung in die Partei und durch die Partei nach außen. Da es um die Rettung der SPD als Partei geht, ist Bescheidenheit nicht am Platze und Augenmaß nötig. Wer jetzt nicht Ansätze aufgreift, Neues aufbaut, der macht sich mitschuldig am Zerbröckeln unserer Parteienlandschaft.

Die erste Gegenfrage auf Vorschläge lautet immer: Weißt Du überhaupt, was das kostet? Klar ist: Die Partei muß sich unter den gegebenen finanziellen Bedingungen auf das Wichtigste beschränken. Und da muß sich jeder ehrlich fragen, ob in der Partei auch Finanzsolidarität geübt wird, ob so manche Arbeitsgemeinschaftskonferenz nicht besser zugunsten einer anderen Sache sein gelassen würde, usw.

Es ist wohl so: Die Initiativen müßten aus dem Parteivorstand kommen. Wenn neue Konzepte in der Diskussion sind, muß die alte SPD lernen, daß die meisten ihrer Mitglieder das Haus stabil halten, es aber nie betreten. Darum ist Öffentlichkeitsarbeit zugleich immer auch Parteiarbeit. Ob irgendein Bezirk für den Berliner Parteitag auch an Fragen der Rettung der SPD denkt? Viel Zeit ist nicht mehr. Wer jetzt nicht handelt, hat in 15 Jahren – bestenfalls – das amerikanische Zweiparteiensystem, auch bei uns.

## Antje Dertinger: Bürger „an die SPD“

So etwas hatte es noch nie gegeben: Ein Mann, um die 30, gelernter, wenngleich arbeitsloser Handwerker und heimlicher Schriftsteller, bringt auf der Kurzstrecke Frankfurt-Köln ein Flugzeug samt Besatzung und mehr als 100 Passagiere in seine Gewalt. Er will damit nichts erpressen, weder Geld noch die Entlassung von Strafgefangenen. Er will Aufmerksamkeit – und er bekommt sie. Dafür hat er „ein paar Jahre Gefängnis ... gern einkalkuliert“. „Bild“ schlagzeilt flugs: „Irrer ganz in Schwarz entführt Lufthansa-Jet“, während der „Stern“ ihn wohl treffender zum „sanften Entführer“ stilisiert; denn der Mann bediente sich lediglich einer Spielzeugpistole. Sein Ziel ist ein gesellschaftspolitisches, ein humanitäres: Die Welt soll menschlicher werden. Das wollte er einmal unter öffentlichkeitswirksam-spektakulären Umständen sagen.

Jeder politisch Interessierte kennt einen Großteil seiner Ideen längst. „Viele der vom Piloten verlesenen Forderungen des Entführers würden in das Programm einer sozial-liberalen Partei passen“, kommentiert denn auch der „Stern“. „Die Rüstungsausgaben dürfen nicht mehr steigen, ... es soll mehr Mutterschaftsurlaub geben, ... alle ... Eltern sollen darüber aufgeklärt werden, welche Fehler bislang bei der Erziehung gemacht wurden.“ Desweiteren solle die Regierung „das Volk ... fragen, ob es damit einverstanden ist, daß Kinder mit Drohungen und Schlägen erzogen werden; daß alte behinderte Menschen abgeschoben werden ... Alles, was ich möchte, ist eine humane Welt, in der und für die es lohnt zu leben.“

### Über die „Kommunikationslücke“ ...

Die Flugzeugentführung, die keine war, ist, wie jede ungewöhnliche Initiative, ein Extremfall. Aber sie kennzeichnet doch – unterstellt, der „sanfte Entführer“ wollte wirklich nichts als Aufmerksamkeit für seine humanitären Ideen – den auch andernorts immer wieder zu beobachtenden erschreckend niedrigen Kenntnisstand über das politische Geschehen: Ist nicht kurz vor der spektakulären Tat ein Gesetz in Kraft getreten, das abhängig erwerbstätigen Frauen die Möglichkeit zu einem relativ langen Mutterschaftsurlaub bietet? Sind nicht seit Jahren zwei gesetzgeberische Reformwerke in Arbeit, die Kindern und Jugendlichen Grundrechte und, damit verbunden, mehr Entfaltungsmöglichkeiten zu geben versuchen? Wird nicht seit zehn Jahren von sozialdemokratischen Politikern immer wieder darauf hingewiesen, daß man alte Mitbürger nicht nur mit einer Verdoppelung der Durchschnittsrenten abspesen kann? – Doch diese politischen Inhalte scheinen weitgehend nicht „übergekommen“ zu sein. Aus Staats-, aus Parteienverdrossenheit? Aus Demokratie- und also Informationsmüdigkeit?

Seit einigen Jahren wird über dieses Phänomen, das mit dem unschönen, aber treffenden Begriff „Kommunikationslücke“ gekennzeichnet wurde, nachgedacht. Das war (und ist) wichtig und notwendig, schloß aber nicht aus, daß bereits vor der Ursachenfindung der möglicherweise unterschiedlichsten Formen von Verdruß an dessen Umwandlung in kritisches Interesse gearbeitet wurde. Die Sozialdemokratische Partei – als eine von vielen ähnlich betroffenen „gesellschaftlich relevanten Gruppen“ – erfand und propagierte das Wort von der „Vertrauensarbeit“, das, da plastisch genug, einer näheren Definition kaum bedurfte und nur noch „mit Leben zu erfüllen“ war. Es entbehrt nicht einer gewissen tragischen Komik, daß die Partei, die Solidarität einst gleichzeitig, wie selbstverständlich, zum Inhalt und Ziel ihrer Arbeit hatte, dergestalt wortschöpferisch tätig werden mußte, um den Menschen, für deren Interessen sie kämpft, arbeitet, sich engagiert, wieder nahe zu kommen, ja, daß sie sich, wie andere, genötigt sah, das eigentlich Selbstverständliche – die Bürgernähe – zu organisieren.

### ... und die Suche nach neuer Nähe

Eine selbstkritische Studie des früheren Bundesgeschäftsführers der SPD und eines der beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden (Börner-Koschnick-Papier) nahm der neue Geschäftsführer der Partei, Egon Bahr, kurz nach seinem Amtsantritt zum Anlaß, auf einer Parteiratssitzung (Januar 77) zu fordern: Die Organisation der Partei müsse sich „auch die Frage gefallen lassen, ob sie den Menschen wirklich erreicht, ob sie den sehr unterschiedlichen Beitrittsmotivationen ihrer Mitglieder Rechnung trägt ...“, ob sie das Gespräch mit dem Bürger und vor allem mit ihren Mitgliedern sicherstellt, ob sie den politischen Auftrag der SPD also glaubhaft macht und vollziehen hilft. Die Organisation hat also Verbindungen zwischen Menschen herzustellen, zwischen den Bürgern und der Partei und innerhalb der Partei. Auf Neudeutsch heißt das Kommunikation ... Von Amts wegen wird viel für diese Menschen getan, aber es kann nicht genug getan werden, wo der einzelne im Labyrinth der Behörden und Anlaufstellen zu resignieren droht.“

Hans Koschnick meinte auf derselben Sitzung zwar, „der Anspruch praktischer Bürgernähe ... ist schwerwichtig eine Herausforderung an eine bewußte sozialpolitische Kommunalpolitik“; das schloß aber eine vom neuen Geschäftsführer Bahr vorgesehene Parteinitiative nicht aus: Hausintern, im Erich-Ollenhauer-Haus des Parteivorstandes, sollte zuerst Ernst gemacht werden mit dem Anspruch auf mehr Bürgernähe: Das vorhandene Korrespondenzbüro wurde politisch aufgewertet zum „Bürgerbüro“. Damit erweiterten sich Umfang und Inhalt der Arbeit, die mit der Tätigkeit eines Ombudsmans am ehesten vergleichbar ist.

Die Aufgaben dieses Büros:

- Politische Information der Bürger, darunter selbstverständlich auch Parteimitglieder, die sich mit allgemeinen politischen Fragen an Mitglieder bzw. Mitarbeiter des Parteivorstandes wenden.
- Vermittlung von Rat und Hilfe an Bürger, die „an die SPD, Bonn“, schreiben und soziale, persönliche Probleme haben.
- Service-Leistungen im Interesse jener Schüler, Studenten und anderer politisch Interessierter, die Informationsmaterialien zu sehr speziellen Themen suchen.
- Regelmäßige (bei Bedarf auch ad-hoc-) Information der hauptamtlichen Partei-Arbeiter über die Inhalte der Bürgeranliegen.

#### Es gibt keine Frage, die es nicht gibt

Was sind das für Bürger, die „an die SPD, Bonn“, die „an das Ollenhauer-Haus“, die „an den SPD-Vorstand“, an den Vorsitzenden und den Geschäftsführer schreiben? Welcher Art sind die Anliegen, die sie vortragen; die politischen Tatbestände, die sie kritisieren; die Probleme, die sie gelöst wissen wollen? – Es sind Bürger, die sich äußern wie jener Mann, der stundenlang ein Flugzeug und viele Menschen festhielt, um der Welt zu sagen, wie er sich eine humane Gesellschaft vorstellt; es sind SPD-Mitglieder, die beklagen, wie „zartfühlend“ ihre Partei mit einem gewissen Herrn aus Bayern umgeht; es sind Arbeitslose, die erwarten, nun „muß die SPD auch mal was tun“ für sie und ihnen einen Job vermitteln; es sind Rentnerinnen, die um ein Darlehen bitten, weil es sie geniert, „die Fürsorge“ in Anspruch zu nehmen; es sind Nazi-Opfer, denen nur noch eine Stiftung Wiedergutmachung helfen kann; es sind Kernenergiegegner, die der Regierungspartei ganz neue Energiebeschaffungsmöglichkeiten vorstellen; es sind ausländische Arbeiter, die vom Friedensnobelpreisträger erwarten, daß er ihre siebenköpfige Familie aus der elenden Zweizimmerwohnung „rausholt“; es sind seelisch Kranke, die berichten, daß sie mit Psychopharmaka vollgestopft werden; es sind Hauseigentümer, die das neue Mietrecht beklagen, weil sie ihre zahlungsunfähigen oder -unwilligen Mieter nicht loswerden; es sind frisch geschiedene Männer, die anrufen, um die SPD wegen des neuen Eherechts zu beschimpfen; es sind Studenten, die Material „über die Wehrpolitik der SPD nach 1945“ brauchen; es sind Rentner, die nicht begreifen, warum sie nur 900 Mark, Abgeordnete aber das Zehnfache zur Verfügung haben; es sind Suizid-Gefährdete, die einen Zuhörer brauchen; es sind Bürger, die meinen, Willy Brandt könne „durch ein Machtwort“ den Bau einer neuen Autobahn verhindern... Es sind Fragen, Kritikäußerungen, Probleme, mit denen jeder, der in der Vertrauensarbeit der SPD wirklich aktiv tätig ist, konfrontiert wird – und die er selten zufriedenstellend beantworten kann. Aber man kann Wege weisen.

Einige hundert Anliegen dieser Art werden monatlich vom – übrigens weitgehend unbekanntem – Bürgerbüro im Parteivorstand der SPD bearbeitet. „Bearbeiten“ bedeutet in seltenen Fällen: Einen Anruf tätigen, schnell einen Brief diktieren. In etwa 50 Prozent aller „Fälle“ heißt das: politisch argumentieren; erklären, warum nicht auch die selbständige Heilgymnastin und die Hausfrau Mutterschaftsurlaub nehmen können; erläutern, daß die Partei in der Kernenergiefrage nicht „heillos zerstritten“ ist, sondern ein sehr problematisches Thema offen diskutiert; vermitteln, daß auch vor der Reform des Ehe- und Familienrechts Unterhaltszahlungen an Exfrau und Kinder zu leisten waren. „Bearbeiten“ heißt gelegentlich aber auch, vorsichtig Kritik zu üben: Leute, lest doch nicht bloß „Bild“, lest doch auch einmal – siehe Anlagen – das familienpolitische Programm der SPD, die Regierungserklärung des Kanzlers; denn „fröhlich abtreiben“ tun wir nicht, 218-Broschüre anbei.

#### Politischer Auftrag Bürgernähe?

So schwierig es ist, die oft seltsam verdreht beim Bürger angekommenen politischen Inhalte von Gesetzeswerken, die programmatischen Vorstellungen der Partei korrigierend darzustellen – noch viel schwieriger ist es, Lösungsmöglichkeiten anzubieten, Hilfe zu vermitteln bei persönlichen und sozialen Problem-„Fällen“, deren Hintergrund freilich auch immer gesellschaftspolitische Probleme sind. Etwa 40 Prozent der Menschen, die sich an den Parteivorstand der SPD wenden (und sich also überhaupt artikulieren – wie groß mag die Dunkelziffer sein?), haben Probleme solcher Art: Wie komme ich an Wohngeld, Heizkostenzuschüsse, Sozialhilfe? Warum erhalte ich nur noch Arbeitslosenhilfe? Warum wird das Kindergeld auf die Sozialhilfeleistungen angerechnet? Weshalb erhalte ich für meine Zwangssterilisierung in den dreißiger Jahren keine Entschädigung? Ich bin DDR-Flüchtling und habe drüben ein Haus gelassen; gibt es dafür einen Ausgleich?

All diese Fragen ähneln den Problemen, die an örtliche SPD-Bürgerbüros, an Wahlkreisbüros der Abgeordneten, an SPD-Geschäftsstellen herangetragen werden. Die Erwartungen der Menschen sind ungeheuer hoch; häufig ist es auch ihre Anspruchshaltung. Da gilt es dann – das Rechtsberatungsgesetz stets im Hinterkopf –, Genossen vor Ort auszumachen; die Wahlkreisbüros der Abgeordneten mit zusätzlicher Arbeit zu befrachten; die Rentenrechts-Experten der Bundestagsfraktion zu Rate zu ziehen; die Freunde von der Arbeiterwohlfahrt um Hilfe zu bitten; einen weinenden arbeitslosen Fernfahrer am Telefon zu überzeugen, daß es so übel gar nicht ist, wenn zur Abwechslung einmal seine erwerbstätige Frau überwiegend zum Unterhalt der Familie beiträgt; einen Ortsvereinsvorsitzenden zusammen mit dem Gemeindepfarrer zu verpflichten, für psychiatrische Betreuung eines selbstmordgefährde-

ten evangelischen Genossen zu sorgen.

Das Ganze heißt dann Bürgernähe, ist Information, ist Diskussion, ist Rat und auch ein bißchen Seelsorge.

Ein Tropfen auf den heißen Stein bei durchschnittlich 300 Briefen und 50 Anrufen im Monat? Ich meine: Nein. Nur müßte es weit mehr als die paar Dutzend örtlichen SPD-Bürgerbüros geben, müßte es noch mehr aktive Basisgruppen der SPD geben – und nicht nur der Jungsozialisten und der Frauen-Arbeitsgemeinschaft, die in unserer Partei überwiegend die Kärner-

arbeit tun.

Selbstverständlich kann man die Frage stellen: Was hat dergleichen mit dem politischen Auftrag einer Partei zu tun? Schließlich steht im Grundgesetz nicht mehr als daß „die Parteien... bei der politischen Willensbildung des Volkes mit(wirken).“ Doch es ist tröstlich, daß mit diesen dürren Worten ein Engagement im Sinne eines der drei sozialdemokratischen Grundwerte nicht ausgeschlossen wird: Solidarität. Und man möchte ergänzen: zur Zeit vor allem gegen Bürokratie.

---

## „Ihr Genossen da oben...“ Sozialdemokraten schreiben an ihren Parteivorstand.

---

*Unter den ungezählten Briefen, die tagtäglich beim Parteivorstand eingehen, befinden sich regelmäßig auch Zuschriften „von der Basis“, von sogenannten einfachen Genossen, von Funktionären der Parteigliederungen, die es drängt, mit ihrer Kritik und ihren Anregungen endlich einmal bis zu „ihrem“ Parteivorsitzenden oder „ihrem“ Bundesgeschäftsführer durchzudringen. Daß dabei vornehmlich Unmut, Unzufriedenheit, Verärgerung, Kritik zum Ausdruck kommen, kann nicht sonderlich verwundern. Denn wer mit der Organisation und der politischen Arbeit der Partei eigentlich ganz zufrieden ist, wird sich wohl kaum veranlaßt sehen, dem Parteivorstand sein Lob auszusprechen oder ihn seiner Solidarität zu versichern.*

*Selbst der ungehaltenste Brief wird von den rührigen Mitarbeitern des SPD-Bürgerbüros freundlich, geduldig und verständnisvoll beantwortet. Die Briefe von der Parteibasis, wie belanglos und unqualifiziert sie vielleicht manchem auf den ersten Blick erscheinen mögen, sind wichtige Dokumente. Sie geben Aufschluß über Informationslücken und Kommunikationsdefizite der Partei, sie spiegeln das (sicherlich verzerrte) Bild wider, das viele Mitglieder vom Parteivorstand und der „Baracken-Bürokratie“ haben, und sie artikulieren Erwartungen, die „bewußte und leidenschaftliche Wasserträger“ (so ein Briefschreiber über seine Rolle als Parteiarbeiter und Wahlkämpfer) an die Partei und ihre Mandatsträger stellen, für die sie in der alltäglichen Auseinandersetzung vor Ort eintreten.*

*Die NG-Redaktion fand es lohnend, einmal besonders typische Passagen aus solchen Briefen zu dokumentieren, denn in ihrem Engagement und ihrer Spontanität sind sie wohl ungleich aussagekräftiger und eindrucksvoller, als dies ein trockener Artikel in wohlgesetzten Worten je zu sein vermöchte.*

---

„Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß seit vielen Jahren für die SPD in Rheinland-Pfalz alle Umstände so günstig liegen, endlich einmal die Mehrheit der CDU zu brechen und – eventuell mit der FDP – an die Regierung zu kommen.

Da muß man sich nur wundern, wie wenig diese Gelegenheit von den führenden Leuten der SPD genutzt wird. Es gibt doch so vieles, was der eigenwilligen Regierung von Rheinland-Pfalz vorgehalten werden kann. Es sieht so aus, als ob die führenden Politiker der SPD sich scheuten, mal ordentlich auf die Pauke zu hauen und die Öffentlichkeit munter zu machen. Ich wohne jetzt 20 Jahre hier in Rheinland-Pfalz (als Rentner) und kann nur sagen, die SPD könnte hier weiter sein. Schade, daß der gute Mensch aus Kirm nicht mehr da ist.

Man liest jetzt jeden Tag große Zeitungsanzeigen vom Ministerpräsidenten mit Eigenlob über das, was die CDU alles geleistet haben soll. Da müßten doch die Proteste der SPD laut werden. Man spricht so viel von Frei-

heit; da sollte man den Herrn Vogel doch mal darauf hinweisen, nicht nur von Freiheiten zu reden, sondern sie zu verwirklichen. Er sollte hier endlich mal die Freiheit der Lernmittel für Schüler einführen. Da hinkt das CDU-Land den SPD-Ländern schon lange nach. Herr Vogel kauft ein Schloß bei Bergzabern für 7 Millionen DM für notleidende Künstler, aber an Familienväter, die jedes Jahr viel Geld für neue Lehrbücher ausgeben müssen denkt er nicht. Wenn die SPD bei der nächsten Wahl nicht zum Gewinner wird, ist sie selbst schuld!“



„Auch in unseren Reihen gibt es ein beachtliches Potential von in der Regel jüngeren Mitgliedern, die einem Wachstums-Fetischismus und einer blinden Wissenschaftsgläubigkeit immer kritischer gegenüberstehen. Ihr solltet also alles unternehmen, um diese anderweitig für die Partei sehr wertvollen Genossen zu integrieren. Die Zerreißproben, die sonst unserer Partei be-

vorstehen – auch mit Sicherheit im Bundestagswahlkampf – machen mir sonst Angst! Und ich weiß, wovon ich rede, denn ich reise in meiner Eigenschaft als Kreisvorstandsmitglied, aber auch als stark politisch interessierter Genosse ständig von einem OV zum anderen!

Ich bitte Euch, liebe Genossen des Vorstandes, diesen Hilferuf von der Basis ernst zu nehmen. Wir wollen schließlich die nächste Wahl gewinnen, die größtmögliche Geschlossenheit der Partei wahren und wahrlich nicht zuletzt: eine realistische, unserem Volk wirklich nützende Politik betreiben. Abschließend möchte ich die Hoffnung aussprechen, daß dieser Brief nicht etwa in der „Baracken“-Bürokratie hängen bleibt, sondern dem Parteivorstand wirklich zur Kenntnis gelangt.“



„Zur Wahl von Carstens hat die Partei nur hilflos mit den Achseln gezuickt. Gibt es in der Führung der SPD vielleicht Kräfte, denen dies gleichgültig ist? Oder sind die Verantwortung tragenden Genossen zur Analyse der politischen Zusammenhänge und zur Erarbeitung einer entschlossenen Gegenstrategie – aus welchen Gründen auch immer – nicht imstande gewesen?“

Bei der Suche nach diesen Gründen ist nun anzusetzen, wenn man den Blick nach vorn richten will: Ist es die Überlastung Einzelner, die eine sorgfältigere Vorbereitung politischer Entscheidungen verhindert, so ist auf eine Entlastung hinzuwirken. Ist es der Verlust an Interesse, innen- und gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidungen aktiv mitzugestalten, dann sollten die in dieser Hinsicht ermüdeten Genossen unverzüglich ihre Mandate an die Partei zurückgeben. Nur durch klare Entschlüsse in dieser Richtung wird vielen Genossen an der Basis das Vertrauen und die Energie zurückgegeben werden können, die unabdingbare Voraussetzungen für ein Bestehen der kommenden Auseinandersetzungen sind.“



„Daß es einer politischen Partei, die die Geschicke und doch wohl auch die politische Landschaft unserer Bundesrepublik gestaltet bzw. wesentlich beeinflußt, verwehrt ist, Rechtsberatung zu erteilen, enttäuscht mich. Hier muß ich mich als Mitglied dieser Partei wohl fragen: „Wieso kann diese (Regierungs-)Partei nicht dafür sorgen, daß derart ungerechte Fälle dem Bürger gegenüber gar nicht erst aufkommen?“ – Ich komme beruflich ununterbrochen mit Menschen in Berührung, und ich vertrete zum Teil auch die Interessen einiger Mitbürger. Eines kann ich mit immer mehr Überzeugung feststellen: Der sogenannte einfache Bürger wird immer mißmutiger und hat immer weniger Vertrauen zu den großen Parteien dieser Republik. Es geht ja wohl – und dies wird immer deutlicher sichtbar –

doch nur noch um Wohlstand, und dies wird dem Volk von „Oben“ vorgemacht. Allgemein frage ich mich nunmehr immer öfter und intensiver, warum ich eigentlich beitragszahlendes Mitglied einer Partei sein muß. Sicher werde ich von dieser Partei nie loskommen (Ich war eben sofort nach 1945 ein großer Bewunderer unseres Kurt Schumacher – das war noch ein Sozialist und vor allem Idealist!). Andererseits aber sollte eben auch ich mehr an meinen privaten Wohlstand und an mein „Ich“ denken und diesen monatlichen Beitrag dafür verwenden.“



„Wenn man in den letzten Wochen die ganze Diskussion in der Christlichen Union verfolgt hat, könnte man sich eigentlich freuen über so viel Klarheit, die nun vorhanden ist. Aber eins fällt mir dabei auf, und wahrscheinlich nicht nur mir (Basismitglied): Die Führungsspitze unserer Partei schläft einfach! Man hört Helmut Schmidt nicht sagen, warum er Strauß für seinen Wunschkandidaten hält; man hört Willy Brandt aber auch nicht sagen, warum man Herrn Strauß nicht verketzern soll. Hierzu möchte ich gerne ein klärendes Wort, denn bei einem Mann wie Strauß ist keine Zeit zu verlieren. Wie viele Bürger sind sich denn seiner Skandale bewußt? Ich fordere hiermit die Führungsspitze der SPD auf, klar Stellung zu beziehen. Wir sind eine Volkspartei, speziell Arbeiterpartei, und kein Kanzlerwahlverein!“



„Stimmt es nicht, daß die CDU/CSU nach 1949 den Weg zur Wiedervereinigung durch ihre Außenpolitik systematisch verbaut hat? Warum habt Ihr diese Tatsache, wenn sie stimmt, bei den Wahlen nicht mehr ausgeschlachtet und sie dem Volk näher gebracht? Wäre es umgekehrt gewesen, die Gegenpartei hätte uns so fertig gemacht, daß wir in keinen Hutkarton mehr gepaßt hätten. Und diese Heuchler sprechen noch von einem „vereinten Deutschland“. Wenn diese Sachen stimmen, bitte ich die Parteiführung, an alle Wahlredner ein entsprechendes Papier zu schicken, damit diese Dinge dem Volk näher gebracht werden können.“



„Entscheidungen, z. B. über die Zusammenlegung von Gemeinden, werden über die Köpfe der Bürger hinweg gefällt. Der verdammte grüne Tisch! Für mich ist das Bockmist! Weite Wege für viele Bürger zu kommunalen Dienststellen, neue und teure Rathäuser, Bürgerferne und höhere Gehälter für die Beamten. Sehr schön!“



„Krach im Ortsverein! Den führenden Leuten alle r

Richtungen fehlt es an Solidarität und Toleranz. Dabei wäre das doch vor allen Dingen ihre Aufgabe: Vermitteln! Ich bin am 1. 11. 1979 60 Jahre Parteimitglied. Nur während der Hitlerzeit war ich Funktionär. Der Volksgerichtshof hat mich deshalb 1938 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Es war eine bittere Zeit ... Solidarität, Toleranz, Fairneß und keine Tricks! Wo wären wir in der Illegalität hingekommen, wenn wir uns nicht daran gehalten hätten? Die Streithähne sind doch gebildete Leute! Sind das akademische Ausrutscher oder beansprucht man Vorrechte? Wenn einer ein Mandat oder Pöstchen nicht bekommt, schmelzt er alles hin. Verdammte Postenjägerei!"

„Wenn wir etwas ändern und ernsthaft Frieden wollen, sollten wir beispielsweise bei der Sprache, bei der Terminologie beginnen, Phantasie und Humor entwickeln, um zur Entkrampfung der Situation beizutragen.“

„Als Mitglied der SPD fühle ich die Verpflichtung, Euch meine und andere Meinungen aus der Bevölkerung mitzuteilen. Bitter notwendig ist Rückenfreiheit für unseren Bundeskanzler Helmut Schmidt! Auf dem Berliner Parteitag Geschlossenheit und Solidarität beweisen! Mehr Härte gegenüber der CDU/CSU! Mit dem Bürger viel mehr reden, ihn fragen und damit Bürger-nähe zeigen! ... Wenn Ihr all diese Meinungen ernstnimmt, dann wird die SPD 1980 entscheidend mehr Wähler als die CDU/CSU haben. ... Schickt mir doch „Politik aktuell“ regelmäßig, damit könnte ich mich viel leichter informieren und den einen oder anderen Bürger überzeugen, SPD zu wählen. Ich bitte Euch: Laßt mich nicht im Stich!“

„Das Ergebnis der Europa-Wahl – sehr negativ für uns – geht auf das eigene Konto: So eine üble vom Kleinbürgerlichen bestimmte Wahlwerbung ist typisch für die gesamte Wahlwerbung der SPD: wie für Persil, nur übler gemacht. Vor dem Fernseher wird das extrem deutlich.“

Ihr habt wohl die Werbemanager der CDU gemietet, die gegen uns Propaganda machen sollen? Als hättet Ihr Springer und die Neo-Nazis gemietet, um für die SPD Reklame zu machen: Eine heile, irrealer Welt, von Schmidt- und Brandt-Bildern begleitet – so eine üble Scheiße! Und das von meinem Parteibeitrag. Gratulation für Herrn Springer, der vermutlich diese Fernsehwerbung in Szene gesetzt hat.“

„Da Ihr Euch von Jahr zu Jahr schwerer tut mit Eurer

Wahl-Aussage: Ihr müßt den Leuten mehr aufs Maul schauen, damit Ihr richtig handeln könnt. Leider fehlt in den Versammlungen die Zeit, um einmal richtig zu diskutieren. Das machen nur die Funktionäre unter sich aus, für den Pappkameraden haben sie ja keine Zeit. Leider. ... Seid nicht halbherzig, zeigt doch endlich mal Courage, so wie es Euer Gegner F. J. S. Euch jeden Tag vorerzählt. ... Denkt einmal an die kleinen Leute, die Euch Jahrzehnte die Treue gehalten haben, die ganz kleinen, die für Euch durchs Feuer gehen!“

„Genossen! Ihr habt eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe vor Euch! Um Euch unsere Solidarität bekunden, wurde auf der Vorstandssitzung unseres Ortsvereins beschlossen, Euch mitzuteilen, daß wir in dieser Frage fest hinter Euch stehen. Ihr werdet viel Mut und Kraft brauchen, um Euch gegen die Anfeindungen der Interessenvertreter und der Unions-Opposition zu wehren. Viel Geduld und Ausdauer wird Euch abverlangt werden, um den Bürger zu überzeugen. ... Eine saubere Politik besteht nicht nur aus Wahlversprechen bzw. Wahlgeschenken, sondern muß auch Forderungen an den Bürger beinhalten, wenn dies notwendig sein sollte. Mit aktivem Kampf gegen Energieverschwendung und Umweltverschmutzung werden wir auch das Vertrauen der Protestwähler zurückgewinnen können, die sich den „Grünen“ zugewandt haben. Wir von unserem Ortsverein werden Euch dabei helfen!“

„Ich möchte Euch einmal schildern, wie Arbeitnehmer vom Bund unter einer sozialdemokratischen Regierung ausgebeutet und vernachlässigt werden. ... 29,9% Mieterhöhung in den letzten zwei Jahren! Die Unverschämtheit gipfelt darin, daß es sich hier um Bundeswohnungen handelt. Das ist ein Dolchstich, den die Regierung an den Arbeitnehmern verübt. Man muß sich ernsthaft fragen, wer denn in Bonn überhaupt regiert! ... Ich als langjähriges Mitglied der SPD sowie viele andere in unserer Siedlung und am Arbeitsplatz, also an der Basis, fragen sich, ob es noch sinnvoll ist, die SPD zu wählen, wenn solche Dinge geschehen. Wie soll ein Sozialdemokrat hier überzeugen? ... Die SPD scheint keine Arbeiterpartei mehr zu sein, oder liegen nur unsere Führungskräfte nicht mehr auf Arbeitnehmerfrequenz? ... Ich frage mich: Lebt Ihr in Bonn und anderswo denn auf dem Mond? Seid Ihr basisfremd geworden? Kennt Ihr die Stimmung der Arbeitnehmer nicht mehr? Hier vor Ort müssen wir täglich die Regierungsarbeit vertreten und dafür kämpfen! Aber mit welchen Argumenten, wenn man hier mit sowas bombardiert wird! Wacht auf! Kann man da nur noch sagen, sonst sehe ich schwarz für die Zukunft.“

„Ich bin seit etwa 15 Jahren Parteimitglied der SPD und habe deshalb auch um das Wohlergehen unseres deutschen Bundesbürgers mit nachgedacht, und zugleich an die Bundeswahlschlacht unserer Partei 1980. Was ich vorschlage, wäre für unsere Partei sowie uns Bürgern von großem Nutzen. Im Einzelnen geht es um ein von mir erdachtes Sozialpaket für jeden deutschen Bürger. Ich dachte dabei an folgenden Inhalt: Nahrungsmittel und Vitamine für eine Dauer von min. 4 Wochen, speziell in Trockenform wegen längerer Haltbarkeit. Die Finanzierung könnte der Verteidigungshaushalt sicherstellen. Sicher werdet Ihr mir zustimmen, daß es im Krisenfall nicht nur um eine gute Verteidigung geht, sondern hauptsächlich um eine Versorgung der Bevölkerung mit Mindestnahrungsbedarf. Liebe Parteifreunde, wie wir alle wissen, gibt es in unserer Bevölkerung sozialschwache Gruppen, die sich einen Notvorrat kaum leisten können. Mit solch einem Paket könnten wir auch im Wahljahr 1980 diese Bevölkerung als Wähler gewinnen. Natürlich würde ein solches Rationspaket einige Milliarden Bundesmittel verschlingen, letzten Endes dient es aber jedem und würde somit Zustimmung erlangen. Für die Herstellung dieser Nahrungsmittel könnte eventuell auch der Agrarüberschuß verwendet werden. Dadurch wären die Kosten in Grenzen zu halten. Die Lagerung kann die jeweilige Gemeinde übernehmen, die im Ernstfall auch schneller dem Bürger das Paket zur Verfügung stellt. Bei Ablauf der Lagerungsfähigkeit kann der Handel diese Pakete zu Sonderpreisen anbieten. Auch würden für Herstellung und Verteilung neue Arbeitsplätze geschaffen werden.“

„Die überwiegende Mehrheit (80 %) unserer Mitglieder sind die Leidtragenden der derzeitigen astronomischen Heizöl- und Benzinpreise. Wenn die Kollegen nicht noch mehr verärgert und vor Austritten aus der Organisation abgehalten werden sollen, muß seitens unserer Regierung etwas geschehen, was baldigst an der Basis auch gespürt wird. In unserem Ortsverein denkt man an folgende Maßnahmen:

1. die Ölkonzerne zu verstaatlichen,
2. Preislimits für Heizöl und Benzin festzulegen,
3. Heizöl für Haushalte von Kleinverdienern steuerlich zu entlasten oder zu subventionieren, ähnlich dem verbilligten Dieseldieselkraftstoff für die Landwirte!“

„Ich muß meinem Unmut endlich einmal mit ein paar kritischen Anmerkungen in eigener Sache und auch allgemein Luft machen. Der Begriff Solidarität, der unsere Partei früher einmal groß gemacht hat, scheint in unserem Sprachschatz verschwunden zu sein. Ich meine dabei nicht nur die Solidarität von unten nach oben,

sondern auch umgekehrt, von der Führung zur Basis, die ich besonders vermissen.“

„In den Bundesministerien ist es immer noch ein Makel, der SPD anzugehören. Es gibt Genossen, die deshalb die Partei verlassen haben. Die Personalpolitik im Verteidigungsministerium ist jedenfalls für Sozialdemokraten ein Skandal. Ich bin kein Anhänger eines personalpolitischen Kahlschlags, aber in einem Zeitraum von neun Jahren sollte es doch wohl möglich sein, wenigstens die wichtigsten und einflußreichsten Posten mit Vertrauensleuten unserer Partei zu besetzen. Im BMVg ist das jedenfalls nicht gelungen. Man braucht uns nur lautstark ‚Parteibuchwirtschaft‘ und ‚Filzokratie‘ ins Gesicht zu schreien, dann schlottern unseren Personalchefs die Knie und beruhigen sich erst wieder, wenn sie einen CDU-Mann befördert haben.“

„Häufig höre ich bei Personaldebatten das Argument: Wir hätten für diesen oder jenen Posten keinen geeigneten Bewerber. Das ist doch einfach lächerlich: bei diesen Mitgliederzahlen! Man sollte es jedenfalls nicht nötig haben, jemanden, der nur mit Mühe (und offensichtlich nur mit Rücksicht auf die eigene Karriere) zum Parteieintritt bewegt werden konnte, in Spitzenfunktionen zu hieven. Mehr Rückgrat und Selbstvertrauen in der Personalpolitik wäre sehr wünschenswert.“

„Ich selber bin gerne dabei, wenn es darum geht, in Wahlen ehrenamtliche Helfer zu stellen. Aber ich möchte doch einmal meinen Unmut über einige Punkte in bezug auf Wahlen auslassen. Haben wir es denn nötig, uns wie ein Waschmittel zu verkaufen? Ist keine Werbung nicht die beste Werbung? Muß man nur alle vier Jahre zur Bevölkerung gehen und sie dann wie Stimmvieh zur Weide, sprich: Urne treiben? Ich will nicht sagen, daß wir das alleine machen, aber in meinem Bekanntenkreis hat sich schon jetzt herausgestellt, daß 50 % nicht mehr zur Wahl gehen wollen. Eigentlich dürfte sowas doch nicht passieren. Als ich dieser Tage mit einigen anderen Lehrlingen sprach, ob sie nicht Lust hätten, in der SPD mitzuarbeiten, wurde mir folgendes entgegnet (was übrigens auch teilweise meine Meinung ist): ‚Die SPD ist doch keine Partei der Arbeitnehmer mehr. Wenn wir uns anschauen, wer in die Parlamente gewählt wird – angefangen vom Beamten, Oberstudienrat, Doktor oder Professor –, so kann man den Arbeiter suchen. Die reden alle von Solidarität mit uns, meinen aber, daß wir nur alle vier Jahre gebraucht werden.‘ Ich versuchte leider vergebens, einen Arbeiter im Parlament zu nennen. Aber außer Holger Börner fiel mir keiner ein.“

„Ich möchte nicht nur gebraucht werden, wenn es darum geht, Plakate und Flugblätter, Zeitungen aufzuhängen bzw. zu verteilen. Ich halte es für einen ganz miserablen Stil, wenn man uns nur zu Hilfsarbeitern degradiert. Deshalb beabsichtige ich, mich nächstes Jahr um eine Funktion zu bemühen. Auch wenn es nicht beim ersten Male klappt, lasse ich nicht von der Möglichkeit ab, mich politisch aktiv zu betätigen. Ich möchte nicht nur Statist sein.“

„Ich möchte gerne einen Besuch im Ollenhauer-Haus machen, einem Mitglied der SPD dürfte es doch wohl einmal möglich sein, unsere ‚Baracke‘ zu besuchen und mit Genossen zu diskutieren. Ich bitte Euch, dies doch einmal zu veranlassen, zumindest zu versuchen. Oder sollten unsere Genossen in Bonn weiter von der Partebasis entfernt sein, als man annimmt?“

„Auf unser Schreiben an den Vorstand der SPD erhalten wir heute eine Antwort eines sogenannten Bürgerbüros. Unsere Befürchtungen, die wir in unserem Schreiben geäußert haben, daß Anliegen der Partebasis kaum noch vom Parteivorstand zur Kenntnis genommen werden, sind durch dieses Antwortschreiben leider bestätigt worden. Es ist schon ungewöhnlich, daß ein Brief an den Vorstand der SPD von einem ‚Bürgerbüro‘ mit einem durch Schreibautomaten gefertigten Text beantwortet wird.“\*) Wenn man schon meint, auf die Anliegen der Ortsvereine mit hektographierten Schreiben antworten zu müssen, sollte man sich zumindest die Mühe machen, deren Text so abzufassen, daß er nicht auf Dinge eingeht, die in dem Schreiben der Ortsvereine überhaupt nicht erwähnt worden sind.“

„Ich muß leider bemängeln, daß die SPD Schleswig-Holstein im Wahlkampf von Regierungseite bzw. von der Bundespartei nicht unterstützt wird. Auch muß ich leider beklagen, daß die SPD auf Kreis- und Landesebene keine bekannten Persönlichkeiten in den Wahlkampf schickt. Auch meine ich, die SPD hat kein klares Konzept, um die jetzige Landesregierung abzulösen. Ich meine auch, es ist in unserem Wahlkreis zu ruhig. Fast bei jeder Wahl läßt die CDU in unseren Dörfern zugr

Aussprache ein. Ich frage mich, kann nicht auch die SPD einen Kreis- oder Landtagsabgeordneten zur Aussprache entsenden?“

„Ich bin 77 Jahre jung, habe nach dem Krieg die Partei und die Gewerkschaft IG Bau wieder mitaufgebaut und war jahrzehntelang Funktionär . . . Ich befürchte, daß die CDU/CSU mit der Verunsicherung der Rentner die nächsten Wahlen gewinnt. Dann ist die SPD weg vom Fenster. Laßt Euch was einfallen! . . . Nichts gegen die Jungsozialisten. Aber wer ist denn bei den Jungsozialisten Mitglied? Nur Studierende mit gutem Redetalent, aber keine Arbeiter. Schickt mehr Arbeiter in die Vorstände. Oder ist die SPD keine Arbeiterpartei mehr, wie sie es früher war? Schickt die Landtags- und Bundestagsabgeordneten auf die Straße und in die Betriebe, um Aufklärungsarbeit zu leisten!“

„Macht den Wählern bei der nächsten Bundestagswahl doch einmal klar, daß ‚sozial‘ auf deutsch ‚gemeinnützig‘, ‚wohltätig‘ bedeutet. Das wissen die meisten doch gar nicht!“

„Bei Gesprächen mit Mitbürgern, vor allem mit Menschen ganz unten an der Basis fiel mir immer wieder auf, daß viele Wähler, gleich welchen Alters, einfache, aber um so wichtigere Gegebenheiten nicht mehr wissen oder überhaupt noch nicht gehört haben. Es wäre gut, wenn die Parteiführung solche Punkte bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer und immer wieder dem Volk sagen würde, z. B. daß die CDU/CSU die Polenverträge abgelehnt hat oder daß Bayern seinerzeit gegen das Grundgesetz war.“

„Noch nie wurde am politischen Firmament so viel und hinterhältig debattiert wie bei der seit Monaten anhaltenden Auseinandersetzung um den Kanzlerkandidaten der Unionsparteien. Nur unsere Parteispitze nimmt das alles so gelassen hin. Hier wäre doch die einmalige Gelegenheit gegeben, den Daumen auf die Wunde der angeschlagenen Unionspolitiker zu drücken. Das hätte einmal umgekehrt sein müssen, d. h. daß wir in diesem Debakel wären. Das wäre für die CDU/CSU ein gefundenes Fressen gewesen. Laßt bitte unverzüglich eine Wandlung eintreten und schlägt den Gegner, wo immer Ihr könnt.“

„Verschiedenen Presseorganen konnte ich entnehmen, daß ihr den VORWÄRTS an Eure Leine binden

\*) In diesem Fall hatten zwei Ortsvereine unter den Anschriften beider OV-Vorsitzenden ein gemeinsames Schreiben an den Parteivorstand gerichtet. Sie erhielten dann – mit getrennter Post – gleichlautende Antwortschreiben des Bürgerbüros. Im übrigen werden grundsätzlich keine vorgefertigten oder gar hektographierten Antworten verschickt; auf jeden einzelnen Brief wird individuell eingegangen.

wollt. Dann werde ich diese Zeitung abbestellen, weil sie keinen Wert mehr für mich besitzen würde. Deshalb (inhaltlich): Finger weg vom VORWÄRTS!“



„Sollte der VORWÄRTS wieder stärker an die Parteilinie angebunden werden, so könnt Ihr mit der Kündigung meines Abonnements rechnen. Gerade die relative (!) Distanz zur Parteilinie war bisher die Motivation für mich, den VORWÄRTS wöchentlich zu beziehen!“



„Liebe Genossen, als SPD-Mitglied kann ich nach enttäuschenden Europa-Wahlergebnis nur hoffen, daß die SPD endgültig den miesen Waschmittelwahlkampf aufgibt. Es wäre schade, wenn die bessere Politik der schlechteren Darstellung wegen auf Dauer auf der Strecke bliebe.“



„Am letzten Wochenende des Monats Juli veranstaltete unser Ortsverein ein Sommerfest, verbunden mit einem Kinderfest zum Jahr des Kindes. Das Fest war ein Erfolg. Wir brauchten dazu vom Unterbezirk etwas Werbematerial wie Fähnchen, Luftballons, alte Plakate von zurückliegenden Wahlen. Für diese Werbemittel wurde mir (ich bin seit 10 Jahren OV-Kassierer) vom Unterbezirk eine Rechnung über ca. 80,- DM gestellt. Meine Frage als Kassierer: Ist es üblich, daß Werbematerial vom Ortsverein bezahlt werden muß? Werden dafür nicht die an Euch abgeführten Parteibeiträge verwendet?“



„Es wird in letzter Zeit viel gesprochen und geredet, man solle sich mehr um die älteren Genossen kümmern. Wie sieht es in unserem Ortsverein aus? Ich habe mich 1946 um den Wiederaufbau der Partei und der Gewerkschaft bemüht, und zwar mit Erfolg. Ich war danach 19 Jahre Vorsitzender des Ortsvereins G. Heute bin ich 78 Jahre alt, habe vor zwei Jahren einen Schlaganfall erlitten, den ich einigermaßen gut überstanden habe. Eine Lähmung rechtsseitig mit Sprachstörung ist geblieben. Acht Tage später wußte es der ganze Vorstand. Aber besucht hat mich keiner, und auch sonst hat niemand etwas getan. Sogar der Unterbezirksvorsitzende, der nur 50 Schritte von mir entfernt wohnt, findet nicht den Weg nach hier. Ob die glauben, sie würden nicht einmal 50, 60 oder 70 Jahre alt, und sich vorstellen, es wäre schön, dann alleine gelassen zu sein?“



„Ich vermisse Einladungen zu Festlichkeiten oder

anderen Veranstaltungen der SPD nach Bonn. Ich finde es immer wieder interessant und schön, wenn einmal zu Festlichkeiten, zu Bundestagsdebatten, zu SPD-Veranstaltungen etc. eingeladen wird. Wie viele andere auch, hoffen meine Frau und ich darauf, daß uns eines Tages auch einmal eine Einladung „trifft“. Aber man muß warten und verzichten können. Wenn es uns eines Tages finanziell besser gehen wird, dann werden wir wohl auf einmal unaufgefordert und uneingeladen vor den Türen der SPD in Bonn stehen.“



„Ich bin eine überzeugte Sozialdemokratin, die bei der Europawahl den ‚Grünen‘ ihre Stimme gab, und zwar ‚aus Liebe zur SPD‘. Mit diesem Votum habe ich den Wunsch verbunden unserer – von mir ansonsten sehr geschätzten – Partei ein Zeichen zu setzen . . . In ihrer Geschichte haben sich die Sozialdemokraten stets in erster Linie für den Menschen und erst dann für die Wirtschaft entschieden. Ich bitte Euch herzlich, auch dieses Mal diesem Grundsatz treu zu bleiben . . . Zeigt Euch verantwortlich für die Zukunft nachfolgender Generationen und nehmt ihnen die vorhandene Angst vor der Zukunft!“



„Wie ein unbedeutender Genosse die Finanzschwierigkeiten der Partei sieht! Ihr macht es Euch zu einfach, Ihr Genossen da oben: Die Parteifinanzen stimmen nicht – also erhöhen wir die Beiträge! – Hat es sich noch nicht bis zu Euch herumgesprochen, daß die Basis da nicht mitmacht?“

Wenn kein Geld da ist, wird halt nicht so aufwendig gearbeitet! Es wird z. B. viel zu viel Papier versandt. Wer soll das alles lesen? Gute Politik und überzeugende Argumentation sind die besten Werbemittel für unsere Ideen.“



„Wie sollen unsere Mitbürger solch verschlungenen Wegen der Politik folgen? Was nottut, ist eine klare, einsichtige Linie; dann können wir auch überzeugen! Die Verdrossenheit des Bürgers an der Politik rührt nicht zuletzt von ihren Winkelzügen und Halbheiten her! – Das schreibt Euch ein Genosse, der in einem 370-Seelendorf lebt, in dem nur zwei Parteimitglieder wohnen, die aber im Gemeinderat mit einem Sitz vertreten sind.“



„Was soll der Personenkult mit den ‚Offiziellen Porträtmedaillen‘ von Willy Brandt und Helmut Schmidt?“



„Ich höre soeben in der Deutschen Welle die Nach-

richt über die von der Oppositionspartei CDU/CSU festgelegte Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß. Dieser Radaupolitiker kann doch unserem bewährten Bundeskanzler Helmut Schmidt nicht das Wasser reichen!"



„Nach der Europawahl die Stimme von der Basis: Wißt Ihr in Bonn überhaupt, daß jemand, der sich zur SPD bekennt, große Schwierigkeiten im Beruf usw. in Kauf nehmen muß? Wißt Ihr in Bonn auch, daß der kleine Mann, der Arbeiter, verärgert ist? . . . Ich bin zwanzig Jahre in der SPD, in einer tiefschwarzen Gegend, bekommen mein Auto beschädigt wegen der Parteaufkleber, habe an allen Ecken Schwierigkeiten, und dann kommt die Partei und möchte noch Geld für Plakate usw. Von der Beitragserhöhung ganz zu schweigen. Es wäre an der Zeit, daß Ihr vom hohen Roß einmal herabsteigt, an die Basis geht und mal einen Monat mit dem ‚Wohlstandsarbeiter‘ lebt. Vielleicht merkt Ihr dann, wo der Hase läuft, und schaltet, bevor es zu spät ist!“



„In den letzten Wochen habe ich verstärkt beobachtet, daß die Fernsehsender den Empfänger mit negativen Berichten über die Kernenergie nahezu überschwemmen. Ich bin der Meinung, daß diese Art der Berichterstattung nichts mehr mit ‚Neutralität‘ zu tun hat. . . Mir geht es darum, Euch zu bitten, darüber nachzudenken, wie man diesen Zustand zu ändern vermag! – Liegt es vielleicht an der Zusammenarbeit zwischen den Genossen in den Medien und unseren Genossen der Massenagitation? Unsere Genossen in den Medien dürfen sich doch nicht durch falsche Schwergewichtsverlagerungen zu Handlangern der Gegner unserer Vorhaben machen lassen. Es genügt doch, wenn wir uns täglich mit den Argumenten der uns feindlichen Tagespresse abzugeben haben! Daher muß durch das Medium ‚Fernsehen‘ jedenfalls der billigen Kritik eine objektive Berichterstattung entgegengesetzt werden. – Ich denke doch, daß es ein Gebot der Fairness bleibt, daß unsere Genossen in den Medien bei allen demokratischen Spielregeln doch nicht die Stellung unserer Partei verlassen. Wenn dies nicht der Fall ist, müssen eben unsere dafür vorhandenen Mitarbeiter hier Denkanstöße geben.“



„Hat ein gewisser MdB recht mit dem Ausdruck ‚Kanzlerwahlverein‘ in Bezug auf die Partei? Offensichtlich ist wohl, daß manche Ehrgeizlinge sich um ihre persönlichen Probleme oft wesentlich mehr kümmern als um solche der Wähler! Bis heute hat sich in unserem Ortsvereinsbereich (und nicht nur hier!) kein einziger Bezirksverordneter oder ein Mitglied des Abgeordnetenhauses gemeldet. Und das seit der letzten

Wahl vor vier Jahren! (Das betrifft auch andere Bezirke Berlins.) Auch bis heute hat z. B. ‚mein‘ Abgeordneter es nicht für nötig befunden, sich bei der Wählerschaft mit einer Wurfsonde (Vertellung durch Genossen) für die Wahl zu bedanken.“



„Manche Funktionäre und Mandatsträger spielen sich teilweise auf wie selbsternannte Eigentümer der SPD! Unsere leitenden Funktionäre haben keine Ahnung von Führungstechnik und -psychologie. Damit sind keine Wahlkämpfe zu gewinnen! Verschleißt sich die SPD in vielen Bereichen nicht selbst durch Eigensüchteleien?“



„Ich bin gegenwärtig in der Kurklinik. Als Unterhaltungslektüre liegt hier in jeder Etage der ‚Bayernkurier‘ aus. Diese Hetzzeitung paßt so ganz in die Stimmung der meisten Kurgäste, bei denen der braune Spuk noch in den Köpfen geistert und Strauß als der neue Messias angesehen wird. Ist es nicht möglich – schon aus Gründen der Parität –, auch immer eine sozialdemokratische Zeitung wie z. B. den ‚Vorwärts‘ hier auszulegen? Und das nicht nur hier, sondern auch in der Kurklinik Berchtesgaden, wo ich vor Jahren Gleiches angetroffen habe.“



„Ich sehe wieder eine große Gefahr aufsteigen und erinnere mich an die Jahre vor 1933. Setzen wir doch alle Mittel der Wahrheit und Gegenpropaganda ein, damit das Volk von der Presse, die zum großen Teil in den Händen der CDU oder zumindest deren Sympathisanten liegt, nicht länger einseitig infiltriert wird!“



„Holocaust ist mir ein Anlaß, den Parteivorstand der SPD zu fragen, was haben wir als SPD und 10 Jahre in der Bundesregierung getan, um die deutsche Vergangenheit zu bewältigen? Es genügt nicht, wenn wir nicht mehr zu sagen haben als in der Ausgabe des ‚Vorwärts‘ vom 29. 1. 79. Es war zu Beginn der Hitlerzeit, wo die SPD sprach: ‚Wir befassen uns nicht mit einer Totgeburt.‘ Was ist daraus geworden? Viele liebe Freunde, auch Juden sind im KZ zugrunde gegangen. Können wir nicht mehr zur Aufklärung für unser Volk tun? Soll nur Holocaust, was momentan ein Aufwachen bedeutet, die Vergangenheit der Deutschen bewältigen? Bücher werden kaum gelesen. Es wurden in letzter Zeit auch einige Filme über diese schreckliche Zeit gezeigt, aber gegenüber den vielen Krimis, wo so viele Sendezeiten im Fernsehen aufgewendet werden, ist die Aufklärung viel zu wenig.“

Bin seit 1924 Mitstreiter in der Partei und wäre für eine Antwort sehr dankbar.“

Hans Wagner

## **Kommunikation und Gesellschaft**

### **Teil I: Einführung in die Zeitungswissenschaft**

154 Seiten, Ill., graph. Darstellungen, kart. DM 19,80

### **Teil II: Kasualistik/Arbeitsbuch**

214 Seiten, Ill., graph. Darstellungen, kart. DM 29,80

Erschienen als Band 1 und 2 innerhalb der Reihe:

„Soziale Kommunikation in Theorie und Praxis“, herausgegeben von  
Heinz Starkulla und Hans Wagner

„Anzusehen als Fortsetzung der jahrzehntelangen Arbeit der ‚Münchener Schule der Zeitungswissenschaft‘, auf dem phänomenologischen Weg das ‚soziale Zeitgespräch‘ zu definieren. Band 1 behandelt in 22 ‚Lektionen‘ Grundstrukturen der Kommunikation, die Gesprächspartnerschaften, Vermittlung und Vermittlerrollen und einen Aufsatz über ‚Zeitungswissenschaft‘. Der Band 2 bringt Fall-Diskussionen aus den Massenmedien, die alle 22 Lektionen des Band 1 ergänzen. Didaktisch recht geschickt gemacht, stark dem gelehrswissenschaftlichen Ansatz von B. M. Aewerus verpflichtet, sind so eher eine Randdiskussion in der Kommunikationswissenschaft. Für den Pädagogen vor allem in Band 2 nützliche Anregungen für den Unterricht.“

*ekz-Informationsdienst, Reutlingen*

Heiko Flottau

## **Hörfunk und Fernsehen heute**

„Geschichte und Staat“ Band 164/165 GB, 2. Aufl., 272 S., kart. DM 9,80

„Über Rundfunk und Fernsehen reden alle mit, doch nur wenige überschauen das vielfältige und rechtlich schwierige Feld, das angesichts der Entwicklung neuer Systeme und des wachsenden Einflusses der Parteien auf die Medien immer unübersichtlicher zu werden droht. Das hier vorliegende Taschenbuch, das in der zweiten Auflage völlig aktualisiert wurde, kann helfen, die Entwicklung und Rechtsverhältnisse sowie die inneren Strukturen dieses Riesengerätes zu verstehen. Jedem mündigen Bürger ist die Lektüre zu empfehlen.“

*Dimitag, Bonn*

Helmut Bauer

## **Die Presse und die öffentliche Meinung**

„Geschichte und Staat“ Band 106, 3. Aufl., 160 S., kart. DM 5,80

Eine informatorische Übersicht über Geschichte und Gegenwartsprobleme der Massenmedien und ihre Beziehungen zur öffentlichen Meinung, zur Reklame und Motivforschung.

## **Kurt Schölzke: Die Arbeiter haben noch einen weiten Weg vor sich.**

Man kann heutzutage hinhören und hinschauen, wohin man auch will, jeder Bürger klagt über schlechtes Betriebsklima und über die Arroganz der Bürokratie. Die Arbeiter untereinander trauen sich gegenseitig nicht mehr über den Weg, und dieses Mißtrauen reicht bis weit in den öffentlichen Dienst hinein. Leute, die rund 25 Jahre als Arbeiter beim öffentlichen Dienst tätig sind und gelegentlich eine Kritik riskieren, bekommen nur die eine Antwort: „Wem es bei uns nicht gefällt, der kann gehen. Draußen warten so und so viel Leute auf die Stelle.“ So redeten früher nicht einmal die ostdeutschen Gutsherren mit ihren Arbeitern, aber es ist eben so, daß überall ein tiefes Mißtrauen gegenüber der Ausübung und Auslegung von Macht durch den Menschen herrscht und große Unzufriedenheit hervorgerufen hat.

Wer es heutzutage riskiert, einmal auszusprechen, wie es eigentlich in einer Demokratie sein sollte, der wird dementsprechend eingestuft: er wird entweder verdächtigt oder als Spinner und Querulant abgetan.

Die Glaubwürdigkeit einer freiheitlichen Demokratie hat nur solange ihre Gültigkeit, wie sie von jenen Menschen vorgelebt wird, die an die Schaltstellen bestellt oder dorthin aufgrund des passenden Partei- oder Gesangsbuches gehievt worden sind. Es gibt auch in unserer Demokratie Leute, die zu gern Macht ausüben und ganz besonders ihre Leidenschaft zu diktieren am liebsten beim kleinen Mann ausleben. Es wird zwar gefordert, daß der Mensch keine Angst vor dem Menschen haben soll, aber es ist ja gar nicht so. Personen, die normalerweise in ihren Ämtern die Demokratie repräsentieren sollten und den demokratischen Staat vermenschlichen müßten, tun das gar nicht. Von ihrem Schreibtisch aus probieren sie ihre Macht, um die Kleinen unter Druck zu setzen. Das eiskalte Karriere Denken und die Lust an der Machtausübung müssen gedämpft werden. Es wird von der Volksnähe gesprochen, aber in der Praxis will man nichts davon wissen.

Gewisse erkonservative Kreise, bei denen der Mensch erst beim Akademiker oder beim Geschäftsmacher anfängt, machen es sich verflücht leicht, wenn sie für jeden Kritiker nur die eine Antwort wissen: „Wem es hier nicht paßt, kann ja rüber gehen.“ Wer keine andere Alternative aufzuweisen hat, dem ist nicht mehr zu helfen. Bei uns in der Bundesrepublik gibt es noch tausend Ungerechtigkeiten, und wenn eine Demokratie auf die Dauer gut funktionieren soll, dann müssen diese Ungerechtigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Alle, die mit Schlips und Kragen arbeiten, ob bei uns in der Kleinstadt oder in Bonn und in der Wirtschaft, sollten

das wissen, daß sie vom denkenden Volk mißtrauisch beobachtet werden.

Wer da glaubt, daß lediglich wirtschaftliches Wachstum und ein ständig steigendes Einkommen das wertbeständige Evangelium für eine staatliche Ordnung ist, der hat sich bitter getäuscht. Ein Zurück ist nicht mehr möglich, aber ein neues und besseres Bewußtsein zum Wohl von Staat und Gesellschaft muß ermöglicht werden. Es gibt verantwortungsbewußte Geister genug, die mit sehr großer Sorge in die Zukunft blicken. Nach der Verkündung des Grundgesetzes wurde an immer noch mehr Besitz, noch mehr Macht durch Konzentration und an noch mehr Wohlstand gedacht, aber der Mensch als solcher wurde, grob gesagt, vernachlässigt.

Wenn in den letzten 15 Jahren einmal über den Arbeiter gesprochen wurde, wurde einem recht arrogant über den Mund gefahren mit den Worten: „So gut hat es der Arbeiter noch nie gehabt.“ Eine recht dumme und herausfordernde Antwort, die auf jeden Fall zum Widerspruch reizt. Der Arbeiter hat sein Spielzeug in Form dieser und jener Geräte, und er hat sogar ein Auto. Er hat sein Glas Bier, die Bildzeitung und seinen Feierabend, aber im gesellschaftlich-politischen Bereich hat er gar nichts zu verantworten. Das Denken überläßt er den Parteien, den Gewerkschaften und seinem Arbeitgeber, soweit dieser sich für Politik interessiert.

Der Arbeiter nimmt natürlich seinen Urlaub, aber vorher wird das Geld auf einer Bank dafür gepumpt, um es nach dem Urlaub wieder abzuzahlen. Das sind allerdings nicht die einzigen Schulden, und diese ständigen Aufregungen schlauchen den Menschen. So unterliegt jeder einem selbstmörderischen Streß, aber am Ende wird gar nichts damit erreicht. Da gibt es gut bezahlte Personen, denen bewilligt man zinslose Darlehen, und der kleine Mann zahlt lebenslänglich und darüber hinaus seine Erben das Eigenheim ab.

Dann gibt es auch noch Bauern, und wie wurden die sogenannten Einmannbetriebe herausgestellt. Diese jungen Bauern müssen teils schon an ihrer Gesundheit laborieren. Da macht das Herz Schwierigkeiten, oder es haben sich schon andere Leiden eingefunden. Der unerbittliche Existenzkampf frißt die Menschen auf. „Wenn ich meinen neuen Stall bezahlt habe, muß ich einen neuen Traktor haben, und das Geld muß natürlich ebenfalls gepumpt werden.“ Das sagte ein junger Bauer. Da hat es der Beamte besser, denn sein Geld kommt auf jeden Fall, ob die Ernte nun verregnet ist oder ob der Bauer Pech mit seinem Vieh hatte.

Das sind die krassen Unterschiede, und es gibt bei uns zu viele Personen, die nur auf ihre Rechte und Vorrechte pochen, aber kein Auge für ihren Mitbürger haben.

Es gibt einfach kein Zusammengehörigkeitsgefühl mehr. Jeder denkt nur an sich selbst, aber wir verantwortungsbewußten und sozialen Demokraten streben doch

die neue Gesellschaft an, ohne auf diese und jene Dogmen zu pochen.

Wie viele Bürger gibt es, die nur deshalb zur Wahl gehen, weil eben Wahltag ist, und die nicht einmal wissen, weshalb sie diese oder jene Partei wählen. Sogar am Wahltag steht vielfach eine Autorität im Hintergrund, die den Leuten direkt oder indirekt sagt, wie gewählt werden soll. Und so geht man dann nach dem jeweiligen Gottesdienst gleich an die Wahlurne, um das zu wählen, was der Herr Pfarrer gesagt hat. Das muß ja goldrichtig sein, denn der muß es ja wissen, weil er studiert hat.

Manchmal besuchen gewisse Politiker vor den Wahlen Industriebetriebe, um dort zu sprechen und um bei

einem Durchgang mit den Mitgliedern der Belegschaft zu reden. Natürlich lobt jeder Arbeiter seine Firma, denn hinter dem jeweiligen Politiker steht ja die Betriebsleitung und hört genau mit. Wehe, der Arbeiter würde sein Herz ausschütten – in spätestens 4 Wochen hätte er die Kündigung. Ein Grund findet sich immer, und der Betriebsrat darf dazu nicken.

In unserer Gesellschaft ist der Weg bis zu einer neuen Menschlichkeit noch bitter weit, und das menschliche Miteinander läßt sehr viel zu wünschen übrig. Gegen Arroganz und Eiskälte gibt es bisher noch kein moralisches Gegengewicht, um die sich breit machende Staatsverdrossenheit einzudämmen und um ein neues Vertrauensverhältnis herzustellen.

## **Hartmut Heß: Kommunikation in der Partei: Scheitert die Verständigung an den Mitteln?**

Als die SPD 1975 in Mannheim den Orientierungsrahmen '85 verabschiedete, war das Kapitel „Vertrauensarbeit“ fast noch eine Selbstverständlichkeit. Es war weniger umstritten, als die Passagen zur Wirtschaftspolitik. Dafür gerieten die Inhalte in Partei und Öffentlichkeit schneller in Vergessenheit als die Diskussion etwa um das Instrument der Investitionslenkung. Daß das Thema Vertrauensarbeit von der Partei wiederentdeckt wurde, ist Ausdruck des Mangels in der Partei, des Mangels an konkreter Vertrauensarbeit. Vertrauensarbeit aber setzt Kommunikation, Verständigung zwischen den verschiedenen Ebenen und innerhalb der Gremien voraus.

Es fehlt an dieser Verständigung zwischen den Ebenen und zwischen Partei und „einfachen“ Bürgern. Es fehlt aber auch an der Verständigung innerhalb der verschiedenen Parteebenen. Diese Verständigung ist Voraussetzung für die Vertrauensarbeit, Voraussetzung für die Verständigung ist wiederum Information. Sicher, die Partei ist im Besitz verschiedener Informationsmittel, die ausreichen müßten, die Mitglieder über das zu informieren, was sich in der Partei tut. Die Frage ist, ob diese Möglichkeiten im Sinne einer Verständigung genutzt werden.

### **sozialdemokrat magazin als Mittel der Mitgliederinformation?**

Das Informationsmittel der Partei mit der größten Verbreitung innerhalb der Mitgliedschaft ist fraglos das „sozialdemokrat magazin“. Vor fast einem Jahrzehnt wurde dieses Mitgliederjournal durch einen Parteitag-

beschluß geschaffen. Seit dieser Zeit wird versucht, es sinnvoll als Informationsmittel für die Mitglieder einzusetzen.

Die im Jahre 1977 gestartete, von Infas und Infratest gemeinsam durchgeführte Repräsentativerhebung bei Mitgliedern und Funktionären der Partei, die Kommunikationsstudie, gibt dem Parteivorstand in der Herausgabe der Zeitschrift recht. Rund 78 Prozent der Mitglieder zählen zur Stammleserschaft des sm. Überwiegend die älteren Mitglieder beurteilen das Monatsblatt als „gut“. Die Mehrheit der Leser beurteilt das Blatt zwar als durchaus verbesserungsfähig, aber substantielle Kritik erfährt sm durch die Kommunikationsstudie nicht. Damit ist jedoch über die Inhalte und den Informationswert des Magazins, also über den innerparteilichen Kommunikationswert von sm noch nichts gesagt.

Die Frage ist, ob der Parteivorstand in der Lage ist, die Mitglieder durch sm zu informieren und mit ihnen Kommunikation zu pflegen. Diese Frage wird auch von der Kommunikationsstudie nicht beantwortet.

Vielleicht läßt sich diese Frage klären anhand einer – wohlgekernt – oberflächlichen Analyse des Inhalts. Was bietet sm den Mitgliedern an Information, die Kommunikation in der Partei darstellen oder in Gang bringen könnte? Sind es Informationen, über das, was sich in der Partei abspielt, die sm den Lesern serviert? Das müßte als Voraussetzung für parteiinterne Kommunikation durch das Mitgliederjournal angesehen werden.

Am Beispiel der Ausgabe vom September '79 soll eine Auflistung der Themen versucht werden. Den Einstieg ins Heft bildet die Kolumne von Willy Brandt auf Seite 3. Er setzt sich mit der Roßtäuscherei von FJS auseinander und verteidigt die Friedens- und Entspannungspolitik. Ein Thema, das nach wie vor die Mitglieder der Partei bewegt. Blättern wir weiter: Die Seiten vier und fünf stellen in Kurzmeldungen Regierungspoli-

tik vor. Seite sechs (mit Überlauf auf sieben) bringt eine Vorschau auf den AFA-Kongreß in Nürnberg. Das Thema auf Seite sieben stellt Leistungen der Bundesregierung, einen Besuch des Städtebauministeriums dar. Der Beitrag orientiert sich an einem Bericht des parlamentarischen Staatssekretärs. Auf Seite acht der Kommentar zur Diskussion um den Strafrechtsparagrafen 218 ist eine Auseinandersetzung mit der CSU. Auf Seite neun beginnend und auf zehn überlaufend, ist - in Bremen ist Bürgerschaftswahlkampf - dem bremischen Regierungsprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit gewidmet. 10/11/12 bringen das Ergebnis des Modellprogramms des Bundesministers für Forschung und Technologie zur Humanisierung der Arbeitswelt, 12/13/14 die Auseinandersetzung mit der Unprogramm-Person FJS. In diesem Stil geht es weiter, mit Ausnahme der traditionellen Geschichte zur Geschichte der Partei.

Man kann zusammenfassen: Die tragenden Themen im Monatsheft sind Darstellung der Regierungspolitik, Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und -Partei-historie. Die aktuelle Diskussion in der Partei oder der Partei findet in sm kaum oder nicht statt. Der Parteivorstand - mit Ausnahme der Kolumne von Willy Brandt - nimmt in dem Informationsblatt für die Mitglieder, in dem Medium, das tendenziell alle Mitglieder erreicht, nicht Stellung. Aber auch das „einfache“ Mitglied kommt in sm mit seinen Anliegen, die oft nicht nur seine persönlichen sind, nicht zu Wort. sm ist damit - vorausgesetzt Nr. 9/79 ist, wie man annehmen darf, kein Einzelfall - kein Kommunikationsorgan der Partei, allenfalls ein Informationsmittel für die Mitglieder über die Arbeit der SPD-Regierungsmitglieder.

#### „Intern“, „Politik“ und Broschüren

sm ist nicht das einzige Medium, das der Parteivorstand zur Information der Mitglieder hat. Eine Reihe von Broschüren zu aktuellen Themen oder Anlässen, Arbeitsanleitungen in Broschürenform (Handbuchreihe), die Flugblattserie „Politik“ und der Informationsdienst „intern“ (AFA-intern usw.) werden in der „Baracke“ gemacht. Die Erfahrungen vor Ort, bei den Genossen an der Basis, zeigen immer wieder, daß diese Hefte, Informationsdienste und Flugblattreihen nicht ankommen.

Wer in der politischen Bildungsarbeit der Partei oder der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Genossen von der Basis ständig in Kontakt kommt, merkt schnell, daß er den Fehler nicht machen darf, Dinge vorauszusetzen, die in diesen Informationsmitteln dargestellt wurden. Sind diese Schriften und Reihen für die Partei, d. h. für die Genossinnen und Genossen vor Ort, nur Makulatur?

Für den „intern“-Dienst meldet die Kommunikationsstudie immerhin, daß er von 19 Prozent der Mitglieder gelesen wird. Diese Leser betonen sogar die praktische Verwertbarkeit der Informationen. Allerdings rechnet

die Studie auch 20 Prozent der Mitglieder zu den Aktiven in dem Sinne, daß sie im Ortsverein Leitungsfunktionen haben oder in Versammlungen Anträge einbringen. Immerhin 15 Prozent der Mitglieder sind nach den Feststellungen der Studie Funktionäre der Partei, sie nehmen Vorstandsfunktionen oder Delegiertenmandate wahr. Vorsichtig formuliert heißt das im Klartext, daß nur die Aktiven an „intern“ herankommen, oder „intern“ nur für Funktionäre und ihre unmittelbare Umgebung erreichbar ist.

Daß „intern“ - das von den Lesern immerhin als „praktisch verwertbar“ beurteilt wird - keinen größeren Leserkreis hat, mag verschiedene Ursachen haben. Möglich ist, daß die Bezieher von „intern“, die keine anderen ernstzunehmenden Informationsquellen „direkt aus Bonn“ haben, die Informationen des Dienstes gar nicht weitergeben wollen. Immerhin könnten sie „Herrschaftswissen“ darstellen. Es weiterzugeben, hieße die eigene Machtposition in Frage zu stellen. Das könnte ein, muß aber nicht der Grund sein, daß „intern“ keinem breiteren Leserkreis zugänglich gemacht wird. Im Gespräch mit „intern“-Beziehern, die mehrere Informationsquellen haben - und viele aktive Mitglieder gehören beispielsweise zu den Lesern mehrerer Zeitungen - wird immer wieder deutlich, daß „intern“ „nichts Neues bringt“. Es enthält zwar die sozialdemokratischen Argumente auch zu aktuellen Fragen, aber die Fragen sind durch die Tagespresse längst bekannt - auch die Antworten, die allerdings durch den Filter eben dieser Tagespresse. Die sozialdemokratischen Antworten lassen sich - wenn den von der Tagespresse dargestellten Lösungen nicht immer getraut wird - auch oft aus Grundsatzprogramm und Programmatik ableiten.

„Intern“ hat also keinen „News-Wert“ mehr, es „reißt nicht mehr vom Stuhl“. So gesehen ist es oft noch das Beste, was dem Informationsdienst passieren kann, daß er wenigstens abgehört wird. Das ermöglicht dem vielbeschäftigten Funktionär, vor der nächsten Mitgliederversammlung noch schnell einen Blick auf die Argumentationshilfe des Parteivorstandes zu werfen, für den Fall, daß die Fragen angesprochen werden.

Für das einfache Mitglied, für das „intern“ vielleicht noch Neuigkeiten hätte bieten können, bleibt der Dienst in den meisten Fällen unerreichbar. Die Information bleibt beim Bezieher hängen.

Der Bezieher des Informationsdienstes, als Funktionär der Partei mit einer Fülle weiterer Informationen, Rundbriefe, Broschüren, Bestelllisten usw. bedacht, wird durch diese Art des Informationsversandes zwangsläufig zum „Flaschenhals“ des Informationsflusses in der Partei. Er wird so überhäuft, daß er nicht mehr sichten kann. Verarbeiten und Weitergeben ist ebenso unmöglich. Dieser Flaschenhals des Info-Flusses - in beiden Richtungen, was noch zu untersuchen wäre - wird im Parteivorstand seit Jahren beklagt. Geändert hat sich in

diesen Jahren so gut wie nichts. Kein Wunder, daß die Kommunikationsstudie zu den Informationsquellen der Mitglieder feststellen muß: „Vor allem aus den Massenmedien und weniger aus den Medien der parteiinternen Kommunikation oder aus anderen Quellen beziehen sie (die Mitglieder) ihr Wissen über die Politik an sich, aber auch ihr Wissen über Vorgänge, die die SPD betreffen.“ (Zitiert nach der Analyse von Infratest). Das Wissen über die Partei beziehen die Mitglieder also im wesentlichen aus den bürgerlichen Medien. Daß dieses Wissen also auch von der Darstellung der Medien geprägt wird, davon muß ausgegangen werden.

Völlig unverständlich scheint es daher, daß sich der Parteivorstand zur Information der Mitglieder nicht stärker der Mittel der modernen Technik bedient, die ja durchaus vorhanden sind. Seit fast einem Jahrzehnt wird in der „Baracke“ die zentrale Mitgliederliste mittels elektronischer Datenverarbeitung geführt. Allerdings ist es bis heute nicht gelungen, mittels EDV jeweils speziell interessierende Informationen gezielt an die interessierten Mitglieder zu bringen. Es gelingt nicht einmal verlässlich, verschiedene Berufsgruppen herauszufiltern und auf aktuellem Stand zu halten.

Der Apparat beklagt nach wie vor den Flaschenhals und kapituliert. Hier ist die andere große Mitgliederpartei, die CDU, der SPD ein gutes Stück voraus.

#### Die Rolle des Massenmediums der Partei

Auf die Funktionäre sind die im Handel erhältlichen Massenmedien der SPD oder das, was davon im Laufe der Jahrzehnte übriggeblieben ist, zumindest in der Vertriebsart nicht angewiesen.

Die Wochenzeitschrift „Vorwärts“ hatte nach der Kommunikationsstudie 1977 etwa 300 000 Stammler innerhalb der Partei. Angesichts der Auflage des Blattes von maximal 60 000 Exemplaren scheint es fraglich, ob man dieser Aussage Glauben schenken darf. Das würde für die Wochenschrift eine Quote von fünf Lesern pro Exemplar bedeuten, was selbst von den großen Publikumszeitschriften nicht erreicht wird. Ein Copy-Test zur Überprüfung dieser Angaben wurde bei der Kommunikationsstudie nicht gemacht. Offensichtlich wollten sich die befragten Mitglieder nicht nachsagen lassen, daß sie die Parteimedien nicht durch ein Abonnement unterstützen. Realistisch dürfte sein, daß der „Vorwärts“ von maximal zehn Prozent der Mitglieder tatsächlich gelesen wird. Vor allem jüngere Parteimitglieder gaben an, das Blatt zu lesen. Die positive Antwort ist deshalb vielleicht auch daraus zu erklären, daß „Vorwärts Lesen“ dem entsprach, was diese Mitglieder bei den Interviewern als erwünschte Antwort vermuteten. Rund 43 Prozent der Leser beurteilten den Vorwärts als gut, sechs Prozent als „sehr gut“, zusammen sind das weniger als die Hälfte der Leser. Das spricht nicht gerade für eine positive Resonanz. In der Studie ist nichts zu erfahren über den Kom-

munikationswert des „Vorwärts“, d. h. über den Wert für die wechselseitige Verständigung in der Partei.

Von ihrem innerparteilichen Kommunikationswert völlig vernachlässigen kann man die noch verbliebenen Tageszeitungen der SPD. „Hamburger Morgenpost“ und „Frankenpost/Coburger Neue Presse“ werden nicht als Parteikommunikationsorgane gemacht.

#### Gibt es einen Informationsfluß von „unten“ nach „oben“?

Kommunikation ist ein wechselseitiger, aufeinander bezogener Informationsaustausch, kann also keine Einbahnstraße sein. Sie setzt Rücklauf von Informationen, feedback, voraus. Das gilt in noch stärkerem Maße für Kommunikation, die Grundlage für Vertrauensarbeit in der Bevölkerung sein soll. Das heißt, daß der Genosse, der mit seinem Nachbarn über eine Sache gesprochen hat, dies in seinem Ortsverein vorbringen können muß. Er muß dort auch eine Antwort, eine Reaktion auf dieses Anliegen spüren können. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß der Genosse A sein politisches Anliegen per Brief dem Genossen Vorsitzenden oder dem Bundesgeschäftsführer mitteilt. Was aber als zwingende Voraussetzung für funktionierende Kommunikation in der Partei gelten muß, ist, daß der Genosse A im Ortsverein XY sein politisches Anliegen vortragen kann, daß das Anliegen dort aufgegriffen und politisch umgesetzt und in die Partei hineingetragen wird. Dieses Anliegen muß sich in der Gesamtpolitik der SPD auswirken, der Genosse A muß sich darin wiederfinden können. Vielfach ist jedoch eher der Fall, daß sich der Genosse A gar nicht erst traut, im Ortsverein XY seinen Mund aufzumachen.

Die Kommunikationsstudie stellt fest, daß SPD-Mitglieder besonders aktiv sind im vorpolitischen Raum, daß sie kontaktfreudiger sind als „Normalbürger“ und mehr politische Gespräche führen. Was schlägt sich davon in der Parteiarbeit nieder?

Wenn die Ergebnisse dieser Gespräche durchgängig in die Arbeit der Partei eingingen, dürfte es – immer wieder – passieren, daß die SPD, die den von Willy Brandt formulierten Anspruch, größte Bürgerinitiative zu sein, nicht aufgegeben hat, eben erst von Bürgerinitiativen auf dringliche Probleme hingewiesen werden muß. Hat sich in der Partei ein Klima ausgebreitet, das es den Mitgliedern zur Gewohnheit werden läßt, ihr normales, aktives, positives Verhalten abzulegen, wenn sie den Versammlungsraum der Ortsvereinsmitgliederversammlung betreten?

Diejenigen, die trotzdem den Mut nicht verloren haben, sich in der Partei zu artikulieren, werden dann oft erleben müssen, daß die Reaktionen auf ihr Mitdenken eher entmutigend sind. Antragskommissionen bringen ursprüngliche Anliegen in Stromlinienform. Die überlasteten Parteitage reagieren mit Nichtbefassung. Das Ergebnis ist der Zustand, der allenthalben in der SPD zu

spüren ist.

Wer häufig an die Basis kommt, möglicherweise als Teamer bei Seminaren mit dem „einfachen“ Mitglied – das sich dann immerhin schon dazu aufgerafft hat, an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen – erfährt immer wieder die tiefe Resignation. Es ist keine Resignation vor der allgemeinen politischen Situation, sondern vor der Unmöglichkeit, spürbar in die Partei hineinzuwirken. Die Haltung, „die-da-oben-machen-doch-was-sie-wollen“, ist akut.

Dazu mag der Stil beigetragen haben, wie Regierungspolitik der Koalition an der Partei vorbei passiert, wie erst Entscheidungen mitgeteilt werden und danach erst die entschiedenen Probleme genannt werden, von denen es vorher hieß, daß es sie nicht gebe. Dieser Stil schließt Mitdenken aus, macht Politik zum Konsumgegenstand, der per Mattscheibe vermittelt wird. Es ist oft auch der Stil, in dem Parteigremien geführt werden.

Die Mitgliederwerbung der SPD steht nach wie vor unter der Aufforderung, vom Politik-Konsumenten zum aktiv handelnden und mitwirkenden Politik-Subjekt zu werden: „Mitmachen – Mitwirken – Mitentscheiden.“ Die Praxis muß diesen Slogan endlich nachvollziehen. Es reicht nicht, wenn dazu Aufforderungen an die Basis gehen, die Ortsvereinsarbeit neu zu gestalten und es mal

mit einer anderen Form von Versammlungsablauf zu versuchen. Sicher ist auch das wichtig und notwendig. Von den Ortsvereinen muß aber vor allem geleistet werden, daß sie die Anliegen der Bürger und Mitglieder ernst nehmen, daß sie diese Anliegen aufgreifen und in Politik umsetzen – mit den Betroffenen. Die Ortsvereins- und Stadtteilzeitungen sind dazu ein guter Ansatz. In vielen Fällen sind sie beispielhafte Kommunikationsorgane.

Was in den höheren Parteigliederungen geleistet werden muß: Den Überlegungen, die Parteitage zu rationalisieren, um der Antragsflut Herr zu werden, müssen Modelle entgegengesetzt werden, wie die Parteitage wieder aufnehmen und verarbeiten können, was als Anliegen aus der Basis kommt. Zugleich muß im Parteivorstand und bei den Bezirken überlegt werden, wie mit Hilfe der modernen Technik Kommunikation in der Partei wieder in Gang gesetzt werden kann, wie Wechselwirkungen erzielt werden können.

In dem Maße, in dem dies tatsächlich geschieht, werden die Kommunikationshemmnisse in der Partei abgebaut werden können. Im gleichen Maße werden auch die Informationsmittel der Partei wieder zu Kommunikationsorganen gestaltet werden können, wird Vertrauensarbeit ermöglicht.

## Otfried Jarren: Medienökologie statt Medienpolitik?

### Anmerkungen zu aktuellen kommunikationspolitischen Problemen in der Bundesrepublik

#### I.

Die Entscheidung über die Einführung des Kabelfernsehens in der Bundesrepublik ist noch immer nicht gefallen. Die vier geplanten Kabelfernsehpilotprojekte, auf die sich die Ministerpräsidenten einigen konnten, stehen trotz aller Vorbereitungs Bemühungen noch aus. Erst ihre Durchführung wird und kann darüber Aufschluß geben, ob und in welchem Umfang die mit Hilfe eines Breitbandkabels an die Haushalte verteilten Sender und Dienste von der Bevölkerung angenommen werden. Die gesellschaftlichen Auswirkungen sind so ungeklärt wie vor Jahren: Führt ein Mehr an (Unterhaltungs-)Programmen zu einer noch größeren sozialen Isolierung? Wird der tägliche Medienkonsum ansteigen? Haben mehr Programme und neue Dienste zur Folge, daß bestehende Medien Einbußen hinnehmen müssen? Ermöglicht die Vollverkabelung letztlich eine totale Kontrolle der Bürger?

Zahlreiche Probleme, die zum Teil zweifellos erst nach dem Ende der Pilotprojekte genau erkannt und formuliert werden können, bedürfen sorgfältiger interdisziplinärer und unabhängiger Forschung, die sich nicht damit begnügt, technologische Entwicklung zu begleiten, sondern die Interessen und Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt der Untersuchungen stellt.

Und festzuhalten ist, daß mit den Pilotprojekten keine unwiderruflichen Tatsachen geschaffen werden dürfen. Doch selbst von eben diesen Pilotprojekten gehen Gefahren aus, denn wenn ein massenkommunikatives Angebot wie das Kabelfernsehen mit seiner scheinbaren Programmvielfalt erst einmal angeboten wird, ist es schwer, den Weg zum Verzicht zu finden. Das Experiment mit größeren Menschengruppen ist mehr als ein Gedankenexperiment, bei dem man relativ beliebig die Ausgangsbedingungen verändern kann. Sollte es – was abzusehen ist – zu Pilotprojekten kommen, so muß an deren Ende eine offene Diskussion über erkennbare und absehbare Gefahren und Vorteile möglich sein. Den Weg zurück, den Verzicht auf Kabelfernsehen oder bestimmte Dienste, die qua Breitbandkabel jeden Haushalt erreichen, muß es geben können. Das technisch Machbare muß mit dem gesellschaftlich Wünschenswerten in Einklang gebracht werden, um Sachzwangargu-

mentationen von Anbeginn auszuschließen.

Die Chancen für einen offenen Dialog stehen zur Zeit nicht schlecht; Von den Kirchen bis hin zu den Parteien regen sich die kritischen Stimmen und stellen vermehrt die Frage nach dem Nutzen der neuen Telekommunikationssysteme. Die kommunikationspolitische Zieldiskussion, sicher nicht losgelöst von Einzel- und Gruppeninteressen zu führen, sollte allerdings nicht nur über einzelne Medien oder spezielle Informationsdienste geführt werden, sondern es sollte – vielleicht in der Form eines organisierten Dialogs – der Versuch gemacht werden, über mögliche Wandlungen des Gesamtmediensystems nachzudenken. Der Leiter des Planungsamtes im Bundeskanzleramt, Albrecht Müller, hat in Anlehnung an die Arbeitsergebnisse der „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems“ (KtK) auf fünf wesentliche Diskussionspunkte hingewiesen, auf die im folgenden näher eingegangen werden soll.

### *1. Mehr Chancengleichheit für die Bürger*

Neue Medien und neue Kommunikationstechnologien erlauben den Abbau von Kommunikationsdefiziten und das Schließen von Kommunikationslücken zum Beispiel im regionalen und/oder lokalen Raum. Die aufgrund der Technik mögliche Dezentralisierung schafft unter Umständen neue Kommunikationsstrukturen: Den Bürgern wird der Zugang zum und die Verfügung über das Medium erleichtert. Es besteht die Chance, daß sich Bürger oder Gruppen selbst äußern können, ohne daß professionelle Vermittler wie Journalisten dazwischengeschaltet sein müssen.

Allerdings ist Vorsicht geboten. Vorliegende ausländische Erfahrungen mit dem Kabelfernsehen, insbesondere mit dem „offenen Bürgerkanal“, zeigen, daß eine große Anzahl von Schwierigkeiten zu überwinden ist, damit dieses Angebot von den Bürgern angenommen wird. Dazu bedarf es der kontinuierlichen (technischen) Hilfestellung und der Zusammenarbeit verschiedener lokaler politischer und sozialer Organisationen. Sollten sich die „offenen Bürgerkanäle“ als Fehlschläge erweisen, hätte das zweifellos den Mittelentzug für derartige Experimente zur Folge. Unter dem wichtigen Gesichtspunkt „mehr Chancengleichheit“, wozu verbesserte Artikulationsmöglichkeiten für die Bürger gehören, muß eine derartige Entwicklung durch Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen von Anbeginn zu unterbinden versucht werden.

### *2. Abbau bestehender sozialer Isolierungen*

Es stellt sich die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen neue Medientechnologien die soziale Isolation einzelner Menschen, wie sie zum Beispiel in den Trabantenstädten unserer Großstädte vorkommt, wirklich aufheben können. Das menschliche Zwiegespräch kann durch mediale Kommunikationsformen sicher

nicht ersetzt werden. Gefühl, Zutrauen, Zuwendung oder Liebe kann der technische „Kommunikationspartner“ nicht vermitteln. Der Austausch von Informationen aus der Nachbarschaft qua Medium wird wohl von niemandem gewünscht.

In einem Referat anlässlich der diesjährigen „Stender Medientage“ der nordrhein-westfälischen SPD formulierte der Dortmunder Kommunikationswissenschaftler Claus Eurich: „Hohe Erwartungen setzt man auch in eine Erweiterung lokaler Kommunikationsprozesse durch lokales Fernsehen. Für die Einrichtung eines lokalen Bürgerfernsehens spricht zweifellos vieles. Dagegen spricht jedoch unter anderem die banale Tatsache, daß wir uns eines Tages Filme von und über Menschen anschauen werden, die nebenan wohnen, die wir auch direkt kennenlernen könnten. Zudem besteht die Gefahr, daß zu der weitgehenden Substitution allgemeiner Lebenserfahrungen durch die Medien mit dem lokalen Fernsehen noch verstärkt die Substitution individueller Umwelterfahrungen tritt. Das wäre die genau umgekehrte Konsequenz, als erwartet wird. Die sowieso schon vorhandenen Muster zur Interpretation der künstlichen medialen Wirklichkeit, diese Muster, die geprägt sind durch soziale und soziokulturelle Faktoren und die Medien selbst, werden sich als von Fremderfahrung bestimmte Muster auch zunehmend für den lokalen Bereich, unsere lokale Umwelt, herausbilden.“

Die häufig kommunikationshemmenden architektonischen Barrieren in unseren Städten kann man nur zum Teil mit Hilfe neuer Technologien abbauen; ratsamer und humaner wäre es, den Städte- und Wohnungsbau zu verändern, ihn den menschlichen Bedürfnissen anzupassen, statt mit Hilfe technischer Möglichkeiten an einzelnen Symptomen zu laborieren.

### *3. Verbesserung der „Nah-Kommunikation“*

Im regionalen, subregionalen und lokalen Bereich sind zweifellos Berichterstattungs- und Kommunikationslücken vorhanden. Die Trennung von Wohn- und Arbeitsbereich, der Rückgang von überschaubaren Lebensräumen, die Entstehung randständiger Großraumsiedlungen und die Zersiedelung des ländlichen Raumes haben zum Verfall der hergebrachten kommunalen Öffentlichkeit beigetragen. Die unvermittelte, personale Kommunikation, Kennzeichen eines lokalen Kommunikationssystems, dient auch weiterhin der Verständigung zum Beispiel innerhalb der Nachbarschaftsgruppen, wengleich sich die Inhalte dieser Kommunikation gewandelt haben. Der Einsatz von Medien ist aufgrund der räumlichen und/oder zeitlichen Trennung der Menschen notwendig, wenn es zu einer Verständigung innerhalb dieser Nachbarschaftsgruppen – wie auch dieser Gruppen untereinander – kommen soll. Das erfordert die Entwicklung zugänglicher, leistungsfähiger und gruppenbezogener Medien.

Sowohl die elektronischen als auch die Printmedien müssen sich auf die Vermittlung der „Nah-Welt“ besinnen und den Weg zurück in die Provinz wagen. Das Entstehen von Amtsblättern, Stadtillustrierten, Stadtteil- und lokalen Parteizeitungen zeigt deutlich an, daß es Lücken gibt.

#### 4. Sicherung der Meinungsvielfalt

„Der Anteil der Kreise und kreisfreien Städte, in denen die Einwohnerzahl der Gebietsteile überwiegt, deren Bevölkerung sich nur aus einer Tageszeitung über das aktuelle kleinregionale Geschehen unterrichten kann, ist von 15,2 % im Jahre 1954 auf 45,3 % im Jahre 1976 angestiegen.“ Diese Angaben stammen aus dem Medienbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 1978. Die Pressekonzentration auf regionalen Teilmärkten und lokalen Märkten ist deshalb von so zentraler Bedeutung, weil es hier für die Bürger keine weiteren Informationsmöglichkeiten gibt. Das Rundfunksystem klammert sich allenfalls um Besonderheiten aus der Region, ist aber zu einer kontinuierlichen Berichterstattung – aufgrund technologischer Zwänge – nicht fähig.

Die Pressekonzentration hat auf den regionalen/lokalen Märkten zu sehr einschneidenden Veränderungen, auf die in den medienpolitischen Diskussionen über die neuen Medien eigenartigerweise nur sehr selten verwiesen wird, geführt: Immer weniger Lokalzeitungen mit einer ansteigenden Auflage versorgen immer mehr Leser. Vergrößerte Verbreitungsgebiete führen zu immer höheren Auflagen und – bedingt durch den damit verbundenen Anstieg des Anzeigenaufkommens – zu erhöhten Zeitungsumfängen, wobei der Anzeigenteil stärker zunimmt als der redaktionelle Teil. Dieser „Zwang zur hohen Auflage“ beinhaltet natürlich die Gefahr der publizistischen Unterversorgung. Regionale, lokale und sublokale Räume (Stadtteile, Umlandgemeinden etc.) werden nur in geringen Maßen noch redaktionell betreut. Diese These wird gestützt durch die Ergebnisse einer vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen und 1977 vorgelegten Untersuchung: Fünf Prozent der in diesem Zusammenhang befragten Städte und Gemeinden gaben an, daß über sie von der Tagespresse nicht oder nicht regelmäßig berichtet werden würde. Eine beachtliche Zahl – vor allem wenn man bedenkt, daß in der kommunikationspolitischen Diskussion noch immer so getan wird, als würden die Lokalzeitungen ihrer publizistischen Versorgungsaufgabe zumindest quantitativ gerecht.

Hinzu kommen strukturell-inhaltliche Defizite, daß heißt, die Berichterstattung der „Heimatzeitungen“ ist vor allem an den Interessen der lokalen Entscheidungsträger und Honoratioren orientiert. Interessen, die sich als nicht konfliktfähig oder organisierbar erweisen, bleiben ausgespart; die Zeitung ist ein Forum der Etablierten.

Was hier neue Telekommunikationssysteme zu leisten vermögen, bedarf einer Untersuchung, denn es ist nicht ersichtlich, ob die neuen Medien von denen akzeptiert und angewandt werden, die verbesserte Artikulationschancen benötigen. Die sich besonders im kommunalen Raum offenbarenden Legitimationsdefizite lassen sich – langfristig gesehen – nicht mit einer verbesserten Parteien- und Verwaltungsöffentlichkeitsarbeit auffangen. Den Bürgern müssen konkrete Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Und Partizipation setzt Kommunikation voraus: „Kommunikation ohne Partizipation ist nicht möglich. Kommunikation als Austausch von Meinungen, Tatsachen, Gefühlen, und Partizipation als tätige Teilhabe am gesellschaftlich-politischen Leben bedingen einander. Nur wer informiert ist, wer mit anderen Menschen im Meinungsaustausch steht, mit ihnen gemeinsame Aktionen plant, kann teilhaben, mitwirken und mitentscheiden. Kommunikation ohne Partizipation ist folgenlos, leeres Geschmatze, das auf Dauer frustriert und bald einschläft. Apathie stellt sich ein, wenn nichts geschieht, nichts bewegt wird, wenn Erfolge ausbleiben.“ So erst kürzlich Rainer Kabel.

Politikwissenschaftliche Untersuchungen belegen, daß die Bereitschaft zur aktiven Gestaltung der Umwelt, die Bereitschaft zur Partizipation, steigt, wenn die Bürger konkret von einer Entscheidung oder sich abzeichnenden Entwicklungen betroffen sind und zugleich Möglichkeiten der Mitgestaltung erkennen können und über entsprechende Artikulations- und Informationskanäle (Medien) verfügen. Alle Überlegungen hinsichtlich des Medieneinsatzes und der Medienorganisation haben diese Faktoren – wenn es zu einer Erweiterung der Meinungsvielfalt kommen soll – zu berücksichtigen.

#### 5. Die Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung

Zweifelloso bieten die neuen Telekommunikationsformen für Verwaltungen und Behörden die Chance, bestimmte Dienstleistungen gezielter anzubieten und Informationen zielgruppenspezifischer, schneller und für den Nutzer zugänglicher anzubieten. Bildschirm- wie auch Kabeltext lassen eine gezielte Informationsweitergabe machbar erscheinen, und es besteht die Möglichkeit, daß der Bürger mit Hilfe eines Suchbaums und weiterer Hilfen sich die Informationen von einem externen Rechner abrufen, die er zu einer von ihm selbst gewählten Zeit benötigt. Dennoch stellt auch hier sich die Frage: Wer wird zu den Nutzern gehören, und besteht nicht die Gefahr, daß bestimmte Gruppen der Bevölkerung, die bereits jetzt den Behördenzugang scheuen und Schwierigkeiten beim Umgang mit Technik haben, von den neuen Möglichkeiten ausgeschlossen bleiben? Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Anzahl der alten Menschen in unserer Industriegesellschaft kontinuierlich steigt, und es

besteht zumindest die latente Gefahr, daß sie vom technologischen Wandel völlig überrollt werden. Und: In der Bundesrepublik werden mehr denn je ausländische Arbeitnehmer sich niederlassen und in unsere Gesellschaft zu integrieren sein. Sie, die mit unserer Kultur, Denkens- und Lebensweise sowie Sprache auch ohne Technik ihre Schwierigkeiten haben, müssen in alle Prozesse mit einbezogen werden – und das nicht nur, um das Entstehen sozialen Konfliktpotentials mittelfristig zu verhindern.

Die Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung ist sicher wichtig und auch anzustreben, aber viele Probleme werden sich nicht lösen lassen. Die vertrauliche Beratung, das ermunternde Gespräch, die kopfnickende Zustimmung – ohne das wird und darf es im Umgang von Menschen nicht gehen.

Schließlich sei noch auf eine weitere Gefahr hingewiesen, die für den gesamten Bereich der Kommunikationstechnologien von Bedeutung ist: Der Versuch des administrativen Systems, sich nachträglich von den Bürgern die Legitimation für Handlungen und Entscheidungen zu beschaffen. Wolfgang R. Langenbacher zu dieser Gefahr: „In einer vom politisch-administrativen System mit erheblichem personellen und sachlichen Aufwand dominierten Kommunikationskultur gehört zur Unterprivilegierung nicht zuletzt die kommunikative Machtlosigkeit von einzelnen und Gruppen . . . Die Parteien und die Regierungsinstitutionen haben die politische Kommunikation zunehmend professionalisiert: Public-Relations-Spezialisten, Kommunikationsstrategen, Semantikexperten stellen systematisch politische Öffentlichkeit her. Politisches Marketing ist Teil der Partei- und Staatsfunktionen . . . Durch die Professionalisierung der politischen Kommunikation wird die ungleiche Verteilung von Macht und Prestige verfestigt. Partizipation in komplexen Gesellschaften wird schwieriger. So dominiert der Informationsfluß von oben nach unten. Eine restriktive Informationspolitik der Verwaltung stärkt diese Trends.“ Demokratie als Organisationsproblem wird eine der großen Fragen der Zukunft sein. Die verlorene Glaubwürdigkeit von Parteien, Bürokratien und anderen Institutionen wird die neue Technik allein auch nicht zurückbringen können.

## II.

Daß Technik nicht neutral ist und daß technologische Entwicklungen das soziale Gefüge von Gesellschaften verändern können, ist eine Binsenweisheit. Trotz dieser Erkenntnis wird die Diskussion über die sich abzeichnenden Veränderungen unter anderem im Bereich der technischen Kommunikation nur in kleinen Zirkeln von Fachleuten geführt, und die Berichterstattung in den Medien bezieht sich auf einzelne Entwicklungen, neue Dienste oder Techniken. Zusammenhänge, sowohl technische als auch gesellschaftliche, bleiben oftmals

ausgespart. Es ist offensichtlich: Informationen fehlen, und den wenigen Fachleuten gelingt es nicht, ihr Wissen adäquat weiterzuvermitteln.

Auf der anderen Seite stehen die Medienkonzerne, längst supranational organisiert und vielfältig miteinander verflochten, die seit langem über geeignete Informationssysteme verfügen. Der langjährig in der medienpolitischen Planung tätige Gerd G. Kopper schrieb in NG 7/77: „Es ist an der Zeit, die politische Perspektive mindestens auf die gleiche Ebene anzuheben, wie sie in den besagten Weltfirmen bereits vorhanden ist. Anstöße hierzu können nur von seiten der nationalen Politik erfolgen. Sie können folgerichtig nur sein, wenn sie über den Tageshorizont und über sektorale Fragen hinausweisen. Diese Anstöße müssen vor allem auf die Wiederherstellung einer Balance zwischen dem konkreten Kommunikationserfordernis des einzelnen Bürgers und den Systemerfordernissen neuer Technologien und ihren Durchsetzungskräften in internationalen Märkten gerichtet sein. Solche Anstöße gehen jedoch praktisch ins Leere, wenn sie nicht in adäquaten Entscheidungsstrukturen wirksam werden. Keine der westlichen Demokratien verfügt heute über Organe, die in der Lage wären, sowohl die praktisch tagespolitische wie die langfristig umfassende integrative Komponente dieses Problemfeldes aufzuarbeiten.“

Die medienpolitischen Zuständigkeiten sind – und das gilt sicher nicht nur für die Bundesrepublik – auf eine Anzahl von Ministerien und nachgeordnete Behörden zersplittert. Und mangels Zuständigkeit war Medienpolitik bisher kein Thema des Europäischen Parlaments.

Medienpolitik wird mehr und mehr zur Gesellschaftspolitik, weil sie technische Entwicklungen und deren soziale Folgen stärker denn je berücksichtigen muß. Statt vieler Worte sollen einige Überschriften von Zeitungsartikeln diese Behauptung unterstreichen: „Revolution in der Nachrichtentechnik. Ruf doch mal an. Gläserne Kabel für die totale Kommunikation“, „Technik im Büro: Vom Büro zum Bürosystem“, „Mikroelektronik: Die Zukunft in der Hand. Chips wie Sand am Meer – Sie sind entscheidend für Arbeitsplätze und Lebensqualität“, „Leise Revolution durch Datenbanken. Unabsehbare Auswirkungen der fast unbegrenzten Speichermöglichkeiten“, „Farbige Fernsehbilder von dünnen Scheiben“, „Der Photosatz braucht seine eigenen Typen“, „Abschied vom ‚Eisernen Kollegen‘. Elektronik und Fotografie marschieren“ und so weiter. Allein diese wenigen Überschriften, die allesamt mit der Medienentwicklung zu tun haben, machen die Bandbreite der sich abzeichnenden Veränderungen deutlich. „Die Technische Kommunikation gewinnt für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung moderner Industrienationen zunehmend an Bedeutung. Der technische Wandel in der Mikroelektronik und Optischen Nachrichtentechnik

eröffnet grundlegend neue Möglichkeiten für technische Systeme und Anwendungen, die gleichzeitig in den betroffenen Industriezweigen zu einem tiefgreifenden Strukturwandel führen können.“ Das schreiben Volker Hauff und Kurt Gscheidle im Vorwort zum „Programm der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Technischen Kommunikation 1978–1982“.

Neue Kommunikationstechniken allgemein, also nicht nur die für den publizistischen Bereich relevanten, werden zur weiteren Automatisierung im Produktionsprozeß beitragen und den Freiraum des am Arbeitsplatz noch relativ selbständigen Arbeitnehmers je nach Arbeitsplatz und Produktionsstätte weiter einschränken. Die Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch „intelligente“ Systeme wird zunehmen. Der Schalterbeamte, die Schreibkraft im Industriebetrieb oder in der Verwaltung – sie alle werden davon betroffen sein, indem sie ihre Arbeitsplätze verlieren oder Gehaltsabstufungen aufgrund eines gewandelten Tätigkeitsbildes in Kauf nehmen müssen.

Im bereits zitierten Programm der Bundesregierung heißt es im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit der bundesdeutschen Industrie auf den Weltmärkten und mit Blick auf die Arbeitsmarktentwicklung dazu: „Bei einem konsequenten Einsatz der Elektronik in Geräten und Systemen der Technischen Kommunikation und bei einer damit verbundenen Verbilligung der Produkte ist darüber hinaus in einigen Fällen mit einer Steigerung der Nachfrage und damit einer Ausweitung der Produktion zu rechnen. In welchem Umfang es möglich sein wird, durch Ausweitung der Produktion die Bedrohung von Arbeitsplätzen durch steigende Produktivität auszugleichen, ist allgemein noch nicht absehbar. Voraussichtlich wird es nur bei einer Ausweitung des Exports möglich sein, die gegenwärtige Zahl von Arbeitsplätzen in der kommunikationstechnischen Industrie zu sichern.“ Eine sehr vorsichtige Prognose.

Die Firma Siemens, um es hier bei einer Zahl zu belassen, wurde in einer Studie da schon deutlicher: Die Einführung neuer technischer Kommunikationssysteme allein im Bürobereich wird innerhalb der nächsten Jahre über eine Million Arbeitsplätze vernichten, und innerhalb von nur fünfzehn Jahren müssen fast die Hälfte aller Arbeitnehmer damit rechnen, daß ihr Arbeitsplatz in der einen oder anderen Form tangiert werden wird.

Die neuen Kommunikationssysteme werden den Arbeitsplatz wandeln. Die Arbeit am Terminal zum Beispiel wird zunehmen. Untersuchungen über Bildschirmarbeit zeigen, daß davon nicht nur gesundheitliche Gefahren ausgehen (Belastungen der Augen), sondern auch psychologische. Die „Zusammenarbeit“ mit der Maschine, die mehr und mehr an nüchternen „Intelligenz“ gewinnt, aber für jeden sozialen Kontakt ungeeignet ist, übt einen Zwang zur intensiven und schnellen Arbeits-

verrichtung aus. Es ist gleichsam wie mit dem Hasen und dem Igel: Die Technik ist immer da, jederzeit leistungsbereit und -willig.

Das Großraumbüro mit Kimaanlage, standardisierte Technik, auswechselbare Arbeitsplätze und gleitende Arbeitszeit führen zum veränderten Umgang von Arbeitskollegen und bestimmen die sozialen Kontaktmöglichkeiten mit.

Bildschirmarbeit bei Zeitungsverlagen hat, jüngste Beispiele aus Stuttgart zeigen dies, dazu geführt, daß „die technische Beanspruchung gegenüber der journalistischen Leistung dominiert“ (Siegfried Weischenberg, NG 7/77). Die Fremdbestimmung durch Computervorgaben und eine erhöhte Verantwortung bei gleichzeitigem Anstieg des Aufgabendrucks hinterlassen beim Arbeitnehmer „Journalist“ Spuren. Bei Redakteuren, die ihre Texte eingeben und am Bildschirm redigieren, besteht der Wunsch, so schnell wie möglich den Arbeitsplatz wieder zu verlassen.

Und schließlich haben neue Techniken eine Veränderung der produzierten Inhalte zur Folge. Um im Bereich der publizistischen Produktion zu bleiben: Der Bildschirm bietet dem Redakteur nur einen Ausschnitt aus dem verfaßten Artikel und zwingt damit – so eine viel geäußerte These – zur Kürze. Jede Erhöhung der Eigenfähigkeit der Technologie, so der Berliner Publizistikprofessor Jürgen Prott, führt dazu, daß der Handlungsspielraum der Journalisten tendenziell immer geringer wird. Der Raum für Phantasie und Kreativität wird immer enger, und die Zeit für das engagierte Nachforschen ist weniger denn je vorhanden.

Kabel- und Bildschirmtext als neue Kommunikationstechniken lassen aufgrund technischer Zwänge bestimmte Informationen gar nicht erst zu; der freien Gestaltung sind enge Grenzen gesetzt. Wird Standardisierung als ein Ergebnis aller Rationalisierungsbemühungen zu einer neuen publizistischen Produkt„vielfalt“ führen?

Aber auch die häusliche, die private Sphäre der Menschen wird durch diese technologischen Veränderungen erfaßt. Führt ein Großversandhaus oder eine Bank ein vollautomatisiertes Rechnersystem ein, so müssen die Privathaushalte sich ebenfalls umstellen. Rationalisierungserfolge würden zunichte gemacht, wenn es noch örtliche Bestellannahmestellen bzw. (teure) Schalterbeamte neben den technischen Systemen geben würde.

Veränderungen am Arbeitsplatz und in der häuslichen Privatsphäre zwingen den Menschen zu erheblichen Anpassungsleistungen und dürften ihn als soziales Wesen selbst langfristig verändern.

Die Diskussion über neue Medientechnologien sollte den gesamten Bereich der technischen Kommunikation mit einbeziehen, und bei allen politischen Entscheidungen muß die Lebenswelt der Menschen mit bedacht werden. Eine Erweiterung der Medienpolitik zu einer

Kommunikationspolitik erscheint vor dem skizzierten Hintergrund vordringlicher denn je.

### III.

Allein im engen Bereich der Medienpolitik stehen in nächster Zeit eine ganze Reihe von wichtigen Entscheidungen an, die – aufgrund der hohen Komplexität der Materie – von den unter erheblichem Entscheidungsdruck stehenden Medienpolitikern allein nicht gelöst werden können. Wesentliche Problemfelder seien hier stichwortartig skizziert:

- Die Diskussion über die Auflösung des NDR und die damit verbundenen Privatisierungsbestrebungen im Rundfunkbereich.
- Unterschiedliche Konzeptionen (öffentlich-rechtliche bzw. privatrechtliche Organisationsformen) bei den geplanten Kabelfernsehpilotprojekten und den vorgesehenen Begleituntersuchungen lassen befürchten, daß die Ergebnisse nach Ablauf der Pilotphasen nicht vergleichbar sein werden und daß in der Folge ein einheitliches Handeln der Bundesländer nicht zustande kommt. Spätestens dann stellt sich die Frage nach dem Privatfunk, die im Rahmen der NDR-Staatsvertragsverhandlungen aus wahltaktischen Gründen zurückgestellt wurde, neu.
- Die Weiterentwicklung der Satellitentechnologie kann zur Folge haben, daß zum Beispiel ab 1985 Radio-Tele-Luxemburg ein kommerzielles Fernsehprogramm in die Bundesrepublik (zumindest: NRW und in Teile Norddeutschlands) abstrahlt und weitere kommerzielle Anbieter diesem Beispiel folgen werden. Damit würden den bestehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Werbeeinnahmen entzogen, die für die Finanzierung (z. B. von neuen Diensten oder Regional- oder Lokalsendern) von großer Bedeutung sind. Zudem könnte der dann einsetzende Kampf um die Zuschauer eine „Spirale der Programmverflachung“ in Bewegung setzen.
- Die ab 1980, wenn auch vorerst nur per „Pilotprojekt“ in Düsseldorf/Neuss, vorgesehene Einführung eines Bildschirmtextdienstes der Deutschen Bundespost wird in einigen publizistischen Bereichen Auswirkungen auf die lokalen Printmedien haben.
- Die von der Bundespost ab 1980 vorgesehene Breitbandverkabelung in voraussichtlich elf Ballungsräumen zur Empfangverbesserung wird in den jeweiligen Gebieten zu einer Veränderung der bislang vorfindbaren Medienlandschaft führen. Zum einen werden mehr Fernsehprogramme als bislang empfangbar sein, und zum anderen wird die Post im Hörfunkbereich den kommerziellen Sender Radio-Tele-Luxemburg – zumindest in Nordrhein-Westfalen – in die Anlagen in verbesserter technischer Qualität einspeisen.
- Der von öffentlich-rechtlich verfaßten Landesrund-

funkanstalten vorgesehene Ausbau der III. Fernsehprogramme zu regionalen Vollprogrammen wird zur Folge haben, daß bisher dort gesendete Reihen aus den Bereichen „Wissenschaft“/„Bildung“/„Weiterbildung“ und „Vorschulerziehung“ die guten Programmplätze verlieren oder sogar ganz wegfallen werden. Das stellt eine erhebliche Bedrohung für das zum Teil erst im Aufbau befindliche und immer wichtiger werdende Weiter- und Fortbildungssystem („Medienverbund“) dar.

- Die von einigen Rundfunkanstalten geplanten Einführungen von lokalen Hörfunksendern (z. B. „City-Radio“, Messerfunk) unter Beteiligung oder Ausschluß der örtlichen Zeitungsverlage dürften, je nachdem, wie die Entscheidungen aussehen, zu erheblichen Diskussionen führen. Politische Rücksichtnahmen der jeweiligen Ministerpräsidenten lassen ein unterschiedliches Vorgehen vermuten.

Die derzeitigen medienpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Parteien, Verlegern, führenden Vertretern von Rundfunkanstalten und den Gewerkschaften werden um Einzelprobleme geführt; eine perspektivisch angelegte Wert- und Zieldiskussion findet nicht statt. Machtpolitiker stellen, ohne Rücksicht auf die mit ihren Vorschlägen verbundenen und auch von ihnen erkannten möglichen Gefahren, Maximalforderungen auf. Dabei ist ein Konsens zwischen „links“ und „rechts“, was zum Beispiel die Vermehrung von (Unterhaltungs-) Fernsehprogrammen angeht, ohne weiteres in Ansätzen vorhanden.

Ob es in Zukunft vermehrt zu medienpolitischem „Anpassungsdruck“ an technische Zwänge, verbunden mit der latenten Gefahr von sogenannten Sachzwangentscheidungen, kommt, hängt sehr entscheidend von der staatlichen Rahmenplanung (Technologieförderung, Grundlagenforschung) ab. Ohne Entwicklungsförderung und Investitionshilfen wäre die Industrie nicht bereit, die hohen Forschungskosten zu übernehmen. Zum anderen werden medienpolitische Entscheidungen durch Unternehmensentscheidungen der Deutschen Bundespost maßgeblich beeinflusst. Die Post muß, da sie im Bereich der technischen Kommunikation in Konkurrenz zu privatwirtschaftlich organisierten Unternehmungen steht, eine aktive und gestaltende Rolle spielen. Dies um so mehr, je länger die politischen Entscheidungsträger nicht dazu in der Lage sind, der Bundespost Zusagen (zum Beispiel hinsichtlich einer möglichen Netzträgerschaft im Zuge der Breitbandverkabelung der Bundesrepublik) zu machen. So ist es nur ein scheinbarer Widerspruch, wenn die Deutsche Bundespost 1980 in elf Ballungsräumen ohne vorherige Akzeptanzanalyse damit beginnt, Breitbandverkabelungen vorzunehmen. Dort werden dann mehr Hörfunk- und Fernsehsender in besserer Qualität zu empfangen sein, als es bislang möglich ist. Die Einspeisung des kommerziellen Luxemburger

Hörfunksenders wird – zumindest in Nordrhein-Westfalen – dazu gehören. Radio Luxemburg, das sich ausschließlich aus Werbung finanziert und einen Konkurrenten des bestehenden Rundfunksystems darstellt, hat damit einen besseren Zugang zum Hörer.

Die Entscheidung der Post für die Breitbandverkabelung ist in erster Linie eine unternehmenspolitische: Sie fühlt sich als „geborener Netzträger“ (Poststaatssekretär Elias) für diese Aufgabe prädestiniert und möchte durch diese frühe Entscheidung mögliche Konkurrenten aus dem Markt drängen. Aber zugleich setzt die Bundespost als öffentliches Unternehmen, und zwar entgegen den erklärten Zielen der politischen Entscheidungsträger, mediopolitisch irreversible Fakten. Der Beschluß der Ministerpräsidenten, erst nach Abschluß der Kabelfernsehprojekte und nach dem Vorliegen der sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnisse über die Verbreitung von noch mehr gleichartigen Programmen zu entscheiden, wird auf diese Weise konterkariert.

Es läßt sich absehen, daß Kompetenzverteilung und mangelnde Koordination innerhalb des parlamentarisch-administrativen Systems selbst zu Entscheidungszwängen führen müssen, ohne daß es eines äußeren Anlasses dazu bedarf. Die Entwicklung bei der Bundespost ist ein klassisches Beispiel dafür.

#### IV.

Der Versuch maßgeblicher Politiker, die anstehenden Probleme vorsichtig und mit der nötigen Sorgfalt anzugehen, birgt – so begrüßenswert eine derartige Vorgehensweise in gewisser Hinsicht auch sein mag – erhebliche Gefahren. Denn auch „Nicht-Entscheidungen“ oder ein ständiges Verdrängen der Probleme stellen letztlich Entscheidungen dar.

##### 1. Politisierung der Diskussion

Es geht nicht an, daß die bevorstehenden sozialen Veränderungen allein aufgrund technischer Kommunikationssysteme andeutungsweise nur unter Fachleuten und auf Tagungen diskutiert und analysiert werden. Die sozialen und politischen Organisationen müssen endlich damit beginnen, Öffentlichkeit für die anstehenden Probleme herzustellen. Gelingt dies nicht in ausreichendem Maße, werden sämtliche politischen Kompromisse, die auf höchster Ebene mühevoll ausgehandelt werden, keine Zustimmung bei breiten Bevölkerungskreisen finden. Ein Beispiel: Dem vorhandenen Wunsch nach mehr Unterhaltungsprogrammen kann man in den Diskussionen schwerlich nur Argumente über mögliche Gefahren für Familie oder Kinder entgegenhalten. Denn dann würde nachgefragt, wie man es mit dem „mündigen Bürger“ halts, der über seine Freizeit selbst verfügen kann und will. Es wird zu vermitteln sein, daß nicht eine endlose Ausweitung zum Beispiel des Fernsehprogrammangebots eine Verbesserung („Reform“) darstellt,

sondern daß die Erhaltung von „Lebensqualität“ das gewichtigere politische Ziel sein kann. Dazu bedarf es überzeugender Argumentationsketten.

Bei der üblichen Verteidigung der Vorteile unseres öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunksystems wird man es in Zukunft kaum belassen können – zumal die Argumente sich zunehmend als nicht mehr vermittelbar erweisen. Politisierung der Diskussion heißt in diesem Zusammenhang, die alltäglichen Kommunikationszusammenhänge selbst zu thematisieren, zum Ausgangspunkt der Diskussion werden zu lassen.

Die Fachtagung, der Kongreß und das Forum der Spezialisten können lediglich Thematisierungsfunktion besitzen, gehen aber über die Köpfe der betroffenen Bürger hinweg. Die Vermittlung der Ergebnisse kann nur in wenigen Fällen in befriedigender Weise gelingen. Gerade die hohe Komplexität erfordert den Einbezug aller betroffenen Bürger in einen offenen (Entscheidungs-) Dialog, in dem individuelle Erfahrungen mit der Technik am Arbeitsplatz und in der privaten Sphäre (z. B. Medienkonsum) ausgetauscht werden können.

Dieser Austausch setzt, wenn er erfolgreich sein soll, gewohnte Orte und gesellschaftliche Treffpunkte (Glott/Langenbucher nennen das „reale Öffentlichkeit“) voraus; nur so läßt sich eine Mehrheitsbildung erreichen, die sich auch in der Gefühlebene der Menschen festsetzt.

Die Organisation derartiger Foren bleibt den sozialen und politischen Kräften, die am Inangsetzen gesellschaftlicher und politischer Prozesse mit den Zielen Problemartikulation, Bewußtseinsbildung, Politisierung und Mobilisierung zur Unterstützung und Steuerung der politischen Planung ein Interesse haben, vorbehalten.

##### 2. Intensivierung der Grundlagenforschung

Während in die Entwicklung und Erprobung technischer Kommunikationssysteme große Summen investiert werden, muß sich sozialwissenschaftliche Forschung mit geringen Mitteln darauf beschränken, die Einführung bereits entwickelter Kommunikationstechniken nachträglich zu „begleiten“. Bei den Kabelfernsehprojekten wird deshalb nicht zufällig ja von „Begleitforschung“ gesprochen. Eine begleitende Forschung, bei der die anzuwendenden Forschungsmethoden festgeschrieben werden oder sich die Wissenschaftler aufgrund geringer Mittel eine Selbstbeschränkung auferlegen müssen, dürfte letztlich nur der Legitimation dienen.

Dabei wäre es an der Zeit, sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung zu unterstützen bzw. überhaupt erst möglich zu machen. Die derzeit betriebene Medienforschung, überwiegend von kommerziellen Instituten im Auftrag der Privatwirtschaft betrieben, ist zu sehr auf anwendungsbezogene Ergebnisse bedacht und stellt überdies das Medium selbst zu sehr in den Vorder-

grund, während die Lebensumwelt der Menschen ausgeklammert bleibt. Der sogenannte „Nutzenansatz“, von den Rundfunkanstalten gefördert, stellt erstmalig den Versuch dar, das menschliche Verhalten, also die Nutzung des Mediums und den Umgang mit ihm, in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses zu stellen.

### 3. Einrichtung einer Expertenkommission

Die im Rahmen der Arbeit der „Kommission für den wirtschaftlichen und sozialen Wandel“ und der „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunika-

tionssystems“ erhobene Forderung nach Errichtung einer „Bundesanstalt für das Kommunikationswesen“ scheint weder zweckmäßig noch politisch durchsetzbar zu sein. Dennoch bietet sich die Einrichtung einer Arbeitsgruppe an, die sich unter juristischen, ökonomischen, soziologischen, kommunikations-, kommunal- und bildungswissenschaftlichen Aspekten in Form konkreter Projektaufträge mit den Wandlungsprozessen näher befaßt. Der Arbeitsschwerpunkt einer derartigen Gruppe sollte jedoch auf alle Fälle im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich liegen.

## Claus Eurich: Neue Medien — Neue Märkte Über das Zusammenwirken von Industrie, Staat und Wissenschaft bei der Einführung neuer Kommunikationstechnologien

„Welche neuen Telekommunikationssysteme in den nächsten zwanzig Jahren der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen werden — das hängt mehr von den Bedürfnissen der menschlichen Gesellschaft als von der Tüchtigkeit der Ingenieure und Fabrikanten ab. Das war im Grunde schon immer so.“ (John Dickens Clare)

Im Gegenteil, Das war noch nie so.

Zu keiner Zeit war bei der Rundfunkentwicklung von ausschlaggebender Bedeutung, was man mit Bedürfnissen der Bürger nach Informiertheit und nach Unterhaltung umschreiben könnte. Vielmehr lag die massenhafte Anfertigung und die massenhafte Verbreitung von Empfangsgeräten, Produktions- und Studioanlagen zuerst im ökonomischen Interesse vor allem der geräteherstellenden Industrie begründet, die, ständig expandierend, auf der Suche nach neuen Anlage- und Absatzmöglichkeiten war. Desgleichen wissen wir, daß der Staat — und sei es über seinen Monopolbetrieb Post — in dieser Kausalität seit je einen vorwärtstreibenden Part innehatte.

Es geht demnach sowohl bei den Angeboten an Medien als auch daraus folgend in den Medien um einen ökonomisch begründeten Bedarf, um „zahlungskräftige Nachfrage“, wie Dröge sagt, nicht um Bedürfnisse der Menschen.

Dies gilt auch für die Neuen Medien mit ihren erweiterten Angeboten. Keineswegs ein natürlicher Entwicklungsprozeß, der auf einer Einheit der Entwicklung menschlicher Bedürfnisse und des Heranreifens wissenschaftlich-technischen Fortschritts fußt, spult sich hier ab; vielmehr resultiert die zentrale Gesetzmäßigkeit aus dem ökonomischen Bedingungs-zusammenhang: aus Erfordernissen der Kapitalverwertung, aber auch des in der Differenzierung, Rationalisierung und Effektivierung

steigenden Niveaus der Organisation menschlicher Arbeit.

Was sich auf dem Sektor der Kommunikationstechnologien tut, ist von dieser allgemeinen Gesetzmäßigkeit wirtschaftlicher und technischer Entwicklung her betrachtet somit nur ein Aspekt der Technologieentwicklung insgesamt. Gleichwohl handelt es sich um einen Sonderfall mit nicht verallgemeinerbaren Charakteristika und mit einem auf die Volkswirtschaft und die Gesellschaft bezogenen Stellenwert, der die tradierten Maßstäbe sprengt.

### Die Basisindustrie der Zukunft

Der Weg unserer Gesellschaft hin zu einer „Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft“ scheint vorgezeichnet. Das Sozialprodukt beginnt sich zunehmend im tertiären Sektor zu realisieren. Parallel dazu leidet der industrielle Sektor unter knapper und teurer werdenden Rohstoffen, unter dem Zwang zur Rationalisierung, um profitabel bleiben zu können.

Die Konsequenz aus beiden Faktoren ist eine Verlagerung des Schwerpunkts industrieller Produktion auf die Herstellung wenig material- und kapitalintensiver Güter; Güter, in denen so wenig wie möglich an den immer knapper werdenden Rohstoffen und an menschlicher Arbeitskraft steckt. Dies sind in erster Linie Informationsgüter im weitesten Sinne.

Es gehört wenig Prophezie zu der Prognose, daß die Informationsindustrie den Nutzen aus dieser Entwicklung zieht. Schon heute spielt sie eine zentrale Rolle im industriellen Gesamtgefüge dadurch, daß sie, alle Sektoren erfassend, Rationalisierung durch Automatisierung von Arbeitsabläufen ermöglicht. Ihr gesamtwirtschaftlicher Effekt ist ein doppelter. Sie selbst stellt eine Wachstumsbranche mit zugleich minimaler Umweltbelastung und relativ geringem Rohstoff- und Energieverschleiß dar; in anderen industriellen Bereichen wirkt sie durch Rationalisierung und Vereinfachung der Arbeitsabläufe ökonomisch stabilisierend.

Die Protagonisten des weiteren und ungebremsten

Ausbau des technischen Kommunikationssystems (sowohl im Produktions- als auch im Reproduktionsbereich) kokettieren gerne mit dem Arbeitsplatzschaffenden Charakter dieses Ausbaus. So verspricht Klaus Brepohl vom Institut der Deutschen Wirtschaft allein durch die Realisierung der geplanten Kabelfernseh-Pilotprojekte eine Schaffung bzw. Erhaltung von 30 000 Arbeitsplätzen.

Dem stehen folgende Tatsachen gegenüber:

- Selbst eine Vollverkabelung der Bundesrepublik brächte keinen Beschäftigungsschub, da die Kabelproduktion sich über viele Jahre erstrecken wird und vollautomatisch abläuft. Allenfalls was die Sicherung von Arbeitsplätzen bei der Deutschen Bundespost betrifft, zeigt sich durch den Aufbau eines Kabelnetzes ein positiver arbeitsmarktpolitischer Effekt.
- Möglichen positiven Auswirkungen in den Bereichen Netzbetrieb, Produktion und Ausstrahlung von Rundfunkprogrammen, werden aller Voraussicht nach Arbeitsplatzverluste im Verlagsbereich gegenüberstehen.
- Eine eklatante Verschlechterung der Arbeitsplatzsituation würde sich durch die bereits angesprochenen Rationalisierungen im geräteherstellenden und im Dienstleistungsbereich ergeben. Expertenschätzungen gehen davon aus, daß durch die Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien bis Mitte der neunziger Jahre etwa die Hälfte (!) aller Arbeitsplätze tangiert wird.

In diesem Zusammenhang sprechen die „Vorstellungen der Bundesregierung zum weiteren Ausbau des technischen Kommunikationssystems“ für sich:

„Für die Einführung neuer Telekommunikationsformen ist neben dem volkswirtschaftlichen Substitutionsgewinn vor allem der betriebswirtschaftliche Erfolg des Anwenders bedeutsam. Höheren Aufwendungen für Telekommunikation in einem bestimmten Bereich (z. B. Betrieb, Behörde) muß ein entsprechender Rationalisierungsgewinn im selben Bereich gegenüberstehen.“ (S. 20)

Von mindestens gleichrangiger Bedeutung für die Informationsindustrie ist neben dem Absatzfeld Büro-/Geschäftskommunikation und Fertigungindustrie (Steuerelemente) natürlich der Kommunikationsmarkt der privaten Haushalte (Hörfunk-, Fernsehgeräte, Videoanlagen, Telefonapparate, sonstige Endabnehmergeräte). Hier jedoch sieht es gegenwärtig ganz so aus, als sei dieser Markt weitestgehend gesättigt.

Gut 93 Prozent der privaten Haushalte in der Bundesrepublik besitzen ein Fernsehgerät. 50 Prozent dieser Geräte sind Farbfernsehgeräte. Über Hörfunkgeräte verfügen gar 99 Prozent der Haushalte.

Lediglich bei den Zielgruppen „Haushalte mit niedrigem Nettohaushaltseinkommen“ (unter 1200 DM), „Eiersonenhaushalte“ (die allerdings zu einem Groß-

teil mit den einkommensschwachen Haushalten identisch sind) und „Kinder/Jugendliche“ besteht an herkömmlichen Geräten noch eine nennenswerte Bedarfslücke. Sie garantiert jedoch nicht das Absatzkontingent, das der Informationsindustrie mittel- und langfristig Wachstumsziffern sichern könnte.

Das verspricht jedoch die Einführung der neuen Telekommunikationsdienste, wenn möglich verbunden mit der Vollverkabelung der Bundesrepublik. Zur Nutzung der angebotenen Dienste notwendige neue Geräte stellen in diesem Fall ein Emporschwellen der Absatzziffern sicher. Zudem ergäbe sich aus der Verkabelung ein positives „Abfallprodukt“ für die Informationsindustrie. Erstens böten die mit Hilfe des erzielten Profits investierten Gewinne die dauerhafte Chance zur Erprobung und Weiterentwicklung der Kommunikationstechnologien; zweitens würde durch die relativ hohen Produktionskapazitäten eine nicht unerhebliche Stückkostenreduzierung vorgenommen werden können. Für eine auf den Export angewiesene Industrie existenznotwendige Bedingungen. Wie schrieb doch kürzlich Michael Jungblut in der „Zeit“ (Nr. 11/79):

„An eine Abwehr dieser Entwicklung (gemeint ist der Vormarsch der Mikroelektronik, C. E.) darf nicht einmal gedacht werden, wenn wir uns nicht selber aus dem Klub der führenden Industrienationen (und der wohlhabenden Länder) abmelden wollen.“

Eine gewichtige Rolle spielt in der aufgemachten Rechnung das staatliche Monopolunternehmen Bundespost. Nicht umsonst hat man von dieser Seite aus mit der Verkabelung der Bundesrepublik begonnen, ohne daß dem entsprechende Entscheidungen oder gar Willensbildungsprozesse im kommunikationspolitischen Raum zugrunde gelegen hätten.

Derzeit befindet sich in 70 Prozent aller Haushalte ein Telefon. Der Trend zeigt eindeutig nach oben. Die Telefonvollversorgung, der Endausbau der sogenannten Schmalbandkommunikation, ist bis 1985 vorgesehen. Spätestens dann stellt sich die Frage: Was nun? Wie kann weiterhin innerbetriebliches Wachstum und der Erhalt des Personalbestands gesichert werden?

Der Staatssekretär im Bundespostministerium, Elias, hat diese Frage bereits dadurch beantwortet, daß er der „Fernmeldekabel-Gemeinschaft“ Anschlussaufträge für die Breitbandkabelproduktion avisiert hat.

Schließlich wird man auch nicht übersehen können, daß ein enormer Bedarf an Neuen Medien bei der werbetreibenden Industrie und der Kommunikationsindustrie, den Produzenten von Medieninhalten, vorhanden ist. Alle zusammen bilden ein gewaltiges ökonomisches Machtkartell im Kampf um einen unbegrenzten Ausbau des technischen Kommunikationssystems.

#### Der Staat als Bündnispartner

Technologiepolitik im allgemeinen und Kommunika-

tionspolitik im besonderen findet ihren Platz auch heute durchaus noch in der alten Rangfolge, derzufolge Forscher und Techniker alles erfinden und entwickeln, die Industrie alles profitbringend anwendet und die Politik letztlich für alles geradesteht.

Treten durch Technologieeinsatz verursachte Probleme auf, zeigen sich vor allem soziale Folgen, so werden diese zu Infrastrukturproblemen erklärt, für die der Staat zuständig ist; zuständig mit Zuschüssen. Einem auf Strukturmaßnahmen abzielenden Eingreifen des Staates zur Problematik, auch ggf. durch Modernisierungsverzicht, steht vornehmlich die in der Bundesrepublik uneingeschränkt dominierende Marktideologie entgegen. Das ist die eine Seite.

Sie zeigt den Staat als bloß reagierendes, reparierendes Instrument, als Kesselflicker, der sich redliche Mühe gibt, die undichten Stellen im Interesse einer Erhaltung der Form des Ganzen zu verkleistern.

Die andere Seite sieht den Staat als aktiven Faktor, der erhebliche Verstärkereffekte, was die Technologiewirkungen betrifft, selbst mit verursacht.

Dieses für einen Sozialstaat recht merkwürdige Verhältnis zu Technologieentwicklung, Technologieeinsatz und Verwaltung der sozialen Folgen beginnt früh, nämlich bei der Finanzierung des Technologisierungprozesses und der Finanzierung dazu notwendiger Grundlagenforschung.

Was den Ausbau des technischen Kommunikationssystems betrifft, verhilft ein kurzer Blick in die Rundfunkgeschichte bereits zu interessanten Erkenntnissen. Einige Fakten:

- Die Schaffung der technischen Grundlagen für die Rundfunkentwicklung durch die Unternehmen Siemens, AEG und Telefunken wurde wesentlich durch den Staat über Militärausgaben mitfinanziert.
- Der erste Ausbau des zivilen Nachrichtensystems vollzog sich über die Kooperation von staatlicher Reichspost und privater Elektroindustrie.

Bei der Entwicklung von Hörfunk und Fernsehen in Deutschland zeigt sich die gleiche Zusammenarbeit. So registriert Lerg, daß bis 1930 durch die Reichspost etwa 200 000 Reichsmark in Fernsehversuche investiert wurden und 1934 durch die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft und die Industrie Forschungsarbeiten aufgenommen wurden, deren Ziel die Entwicklung von Studiogeräten war.

- Plastisch verdeutlicht wird das Zusammenwirken von Staat und Industrie auch anhand der Einführung des Farbfernsehens in der Bundesrepublik. Hier investierte der Staat einmal durch die Post allein 30 Millionen DM für die Errichtung der entsprechenden Übertragungs- und Sendeanlagen und wälzte zum anderen über seine öffentlich-rechtlichen Anstalten die Kosten für die Farbprogrammentwicklung als Gebührenerhöhungen auf die Rezipienten ab.

In dieser kurzen historischen Auflistung fällt immer wieder die zentrale Rolle des Staatsunternehmens Post als vorantreibende Kraft auf. Daß sich an dieser Rolle bislang nichts geändert hat, zeigt die bereits erwähnte eigenmächtige Verkabelung bundesdeutscher Großstädte. Auch in diesem Fall liefert praktisch der Staat, ergänzt noch durch den mit der Einführung neuer Medien notwendigen Ausbau der Rundfunkanstalten, die Voraussetzungen zur Kapitalanlage von Elektro- und Elektronikindustrie.

Ein letztes Beispiel ist der 1980 beginnende Bildschirmtext-Feldversuch im Raum Düsseldorf/Neuss. Dieser Versuch ermöglicht privaten Anbietern, die gegen Entgelt Informationen offerieren oder über dieses Medium Werbung betreiben, die kostenlose Nutzung der Bildschirmtextanlage. Die technischen Einrichtungen werden von der Bundespost zur Verfügung gestellt.

Durch die das politische Geschehen bestimmenden Parteien findet ein kontrollierender Einfluß auf die technologiepolitische Entwicklung de facto nicht statt. Zwar zeichnet sich auch in der Diskussion der Parteien mehr und mehr die Spaltung in zwei Lager ab, in Befürworter und Gegner der Neuen Medien. Diese Lager sind jedoch schon allein aus der Tatsache, daß man der Kommunikationspolitik in unserem Land eine allenfalls untergeordnete Rolle zubilligt und sie deshalb auch in den Parteien, zumindest vom personellen Sachverstand her bedenklich unterentwickelt ist, zahlenmäßig gering; und in ihr überwiegen selbstverständlich die Befürworter einer offensiven und expansiven Technologiepolitik. Schließlich haben die Rezipienten ja auch keine Lobby.

Bemerkenswert ist da schon, wenn das Präsidium der SPD, wie im Juli 1979 geschehen, ein Diskussionspapier zustimmend zur Kenntnis nimmt, in dem – wenn auch in Frageform – auf einige der gravierenden gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Kabelfernsehens hingewiesen wird.

Zum Optimismus darf ein solches innerparteiliches Minderheitenpapier gleichwohl nicht verleiten; im sozialdemokratischen Lager der siebziger Jahre waren es noch immer die Wachstums- und Industrieinteressen, die sich letztlich durchgesetzt haben. Das Gegenteil würde überraschen.

Daß die entscheidungsrelevanten Teile der Parteien keinen emanzipierten Standpunkt gegenüber der technologischen Entwicklung einnehmen, beruht neben vordergründigen, interessengesteuerten und ökonomischen Gründen auch auf der naiven Wissenschaftsgläubigkeit zahlreicher Funktionäre. Eine Wissenschaftsgläubigkeit, die eindeutige Spuren hinterläßt, wenn die zugrundeliegende Wissenschaft eindeutige Interessen vertritt.

#### Eine zwielichtige Wissenschaft

Bis heute hält sich im Selbstverständnis großer Teile der wissenschaftlichen Öffentlichkeit die Vorstellung

von der wertfreien wissenschaftlichen Tätigkeit, der Behandlung rein akademischer Angelegenheiten. Wie so oft hinkt auch hier das Selbstbild, das Bewußtsein, hinter den realen Gegebenheiten her.

Die Durchdringung von Wissenschaft und Industrie reicht zurück bis zu den Anfängen der Industrialisierung. Erfasste sie anfangs vornehmlich die Naturwissenschaften, so hat sie im Laufe der Jahre und Jahrzehnte auch die Geistes- und Sozialwissenschaften nicht unberührt gelassen. Als Problem wurde diese Liaison allerdings erst spät erkannt; nämlich als sich folgenreiche Auswirkungen im Technologieanwendungsbereich zeigten. Die Kernforschung ist hier nur das krasseste und wohl am meisten bewußte Beispiel für eine Forschungstätigkeit, die sich in den deutlichen Widerspruch zu den angeblichen gesellschaftlichen Funktionen der Wissenschaft begeben hat.

Die enge Verflechtung von Industrie und Wissenschaft korrumpiert die Forschungsmotive und die Forschung. Die industrialisierte Wissenschaft, so hat es den Anschein, ist mehr Geschäft als Wissenschaft. Die alltägliche Korruptierbarkeit der Wissenschaftler durch Forschungsaufträge, Gutachterhonorare etc. kommt viel zu wenig zur Sprache, wird in der wissenschaftsinternen Auseinandersetzung höflich ausgeklammert. Und schließlich läßt sich unter dem Deckmantel formaler Aspekte wissenschaftlichen Arbeitens und wissenschaftlicher Darstellung (esoterische Fachsprache, Zitierungen mit Beweischarakter) so manches verstecken. Am besten die Forschungsmotive.

Diese Korruption muß nicht immer bewußt sein, vor allem dann nicht, wenn der Staat, bzw. öffentliche Institutionen als Auftraggeber auftreten und damit den Schein von Autonomie gegenüber der Industrie liefern. Eben wirklich nur einen Schein, wenn wir die Verzahnung von Industrie und Staat mitberücksichtigen.

Es wurde bereits angesprochen, daß in vier Pilotprojekten in der Bundesrepublik die neuen Telekommunikationsformen auf ihre technische Anwendung und die gesellschaftlichen Folgen hin erprobt werden sollen. Diese Projekte sind, so der Wille ihrer Erfinder aus dem Kreis der KfK (Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems) und so auch die Aussagen namhafter Politiker, vor allem aus dem Lager der SPD, als ein echter Test zu verstehen, der zumindest so offen angelegt sein muß, daß beim Eintreten für unerwünschte gehaltener Folgen der Vormarsch der Neuen Medien noch blockiert werden kann.

Vergleichen wir dieses Postulat mit zentralen Stellungnahmen, die aus dem wissenschaftlichen Raum bezüglich der Pilotprojekte geäußert worden sind, so fällt auf, daß immer wieder das Argument eines drohenden Rückstands der deutschen Elektronikindustrie in der internationalen Technologieentwicklung und -forschung und damit verbundene Einbußen im Absatz von

Geräten auftaucht.

So äußert das Wissenschaftlergremium Kaiser, Lange, Langenbacher und Witte, das bereits in der KfK zusammengearbeitet hatte, in dem vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen Folgegutachten die Besorgnis, „daß die Entscheidung zu Pilotprojekten und insgesamt zur Innovation von Kommunikationssystemen wegen der bestehenden Kompetenzstruktur und der sachlichen Entscheidungsprobleme verzögert werden könnte“. Bezugnehmend auf den Erprobungsvorsprung anderer Länder und die drohende Invasion ausländischer Endgeräte fordern sie ein „unverzögertes gemeinsames Handeln“. Schließlich könne in „der Unterlassung der Innovation kein Ausweg gesehen werden“.

Der „Münchner Kreis“, eine Vereinigung von Wissenschaftlern, Politikern, Wirtschafts- und Medienvertretern befürchtet ebenfalls einen Rückstand in „der Wachstumsbranche der Kommunikationstechnik . . . Unsere Industrie braucht diese Projekte, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Nur so können Arbeitsplätze gesichert werden. Denn Information ist ein Stück Wachstum.“ Bereits früher stellte der ehemalige Vorsitzende der KfK, Eberhard Witte in einem „Entwurf einer Zielkonzeption des Münchner Kreises“ fest: „Die Informations- und Kommunikationstechnologie sowie ihre wirtschaftlich sozialen Anwendungsformen befinden sich international in derart schneller Entwicklung, daß die Frage nur lauten kann, welche Innovationsstrategie in welcher Geschwindigkeit verwirklicht werden kann.“

Den gleichen Tenor weist eine Forschungsprojektbeschreibung auf, die von der wirtschaftswissenschaftlichen Fachgruppe der interdisziplinären Arbeitsgruppe Kabelkommunikation Berlin (IKB), die in enger Zusammenarbeit mit dem für die Begleitforschung der Pilotprojekte maßgeblich zuständigen Heinrich-Hertz-Institut für Nachrichtentechnik Berlin steht, im Juli 1978 angefertigt worden ist. Diese Projektbeschreibung geht wie zahlreiche andere der IKB auf vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geförderte Forschungsaufträge zurück.

„Technisch vermittelte neue Kommunikationsformen hoher Komplexität eröffnen wichtige Innovationspotentiale für unsere Volkswirtschaft. Sie bieten Investitionschancen und somit neue Möglichkeiten der Beschäftigung . . ., allerdings werden sich in allen Phasen der Einführung Engpässe aufum. Diese Engpässe gilt es aufzuzeigen und rechtzeitig z. B. forschungs- und industriepolitische Vorkehrungen zu beseitigen.“

Der für die Pilotprojekte doch angeblich verbindliche Testcharakter hat hier bei den Autoren sicher nicht mehr Pate gestanden, vielmehr der scharfe, alles verdrängende Blick von Makro-Ökonomen für ungenutzte Wachstumspotentiale und die Angst vor Absatzeinbußen durch einen Rückstand in der internationalen

Technologieentwicklung. Daß bei dieser Betrachtungsweise die (gesellschaftspolitische) Qualität auftretender Verbreitungs- und Innovationsengpässe und deren (möglicherweise soziale) Bedingtheit unerheblich gegenüber deren „notwendiger“ Beseitigung erscheint, ist nur zwingend. Das läßt ahnen, auf welcher Argumentationsebene denkbare Einwände gegen die Kabelkommunikation bei der Bewertung der Pilotprojekte vom Tisch gefegt würden. Man hat überhaupt den Eindruck, wenn man sich diese unschwer fortsetzbare Argumentationskette anschaut, daß die Pilotversuche mit den Neuen Medien als Beginn des Kabelkommunikationszeitalters angesehen werden müssen. Karl-Hinrich Vöge, ehemals Mitarbeiter des Heinrich-Hertz-Instituts, jetzt des Computer-Konzerns Nixdorf: „Bei unseren Versuchen und auch bei den Pilotprojekten geht es nicht mehr um die Frage, ob das Kabelfernsehen eingeführt wird, sondern nur darum wie es gemacht wird.“ (Stern vom 19. 10. 1978)

Das ist deutlich, und es macht klar, daß, wenn ein Anfang getan ist, wenn die Institutionen grünes Licht gegeben haben, sich die neuen Technologien rasant ausbreiten werden. Dafür spricht auch, daß der Prozeß, der bei der Informationsindustrie mit der Produktion von Endgeräten, Studiogeräten und -ausstattungen etc. zum Pilotprojektbeginn einsetzt, daß dieser Prozeß, dem schließlich die Umstellung bzw. Einrichtung ganzer industrieller Produktionsanlagen vorausgeht, nach Abschluß der Projektphase so ohne weiteres nicht mehr gestoppt werden kann. Hier werden Fakten gesetzt, die wohl keine Regierung bei ihrer endgültigen Entscheidung wird negieren können. Es wäre ja auch das erste Mal, daß sich die Industrie auf Investitionen großen Umfangs einläßt, ohne die langfristige Verwertbarkeit vorher mit positivem Ergebnis „abgeschätzt“ zu haben.

Selten ist auf dem Feld der Kommunikationspolitik besser ersichtlich geworden, wie mit wissenschaftlicher Rechtfertigung eine Provozierendheit der normativen Kraft des Faktischen herbeigeführt werden soll. Hier spielt sich vor unseren Augen ein Lehrstück in Sachen Zusammenarbeit von Industrie, Politik und Wissenschaft ab, das wahrlich exemplarisch ist. Letzten Endes wird dem ganzen Vorgang wieder das Etikett des Sachzwangs, der natürlichen Sachgesetzlichkeit von Wissenschaft und Technik anhaften, das strukturkonservative Theoretiker wie Marshall McLuhan, Helmut Schelsky, Niklas Luhmann oder auch Karl Steinbuch seit Jahren predigen. Wo sich die soziale und politische Entwicklung als Funktion der Technologieentwicklung darstellt, bleiben

Gedanken an die Folgen des Technologieeinsatzes für die Gesellschaft auf der Strecke.

Nun kann man die hier aufgezeigte Argumentationsebene nicht allen Wissenschaftlern unterstellen, die pro Kabelfernsehen votieren. Denn oft genug ist ein diffuses Unbehagen mit im Spiel, das gleichwohl nicht gegen die „Überzeugungskraft“ des technischen Fortschritts, die oft naive technologische Faszination ankommt. In solchen Fällen verbinden sich mit der Einführung der neuen Kommunikationstechnologien Vorstellungen, die auf den Abbau bestimmter gesellschaftlicher Defizite zielen. Intensivierung der zwischenmenschlichen Kontakte, kommunikative Partizipation breiter Bevölkerungskreise sind die zentralen Schlagworte. Dagegen ist grundsätzlich nichts zu sagen. Beides ist unbestritten nötig. Die Fehleinschätzung liegt jedoch in dem Umstand, daß eine Technologie als Surrogat für soziale und strukturelle Defizite herhalten muß, als Lösungsmöglichkeit für Probleme, die ursächlich keine Kommunikationsprobleme sind, sondern eben strukturelle Ursachen haben. Der Verweis auf die heilbringende Kraft der Technologien lenkt dabei nur von dem Hauptproblem ab und erfüllt damit die Funktion, Folgeprobleme aus einer gescheiterten Politik vorübergehend aufzufangen. Vorübergehend, weil Technologien immer nur Symptome beheben, nie aber Ursachen beseitigen können und sich deshalb bzw. der Schein, durch Kommunikationstechnologien künstlich herbeigeführter *N a c h b a r s c h a f t* für die betroffenen Menschen als solcher, als Bluff, bald herausstellen wird. Spätestens dann aber wird das Unvermögen, die gemachten Versprechungen einzulösen, weitere Folgeprobleme nach sich ziehen.

Noch eine Bemerkung zu der Bürgerpartizipation. Auch hier besteht zum Optimismus kein Anlaß.

„Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß diese Entwicklung getragen sein muß vom Willen der Bürger, ohne deren Bereitschaft zur Nutzung neuer Telekommunikationsangebote der entsprechende Ausbau des technischen Kommunikationssystems nicht zu vertreten wäre“, steht in den Vorstellungen der Bundesregierung zum weiteren Ausbau des technischen Kommunikationssystems.

Bisher hat noch niemand die Bürger in Berlin, Dortmund, Mannheim, Ludwigshafen und München gefragt, ob sie die für dort vorgesehenen Pilot-Versuche überhaupt wollen. Es ist auch nicht bekannt, daß man ihnen irgendwann erklärt hätte, was Kabelfernsehen überhaupt ist, welche Chancen und Gefahren es bietet.

## Rainer Milzkott: Die unsichtbare Stadt im elektronischen Zeitalter

Die Kritik an den Zuständen in den Städten seit Beginn der industriellen Revolution ist allgemein und richtete sich gegen die Auswirkungen einzelner technologischer Entwicklungsschritte. Die Dampfkraft und die durch sie möglich gewordenen Fabriken zur Massenproduktion von Gütern führten zu einer vorher unbekanntem Konzentration der Menschen in den gewachsenen Städten. Der Ausweg, den die utopischen Sozialisten wie Owen, Fourier und Cabet vorschlugen, war die Aufhebung des Eigentums an den Produktionsmitteln und die Rückkehr zu einer quasi ländlichen Siedlungsweise, in der überschaubare Gruppen sowohl industriell, handwerklich als auch landwirtschaftlich produzieren sollten. Ihnen schwebte das Bild einer offenen Gesellschaft vor, in der alle Entscheidungen demokratisch getroffen werden sollten. In den Entwürfen für ihre Musterdörfer und -städte finden sich Hallen und jedenfalls große Gebäude, in denen sich die Menschen treffen können, um miteinander zu kommunizieren.

Nur Rudimente dieser Vorstellungen haben sich durchgesetzt. Die Gartenstadtbewegung, die vor der Jahrhundertwende entstand, versprach den Städtern eine fast ländliche Siedlungsweise, frei vom Lärm und Dreck der großen Städte. Doch ökonomisch funktionieren konnte sie in zu wirtschaftlicher Konzentration neigenden Systemen nur, wenn Produktion und Handel, die ja nicht in die beliebige Verfügung der Bewohner gestellt wurden, weiterhin im Stadtzentrum stattfanden. Die Einführung des Autos als individuelles Transportmittel aber erlaubte erst die Verbreitung der Stadtbewohner in die ländliche Fläche und ihre tägliche Rückkehr an den Arbeitsplatz in der Stadt.

Je mehr Stadtbewohner aber aus der Stadt auf das Land flüchteten, desto weiter wuchsen die Entfernungen von der Wohnung des einzelnen zu seinem Arbeitsplatz, zu den Verwaltungs- und Kulturinstitutionen. Um dorthin noch mit einem vertretbaren Zeitaufwand zu gelangen, mußten Autobahnen gebaut werden, die in die Stadt führen. Doch diese Verkehrswege stellten sich bald als wenig flexibel heraus: zwar führen sie zu einem bestimmten Punkt in der Stadt, doch nicht alle, die aus einer bestimmten Richtung in die Stadt kommen, wollen auch diesen bestimmten Punkt erreichen. Das Verkehrsproblem ist nicht gelöst, sondern verschlimmert sich, weil mehr Menschen wegen der Verkehrsprobleme und der damit einhergehenden Belästigungen aus der Stadt fliehen und dann selbst wieder ein Auto benutzen, um in die Stadt zu gelangen. Eine Strategie, die die Inkongruenz zwischen den auf öffentlichen Verkehr angewiesenen Innenstädtern und den „autogerechten“ Außen-

quartieren aufhebt, ist praktisch nirgendwo durchgesetzt worden.

Am Ende dieser Entwicklung sind die Stadtzentren mit einem vertretbaren Zeitaufwand nicht mehr zu erreichen. Die städtischen Einrichtungen, die von der Informationszufuhr und dem Informationsaustausch leben, drohen zusammenzubrechen. Nun bietet sich der Ausweg mittels der elektronischen Medien an: Von jedem Ort können zu jeder Zeit die benötigten Informationen wiederum zu jeder gewünschten Zeit an jeden gewünschten Ort geliefert werden.

Dem ständig wachsenden Angebot an elektronischen informationsverarbeitenden Produkten, die zunehmend leistungsfähiger und billiger werden, stehen historisch gewachsene Informationssysteme gegenüber. Eines der größten und komplexesten dieser Systeme ist die Stadt. Die Börse zum Beispiel ist als städtische Einrichtung ein bis auf den reinen Informationsaustausch reduziertes System mit einer Marktfunktion. Parlamente und Verwaltungen sind Systeme eines reinen Informationsaustausches mit dem Ziel, das Zusammenleben der Menschen zu regeln. Schulen, Universitäten und Bibliotheken sind zentrale Einrichtungen der Informationsvermittlung; Kneipen, Ausstellungen und Theater schließlich sind Orte der Vermittlung und des Austausches von kulturellen Informationen. Alle diese Systeme und noch viele hier nicht genannte, die in Wechselbeziehung miteinander und voneinander existieren, bilden zusammen das System der Stadt, die ihrerseits durch die baulich-räumlichen Einrichtungen gekennzeichnet ist, die sich in ihr für das Zusammenfunktionieren der einzelnen Systeme evolutionär entwickelt haben.

Die Verkehrseinrichtungen zum Beispiel sollen es ermöglichen, in kürzester Zeit von oder zu den zentralen Orten der einzelnen Systeme zu gelangen. Die Bauten für diese Systeme, die Hallen, in denen viele Menschen zur selben Zeit zusammenkommen, die Häuser mit vielen Räumen, in denen jeweils wenige Menschen Informationen im Dialog austauschen, um sie, nach gewissen, meist hierarchischen Strukturen geordnet, zu einer umfassenden Information zusammenzutragen – auch sie sind Bausteine des Systems Stadt.

Die Kontakte zwischen Städtern bleiben dabei – im Rahmen von gegebenen Normen und Verabredungen – frei; das städtische Geschehen ist nicht im voraus festgelegt. Städtische Gesellschaften werden daher auch als „Offene Gesellschaften“ bezeichnet, im Gegensatz zu den „Geschlossenen Gemeinschaften“ wie Familien oder Dorfgemeinschaften. Die städtischen Prozesse laufen immer in Richtung auf ein zentral angelegtes System und unter dessen Kontrolle ab.

Los Angeles, aus dem Flugzeug betrachtet, ist „spread-city“, die „Brotaufstrichstadt“, entstanden durch ungehemmtes Wachstum in die Wüstenregion entlang des Pazifik. Zweihundert mal siebzehn Kilometer ein

Häuschen mit Swimmingpool am anderen, das Wasser wird von jenseits der Berge gepumpt. Bis vor einigen Jahren war der Bau von Hochhäusern im erdbebengefährdeten Los Angeles verboten. Dann die riesigen Stadtautobahnen für acht bis zehn Millionen Autos der zehn Millionen Los Angeleser, die im sogenannten Landkreis „country of Los Angeles“ leben.

Bei der Landung wird es dunkler, obwohl der Himmel wolkenlos ist. Am Boden kann man in die Sonne sehen, ohne daß die Augen schmerzen, die Sonne hat eine gelblich-braune Farbe. Übelkeit und Reizhusten schon nach wenigen Minuten, das ist der Los-Angeles-Smog. Allein die Autos verpesten die Luft, große Industrie gibt es nicht. Wer das Geld dazu hat, zieht jetzt ins San Fernando Valley in die Wüste, da ist die Luft besser. So wächst die Stadt weiter.

Anruf vom Flughafen aus im Hotel: „Ist es weit bis zu Ihnen?“ – „Eine halbe Stunde, manchmal auch eine Stunde“ – die Maßeinheit der Autogesellschaft. Am nächsten Morgen, nach etlichen „halben Stunden“ auf überfüllten Autobahnen, Besuch bei Hank Koehn, Leiter der Abteilung Zukunftsforschung der „Security Pacific National Bank“. Das Bankgebäude, über 80 Stockwerke hoch, steht am Schnittpunkt mehrerer Freeways, umgeben von riesigen Parkplätzen. Bis zum nächsten Hochhaus, dem Kongreßzentrum, sind es etwa 500 Meter Luftlinie, dazwischen ist nichts. Das ist das Bankenzentrum. Es gibt noch ein Versicherungs- und ein Verwaltungszentrum, jeweils zehn Kilometer voneinander entfernt.

„Also es ist eine Wüste, aber das bißchen Regen, das wir jedes Jahr haben – meistens im Dezember und Januar –, das bringt die Leute schon durcheinander, denn sie sind nicht daran gewöhnt, im Regen zu fahren. Die meisten Freeways funktionieren doch deshalb nur so reibungslos und schnell, weil es kein schlechtes Wetter gibt. Eine Klimaveränderung um einige Temperaturgrade nach unten wäre schon das Ende für diese Stadt.“ Der Bankmanager sorgt sich um die Entwicklung seiner Stadt, die einmal die „Heimat der Zukunft“ genannt wurde. Gar nicht denken mag er an das Problem mit dem Öl; nicht jeder kann es sich leisten, mit dem Auto täglich zweihundert Kilometer zur Arbeit und zurück zu fahren, wenn die Benzinpreise weiter steigen. Wenn es regnet oder wenn die Benzinpreise gerade mal wieder erhöht wurden, setzt die Bank den Computer ein: er vermittelt Fahrgemeinschaften unter den Angestellten. Andere Firmen und auch die Stadtverwaltung arbeiten nur noch an vier Tagen in der Woche. Der Arbeitstag dauert zehn Stunden. Trotz allem ist der Optimismus ungebrochen. „Ich möchte nur hier in Süd-Kalifornien leben“, sagt Hank Koehn, den die „New York Times“ als einen der führenden Zukunftsdenker des Big Business betrachtet, „nur hier haben Sie den Raum, um ein ‚gediegenes‘ Leben zu führen“. Natürlich würde das durch Entfernungen erkauft, erkennt Koehn, aber „so-

lange wir das Geld für das Benzin haben . . .“

Privatdetektiv Rockford aus dem Fernsehen gibt es wirklich, jedenfalls jenen Teil seiner Existenz, der das Leben im Wohnwagen betrifft. Viele Los Angeleser leben in Wohnwagen, auf gemietetem Grund und Boden – eine Daseinsform, die mit ihren Abhängigkeiten eigentlich gar nicht mehr dem Ideal des auf wirtschaftliche Unabhängigkeit bedachten Durchschnitts-Amerikaners entspricht. Sie leben so, um näher an ihrem Job zu sein, den sie oft wechseln und um eben die langen Reisewege zur Arbeit zu vermeiden.

Am nächsten Tag: Besuch bei Burt Nanus, Direktor des Instituts für Zukunftsforschung an der Universität von Süd-Kalifornien in Los Angeles. Das Institut wird von der Wirtschaft finanziert, auf dem Campus residiert es im selben Gebäude mit der Management-School. Nanus über die Möglichkeiten zur Lösung der Krisen der von Ölpreiserhöhung und Klimaänderung bedrohten Stadt mittels eines Konzepts zur Dezentralisierung:

„Wir haben eine Studie für die National Science Foundation über eine große Versicherungsgesellschaft im Zentrum von Los Angeles gemacht, um zu zeigen, wie man das auf sehr vorsichtige und systematische Art und Weise tun kann und ob das wirtschaftlich vertretbar ist. Und wir fanden heraus, daß selbst auf der Grundlage der aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten es für die Firma, die heute noch in einem sehr großen Bürogebäude untergebracht ist, es sehr sinnvoll wäre, sich auf 18 bis 20 verschiedene Orte zu verteilen und diese Filialen durch Telekommunikationssysteme und ein Kabelfernsehsystem zu verbinden. Das fängt mit dem Telefon an, aber man kann das Telefon mit sehr speziellen Einrichtungen verbinden, und über das Fernsehsystem kann z. B. ein Faksimile-Transfer für Schriftstücke eingerichtet werden.“

Wer denn in diesen Filialen arbeiten würde? „Hauptidee dabei ist, daß man die Arbeit zu den Leuten bringt und nicht die Leute zur Arbeit. So sucht man erst mal nach Gebieten, in denen eine große Zahl von den Angestellten lebt, und dann richtet man dort kleine Bürogebäude ein, vielleicht zwei, drei Stockwerke hoch für 100 bis 120 Angestellte. Die stehen dann im Mittelpunkt eines Kreises mit einem Radius von zwei, drei Meilen, in dem die Angestellten wohnen. In erster Linie würden dort dann die geringer bezahlten Angestellten arbeiten, die die Büroarbeiten machen, die ja im Dienstleistungsbereich die größte Gruppe von Arbeitern darstellen. Die Chefs, also wirklich die Spitze der Firma, die zum Beispiel mit den Banken zu verhandeln haben, die bleiben im Stadtzentrum. Bei einer Firma mit 2500 Angestellten sind das vielleicht nur zweihundert. Nach unserer Studie verringern sich dadurch die Kosten für die Firma ganz entscheidend. Es kostet eben viel Geld, wenn die Leute erst eine weite Reise machen müssen, um ins Büro zu kommen, also die Energiekosten sind sehr hoch, die

Parkgebühren im Zentrum sind sehr hoch, egal ob das der einzelne bezahlen muß oder die Firma, aber irgendwo muß das Geld dafür ja herkommen. Dann ist die Bürofläche im Zentrum sehr teuer verglichen mit Flächen irgendwo anders. Die Nahrungsversorgung während des Arbeitstages ist sehr teuer im Stadtzentrum, die Restaurants hier haben hohe Preise, beziehungsweise die Firma versorgt die Leute selbst, aber das kostet auch viel Geld. Es gibt viele Kosten, die mit der Lage im Stadtzentrum verbunden sind, die in entfernten Filialen nicht entstehen würden. So eine Firma könnte da also sehr viel Geld einsparen.“

„Was würde diese Dezentralisierung denn nun für die Struktur der Stadt bedeuten?“ – „Die Hauptveränderung für die Stadt bestünde darin, daß eine große Zahl von kleinen Dörfern entstehen würde, in den Grenzen der Stadt. Da würden sich Gemeinden rund um Einkaufszentren und Ansammlungen von kleinen Bürogebäuden bilden. Und die Leute haben die Möglichkeit, ganz in der Nähe ihres Arbeitsplatzes zu wohnen und gleichzeitig aber nicht die Vorteile zu verlieren, die ihnen eine große Stadt bietet. Sie sind in der Lage, ins Konzert zu gehen oder zum Ballett, in die Oper, ins Museum oder in gute Restaurants, die Einrichtungen, die nur eine große Stadt anbieten kann. Was das Stadtzentrum anbetrifft, glaube ich, daß es langfristig gesehen mit dem Bau der hohen Häuser aufhört. Ich weiß nicht, was mit den existierenden Gebäuden passiert, ich bin sicher, daß sich dafür noch immer eine Verwendung finden lassen wird, aber langfristig werden die großen Investitionen für das dezentrale Schema ausgegeben werden und nicht für das zentrale Schema.“

Als das Tonbandgerät ausgeschaltet ist, erläutert Burt Nanus einen weiteren, für die Unternehmen sehr interessanten Vorteil der Dezentralisierung. Das Konzept erweise sich für die Firmen auch deshalb als kostensenkend, weil in den Innenstädten die Löhne für die unteren Angestellten in der Regel höher seien. Wenn eine Sekretärin in der Firma X 100 Dollar in der Woche verdient und sie bei Mittagessen in einem Restaurant eine Mitarbeiterin der Firma Y trifft, die 105 Dollar in der Woche verdient, werde auch sie bald entweder mehr Lohn fordern oder gleich in die Firma Y überwechseln. Dieses Problem sei mit der dezentralen Firmenstruktur weitgehend gelöst.

Die typisch städtische, die offene Gesellschaft, wird hier bereits ein wenig geschlossener. Das Arbeitsleben erhält in der dezentralen Filiale der Firma den Charakter einer geschlossenen Gemeinschaft. Vom Arbeitsplatz geht es nach Arbeitsschluß vielleicht mit einem kurzen Umweg über den Supermarkt direkt nach Hause zum Rasenmähen. Auch der Nachbar, mit dem man sich vielleicht über die Hecke hinweg unterhält, arbeitet möglicherweise für dieselbe Firma.

50 Kilometer nördlich von Manhattan liegt Armonk.

Die Landschaft ist hügelig und mit alten Eichen und Buchen bewachsen. Armonk hat etwa hundert Häuser, viele aus Holz gebaut auf einem Fundament aus Feldsteinen, weiß angestrichen. Das Städtchen Armonk hat auch ein Postamt und natürlich eine Kirche. Von der Kirche führt eine Straße, die die Zubringerstraße zur Autobahn nach New York City kreuzt, direkt auf einen Hügel, auf dem bis 1964 Apfelbäume wuchsen. Jetzt steht dort ein dreistöckiger nüchterner Neubau. Vor dem Eingang wehen an einem Fahnenmast die „Stars and Stripes“.

Mit diesem Gebäude im Apfelgarten wurde das idyllische Städtchen Armonk zu einem Ort, an dem jährlich soviel Geld umgesetzt wird, wie etwa die Staatshaushalte von Dänemark und noch einigen anderen kleinen Staaten zusammen ausmachen. Die Firma, die hier ihre Zentrale hat, nennt sich „International Business Machines“, kurz IBM.

„Es sollte eigentlich das Atomzeitalter werden. – Es wurde das Computerzeitalter“, stellt dieser Multinationale Konzern in einer Werbebroschüre fest. Nachdem dreißig Jahre lang die Innenstädte mit ihren Bürohochhäusern die Hauptabsatzgebiete dieses Konzerns gewesen sind, erkennt nun John Ranking, einer der Direktoren von IBM, die Möglichkeiten der Dezentralisierung: „So wie sich der Computer entwickelt hat, wenn er auch Kommunikationskanäle mitbenutzt, ist es heute in vieler Hinsicht unwichtig, wo der Computer und das Datenmaterial einer Firma untergebracht sind.“ Daß es mit der Elektronisierung gerade erst mal bescheiden angefangen habe, meint auch Rich Lurie, der bei IBM neue Büromaschinensysteme entwirft. Allein in den letzten zehn Jahren sei die Produktivität von Fabrikarbeitern durch Automation um 80 bis 90 Prozent erhöht worden. In jenem Zeitraum sei pro Fabrikarbeitsplatz etwa 25 000 Dollar investiert worden. Die durchschnittlichen Investitionskosten für einen Büroarbeitsplatz würden dagegen aber nur etwas weniger als 2000 Dollar betragen. Und es gebe Studien, die zeigten, daß die Produktivität der Büroarbeiter sich im selben Zehnjahreszeitraum nur um etwa vier Prozent erhöht habe.

Im Rennen um die Märkte der Zukunft sind aber nicht nur die großen Büromaschinenhersteller, sondern auch verhältnismäßig kleine Firmen mit einigen hundert Angestellten wie etwa „Vydec“, eine Tochtergesellschaft des Öl-Multis EXXON. Seit den 60er Jahren hat sich der Konzern bei etwa 25 kleineren Firmen eingekauft, die mit dem Ölgeschäft überhaupt nichts zu tun haben. Die kleinen Töchter müssen sehr erfolgreich sein, wenn sie in der Esso-Tigerfamilie bleiben wollen. Wer nach einigen Jahren nicht mindestens 100 Millionen Dollar Umsatz macht, wird wieder ausgestoßen. Die erfolgreichsten Töchter sind Daten- und TextverarbeitungsHersteller. Der Öl-Multi plant für die Zeit, wenn es mit dem Öl zu Ende geht. Verdient er jetzt noch an den zen-

tralistischen Strukturen, setzt er auf die Zukunft der Dezentralisierung, wo der Verkehr von heute durch elektronische Kommunikation ersetzt werden könnte.

George Murray, einer der Manager von Vydec, leitet seine Zukunftsperspektive aus der Veränderung der geschäftlichen Verkehrsformen ab: „Die Notwendigkeit, Verbindungen zu halten, bedingt doch das Zusammenrücken von allem, und ohne Elektronik wäre das zu entfernt und zu abstrakt. Man reduziert das dann auf ein Stück Papier, das von einem Boten woanders hingebacht wird, man ist nicht nur fünf oder sechs Arbeitsschritte von dem entfernt, mit dem man sich in Verbindung setzen will, dazu kommt noch, daß die Information, die man übermitteln will, nur sehr begrenzten Umfang haben kann. Und das wäre ja gar nicht praktikabel. Das heißt also, daß man nahe dran sein muß, daß man eben in einem größeren Zentrum sein muß, wo es Büros gibt, in denen diese Kontakte stattfinden. Die Elektronik erlaubt es nun, daß man dabei ist, ohne körperlich dort anwesend zu sein. Die Anwendungsgebiete der Elektronik werden weiter wachsen.“

Für IBM-Direktor John Ranking hat diese Zukunft bereits begonnen, die Grundlagen für eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaften seien gegeben, weil „eine ganze Generation von Kindern heranwächst, denen das Arbeiten mit dem Computer schon von der Schule und von der Universität her vertraut ist. Und auch die Erwachsenen werden durch den Gebrauch von Taschenrechnern und programmierbaren Rechnern immer mehr daran gewöhnt, einen Computer zu benutzen. Und zu Hause sind ja durch das Vorhandensein des Fernsehers und des Telefons die grundlegenden Voraussetzungen dafür gegeben, sich mit einem Computer in Verbindung zu setzen. Also, ich stelle mir eine Gesellschaft vor, die im großen Umfang den Computer für alle möglichen Angelegenheiten benutzt, auch zu Hause. Zum Beispiel, um an Dienste heranzukommen, mit denen man die Erziehung der Kinder planen kann, um einen Kuchen zu backen oder um das aktuelle Angebot eines Ladens zu erfahren oder zur Nachfrage in Katalogen und Enzyklopädiën. Das wird mehr und mehr zu Hause passieren, indem man den Fernsehschirm und das Telefon in Verbindung mit einem Computer benutzt.“

Vom Sinn oder Unsinn der Elektronisierung der privaten Haushalte wird nicht geredet, ein Heimcomputer kostet um die tausend Dollar, zahllose Fach- und populär aufgemachte Computerzeitschriften heizen den Trend an.

Columbus in Ohio ist wohl eine der uninteressantesten Städte in den USA. Die Bevölkerungsstruktur der Stadt repräsentiert den Durchschnitt des gesamten Landes, was Alter, Einkommen und Hautfarbe anbetrifft. Columbus wird bevorzugt als Testmarkt für neue Produkte benutzt.

Der Taxifahrer, der uns in die Kennear Road bringen soll, muß erst nachdenken, wo diese Straße liegt. Alle Straßen sehen ziemlich gleich aus, ein Häuschen neben dem anderen. Die zweieinhalb Millionen Einwohner der über eine riesige Fläche verteilten Stadt leben von der Stahlerzeugung, Feinmechanik, dem Hubschrauberbau und natürlich Corn-Mais. Columbus liegt im Corn-belt. Als wir schon eine Weile auf der Kennear Road fahren, fragt der Taxifahrer: „Haben Sie schon mal was von Qube gehört?“ Ja, da wollen wir ja hin. „Das hätten Sie gleich sagen sollen, dann wäre ich einen kürzeren Weg gefahren. Dann sind Sie wohl Reporter von 'ner Zeitung oder so?“ Ja, so ähnlich. „Ich hab' schon viele von Ihren Kollegen da hingefahren, das ist ja auch das Größte, was wir hier haben. Ich find's toll.“

„Das Größte“, Kennear Road 93, ist in einem Flachbau untergebracht: Zwei Computer, einige Fernsehstudios, Redaktion und Verwaltung. Qube, der Name hat keine Bedeutung, ist das erste kommerzielle Zweiwegkabelfernsehsystem der USA. Der Qube-Werbefilm: „Das Zeitalter des passiven Fernsehzuschauers ist vorbei. Durch eine revolutionäre Vermählung von Kabel- und Computertechnologie ist es den Qube-Abonnenten möglich, von ihrem Fernsehgerät aus das Programm mitzugestalten. Durch das Drücken eines der fünf Antwortknöpfe können die Qube-Abonnenten ihre Meinung sagen, Spiele spielen, Fertigkeiten erlernen, einen Hochschulkurs mitmachen, Auskünfte einholen, und sie können auch wirklich den Verlauf des Programms ändern, an dem sie teilnehmen.“

Für 19 Dollar 95 Cent legt die Warner-Cable-Corporation, eine Tochtergesellschaft des Warner-Communication-Konzerns, der Spielfilme, Fernsehprogramme, Bücher, Schallplatten und Spielautomaten herstellt und eine Fußballmannschaft sowie Qube sein eigen nennt, für 19 Dollar 95 Cent legt die Gesellschaft dem Abonnenten ein Fernsehkabel über die Telefonmasten ins Haus. Von einer Verteilerdose aus wird dann der Fernseher angeschlossen und die Qube-Konsole, ein pralenschachtelgroßes Kunststoffgehäuse mit 18 Knöpfen und neun Lämpchen. Damit kann der Abonnent, wenn er die 10 Dollar 95 Cent monatliche Grundgebühr bezahlt hat, dreißig Programme sehen. Es gibt drei Programmleisten mit jeweils zehn Programmen. Auf der ersten Programmleiste werden neueste und auch alte erfolgreiche Spielfilme gezeigt, Sport, Oper, Ballett, Spiele, bei denen es Sachpreise zu gewinnen gibt, Hochschulkurse und Pornofilme. Auf dieser Leiste müssen alle Programme bezahlt werden. Der Computer registriert, wann und welches Programm man eingeschaltet hat, und druckt schließlich eine monatliche Rechnung für die bezogenen Programme aus.

Den Preis der Programme können die Abonnenten aus einem Programmheft entnehmen, das ihnen monatlich zugeschickt wird. Francois Truffauts „Der Mann, der

Frauen liebt“, Spielfilm, 119 Minuten, kostet zwei Dollar. „Cavalleria Rusticana“, dirigiert von Herbert von Karajan, kostet 2 Dollar 50, und „Verbotene Freuden“, die Geschichte eines todkranken Millionärs, der seine letzten Tage so aufregend wie möglich gestalten will, kostet drei Dollar und 50 cents. Alle Filme dieser Programmleiste werden nicht von Werbung unterbrochen.

Die Community-channels, die Gemeinde-Kanäle, kosten nichts. Hier gibt es „Columbus Alive“, das eigentliche Regionalprogramm, einen Kanal, der nur Kirchensendungen bringt, einen Kanal für Vorschulkinder, einen Bildschirmtextdienst für Börsenkurse, einen für Preisvergleiche der lokalen Supermärkte, einen für politische Nachrichten, einen für Sportnachrichten und einen für das Wetter. Schließlich gibt es noch einen Kanal für ausgewählte Zuschauergruppen, zum Beispiel Ärzte, die hier Pharmawerbung und -informationen empfangen können. Die dritte Programmleiste, auch kostenlos, bringt die Programmübersicht, acht kommerzielle Fernsehkanäle und einen Kanal mit öffentlichem Zugang; hier können sich Gruppen und Interessenverbände selbst darstellen. Soweit das erweiterte Fernsehangebot von Qube. Neu ist die Möglichkeit, durch einen Knopfdruck auf der Konsole, etwas zum Programm beizutragen, wenn die Zuschauer dazu aufgefordert werden.

Die Vorentscheidungen für die Miss-Amerika-Wahl brachten eine hohe Zuschauerbeteiligung. Es wurde zum Mitmachen bei der Wahl aufgefordert. Die Zuschauer konnten die ihnen gestellten Fragen, etwa „Gefällt Ihnen dieses Mädchen im Badeanzug?“ mit Ja oder Nein beantworten. Bei Bildungsprogrammen zum Beispiel hat der Zuschauer aber auch die Möglichkeit, durch Knopfdruck den Lehrer zum Wiederholen des gerade Gesagten aufzufordern. Sind genügend Meldungen eingegangen, wird der Lehrer im Studio den Stoff während derselben Sendung noch einmal wiederholen. Auch Prüfungen können über das Fernsehen durchgeführt werden. Hierbei gibt es dann die Möglichkeit des „multiple choice“-Verfahrens, das heißt, es werden fünf mögliche Antworten zu einer Frage angegeben, unter denen der Teilnehmer die richtige herauszufinden hat. Der Computer speichert dann die Antworten. Der Teilnehmer kann sich später telefonisch über das Ergebnis der Prüfung Auskunft geben lassen. Allerdings nehmen Bildungsprogramme nur einen sehr geringen Anteil vom Gesamtprogramm ein.

Für James Fisher, den für Qube verantwortlichen Manager des Warner-Konzerns, ist das System in erster Linie der Versuch, das Kabelfernsehen in den städtischen Märkten der USA durchzusetzen, wo ohnehin ein vielfältiges Programmangebot besteht. Die Strategie ist, zusätzliche kabelspezifische Angebote zu schaffen, so zum Beispiel einmal die Möglichkeit, Minoritätenprogramme zu produzieren, die sonst allein auf der Basis

von Werbeeinnahmen nicht produziert werden könnten, und zum anderen zusätzliche Dienste durch die Benutzung des Rückkanals in Verbindung mit einem Computer anzubieten.

Einkaufen über's Fernsehen ist schon heute in Columbus möglich. Da wird zum Beispiel in einer Talk-Show ein Autor vorgestellt, es wird über sein Buch gesprochen, und anschließend sagt der Moderator, wenn Sie nun dieses Buch haben wollen, das kostet soundsoviel, dann drücken Sie Knopf Nummer fünf. Wir rufen Sie dann wieder an, damit Sie Ihre Bestellung bestätigen können.

Ein personalintensiver und teurer Anruf zuviel. In Zukunft wird der Computer der Kabelfernsehgesellschaft mit den Computern der Banken zusammengeschaltet werden. Der Abonnent drückt dann einen Knopf, mit dem er seine Kaufbereitschaft mitteilt, dann drückt er den Code seiner Bank. Der Computer der Kabelfernsehgesellschaft setzt sich mit dem Computer der betreffenden Bank in Verbindung und überprüft, ob das Konto gedeckt ist. Wenn dies der Fall ist, wird eine Überweisung zugunsten der Kabelfernsehgesellschaft oder gleich eines Dritten, des Anbieters des Produkts, veranlaßt. Am Ende dieser Transaktion drückt ein dem Fernsehgerät angeschlossenes Kopiergerät die Quittung für den Kauf aus. Nach fünf Sekunden ist der Abonnent rechtmäßiger Eigentümer der gekauften Ware, was er mit der Quittung belegen kann. Wie er nun in den Besitz der von ihm gekauften Ware kommt, ist sein Problem.

„Schutz für Ihren wertvollsten Besitz, Ihre Familie und Ihr Heim“, verspricht die Werbung der Qube. Gegen zusätzliche Gebühren kann ein Sicherheitssystem installiert werden, das über Lichtschranken, Hitze- und Rauchsensoren seine Daten über die Kabelfernsehleitung dem zentralen Qube-Computer mitteilt. Sollte ein Feuer ausbrechen oder ein Dieb durch das Fenster einsteigen, wird das der Computer dem zuständigen Feuerwehr- oder Polizeirevier melden.

„Brave new world, Heil Columbus“, schrieb das Nachrichtenmagazin „Time“ 1978, als es über den „Prototyp des elektronischen Dorfes“ berichtete. Aber, wer kontrolliert das eigentlich? „Letztendlich ist es der Kunde“, meint James Fisher. „Das Programm, das wir anbieten, ist doch das Programmangebot, das sich aus der Bereitschaft der Zuschauer ergibt, ein Programm zu kaufen oder nicht. Wir werden uns den Kundenbedürfnissen anpassen.“

Die Ultima Ratio des Gebrauchs dieses elektronischen Systems, so wie es vom Warner-Konzern propagiert wird, soll in der Möglichkeit der demokratischen Entscheidung durch die Benutzer des Systems liegen. Während des schweren Winters 1978/79 fragte der Bürgermeister von Columbus/Ohio die Abonnenten des Qube-Systems, ob sie bereit wären, für die Schneebeseitigung mehr Steuern zu zahlen. Die politische Ent-

scheidung fiel einige Tage nach der Sendung gemäß den Wünschen der Zuschauer: Es mußten keine höheren Steuern bezahlt werden, es wurden keine zusätzlichen Maschinen und kein zusätzliches Personal für die Schneebeseitigung eingesetzt. Es war allerdings nicht zu ermitteln, ob und wie viele Bürger aufgrund dieser Entscheidung einen Schaden erlitten haben, weil sie ihre Häuser wegen der Schneemassen nicht verlassen konnten und auch nicht von außen versorgt werden konnten. Bürgermeister und Kabelfernsehgesellschaft schweigen sich darüber aus.

Die Vorstellung, daß dezentrale Systeme nur in einer sozialistischen Gesellschaft sinnvoll Anwendung finden könnten, war falsch; ging man doch von der Vorstellung aus, daß ein kapitalistisches System, das im ökonomischen Bereich zur Konzentration neigt, weil es auf wirtschaftliches Wachstum angewiesen ist, sich auch baulich-räumlich in Zentren manifestieren würde. Doch während als antikapitalistische Strategie das System der Dezentralisierung noch diskutiert wurde, hatte die andere Seite ihre Exposé zur Dezentralisierung bereits verfaßt. Schon 1973 schlug das Zentrum für Zukunftsforschung in Los Angeles seinen Finanziers aus Industrie, Versicherungs- und Bankenwesen mehrere Szenarios für die Zukunft vor, in denen die elektronischen Möglichkeiten zur Lösung der Kommunikationsprobleme beschrieben wurden. Das Arbeiten zu Hause am Bildschirm, Kongresse ohne Kongreßzentren, Firmenkonferenzen in mehreren Städten ohne Reisen und die Möglichkeit eines verstärkten Einsatzes von Teilzeitarbeitskräften werden propagiert, wenn etwa Hausfrauen oder Oberschüler zu „leichten Bildschirmarbeiten in der Nähe ihres Wohnortes“ herangezogen werden sollen.

Die mächtigen multinationalen Konzerne haben sich der Entwicklung auf dem Sektor der elektronischen Kommunikation bemächtigt. Sie bieten Geräte an, die die städtischen Probleme zwar nicht lösen können, aber als ein Ausweg erscheinen mögen. Sicherheit und Schutz zum Beispiel, einer der ursprünglichen Beweggründe für Menschen, zusammen zu siedeln und Städte zu bilden, sollen nun gegen eine monatliche Gebühr den Abonnenten des Qube-Systems in Columbus/Ohio garantiert werden, wie es die Werbung verspricht. Nicht mehr Nachbarschaftshilfe soll diesen Vorteil ermöglichen, sondern der Dialog zwischen Sensoren und einem Computer.

Die Siedlungsweise im elektronischen Zeitalter wird dörflich sein, das heißt, wenige Häuser werden um ein kleines Zentrum angeordnet sein. Von diesem Zentrum aus werden städtische Funktionen ausgefüllt, wobei die Stadt als Ort gar nicht mehr interessant ist. Innerhalb dieser elektronischen Informationssysteme werden die Menschen, die mit ihnen arbeiten, geschlossene Gemeinschaften bilden, einmal in der lokalen Isolation des Dorfes und zum anderen in der Isolation des Infor-

mationssystems, mit dem sie arbeiten. Zusätzliche kulturelle Angebote über elektronische Medien wie das Kabelfernsehen können, auch wenn sie eine gewisse Teilnahme am Programmverlauf gestatten, die kulturellen Funktionen der Stadt nicht ersetzen. In der Stadt ist die Möglichkeit der zufälligen Interaktion, auch der zufälligen Begegnung von Menschen gegeben. Das elektronische System aber ist programmiert, und ein Programm beinhaltet eben auch seine Spezialisierung und Beschränkung.

Der Wallstreet-District auf der Südspitze von Manhattan weist die Charakterzüge eines monofunktionalen Dorfes auf. Es geht hier ums Geld und um nichts anderes. Die Banken haben ihren Betrieb seit jeher stark rationalisiert. So ist dieser Bezirk heute die Landschaft mit der höchsten Computerdichte auf der Welt. Banken verlegen bereits ganze Abteilungen von hier irgendwohin aufs Land. Die meisten Kontakte werden auf elektronischem Wege erledigt. Im District geblieben sind vorerst die Bankbosse. Doch viele sehen auch schon nicht mehr ein, warum sie unbedingt jeden Tag die Reise aus den Villengettos in New Jersey oder im Staate New York machen sollen.

Außerdem seien die persönlichen Kontakte für das Berufsleben gar nicht so wichtig. Es gilt die Regel, daß ein Händedruck und ein persönliches Gespräch mit Kunden nur einmal alle zwölf bis 18 Monate stattzufinden brauchen. Viele der kleinen Restaurants im Wallstreet-District haben in den letzten Jahren ihren Herd für immer abgestellt. Es finden weniger Geschäftsessen statt. Immer häufiger sieht man Schilder hinter halbblinden Schaufenstern: „Zu vermieten.“ Zu vermieten ist auch jede Menge Büroraum auf der Fifth Avenue und gleich dreißigstöckige Bürohäuser auf der Sixth Avenue. Die Menschen, die hier einmal beschäftigt waren, sind von halbwegs intelligenten Bürocomputern wegrationalisiert worden.

In einer Hochglanzbroschüre preist New Yorks Bürgermeister Edward Koch die wirtschaftlichen Vorzüge seiner Stadt und belegt das mit 15 Firmen, die in den letzten Jahren nach New York City gekommen sind. Das Eigenartige dabei ist, daß von diesen 15 Firmen sich allein sieben direkt mit der Nahrungsmittelproduktion beschäftigen. Joghurt aus der Milch glücklicher Kühe mit gartenfrischen Erdbeeren oder eine Flasche Löwenbräu, hergestellt und abgefüllt im urbanen New York City.

Trotz eines hohen Rationalisierungsgrades ist die Nahrungsmittelproduktion noch immer sehr lohnintensiv. In New York kann man auf Heerscharen billiger Arbeitsloser zurückgreifen, und sternförmig breiten sich von hier gute Verkehrsverbindungen aus, über die dann auch der Bankdirektor auf dem Lande mit seinem Joghurt zum Frühstück beliefert werden kann.

Percival Goodman, ein amerikanischer Architekt, der

1938 zusammen mit seinem Bruder Paul eine effektive und funktionalistische Stadt für das industrielle Zeitalter geplant hatte, in der ähnlich wie in den Entwürfen Le Corbusiers sich ein Wolkenkratzer neben dem anderen erhob, schrieb 1977 über die Städte im postindustriellen Zeitalter:

Ein großer Teil dieser Rieseninvestitionen aus Materie und Geist wird dann verlassen sein, von Sand bedeckt

## Gert Börnsen: Die Droge Fernsehen als Gefahr für Kinder und Familien

Keineswegs unbemerkt, bisher aber noch weitgehend ohne politische Konsequenzen, vollzieht sich die Amerikanisierung der Fernsehgewohnheiten in unseren Familien. Neben dem Alkohol- und dem Drogenkonsum wächst die Fernsehsucht als eine Gefahr heran, die das Aussteigen aus dem problombeladenen Arbeitsalltag zu ermöglichen scheint, statt der Entspannung aber psychische und seelische Schäden verursacht, schließlich – insbesondere bei Kindern – organische Krankheiten und Entzugerscheinungen auftreten läßt. Die Attraktivität der Fernsehdroge hat erwartungsgemäß die Unterhaltungsindustrie auf den Plan gerufen: der Ruf nach privatem Fernsehen (wie in den USA) dient der Strategie einer expandierenden Branche zur Vermarktung des Zuschauers.

Wie in Amerika ist das Fernsehgerät auch bei uns inzwischen von einem Möbelstück zum Mitglied der Familie geworden. Mit elektronischen Medien, als das sind: Fernsehen, Radio, Plattenspieler, Kassette, Tonband, Video usw., verbringt der erwachsene Bundesbürger täglich 217 Minuten, während er für die Beschäftigung mit Kindern genau 29 Minuten zur Verfügung hat. Das Fernsehgerät wird zunehmend als elektronischer Babysitter eingesetzt. In 40 % aller Haushalte können die Eltern ungestört fernsehen, weil die Kinder ihr eigenes Programm vor den Zweit- oder Drittgeräten im eigenen Zimmer verfolgen. So hat der geplagte Erwachsene seine wohlverdiente Ruhe und Entspannung, während die Kinder keinen Unfug machen können.

Tatsächlich ist das Fernsehverhalten der Kinder direkt orientiert am entsprechenden Verhalten der Erwachsenen. Ein Drittel aller Kinder sehen ihre Eltern häufig lesen, aber 80 % sehen sie häufig fernsehen. Wo Erwachsene nicht die Kraft haben, mit dem Fernsehen bis zum Abendprogramm zu warten und auch dann nur nach vorheriger Programmwahl einzuschalten, werden auch die Kinder zu Dauerfernsehern. Die Gefahren des – von

wie die Sphinx oder vom Dschungel verschluckt wie Angkor Wat. Die Wolkenkratzer werden zu Minen werden, aus denen die nächsten Generationen ihre benötigten Metalle beziehen werden, so wie das Colosseum als Steinbruch für die Palastbaumeister des Roms der Renaissance diente. Die Stadtzentren könnten zu Museumstädten wie Venedig oder Carcassonne gemacht werden.

den Gewerkschaften für Schichtarbeiter geforderten – Vormittagsprogramms sind für Vorschulkinder noch gar nicht absehbar.

Beruhigende Erklärungen der Rundfunkanstalten über den geringeren Fernsehkonsum von Erwachsenen und Kindern in der BRD im Vergleich zu den USA oder Japan dürfen nicht dazu führen, daß erkennbare Tendenzen verharmlost oder gar die Auswirkungen der Systemveränderungspläne wirtschaftsorientierter Rundfunkpolitiker der CDU/CSU heruntergespielt werden. Man darf Franz Josef Strauß uneingeschränkt Recht geben, wenn er vor der Gefahr warnt, „daß das spielende Kind durch das glotzende Kind ersetzt wird“. Allerdings muß man auch familien- und medienpolitische Konsequenzen verlangen, die zuerst Helmut Schmidt vor Jahr und Tag mit dem Vorschlag des „fernsehfreien Tages“ angesprochen hat. Da die Vervielfachung des Fernsehprogrammangebotes über Kabel und Satellit technisch möglich ist, werden sich Parteien und Gewerkschaften jetzt entscheiden müssen zwischen den Interessen der Wirtschaft und denen von Gesellschaft und Familie. Die jüngsten Entscheidungen der Bundesregierung zu Kabelfernsehen und Satellitenprogrammen, bei denen überstürzte Entwicklungen gebremst wurden, sind Schritte auf dem richtigen Weg, wurden aber bezeichnenderweise von Wirtschaft und Union gemeinsam attackiert.

### Eine fernsehabhängige Generation?

Vorschulkinder zwischen 3 und 7 Jahren sehen in der BRD täglich eine Stunde, Schulkinder (8–13) anderthalb Stunden fern. Seit Anfang der siebziger Jahre stieg der Fernsehkonsum der Kinder um 15–20 Minuten, während der der Erwachsenen mit etwas über 2 Stunden konstant blieb. Gleichzeitig verschob sich die Hauptfernsehzeit der Kinder stetig vom Nachmittag in den Vorabend hinein. So sitzen die Kinder zu 13 % vor dem Apparat, wenn Kinderfilme laufen (16–17 Uhr), zu 45 %, wenn um 19.00 Uhr die Werbung gezeigt wird, zu 30 % bis zur Tagesschau; 19 % sehen das frühe Abendprogramm bis 21.00 Uhr, und danach verfolgen noch 13 % – also ebensoviele wie am Nachmittag – das Fernseh-

geschehen. Zu keinem Zeitpunkt sinkt der Prozentanteil der Kinder vor dem Fernsehgerät auf 0. Von den Vorschulkindern sehen 31 % das Vorabendprogramm bis 20.00 Uhr, 18 % dürfen bis 21.00 Uhr dabei sein.

In konkreten Zahlen bedeutet das: 370 000 Kinder sehen den 21-Uhr-Krimi, 110 000 Kinder sehen sonabends die mitternächtliche Tagesschau, die Hälfte aller Kinder sitzt sonabends bis 22.00 Uhr vor dem Fernsehgerät. Der realistische Nachbarschaftskrimi „Aktenzeichen XY . . . ungelöst“, der auch bei zahlreichen Erwachsenen Angstsymptome auslöst, wird von 1,5 Mio. Kindern – darunter sind 10 % Vorschulkinder! – gesehen. Action-Filme und Psycho-Thriller der Spätsteife (ab 23 Uhr), z. B. „Hochhaus in Flammen“ oder „Der Hexer“ werden von 900 000 bzw. 300 000 Kindern gesehen, darunter über 50 000 Vorschulkinder – weit mehr als das Kinderprogramm aufzuweisen hat.

Angesichts der Vergleichszahlen aus der USA und Japan, wo Vorschulkinder tägl.  $4\frac{1}{2}$  bzw. 3 Stunden fernsehen (in manchen Regionen werden 7–8 Std. täglich festgestellt) und wo das Gerät häufig von morgens 6.00 Uhr bis nach Mitternacht ununterbrochen läuft, mögen die bundesdeutschen Zahlen noch gering sein. Dort wird schon heute von einer fernsehabhängigen Generation gesprochen, die unter Psychosen und Verfolgungswahn leide, in einer Scheinwelt lebe und zur Aggressivität gegen ihre reale Umwelt neige.

Tatsächlich widmen amerikanische oder japanische Kinder dem Fernsehen mehr Zeit ihres Lebens als jeder anderen Beschäftigung. (Vorschulkinder sitzen ein Drittel bis die Hälfte ihrer wachen Zeit vor dem Apparat!) Achtzehnjährige Amerikaner haben 12 000 Stunden die Schule besucht, aber durchschnittlich 15–20 000 Stunden ferngesehen.

1971 bezeichnete die Gesellschaft für rationale Psychologie in den USA das Fernsehen erstmals als „eine Sucht“. Neuere Umfragen bestätigen den Einfluß des Mediums auf Kinder, z. B. wenn 44 % der amerikanischen Kinder das Fernsehen lieber haben als den eigenen Vater, oder wenn 47 % der schwedischen Kinder lieber fernsehen vorm Schlafengehen, als eine Gute-Nacht-Geschichte der Eltern hören.

#### **Verföhrt und vermarktet**

Welche Gefahren sind mit dem Vielfernsehen verbunden?

*1. Zu frühes und zu intensives Fernsehen ist für Kinder gesundheitsschädlich.*

Fernsehen ist gekennzeichnet durch raschen Bildwechsel und schnellen Wechsel der Brennweiten, durch laufende Veränderung des Bezugspunktes für den Zuschauer.

So wird eine kurze Aufmerksamkeitsspanne programmiert, die in schneller Folge zur sensorischen Reizüberflutung („Sensorischer overkill“) führt. Kinder, insbeson-

dere Vorschulkinder, können diese Reize längeren Fernsehkonsums nicht verarbeiten. Die Folge sind organische Krankheiten, die in nicht wenigen Fällen durch Verzicht oder Reduzierung des Fernsehkonsums geheilt werden. (Symptome: nervöse Magenbeschwerden, Brechreiz, Appetitlosigkeit, Schlaf-, Konzentrations- und Sprachstörungen, chronische Müdigkeit, Kopfschmerzen).

*2. Fernsehen im Vorschulalter behindert die kindliche Entwicklung, Sozialisaton und Kreativität.*

Fernsehen ist eine einseitige Transaktion. Es gibt keine andere kindliche Erfahrung, die ein derartiges Maß an Aufnahme sensorischen Materials gestattet und gleichzeitig so wenig eigene Produktivität erfordert.

Kinder, insbesondere Vorschulkinder, befinden sich vor dem Gerät oft in einem Trance-Zustand, der sie zu Unruhe und Mobilität unfähig macht. Fernsehen verhindert das kindliche Spiel, dessen wichtigste Funktion im sozialen Kontext liegt, verhindert die kreative Selbsterfahrung, die soziale Konfliktlösung. Zwar hindert Fernsehen nicht, Lesen zu lernen, scheint aber Leseschwächen zu verschärfen. Negative Auswirkungen auf die Konzentrationsfähigkeit, die Sprachfähigkeit und die schriftliche Ausdrucksfähigkeit gelten als erwiesen.

*3. Fernsehen vermittelt nicht das Bild der realen Welt, sondern eine Scheinwelt.*

Erwachsene können die Fernschwelt ins reale Geschehen einordnen. Ein kleines Kind, das fernsieht, betritt eine Welt, die sich seinem Verständnis und seiner Kontrolle völlig entzieht. Die Bildersprache der Unterhaltungsszenen lehrt nicht soziale Konfliktlösung, sondern zeigt Brutalität und Gewalt und desensibilisiert so gegenüber aggressiver Konfliktregelung. Drei Viertel aller Kinder bestätigen, daß das Fernsehen manchmal Angst mache. Während 3jährige erst zu 36 % Angstreaktionen zeigen, werden 5jährige – die das Geschehen auf dem Bildschirm besser „verstehen“ können – zu 65 % verängstigt. Vielfernsehende Kinder sind übertrieben ängstlich, die Welt scheint ihnen feindselig und gefährlich.

*4. Zuviel Fernsehen ist familienfeindlich.*

Viel Fernsehen verhindert das familiäre Gespräch, das gemeinsame Spiel, die Familienfeier und ersetzt dies durch schweigendes, konzentriertes Glotzen – oft als einzige gemeinsame „Aktivität“ der Familie. Durch Zweit- und Drittgeräte wird die Familie darüber hinaus in spezifische Programmzielgruppen zersplittert, denen sogar die gemeinsame Erfahrung des Zuschauens fehlt. Diese Gefahr wird durch die mögliche unbegrenzte Programmvielfalt potenziert.

*5. Kinder sind Zielgruppe, Werbeträger, Verkaufsanreiz und Verkaufsmittel der Fernsehwerbung.*

Werbesendungen sind wegen ihrer Kürze, der stimulierenden Wirkung, der vereinfachenden Aussage und der musikalischen Untermalung bei Kindern beson-



Besitze letztgültiger politischer Wahrheiten weiß, muß die Volkspartei SPD bei manchen den Eindruck eines unklaren Erscheinungsbildes erwecken. Ihre geistige Pluralität und ihr breitgefächertes politisches Spektrum, Ausdruck ihrer Auffassungen von Freiheit und sozialer Demokratie, machen sie auf dem Meinungsmarkt, auf dem häufig plakative Vereinfachung herrscht, zu einer „schwer verkäuflichen Ware“. Nirgendwo wird dies deutlicher als in ihrer eigenen Presse, begreifen sich doch sozialdemokratische Journalisten nicht selten als kritische Beobachter des Geschehens in den eigenen Reihen, was sie prompt in Konflikte mit den Parteifunktionären stürzt. Umgekehrt wird auch ein lebendiger und kritischer „Vorwärts“ das Odium des Zentralorgans nicht los.

Für die SPD ist dieses Problem nicht neu: Selbst in den Blütejahren ihrer Parteipresse nach dem ersten Weltkrieg rang sie in der Bildungsarbeit mit sich selbst. Der 1924 gegründete sozialdemokratische „Bücherkreis“ weist mit seinem Schicksal Parallelen zur Krise der Parteipresse auf, freilich unter anderen politischen Konstellationen. Dies kann kein Zufall sein.

Geht es der SPD heute darum, ständig neue Kreise der Bürger für ihr gesellschaftspolitisches Modell zu gewinnen, so war ihre Außenwirkung, mit der Bildungsarbeit als einem wichtigen Teil, im heraufziehenden faschistischen Deutschland eine Frage des praktischen Überlebens. Getreu der Botschaft ihres Gründungs-vaters Wilhelm Liebknecht, erhob die deutsche Arbeiterbewegung mit dem Schlagwort „Wissen ist Macht“ die Bildung der Proletarier zu einer der Säulen der Parteiarbeit. Die „Buchgemeinschaft“ als Arbeiter-Selbsthilfeorganisation gegen Auswüchse des kapitalistischen Verlagswesens und bürgerliche Kulturvorherrschaft, war als Plattform der „Erziehung zum Klassenkampf“ auszuweisen. Stellte die Gründung dieser „Kulturgenossenschaft“ in den von Inflation und wirtschaftlicher Konzentration gekennzeichneten zwanziger Jahren ein völliges Novum dar, so war sie auch dazu auszuweisen, die schmerzliche Lücke zu schließen, welche die Einstellung so bedeutender Parteiorgane wie die „Gleichheit“, der „Wahre Jakob“, die „Freiheit“ hinterlassen hatte.

Opfer der krisenhaften ökonomischen Entwicklung wurde auch die bis dato erfolgreiche Buchreihe „Internationale Bibliothek“ des J. H. W. Dietz-Verlages. Der neugegründete „Bücherkreis“ hat an die Tradition dieses Verlages, bedeutende Werke über den wissenschaftlichen Sozialismus aufzulegen, später nicht mehr angeknüpft.

Der Verlag erhielt zwar eine selbständige Geschäftsführung, doch blieb er, mit einem Sitz in seinem leitenden Ausschuß für den Vorsitzenden des Parteivorstandes, Arthur Crispien, der SPD eng verbunden. Auf dem „Bücherkreis“ ruhten große Hoffnungen der Parteistrategie: Ihm war nicht mehr und nicht weniger als die Rolle

zugeschieden, durch Vermittlung von Wissen „eine der wichtigsten Voraussetzungen für Kampf und Sieg“ der breiten Massen zu schaffen. Die Zeitschrift des „Bücherkreises“ rief auf zum Aktivismus, zur Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse und zum Internationalismus; die Ära einer massiven Agitation der Arbeiter schien angebrochen.

Doch in die kämpferischen Töne mischten sich von Anfang an Dissonanzen: So schlossen sich der in der Satzung verankerte Anspruch nach Produktion „schöngeistiger Werke“ und dem Verständnis des „Buches als Waffe“ gegenseitig aus. Diese undialektische Scheinveröhnung zwischen proletarischer Kampfhaltung und bürgerlich-ästhetischem Literaturverständnis spiegelt sich dann auch in der Buchherstellung wider: unter den 71 zwischen 1924 und 1933 herausgegebenen Werken sind nur fünf über die Geschichte des Sozialismus und neun pseudo-wissenschaftlichen Inhalts (wenn man darunter auch Sport und Architektur zählt) zu finden; die weitaus überwiegende Verlagsproduktion bestand aus „Bildungsromanen“. Mit der Glaubwürdigkeit einer genossenschaftlichen Kampfororganisation, die nicht ein einziges Werk über wirtschaftliche Zusammenhänge verlegte, war es also nicht weit her.

In einer Zeit härtester politischer Auseinandersetzungen, der Bedrohung der Demokratie durch Hitlers braunen Mob, der sozialen Mißstände und der Krise des Kapitalismus, fallen die „Bücherkreis“-Produktionen durch politische Konturlosigkeit auf. Wer von einem sozialdemokratischen Verlag erwartete, durch das Medium der Literatur Einsichten über das Zeitgeschehen vermittelt zu erhalten, sah sich enttäuscht; Erschienenen Episoden aus der Novemberrevolution oder dem Kapp-Putsch, so nur als Staffage für Einzelschicksale; über politische Zusammenhänge erfährt der Leser so gut wie nichts. Die Autoren, vom „Bücherkreis“ immer als „lebende Sozialisten“ propagiert, scheinen ihre Ambitionen auf die Erweckung eines sakrosankten Solidaritätsgefühls zu beschränken.

Dieser gemeinsame Tenor der sogenannten Arbeiterdichter setzt eine neue Gesinnung, die Gründung einer sittlichen Gemeinschaftsordnung voraus, deren ständige Lobpreisung nicht selten vom politischen Gegner, aber auch aus den eigenen Reihen, als „Pfadfinder-Geist“ oder „sozialistischer Sturm und Drang“ abqualifiziert wurde. Der Vorwurf, mit solchen Werken werde von der notwendigen Änderung der äußeren Wirtschaftsstrukturen abgelenkt, ist naheliegend, um so mehr als der Standort des „neuen Gemeinschaftsgeistes“, seien es das Volk, Deutschland, das Vaterland oder die Republik, als ein quasi mystischer Orden verstanden wird, der sich eher durch naturgegeben-organische Sachverhalte, denn durch reale politische und wirtschaftliche Mächte erklärt.

Zieht sich diese Volksliteratur in das private Erleben

des Arbeiters zurück, so ist sie andererseits doch kein wirklichkeitstreuendes Bild des Alltags und der Umwelt des Proletariats: Die städtisch-industrielle Gesellschaft wird als Dämon verketzert, der den Menschen im Arbeiter zerfrißt.

Statt sich mit den konkreten Anliegen der Fabrikarbeit (Arbeitsunfälle, Betriebsgesetze etc.) zu befassen und dies an Einzelfällen darzustellen, wird das Thema durch Flucht in eine Idyllisierung des Handwerks, des Lebens auf dem Lande und der Freizeit in der Natur verdrängt. Der sich daraus entwickelnde „Bodenmythos“, die allegorische Darstellung der neuen Volksgemeinschaft (Brüder zur Sonne, zur Freiheit, Brüder zum Lichte empor) werden später auch prompt von den Nationalsozialisten pervertiert. So konnten durch die Ausklammerung von Zeitfragen und die romantische Verklärung des Arbeiter-Alltages die anvisierten Proletarier wohl schwerlich erreicht werden. Obwohl die Mitgliedskarte des „Bücherkreises“ auch die soziale Herkunft der Abonnenten enthielt, hat der Verlag diese Angaben immer schamhaft verborgen. Der Verdacht liegt deshalb nahe, daß dieser, 1927 mit 44 500 Mitgliedern auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung, sein Publikum hauptsächlich aus Parteifunktionären rekrutierte. Sein Ziel, durch wirklich preiswerte Bücher sozialdemokratische Politik an die arbeitende Bevölkerung zu vermitteln, hat er somit nicht erreicht.

Scheitern mußte er aber auch, weil er auf das Wohlwollen der Partei-Obleute angewiesen war. Die Verlagswerbung erfolgte durch Flugblätter, durch Werbeabende der lokalen Kulturorganisationen der SPD oder durch Mund-zu-Mund-Propaganda. Die Parteipresse, mit Ausnahme der Fachblätter, unterstützte die Genossenschaft wenig, und, was wohl entscheidend war, vor allem die stärkste Arbeiter-Organisation, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zeigte den Kulturbestrebungen der Partei die kalte Schulter. Der „Bücherkreis“ hatte dem ADGB zwar die Gründung eines Kulturfonds mit Beiträgen aus der Fünf-Millionen-Mitgliedschaft vorgeschlagen, doch blieb dieser Appell ohne Echo.

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten wandten die Kommunisten ihr – grundsätzlich nicht sehr verschiedenes – Bildungskonzept konsequent an: Literatur im Leninschen Sinne als Vorhut der Agit-Prop begreifend, ließen sie, zur Bestätigung ihres Weltbildes versteht sich, die Arbeiter die vorgebliche Richtigkeit ihres doktrinären Glaubensbekenntnisses selbst beschreiben. Die KPD spannte ein weitgefächertes Netz von Arbeiter-Korrespondenten, die, in Zellen organisiert, Fabrikzeitungen herausgaben und Reportage-Romane verlegten, in denen sie an Einzelfällen exemplarisch die Situation der abhängig Beschäftigten herausstellten.

Wenn dieser immerhin zielgerichteten und zugebenermaßen in sich logischen Basisarbeit der große Erfolg versagt blieb, so natürlich vor allem deshalb, weil die

kommunistischen Schriftsteller ihre Berichte aus der Arbeitswelt am Ende immer wieder in das Zwangskorsett ihres apodiktischen Weltbildes preßten.

Die Nationalsozialisten bereiteten den Bildungsbestrebungen der Arbeiterbewegung 1933 ein jähes Ende; für die Sozialdemokraten gilt festzuhalten, daß ihr Experiment einer Arbeiter-Kulturgenossenschaft schon vorher gescheitert war.

So versuchte die SPD nach dem Kriege erst gar nicht, an diese Entwicklung anzuknüpfen, sie überließ es vielmehr der gewerkschaftsnahen „Büchergilde Gutenberg“, die Arbeiter mit preiswerter Literatur zu versorgen; den politischen Anspruch hat sie nicht wieder aufgegriffen.

Anderes dagegen mit ihrem 1933 zerschlagenen Presse-Imperium: Von den Alliierten schon sehr bald lizenziert, gehörten die SPD-Zeitungen zu den ersten nach Kriegsende wieder zugelassenen deutschen Presseorganen, freilich ohne grundlegend neue Verlagskonzeption und modernes Management. Die Chefredakteursposten bezogen bewährte Antifaschisten und verdiente Parteigenossen, deren demokratische Gesinnung wichtiger als ihr journalistischer Sachverstand war. Vor allem dem Prinzip der Honorierung treuer Dienste, einer Übung, an der die SPD bis in die siebziger Jahre bei der Auswahl ihrer Journalisten festhielt, ist es zuzuschreiben, wann ihr Presse-Imperium zum Zwergenreich zusammenschmolz. Zu den vielen Faktoren, die beim Niedergang der Partei-Zeitungen eine Rolle spielten, gehört aber neben glückloser Geschäftsführung der Umstand, daß so bedeutende Organe wie beispielsweise der Berliner „Telegraf“ quasi über Nacht durch die Teilung Deutschlands von einem wichtigen Teil ihrer Leserschaft abgeschnitten wurden.

Wenn trotz dieser Strukturschwächen und einer fehlgeleiteten Geschäfts- und Personalpolitik nur gelegentlich Kritik an der Pressepolitik des Parteivorstandes in der Mitgliedschaft aufflammte, um hernach bald wieder zu verstummen, so deshalb, weil die SPD in dem relativ breitgefächerten Meinungskonzert der Bundesrepublik ihrer Stimme trotzdem Gehör verschaffen kann. Ob dies bei den anhaltenden Konzentrationsbestrebungen allerdings auch in Zukunft noch im gleichen Umfange der Fall sein wird, weiß niemand genau zu sagen. Andererseits lassen gerade die Konstellation eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens sowie das liberale Medienspektrum einer Meinungs- und Pressefreiheit Weimarer Zuschnitts nicht mehr viel Spielraum.

Der konservative „Bayernkurier“ und die kommunistische UZ sind zu subventionierten Propagandamühen der jeweiligen Parteivorstände verkommen und deshalb kein positives Beispiel. Es ist übrigens keine Schande für den SPD-nahen „Vorwärts“, wenn er bei der Aufzählung dieser scheinbar „florierenden Meinungs- und Presse“ fehlt. Für seine Redakteure muß es allerdings deprimierend sein, wenn sie trotz eines kritisch-lebendigen Kurses den

anrühigen Ruf einer Parteipostille offenbar nicht loswerden und der geschäftliche Erfolg somit ausbleibt. Mit dem Kassen-Manko nimmt auch wieder die Zahl der parteiinternen Kritiker zu, die dem Blatt tendenziöse Berichterstattung zugunsten bestimmter Parteiflügel vorwerfen. Wie auch immer, es bleibt eine traurige Tatsache, daß gerade ein Zwanzigstel einer Millionen-Mitgliedschaft ihr Parteiblatt für lesenswert hält.

Wie lange Schatzmeister Halstenberg das lecke Partei-Flagschiff noch über Wasser halten kann, ist nurmehr eine Frage des finanziellen Atems, der bei anhaltender Ebbe in der Parteikasse und angesichts der bevorstehenden millionenträchtigen Wahlschlacht leicht ausgehen könnte.

Auch das an der „Neuen Hannoverschen Zeitung“ praktizierte Sanierungsmodell dürfte sich als untaugliches Konzept erweisen: Noch ist der Leidensweg dieses einst stolzen norddeutschen Partei-Blattes von den peinlichen Verrenkungen des „Zirkus-Peter-Krohn“ bis zur schließlichen Verschmelzung mit der bürgerlichen Kon-

kurrenz um den Preis der politischen Neutralisierung in zu frischer Erinnerung. Und der energische Protestaufschrei gegen das Feilbieten des Hamburger Traditionsblattes „Morgenpost“ ausgerechnet an den verlegerischen Erzrivalen Axel Springer, was einer pressepolitischen Bankrotterklärung gleichgekommen wäre, ist noch nicht verklungen.

Auch die Neukonzeption hat dem „Vorwärts“ nicht den erhofften Leser- und Abonnentenstrom zugeführt. Die im Sinne einer „Bayernkurier“- oder UZ-Logik fehlende ideologische Kohärenz einer pluralen, für viele politische Strömungen offenen Volkspartei, hat eben eine nur unklar erkennbare Leser-Zielgruppe zur Folge. Das ist die eine Ursache. Das aus der Überparteilichkeit des DGB herrührende Nebeneinander der politischen Bildungsarbeit von Gewerkschaft und „Arbeitnehmerpartei“ SPD ist eine andere. Vertriebsprobleme wegen des bürgerlichen Presseübergewichts komplettieren den Ursachenkatalog sozialdemokratischer Zeitungsmisere: ein Dilemma ohne Ausweg, mit dem man leben muß.

## Hans-Jürgen Weiß: Massenmedien und Wahlen — Stellen wir die richtigen Fragen?

Die Frage nach den politischen Wirkungen der Massenkommunikation ist so alt wie die Massenmedien selbst. Für die Entstehung und Entwicklung der Massenkommunikationsforschung war sie von richtungsweisender Bedeutung. „Da die Pioniere dieser Forschungsrichtung die populären Vorstellungen von der Macht der Massenmedien und ihrem Manipulationspotential übernahmen, war es nur natürlich, daß sich ein Großteil ihrer Untersuchungen mit dem Einfluß der Massenmedien auf die politische Einstellung der Leute befaßte. Dramatische Beispiele für den scheinbar erfolgreichen Einsatz von Massenmedien bei der Propagierung politischer Ideologien im Ersten Weltkrieg und in den Dreißiger Jahren und das wachsende Interesse der Politikwissenschaft an der empirischen Erforschung des Wahlverhaltens führten zu der allgemeinen Überzeugung, daß die Erforschung von Veränderungen politischer Einstellungen durch Massenmedien der zentrale Forschungsgegenstand sein sollte.“ (J. G. Blumler/M. Gurevitch: Linkages Between the Mass Media and Politics, Unveröff. Manuskript, Leeds 1974)

Es ist hier nicht der Ort, die Entwicklungsgeschichte dieser Forschung zu skizzieren. Man kann jedoch mit gutem Grund behaupten, daß die Ergebnisse der gar nicht mehr so jungen Tradition der Medienwirkungsforschung zusammengekommen im krassen Gegensatz zu

den nach wie vor weit (und besonders bei Politikern und Journalisten) verbreiteten populären Vorstellungen vom politischen Einflußpotential der Massenmedien stehen. Auf jeden Fall ist es nicht gelungen, Massenmedien in systematischen empirischen Analysen als alleinige Verursacher unmittelbarer Einstellungs- und Verhaltensveränderungen zu identifizieren. Typisch für die Forschungssituation ist vielmehr, daß eine Vielzahl kaum mehr zu ordnender Bedingungsfaktoren ermittelt wurde, von denen die politische Wirkung der Massenmedien abzuhängen scheint.

Wenn es auch falsch ist, dieses „Null-Ergebnis“ der Medienwirkungsforschung als „Ohnmacht“ der Massenmedien zu interpretieren, ist es doch verwunderlich, wie leicht der Glaube an die „Allmacht“ der Massenmedien immer wieder zum Leben zu erwecken ist. So hat Elisabeth Noelle-Neumann mit der von ihr seit Anfang der siebziger Jahre propagierten „Rückkehr zum Konzept der mächtigen Medien“ wenn auch nicht die wissenschaftliche, dann doch die politische Diskussion über den Zusammenhang von Massenmedien und Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland stark beeinflußt. Offensichtlich gilt für breite Kreise das, was sie für sich selbst formuliert: „Besonders verwirrend ist an der Situation, daß man die vielen Null-Ergebnisse gefühlsmäßig nicht zu glauben vermag. Man glaubt nicht, daß die Massenmedien kaum eine Wirkung haben sollen . . .“ (Öffentlichkeit als Bedrohung, Freiburg/München 1977, S. 130) Ihre Konsequenz aus diesem Unbehagen ist der Entwurf eines Wirkungsansatzes, der — stark verkürzt — in etwa folgendermaßen zu charakterisieren ist:

- Menschen fürchten sich in der Regel davor, von ihrer sozialen Umwelt isoliert zu sein. Um sich nicht zu isolieren, beachten die Menschen sehr sorgsam das „Meinungsklima“ in ihrer sozialen Umwelt.
- Ist die eigene Meinung „konsonant“ mit den in der Umwelt beobachteten Meinungen, wird diese auch offen vertreten. Ist jedoch das Gegenteil der Fall, wird die eigene Meinung zurückgehalten.
- Die politische Berichterstattung der Medien ist ein Teil der beobachteten Umwelt. Die Tendenz dieser Berichterstattung kann von den Mediennutzern als „herrschende politische Meinung“ interpretiert werden (was gegebenenfalls durch eine kumulative und konsonante Berichterstattung der Medien verstärkt wird). Bei Meinungsdivergenzen zwischen Massenmedien und Medienpublikum können dann Massenmedien eine politisch folgenreiche „Schweigespirale“ in Gang setzen.

Nun sind Gefühle nicht unbedingt die beste Grundlage für die Konstruktion wissenschaftlicher Theorien. Auch ist es relativ leicht möglich, die von Noelle-Neumann vertretenen Thesen mit methodischen Hinweisen auf die Fragwürdigkeit der von ihr bisher vorgelegten empirischen „Beweise“ zur Seite zu schieben. Doch damit wird nicht zu verhindern sein, daß ihre These von der möglicherweise wahlentscheidenden Beeinflussung des politischen Meinungsklimas durch die Massenmedien auch im Bundestagswahlkampf 1980 eine große – vor allem medienpolitische – Rolle spielen wird. Aus den Referaten von Noelle-Neumann und ihrem Mainzer Kollegen Kepplinger auf dem diesjährigen Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft Anfang Oktober in Augsburg war herauszuhören, daß im Gefolge dieses Wirkungskonzepts, unabhängig von schon durchgeführten oder zu erwartenden empirischen Analysen, ein erheblicher politischer Druck auf die Massenmedien und besonders auf die Wort- und Bildproduzenten in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten während des Wahlkampfes zu erwarten sein wird.

Aus wissenschaftlicher Perspektive ist zu befürchten, daß durch den ja nicht zufälligen politischen Gehalt der Thesen Noelle-Neumanns und die daran anknüpfende Pro- und Contra-Diskussion gerade für den politisch Interessierten verdeckt wird, was die Sozialforschung zur Klärung der Rolle von Massenmedien bei Wahlen beitragen kann. Es ist daher das erklärte Ziel dieses Beitrags, sozialwissenschaftliche Fragestellungen und Antwortversuche zur politischen Funktion von der Massenmedien zu skizzieren, die von der vordergründigen Brisanz dieser Thesen wegführen. Daß damit indirekt auch einiges über diese Thesen ausgesagt wird, ist allerdings ebenfalls beabsichtigt.

Vielleicht sollte man dankbar dafür sein, daß die von Noelle-Neumann forcierte Zuspitzung der auf Medien bezogenen Wahlforschung auf die Frage, ob der Aus-

gang einer Wahl auf einzelne Beiträge der Massenmedien (z. B. politische Magazine im Fernsehen) oder ein bestimmtes Mediensystem (z. B. „das“ Fernsehen) zurückzuführen sei, die Engstirnigkeit derartiger Forschungen sehr plastisch hervortreten läßt. Engstirnig ist allerdings nicht nur die von ihr praktizierte reine Wahlkampfkontrollforschung (die ja in Wirklichkeit gar nicht im gegebenenfalls legitimen parteilich-politischen, sondern im scheinbar unabhängig-wissenschaftlichen Gewand daherkommt). Übersehen wird bei einer derartigen Wahlkampfforschung zweierlei: Erstens ist die Rolle von Massenmedien in Wahlkämpfen ja nicht allein darauf beschränkt, mehr oder weniger gezielt die politischen Präferenzen der Wähler für oder gegen die eine oder andere Partei zu beeinflussen – das Wirkungspotential der Massenmedien erstreckt sich auch auf andere Bereiche des politischen Systems. Und zweitens haben Wahlkämpfe in demokratisch verfaßten Gesellschaften nicht nur den Zweck, Wählerstimmen zu produzieren – für das politische System als Ganzes steht mehr auf dem Spiel. Hierzu nun einige Anmerkungen.

Die Fixierung der kommunikationswissenschaftlichen Wahlkampfforschung auf den Zusammenhang von Medieninhalten und Wahlkampfresultaten verstellt den Blick auf die komplexen Wechselbeziehungen zwischen Mediensystem und politischem System in industriestaatlichen Demokratien. Bei der theoretischen und empirischen Analyse der Funktion von Massenmedien in Wahlkämpfen, aber auch im politischen Alltag, täte man jedoch gut daran, zumindest zwischen drei Systemebenen im Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung zu unterscheiden. Im Handlungsraum des politischen Systems im engeren Sinn (Regierung, Verwaltung, Parlament, Parteien usw.) werden politische Entscheidungen erstens hergestellt, zweitens werden Form und Inhalt der öffentlichen Darstellung dieser Entscheidungen festgelegt. Im Handlungsraum des Mediensystems wird zwischen der Darstellung und der Rezeption von Politik vermittelt, d. h. hier wird – wenn auch nicht unabhängig von den übrigen beiden Systemebenen – ein Gutteil von dem erzeugt, was den Begriff des „Politischen“ in einer Gesellschaft ausmacht. Im Handlungsraum des politischen Publikums (der identisch ist mit dem des Publikums der Massenmedien) wird schließlich rezipiert, was an Politik über massenmediale und andere Kommunikationskanäle (Freunde, Kollegen, Mitgliedschaft in Parteien und Verbänden usw.) zugänglich ist. Dabei dominiert im politischen Alltag das passive Rezeptionsmuster der „unbeteiligten Teilnahme“, bei Wahlkämpfen das aktive Rezeptionsmuster des zur Entscheidung aufgerufenen Wählers (wobei dieser Rollenwechsel durch den Wahlkampf selbst erzeugt werden muß!).

Aus dieser Perspektive stellt sich der politischen Kommunikationsforschung das Problem, wie diese Hand-

lungsräume des politischen Systems strukturiert und untereinander verbunden sind. So ist z. B. die Annahme einer einlinaren Beziehung vom politischen System im engeren Sinn über das Mediensystem zum politischen und medialen Publikum, diesem komplexen Kommunikationsnetzwerk ebensowenig angemessen wie die einfache Umkehrung dieser Perspektive aufgrund eines quasi-mechanistischen Verständnisses des Prinzips der Volkssouveränität. Geht man statt dessen vom Konzept einer erst im einzelnen zu analysierenden Wechselbeziehung zwischen diesen verschiedenen Ebenen des politischen Systems bzw. der politischen Kommunikation aus, drängen sich Fragen auf, die vom traditionellen Konzept des Medieneinflusses bei Wahlen wegführen. Zum Beispiel:

- Welchen Einfluß hat der Zwang oder der Wunsch, politisches Handeln öffentlich darzustellen, auf die inhaltliche Gestaltung politischer Entscheidungen? Welchen Einfluß hat hierauf der jeweilige Zeitpunkt einer Legislaturperiode (d. h. vor allem die zeitliche Entfernung zum Wahlkampf)?
- Welchen Einfluß haben die Massenmedien und die dort tätigen Berufsgruppen auf Form und Inhalt der Wahlkampfleitung der Parteien? Welchen Einfluß hat das politische System im engeren Sinn auf die Wahlkampfberichterstattung der Massenmedien?

Man braucht nicht viel Phantasie, um zu begreifen, daß mit solchen Fragen die Voraussetzungen des alltäglichen Vollzugs von Politik in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft angegangen werden, und daß aus ihrer Beantwortung die Eckdaten resultieren, die bestimmte Erscheinungsformen und Folgen konkreter Wahlkämpfe erst erklären. So lohnt es sich auch, vor Wahlkampfanalysen im engeren Sinn zuerst nach der *Politischen Kultur* zu fragen, die für ein Land und seine Bevölkerung typisch ist. Für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland prägte z. B. Jürgen Weber den Begriff des „Politischen Idyllismus“, mit dem er die typische Verknüpfung von hoher Wahlbeteiligung mit regelmäßiger passiver Rezeption von Politik und zugleich großer Distanz zu politischer Aktivität bezeichnete. (Politischer Journalismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 26, 1973) Parallel zur „Politischen Kultur“ interessiert die Frage nach der *Politischen Sozialisation* der Wähler und vor allem nach der *strukturellen Basis der politischen Meinungs- und Willensbildung* in den drei Handlungsräumen bzw. auf den verschiedenen Handlungsebenen des Prozesses medienvermittelter politischer Kommunikation.

Diese letzte Frage führt auf eine in der landläufigen Kommunikationsforschung stark vernachlässigte Funktion von Wahlkämpfen hin: *Neben der Legitimation einzelner Politiker und Parteien, bestimmte politische Ämter auf Zeit zu übernehmen, geht es immer auch darum, daß durch die in Wahlkämpfen periodisch wiederholte Drama-*

*lisierung von Politik das politische System als Ganzes legitimiert wird.* Die Prognose für die politische Zukunft eines Landes dürfte in hohem Maß von dieser langfristigen Legitimationsfunktion von Wahlkämpfen abhängen, d. h. davon, welcher strukturelle Begründungszusammenhang in die Herstellung, Darstellung, Vermittlung und Rezeption der inhaltlichen Details von Wahlkämpfen eingeht, und vor allem davon, welches strukturelle Politikverständnis durch Wahlkämpfe über die Jahre hinweg erzeugt wird. In dieser Perspektive geht es nun auf einmal gar nicht mehr darum, ob es den Parteien mit oder gegen manche Massenmedien und Journalisten gelingt, die Wählerstimmen zu ihren Gunsten auseinanderzudividieren. Von Interesse ist dagegen, welchen Eindruck von Politik die rivalisierenden Parteien und die mehr oder weniger parteilichen Massenmedien und Journalisten zusammengenommen dem politischen und „medialen“ Publikum vermitteln.

Es ist sicher kein Zufall, daß derartige Problemstellungen kaum ins Blickfeld parteipolitisch motivierter Wahlkampfstudien geraten. Um es vorsichtig zu formulieren: in der Ausblendung solcher Fragen aus dem Forschungsinteresse der Parteien deutet sich ein auf pure Verfahrensfragen reduziertes Verständnis der Legitimation demokratischer Herrschaft an. Um so notwendiger ist es, diese Aspekte medienvermittelter Wahlkämpfe in industriestaatlichen Demokratien von Seiten des Wissenschaftssystems zu thematisieren.

Aus den vorstehenden Überlegungen ergeben sich an der traditionellen kommunikationswissenschaftlichen Wahlkampfforschung ebenso wie an dem Konzept von Noelle-Neumann drei zentrale Kritikpunkte:

1. Es wird nur ein spezifischer *Ausschnitt* des gesamten Interaktionsfeldes politischer Kommunikation thematisiert.
2. In diesem Ausschnitt wird erstens durch die Ausgangshypothese persuasiver (überredender) Medienwirkungen die Gesamtheit möglicher Interaktionszusammenhänge auf eine *einsinnige* Beziehung von den Massenmedien zum politischen bzw. medialen Publikum reduziert.
3. Zweitens werden in diesem Ausschnitt nur *Oberflächenphänomene* von Politik – unter Vernachlässigung der im Wahlkampf besonders virulenten allgemeinen Legitimationsproblematik politischer Systeme – analysiert.

Anstatt auf die nur scheinbar einfache Frage nach „den“ politischen Wirkungen „der“ Massenmedien immer wieder neue, zunächst scheinbar einfache, bei genauere Analyse dann aber doch wieder enttäuschende Antwortversuche zu präsentieren, sollte man sich bei der Erforschung der politischen Funktionen von Massenmedien in Wahlkämpfen allmählich darauf besinnen, diese Fragestellung im Rückgriff auf eine komplexe Theorie politischer Kommunikation in industriestaat-

lichen Demokratien neu zu strukturieren. Diese Forderung ist nicht gleichzusetzen mit einer grundsätzlichen Ablehnung der politischen Frage nach dem Einfluß der Massenmedien auf den Ausgang von Wahlen. Sicher wird es notwendig sein, parallel zur wissenschaftlichen Arbeit an einer allgemeinen Theorie der politischen Kommunikation mittelfristige Forschungsstrategien zur angemessenen Beantwortung auch dieser Frage zu entwickeln (wobei die Ergebnisse dieser konkreteren Forschungspraxis stets vor dem Hintergrund der allgemeineren Erforschung politischer Kommunikation zu relativieren sind). Als derartige mittelfristige Forschungsstrategie bietet sich weniger das Pauschalkonzept von Noelle-Neumann als vielmehr eine ganze Reihe von Theorieentwicklungen der angelsächsischen Medienwirkungsforschung an.

Ich möchte abschließend, sozusagen in Antithese zu der oben angedeuteten Argumentationskette von Noelle-Neumann, einige bruchstückhafte Überlegungen und Hypothesen skizzieren, die sich für mich auf der Grundlage einer Auseinandersetzung mit diesen Ansätzen ergeben haben.

#### 1. *Parteipräferenz als Selektionsgrundlage*

Eine auf die Beeinflussung des Wahlausganges durch Massenmedien ausgerichtete Analyse von Wahlkämpfen hat nach wie vor von der Existenz oder Nicht-Existenz und gegebenenfalls der Richtung und Stärke einer Parteipräferenz auszugehen, die die Zuwendung des einzelnen Wählers zu bestimmten politischen Medieninhalten und deren Interpretation durch den Wähler maßgeblich steuert.

#### 2. *Zuwendungsmotive zu bestimmten Medieninhalten*

Für den einzelnen Wähler sind politische Informationen unterschiedlich wichtig. Hilfsweise lassen sich grundsätzlich Präferenzen für die Beschäftigung mit Politik allgemein bzw. mit bestimmten politischen Themen durch Indikatoren wie allgemeines politisches Interesse, formale Bildung, persönliche Betroffenheit usw. prognostizieren. Aus diesen Indikatoren ist auf bestimmte Zuwendungsmotive zum politischen Informationsangebot der Massenmedien zu schließen, die in konkreten Situationen (d. h. je nach der Situationsdefinition des einzelnen Wählers) zu bestimmten Formen der Mediennutzung führen.

#### 3. *Thematisierung als typischer Medieneffekt*

Wahrscheinlicher als die unmittelbare Beeinflussung politischer Einstellungen ist es, daß die Massenmedien durch die Quantität und Qualität ihrer politischen Berichterstattung zu bestimmten Themen zunächst einmal die Vorstellung des Wählers von der politischen Bedeutung dieser Themen prägen. Die auf diese Themen bezogene Formierung von politischen Meinungen ist dann eher ein Resultat schon vorhandener, allgemeiner politischer Einstellungen, persönlicher Gespräche über Politik usw.

#### 4. *Allgemeine politische Interessen und Medienspezifität bzw. Medienkomplementarität*

Auf der einen Seite deuten viele Untersuchungen zur Thematisierungsfunktion der Massenmedien darauf hin, daß Tageszeitungen diesen Effekt am ehesten hervorgerufen. Auf der anderen Seite wird das Gesamtangebot der Massenmedien an politischer Information je nach politischem Interesse in der Weise selektiv genutzt, daß hohes politisches Interesse die Nutzung der Tagespresse, geringes politisches Interesse dagegen die Nutzung des Fernsehens als Primärquelle politischer Information zur Folge hat. Insofern ist das möglicherweise grundsätzlich stärkere Potential der Tageszeitungen, die wahrgenommene politische Umwelt des Wählers zu strukturieren, dahingehend zu modifizieren, daß – banal gesprochen – dasjenige Medium die höchste politische Thematisierungschance hat, das als primäre Quelle politischer Information genutzt wird.

Betrachtet man nun vor diesem Hintergrund in grober Vereinfachung der sozialen Realität auf der Seite der Mediennutzer und Wähler nur jeweils zwei gegensätzliche Ausprägungen von Parteipräferenz und politischem Interesse und bezeichnet man das Gesamtangebot der Massenmedien an politischer Wahlkampfinformation als Quelle möglicher Beeinflussungen des Wahlverhaltens, ergeben sich schon Bevölkerungssegmente, für die jeweils sehr unterschiedliche Medieneffekte anzunehmen sind.

Für diejenigen Wähler, die schon klare Präferenzen für eine Partei haben, bevor ein Wahlkampf in Gang kommt, gilt in der Grundtendenz die alte Regel der traditionellen Medienwirkungsforschung, daß politische Wahlkampfinformationen in der Weise ausgewählt und interpretiert werden, daß im Effekt diese Präferenz verstärkt wird. Im Gegensatz hierzu sind parteilich nicht festgelegte Wähler offener in der Auswahl und Interpretation politischer Wahlkampfinformationen, also auch offener für mögliche Einflüsse der Massenmedien.

Unabhängig von vorhandenen oder nicht vorhandenen Parteipräferenzen ist ein mehr oder weniger stark ausgeprägtes politisches Interesse eine wesentliche Ursache dafür, ob und wie und in welchen Medien politische Wahlkampfinformationen überhaupt rezipiert werden.

Hohes politisches Interesse hat nicht nur eine starke Nutzung des politischen Informationsangebotes der Medien zur Folge. Typisch ist erstens auch eine sehr stark von persönlichen Motiven gesteuerte Informationssuche, eine bewußte „Instrumentalisierung“ der Massenmedien, und zweitens eine vergleichsweise starke Nutzung des Informationsangebotes der Druckmedien. Eine unmittelbare politische Beeinflussung dieser Populationen durch Massenmedien ist kaum anzunehmen.

Geringes politisches Interesse führt hingegen zur tendenziellen Vermeidung politischer Informationen, die

über die tägliche Nachrichtengebung hinausgehen. So werden Wahlkämpfe auch erst zu dem Zeitpunkt wahrgenommen, an dem sie einen gewissen Unterhaltungswert erreicht haben. Typisch ist demnach erstens ein geringes politisches Orientierungsbedürfnis und zweitens eine nur schwach ausgeprägte Nutzung gedruckter politischer Information. Obwohl das Fernsehen von diesem Bevölkerungssegment primär als Unterhaltungsmedium genutzt wird, ist es doch zugleich die wichtigste Quelle politischer Informationen. Ein gewisser Einfluß der Massenmedien auf diese Population ist dann anzunehmen, wenn sie vom politischen Informationsangebot der Massenmedien erreicht wird.

Bezieht man nun diese verschiedenen Ausprägungen von Parteipräferenzen und politischem Interesse aufeinander, lassen sich folgende hypothetischen Annahmen zur Wirkung von Massenmedien in Wahlkämpfen machen:

1. Bei hohem politischem Interesse und vorhandener Parteipräferenz ist zu erwarten, daß Massenmedien auf das Wahlverhalten keinen Einfluß haben. Denkbar ist allenfalls, daß das politische Informationsangebot der Massenmedien von diesem Bevölkerungssegment als Material genutzt wird, das mehr oder weniger bewußt in Prozesse persönlicher politischer Beeinflussung eingeht.

2. Hohes politisches Interesse und keine Präferenz für eine bestimmte Partei dürften zwar ein starkes Bedürfnis nach politischer Orientierung zur Folge haben, doch ist bei diesem Bevölkerungssegment kaum denkbar, daß die politische Tendenz des einen oder anderen Mediums sozusagen bewußtlos in politische Einstellungen und Wahlverhalten transformiert wird. Zu vermuten ist hier eher eine zielgerichtete „Konstruktion subjektiver politischer Realität“ auf der Grundlage eines breiten Spektrums kommunikativer Verhaltensweisen, was im Ergebnis zu einer sehr bewußten Wahl einer bestimmten Partei oder aber – was vor allem bei jungen Wählern immer häufiger der Fall ist – zu einer bewußten Ablehnung des Wahlaktes überhaupt führt.

3. Bei geringem politischem Interesse, aber grundsätzlich vorhandener Parteipräferenz kommt dem politischen Informationsangebot der Massenmedien und vermutlich besonders dem des Fernsehens deshalb besondere Bedeutung zu, weil über die Rezeption von Wahlkampfinformationen – gleich welcher Tendenz! – die latent ruhende Parteipräferenz des einzelnen Wählers geweckt und verstärkt wird. Für dieses Bevölkerungssegment liegt also der wichtigste Effekt der Medien in der Dramatisierung der Wahl, nicht aber in der Bestimmung der Richtung des Wahlverhaltens.

4. Geringes politisches Interesse und keine Präferenz für eine bestimmte Partei scheinen hypothetisch der beste Ansatzpunkt für einen unmittelbaren Einfluß der Massenmedien auf politische Einstellungen und das Wahlverhalten zu sein. Zunächst hat die Dramatisierung

der Wahl durch die politische Medienberichterstattung die Funktion, daß die Möglichkeit der Wahl zwischen politischen Alternativen überhaupt bewußt gemacht wird. Eine inhaltliche Beeinflussung der Wahlentscheidung durch die Medien ist unter der Voraussetzung denkbar, daß alternative Kommunikationsmöglichkeiten zur Abwägung dieser Entscheidung nicht vorhanden oder nicht wirksam sind oder gar nicht gesucht werden (aber diese Voraussetzungen sind eben erst empirisch zu prüfen).

Ob der Medieneinfluß auf die Wähler tatsächlich den hier skizzierten Annahmen entspricht und von welchen weiteren Faktoren diese Tendenzen verstärkt oder abgeschwächt werden, ist ebenso wie die Frage nach dem Umfang und der soziodemographischen Charakterisierung dieser vier Bevölkerungssegmente eine m. E. lohnende Problemstellung für eine parteipolitisch motivierte Wahlkampfforschung (wenn auch nicht die einzige).

Wendet man diese Überlegungen unmittelbar auf die Konzeption von Wahlkampfstrategien an, ist zu beachten, daß die hier analytisch getrennten Bevölkerungssegmente ja faktisch durchmischte sind, so daß sich gerade auch die sozialen Querbeziehungen zwischen den – hier auf der Grundlage von Parteipräferenz und politischem Interesse charakterisierten – Wählern auf das effektive Wahlverhalten auswirken. Für den Ausgang einer Wahl entscheidend dürfte es sein, ob und wie schnell und wie eindeutig es einer Partei gelingt, zunächst die Wähler in den Bevölkerungssegmenten 1. und 3. direkt und über die Massenmedien anzusprechen, zu aktivieren und sozusagen als informelle Wahlkämpfer zu formieren. Denn eine gewisse Ausstrahlung der politischen Formierung in diesen Bevölkerungssegmenten vor allem auf das Bevölkerungssegment 4. ist tatsächlich anzunehmen – hier ist der These von der politischen Funktion eines Meinungsklimas durchaus zuzustimmen (wobei allerdings Noelle-Neumann die Frage: „Wer orientiert sich warum an wem?“ gar nicht erst stellt). Die von Noelle-Neumann unterstellte Beeinflussung des politischen Meinungsklimas durch das Fernsehen würde unseren Überlegungen zufolge am ehesten beim Bevölkerungssegment 4. ansetzen. Daß aber durch die Massenmedien ausgerechnet auf dem Umweg über politisch desinteressierte Wähler eine spiralförmige Beeinflussung der politischen Meinungen in der Bundesbevölkerung in Gang gesetzt werden soll, ist nicht gerade plausibel.

Schon aus diesen wenigen, bruchstückhaften Überlegungen auf der Grundlage diskussionswürdiger Ansätze zur Analyse von Medienwirkungen sollte ersichtlich werden, wie viele Randbedingungen in eine angemessene sozialwissenschaftliche Erforschung des Medieneinflusses bei Wahlen einzugehen haben – ganz abgesehen von der Notwendigkeit, die politische Rolle der Massenmedien in einem breiteren Bezugsrahmen zu thematisieren und zu analysieren. Damit ist zugleich die Quali-

tät derjenigen wissenschaftlichen und politischen Versuche charakterisiert, die den Ausgang von Wahlen in schlichter Einfachheit auf die politische Informationsgebung und Kommentierung bestimmter Medien oder bestimmter journalistischer Berufsgruppen zurückführen wollen. Ob allerdings auch heute die Gelassenheit angebracht ist, mit der der Intendant des Süddeutschen

Rundfunks, H. Bausch, diese Bestrebungen noch im Jahr 1972 glossierte: „Wer Wahlen gewinnt, hat sie trotz des Fernsehens gewonnen, wer sie verliert, hat sie wegen des Fernsehens verloren“, ist nach dem Bundestagswahlkampf 1976 und vor dem Bundestagswahlkampf 1980 doch zu bezweifeln.

## Jürgen Nowak: „Alternative Liste“ in Berlin Eine politikökonomisch-klassenanalytische Einschätzung

Bei den Wahlen am 18. März 1979 in West-Berlin erhielt die „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz“ im Landesdurchschnitt 3,7 % der Stimmen. In vier Bezirken (Kreuzberg 7,6 %, Schöneberg 7,1 %, Tiergarten 6,0 % und Wilmerdorf 5,1 %) gelang ihr sogar der Einzug in die Kommunalparlamente. Kurz nach der Wahl gaben sich viele Politiker – auch aus den Reihen der Sozialdemokraten – sehr besorgt über diesen Wählerrend. Im nachfolgenden soll untersucht werden, welche ökonomischen und politischen Ursachen dazu geführt haben, daß anscheinend eine soziale (Wähler-)Basis für diese Alternative Liste entstanden ist. Es geht hier um eine klassenanalytische Einschätzung: Wer hat AL gewählt und warum?

### Politikökonomische Entwicklungstrends

Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, eine ausführliche Analyse wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen einer spätkapitalistischen Gesellschaft wie der der Bundesrepublik Deutschland zu geben, sondern es sollen nur einige wenige allgemeine Entwicklungstrends aufgezeigt werden, denn sie sind die Ursachen für klassen- und schichtenspezifische Veränderungen in unserer Gesellschaftsordnung, d. h. sie sind Voraussetzung für die soziale Basis der „Alternativen“. Folgende ökonomische Entwicklungen lassen sich feststellen:

- Wirtschaftswachstum stellt sich nicht mehr „natürlich“ an sich ein, sondern in hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern wie der Bundesrepublik entstehen Sättigungsgrenzen in der Konsumgüterproduktion.
- Aufgrund der engen Handelsverflechtungen der Bundesrepublik mit der übrigen Welt hat unser Land verstärkt die auftretenden weltwirtschaftlichen Probleme mitzubewältigen (hohe Inflationsraten der Nachbarländer, Verknappung der Rohstoffe, höhere Erdölpreise usw.).

- Die Weltwirtschaftskonkurrenz und die Wachstumsgrenzen führen – anstelle der großen Erweiterungsinvestitionen in den fünfziger und sechziger Jahren – zu Rationalisierungsinvestitionen: mehr Automation und weniger Arbeitskräfte.
  - Diese ständigen Erwartungszwänge des Kapitals führen zu weitrer Konzentration und damit zu Monopolen und Monopolmärkten.
  - Die Automation führt einerseits zu neuen qualifizierenden Berufen (Techniker, Ingenieure, EDV-Fachleuten usw.) – aber wohl minderheitlich – und andererseits zu Dequalifikationsprozessen (un- und angelernte Tätigkeiten) – wahrscheinlich mehrheitlich in der Industriearbeiterschaft.
  - Ähnlich der Entwicklung der Landwirtschaft in den letzten 100 Jahren wird sich auch in der Industrie die Zahl der Beschäftigten verringern: Immer weniger Industriearbeiter sind in der Lage, alle für unseren heutigen Lebensstandard notwendigen Güter herzustellen.
  - Diese Rationalisierungswelle hat inzwischen auch das Büro erreicht. Mikroprozessoren und Computereinsatz machen teilweise auch die Angestellten als „Dienstleute an der Ware“ überflüssig. Heute sind die Angestellten im kaufmännischen Bereich mit am meisten von der Arbeitslosigkeit bedroht.
  - Gerade die Entwicklung hochkapitalistischer Gesellschaften führt zur Ausweitung des Dienstleistungssektors, denn es sind einerseits immer mehr negative Folgen zu „reparieren“ (Krankheit, Umschulung usw.) und andererseits mehr Angebote im Freizeitbereich (Tendenz zur 35-Stunden-Woche) zu leisten (Tourismus, Kultur usw.).
- Diese ökonomischen Tatbestände sind durch politische Entwicklungen zu ergänzen. Dabei läßt sich feststellen:
- Aufgrund der Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist auch der Staat der Bundesrepublik Deutschland immer mehr gezwungen, in den Wirtschaftsprozess einzugreifen. Der Staat hat also Regelungskapazitäten aufzubauen, um die anfallenden Probleme der Infrastrukturpolitik und der Ankurbelung der Konjunktur zu gewährleisten. Der Streit innerhalb der Sozialdemokratie geht weniger

um das „Ob des Eingriffes“, sondern um das „Wie des Eingriffes“, d. h. um das Ausmaß indirekter oder sogar direkter Investitionslenkung bis hin zur Forderung der Jungsozialisten nach Vergesellschaftung der Schlüsselbereiche der Wirtschaft.

- In Teilen der Bevölkerung, insbesondere bei der jungen Generation, herrscht Enttäuschung darüber, daß die zu Beginn der siebziger Jahre eingeleitete Reformpolitik heute weitgehend blockiert und zum Stillstand gekommen ist.
- Der Staat wird immer als etwas Abgehobenes/Eigenständiges empfunden und nicht als Teil der Gesellschaft. Symptome dafür sind die bürokratische Eigen- dynamik der Verwaltungsapparate, der Mißbrauch des Staates als Selbstbedienungsladen durch Politiker (Diätenerhöhungen) und das Gefühl der Ohnmacht von Initiativgruppen gegen „die-da-oben“. Es wird für viele Bürger weniger durchschaubar, für wen der Staat da ist.

**Fazit:** Die politökonomischen Entwicklungstrends lassen größere wirtschaftliche und soziale Probleme erkennen, die schwieriger politisch zu bewältigen sind.

#### Strukturelle Veränderungen des Klassen- und Schichten- gefüges

Die skizzierten politökonomischen Entwicklungstrends führen prozessual zu allmählichen, aber in größeren Zeitabständen doch erkennbaren Veränderungen der Klassen- und Schichtenstruktur der bundesrepublikanischen Gesellschaftsordnung, was wiederum – nicht zwangsläufig – zu einer Veränderung des Wählerpotentials der Parteien, d. h. der sozialen Basis auch der Sozialdemokratie führen kann. Als Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklungen lassen sich folgende sozialstrukturelle Trends feststellen:

1. Wegen der Konzentrationsprozesse der Wirtschaft nimmt die Zahl der Selbständigen laufend ab: von ca. 35% im Jahre 1950 auf heute bereits weniger als 16%. Das bedeutet umgekehrt: die Zahl der abhängig Beschäftigten (Arbeiter, Angestellte und Beamte) liegt bei über 84% der Erwerbstätigen und wird weiter steigen.

Selbst wenn man die privilegierten Teile der abhängig Beschäftigten abzieht – wie die gehobenen und höheren Ränge der Angestellten in der Privatwirtschaft und der Staatsbediensteten –, bleibt als Arbeiterklasse im engeren Sinne (Beschäftigte mit weitgehender Ausführungs- tätigkeit und geringen Entscheidungsmöglichkeiten) ein Anteil von ca. drei Viertel der bundesrepublikanischen Bevölkerung übrig.

2. Innerhalb der quantitativ wachsenden Arbeiterklasse – mit ihren vom sozialen Status und vom Bewußtsein teilweise großen schichtenspezifischen Unterschieden und Gegensätzen – vollzieht sich allmählich eine Umschichtung mit folgenden erkennbaren Trends:

- Die Zahl der Industriebeschäftigten wird abnehmen. Die Industriearbeiterschaft (noch ca. 45%) ist zwar noch immer der Kern der Arbeiterklasse – und auch des Wählerpotentials der SPD –, aber wegen der Automation wird diese Schicht der Arbeiterklasse auf etwa 30% der Erwerbstätigen abnehmen.
- Der in den letzten Jahrzehnten anhaltende Prozeß der Zunahme der Angestellten im Dienstleistungsbereich „Ware und Geld“ (Banken, Versicherungen, Transport, Ein- und Verkauf, kaufmännische Verwaltung, Reparatur) stößt an „Wachstumsgrenzen“, da auch hier das Kapital begonnen hat zu rationalisieren, um Kosten zu sparen.
- Der einzige Bereich, der aller Wahrscheinlichkeit nach weiterhin quantitativ zunehmen wird, ist der humane Dienstleistungssektor, zu dem alle Berufsgruppen zählen, die „Dienst am Menschen“ tun: es geht um Kommunikation, Bildung, (Kranken-)Pflege und Freizeit. Folgende Berufe lassen sich diesem Dienstleistungssektor „Mensch“ (im Gegensatz zu „Ware“) zuordnen: Erzieher, Kinderpflegerinnen, Sozialarbeiter, Lehrer, Hochschullehrer, Wissenschaftler, Krankenschwestern, Krankenpfleger, Ärzte, Altenpfleger, Animatoren, Freizeitpädagogen, Architekten, (Stadt-)Planer, Rechtsanwälte, Künstler und andere artverwandte Berufe.

**Fazit:** Längerfristig verschiebt sich innerhalb der arbeitenden Bevölkerung die soziale Schichtung und Struktur: Abnahme der Industriearbeiterschaft und Zunahme der Beschäftigten im humanen Dienstleistungsbereich.

#### Ökonomische Basis und soziales Wertesystem

Als weitere Folge der politökonomischen Entwicklungstrends treten nicht nur Veränderungen in der Klassen- und Schichtenstruktur auf, sondern auch im Bewußtsein und im Wertesystem der betroffenen Bevölkerung sind nach und nach Änderungen zu beobachten. Es entstehen neue Normen, Einstellungen und Verhaltensweisen, die – über (familiäre, schulische und besonders berufliche) Sozialisationsmechanismen vermittelt – zu anderem politischem Bewußtsein und damit auch Wählerverhalten führen können.

So ist es ein Unterschied, ob man seine Berufs- und damit wichtigsten Lebenserfahrungen am Fließband in der Fabrik oder in einem kaufmännischen Büro oder am Krankenbett macht. Der erste Bürger hat fast ausschließlich eine (berufliche) Beziehung zu „Sachen und Waren“, der zweite Bürger hat zwar stärker kommunikative Berufsbeziehungen, aber er verwaltet „Waren“, und der dritte Bürger schließlich „verwaltet einen Menschen“, den er zu betreuen hat.

Diese letzte Art von Arbeitsbeziehung(en) bedeutet, daß die „Dienstleute am Menschen“ feinfühlicher für die Probleme unserer Gesellschaft werden: sie erkennen schneller und schärfer, was manche Menschen in der

kapitalistischen Gesellschaft „kaputt“ macht und sie dann nachträglich zu reparieren haben. Diese höher zu qualifizierenden Berufsgruppen werden stärker durch die sozialen Probleme ihrer Umwelt sensibilisiert.

Diese Sensibilität für soziale Probleme und die große Enttäuschung über die stehengebliebene Reformpolitik der sozialliberalen Koalition haben insbesondere in der jungen Generation zu einer Bereitschaft geführt, die Rangfolge der menschlichen Werteskala zu überdenken, zu verändern und politisch selbst zu verwirklichen. Folgende Werte stehen an zentraler Stelle: Gleichheit/Gleichberechtigung – Freiheit/persönliche Entscheidungsfreiheit (weniger Sachzwänge) – Kommunikation/soziales Verständnis für den Anderen und für Minderheiten (weniger Waren und Konsum) – Solidarität/Kooperation bei der Arbeit und in der Freizeit.

Wenn man sich die in der Alternativbewegung geäußerten Werte anschaut, so sind es im Grunde genommen Varianten der drei wichtigen Werte des demokratischen Sozialismus: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Nur einem Teil der jungen Generation ist der Glaube abhanden gekommen, daß die Sozialdemokratie die entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft für eine solche Zielperspektive sein kann. Daher der „auf den eigenen Füßen stehende“ Versuch, die Alternativen selbst praktisch zu verwirklichen: Kinderläden, Abenteuerspielplätze, selbstverwaltete Jugendzentren, Wohngemeinschaften, Betroffenenbeteiligung und -engagement bei Planungen (Sanierung, Verkehr, Energie, Schule), Kommunikationszentren (linke Cafés und Kneipen), Buchläden, Frauenzentren/Frauenhäuser, selbstverwaltete Werk- und Produktionsstätten, chemiefreie Bauernhöfe, Landwirtschaft, Bürgerberatungsläden, Stadtteilstefte, „Netzwerk“-Selbsthilfe – allgemein: Gruppen- statt Einzelarbeit.

Es wird in der Alternativbewegung der ernsthafte Versuch gestartet, die durch den Kapitalismus geschaffenen Produktionsgüter nicht fremdbestimmt und vorgegeben durch wenige Andere zu konsumieren, sondern selbstbestimmend, in eigener Regie, alternative Lebensformen freiheitlich, sozialgerecht und solidarisch zu erarbeiten, auszuprobieren und im Alltag zu praktizieren. Politisch führen diese Wertvorstellungen dann u. a. zu folgenden Forderungen: selbstbestimmtes Lernen, kleine Klassen, Arbeitszeitverkürzung, Halbtagsstätigkeiten/Hausmann, energiesparender Verbrauch, kommunales Wahlrecht für die Ausländer, Unterstützung von Initiativgruppen, Arbeiten und Lernen in Gruppen und ohne Leistungsdruck.

**Fazit:** Das soziale Wertesystem der Alternativbewegung ist sozialgerechter, offener und politisch konsequenter vertreten: man will „anders“ leben.

#### **Soziale Basis der Alternativen Liste**

Politökonomische Entwicklungstrends, daraus folgen-

de Veränderungen der Klassen- und Schichtenstrukturen und Sensibilisierungen für ein soziales Wertesystem müssen fast zwangsläufig zu einer neuen sozialen Basis führen, die sich politisch eigenständig artikuliert, wenn die demokratische Arbeiterbewegung – in der Bundesrepublik Deutschland durch die Sozialdemokratische Partei verkörpert – darauf keine angemessene Antwort findet.

Klassenanalytisch betrachtet, bildet in erster Linie die Schicht der „Dienstleute am Menschen“ das hauptsächliche Rekrutierungsfeld für das Wählerpotential der Alternativen Liste. Was durch die Außerparlamentarischen Opposition (APO) aufgebrochen wurde, hat sich jetzt auf breiter Front in allen Lebensbereichen fortgesetzt.

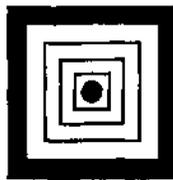
Die AL ist in Berlin – abgesehen von wenigen Zehntelprozenten Protestwählern – von der im Bildungs-, Gesundheits-, Planungs- und Sozialbereich beschäftigten jungen Generation (zwischen 18 und 35 Jahren) gewählt worden. Dazu gehören der Lehrer, der Sozialarbeiter, die Krankenschwester, der Planer, der Student, aber auch der eine oder andere – sensibilisierte – kaufmännische Angestellte und Facharbeiter. Die AL hat nicht in den klassischen Arbeiterhochburgen Stimmen geholt (z. B. Wedding, Neukölln, Märkisches Viertel), sondern in sozialen Problembezirken mit einer „gemischten“ Sozialstruktur (Studenten und soziale Berufsgruppen als „politisches Ferment“), wie z. B. Kreuzberg, Schöneberg und Tiergarten (Wilmersdorf ist eine „studentische“ Ausnahme).

**Fazit:** Klassenanalytisch gesehen, gibt es für die Alternative Liste eine soziale (Wähler-)Basis in bestimmten Berufsgruppen des humanen Dienstleistungssektors.

#### **Sozialdemokratie und Alternativbewegung**

Für die deutsche Sozialdemokratie stellt sich das Auftreten der Alternativen Listen als eine echte politische Herausforderung dar. Es genügt nicht mehr, wie in der Zeit der APO Ende der sechziger Jahre, der Appell: Kommt und werdet Mitglied in der SPD. Das Vertrauen in die gesellschaftsverändernde Kraft der SPD ist fast verlorengegangen. Man fürchtet die Integration durch die politisch-institutionelle Sozialisation des Parteiapparates für eine reformistisch-prokapitalistische Strategie. Der lange Marsch durch die Institutionen ist fragwürdig geworden.

Die AL ist keine Eintagsfliege, die punktuell kritisiert und handelt (gegen Autobahn, gegen Kernenergie, gegen . . .) und daher letztlich – auf Einladung durch die SPD – mit einer gewissen opportunistischen Flexibilität – vor den nächsten Wahlen – eingegliedert werden kann. Nein, es ist eine Alternativbewegung, die die Sozialdemokratie ernsthaft herausfordert und längerfristig zu einer Links-Konkurrenz bei Wahlen werden kann. Die Antwort kann nur eine veränderte Politik und



ein verändertes politisches Verhalten gegenüber der Alternativbewegung sein. Dazu gehören nach meiner Ansicht folgende Punkte als Voraussetzungen:

1. Konsequente Fortsetzung der unterbrochenen Reformpolitik, besonders im Bildungs- und Sozialbereich;
2. Bewältigung der wirtschaftlichen Dauerkrise (Arbeitslosigkeit) durch strukturelle Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung;
3. Liberalisierung des innenpolitischen Klimas (Radikalerlaß, innere Sicherheit, Einstellung zu Bürgerinitiativen/Planungsbeteiligung);
4. Ein ständiger fairer Dialog mit der Alternativbewegung über deren Positionen und Überprüfung der eigenen klassischen Positionen der Arbeiterbewegung (Wirtschaftswachstum an sich, traditionelle Organisation in hierarchischen Gruppenstrukturen, Sozialpolitik für Großgruppen).

Erhard Eppler hat vor kurzem die Integration der Ökologiebewegung in die SPD gefordert. Der Weg dahin ist lang und schwierig, aber machbar. Die SPD sollte den ersten Schritt nach vorn leisten: das Wählerpotential liegt links (von der SPD) und nicht in der (rechten) Mitte.

## Armin Klein: Sechzig Jahre vor Godesberg

„Materialismus oder Kantianismus?“ fragte G. Plechanow in einem Artikel der „Neuen Zeit“ 1899. Gemeint war damit, welche politische Theorie zur Begründung der sozialdemokratischen Programmatik das Fundament abgeben sollte: die Theorie des marxistischen Materialismus oder die Konzeption des Kantianismus, wie sie durch die Neukantianer in der Partei vertreten wurde. Dieser zugespitzten Fragestellung war eine lange Debatte vorausgegangen.

Der Neukantianer Conrad Schmidt hatte bereits 1896 anlässlich einer Rezension von Plechanows „Beiträge zur Geschichte des Materialismus“ im „Socialistischen Akademiker“ erhebliche Zweifel an der Fundiertheit der marxistischen Geschichtstheorie geäußert. Der ökonomisch verkürzte Materialismus, wie er damals in der Partei vertreten wurde und im Erfurter Programm von 1891 zu einem historischen Determinismus führte – d. h. mit „Naturnotwendigkeit“ sollte der Kapitalismus untergehen – war für ihn unbefriedigend. Er wollte den Materialismus verändert wissen zu einer stärker praxisorientierten Konzeption. Da jede Gesellschaftsordnung eine bestimmte Organisation menschlicher Bedürfnisbefriedigung sei und menschliche Bedürfnisse die Ursache für Veränderungswünsche seien, müsse an diese Bedürfnisse angeknüpft werden. Zwar leugnet dieser Standpunkt keineswegs den Vorrang ökonomischer Bedürfnisse und Verhältnisse im Spiel der gesellschaftlichen Wechselwirkungen; aber für Schmidt sind diese ökonomischen Kräfte nicht die allein bestimmenden. Er wendet sich gegen die Annahme, alles historische Geschehen sei ökonomisch erklärbar und ableitbar. Damit wendet er sich strikt gegen den „Monismus“, der in der Partei vertreten wurde, d. h. gegen die Vorstellung, aus *einem* Prinzip, nämlich dem ökonomischen, ließe sich der Geschichtsverlauf eindeutig ablesen.

Damit war zentral der „wissenschaftliche Sozialismus“, wie er sich in der Partei als alleinige Lehre verbreitet hatte, in Frage gestellt. Seine politische Brisanz erhielt der Artikel von Schmidt, als Eduard Bernstein in seinem Aufsatz „Das realistische und das ideologische Moment im Sozialismus“ – mit dem er die zweite Serie seiner „Probleme des Sozialismus“ eröffnete – unter Bezugnahme auf C. Schmidt und dessen Forderung „Zurück auf Kant“ die Zeit für eine Anwendung der Erkenntnistheorie auf die Geschichtsphilosophie für reif hielt und die Frage nach den Grenzen unserer geschichtsphilosophischen Erkenntnis stellte. Für ihn ließ sich der „reine“ Materialismus als Begründung für die sozialistische Bewegung überhaupt nicht durchhalten. Bei strenger Selbstprüfung müsse jeder feststellen, egal als wie starker Realist oder Materialist er sich auch selbst

fühle, daß er wie der erstbeste Idealist argumentiere. Ständig stoße man auf Punkte, wo man es nicht mehr nur mit sinnlich wahrnehmbaren Tatsachen, sondern Folgerungen des Verstandes zu tun habe, auf Bereiche, die von der Idee bestimmt werden, hinter der man eine Realität mit mehr oder weniger großer Wahrscheinlichkeit zwar annehmen, aber niemals mit absoluter Gewißheit erkennen könne. „Wissenschaftlich“ bewiesene Gesetze hätten deshalb immer nur den Charakter mehr oder weniger großer Wahrscheinlichkeit, nicht aber absoluter Gewißheit.

Aus diesem Moment der bei aller Wissenschaftlichkeit verbleibenden Unsicherheit erklärt Bernstein auch den „wissenschaftlichen Sozialismus“, wie er die Theorie und Programmatik der Partei bislang bestimmte, für eine Fiktion. Dabei werde von „wissenschaftlichem Sozialismus“ in einer Weise gesprochen, als sei die hierbei in Frage kommende Wissenschaft schon etwas völlig Abgeschlossenes und Fertiges. In Wirklichkeit sei aber jede Wissenschaft mit diesem Restbestand der Unsicherheit befrachtet und ihre Resultate könnten nie als endgültig betrachtet werden. So können auch die „Naturgesetze“, die Marx für die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft glaubte entdeckt zu haben, niemals mit letzter Sicherheit bewiesen werden. Vielmehr komme es darauf an, die von Marx festgestellten Gesetzmäßigkeiten kritisch an der Wirklichkeit zu messen und gegebenenfalls dort, wo Wirklichkeit und Theorie auseinandergehen, die Theorie zu überprüfen und notfalls zu korrigieren.

Allerdings braucht die Erkenntnis um den verbleibenden Rest von Unsicherheit bei jeder wissenschaftlichen Betätigung nicht zu orientierungslosem Handeln in der praktischen Politik zu führen, denn Politik und Wissenschaften sind ohnehin auf zwei verschiedenen Ebenen angesiedelt, wenn sie auch in einem engen Zusammenhang stehen. Die Sozialdemokratie als politische Partei hat andere Aufgaben als der Sozialismus als Wissenschaft. Da die Partei die Interessen ihrer Mitglieder und Wähler vertreten muß, kann sie in gewissen Bereichen dogmatisch, ja sogar intolerant verfahren. Ihre Beschlüsse, ihre Programme, die den Charakter der Partei festlegen, und ihre Aussagen zu bestimmten Aktionen gelten so lange als bindend, bis sie selbst diese Beschlüsse wieder verändert oder umstößt. Wissenschaftlichkeit kann und darf sie für diese Beschlüsse nicht beanspruchen. Die Wissenschaft gehorcht anderen Gesetzen und dem Kriterium der – wenn auch, aufgrund des verbleibenden Unsicherheitsfaktors, relativen – Wahrheit. Über Beschlüsse und Programme kann sehr wohl, über wissenschaftliche Ergebnisse dagegen nie abgestimmt werden. Die Partei bedarf der Wissenschaft als Mittel zur Erkenntnis und Analyse der Wirklichkeit, „die wissenschaftliche Forschung soll danach trachten, der Partei als Pfadfinder voranzugehen, nicht in ihrem Nachtrab hinterher zu marschieren.“ Bernstein führte dann diese

Gedanken grundlegend weiter in seinem berühmten Vortrag „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich“ (1901), der sich schon in seiner Wortwahl an Kants Fragestellung „Wie ist Metaphysik als Wissenschaft möglich?“ anlehnt. Durch diesen Vergleich kritisiert Bernstein den „metaphysischen“ Sozialismus, d. h. den Glauben, mit letzter Gewißheit hinter die wahre Beschaffenheit der Dinge und ihrer Zusammenhänge kommen zu können.

Aus der Erkenntnis, daß erstens jede Wissenschaftstheorie ein Moment der Ungewißheit enthält, woraus zweitens folgt, daß keine Wissenschaft für sich ein Wahrheitsmonopol beanspruchen kann, und schließlich drittens prinzipiell eine Spannung zwischen Politik als praktischem Handeln und Wissenschaft als theoretischer Erkenntnis besteht, kommt Schitlowsky in einer Zusammenfassung der Auseinandersetzung zwischen Plechanow als Vertreter der Orthodoxie einerseits und Bernstein und C. Schmidt andererseits, in einem Artikel der „Socialistischen Monatshefte“ (1899) bereits zu Erkenntnissen, die direkten Eingang in das Godesberger Programm gefunden haben. Für ihn ist es notwendig, die praktischen Ziele und Wege der Partei von den verschiedenen theoretischen Begründungen, mit denen sie verbunden sind, loszulösen und nur die Ziele und Wege selbst als allgemeines und verbindliches Gut der Partei anzusehen, das von jedem Anhänger beachtet werden muß. Würde man anders verfahren, entbrenne immer wieder in der Partei ein Kampf ums Dasein der Theorien und würde viele Kräfte, die das praktische Programm der Partei, ihre Ziele und Wege anerkennen, bloß aus dem Grunde von ihr fern halten, weil sie es mit ihrem „theoretischen Gewissen“ nicht vereinbaren könnten, daß das Parteiprogramm nicht durch Kant, sondern durch Hegel, nicht durch Evolution, sondern durch Dialektik oder umgekehrt begründet werde. „Daher sollte es der Sozialdemokratie gleich sein, ob ihre Mitglieder die Parteiforderungen durch ‚Marx‘ oder ‚Kant‘ philosophisch begründen. Die Partei soll nicht die Einheit der theoretischen Anschauungen ihrer Mitglieder vertreten, sondern nur die Einheit der Ziele, welche die Mitglieder verfolgen, und der Wege, die sie zur Erreichung derselben einschlagen.“

Es gehört zu den Problemen sozialdemokratischer Theorie- und Programmdiskussion, daß es sechzig Jahre dauerte, bis diese Gedanken sich im Godesberger Programm von 1959 niederschlugen: „Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen ha-

ben. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen.“ Die Begründungsstruktur des Godesberger Programms geht von drei Grundsätzen aus:

1. Sozialdemokratische Politik bedarf einer nicht naturalistisch abzuleitenden autonomen Wertbasis als Grundlage, um daraus ihre Legitimation, die Motivation ihrer Mitglieder und darüber hinaus eine vernünftige Zielerreichungskontrolle zu ermöglichen.

2. Dabei ist die Wertbasis sozusagen der kleinste gemeinsame Nenner, zu dem sich die Mitglieder aus unterschiedlichen Weltanschauungen bekennen, während die Begründung ihrer Weltanschauung und ihrer Entscheidung für den Sozialismus Privatsache bleibt. Zwischen den unterschiedlichen Begründungen kann nämlich wegen des in jeder Wissenschaft enthaltenen Unsicherheitsfaktors wissenschaftlich nicht eindeutig entschieden werden; politisch über die Begründung zu entscheiden, wäre ebensowenig sinnvoll und würde den Weg zur Mehrheitsfähigkeit erschweren.

3. Die Mittel, die angewandt werden zur Erreichung sozialdemokratischer Ziele, werden unter pragmatisch-zweckrationalen Gesichtspunkten ausgewählt; sie sind den Zielen untergeordnet und müssen jeweils der Situation entsprechend bestimmt werden.

Der Gedanke des Begründungspluralismus, d. h. der Notwendigkeit, eine Sozialismusbegründung aus den unterschiedlichen weltanschaulichen, religiösen und auch wissenschaftlichen Gründen zu gewährleisten, war von Kurt Schumacher nach Kriegsende in die Diskussion eingebracht worden. Er fand auch Eingang in die Prinzipienklärung der Sozialistischen Internationalen, die auf ihren 1. Kongreß in Frankfurt unter dem Titel „Ziele und Aufgaben des Demokratischen Sozialismus“ verabschiedet wurde. Dort heißt es: „Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugungen aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel.“

Auch das gehört zu den Problemen sozialdemokratischer Programmatik, daß der Name von Marx im Begründungspluralismus des Godesberger Programmes ausgespart blieb.

## Klaus Schönhoven: Über den Umgang mit der historischen Wahrheit

In den letzten Wochen und Monaten haben die CSU und ihr Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers weniger durch politische Aktivitäten auf sich aufmerksam gemacht als durch historische „Belehrungen“, die einen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Nationalsozialismus behaupten. Die CSU-Leitung versucht mit diesen Geschichtsfälschungen offensichtlich, ihre absurde Parole „Freiheit oder Sozialismus“ historisch zu untermauern, indem sie den Sozialismus in die ideologische Nachbarschaft des Faschismus rückt und damit in die Nähe eines Unrechtsregimes bringt, dem Millionen Menschen zum Opfer fielen. Mit dieser infamen Propaganda will die CSU weder einen Beitrag zur Versachlichung des Wahlkampfes noch zur Festigung der sonst so oft von ihr beschworenen „Solidarität der Demokraten“ leisten. Sie beweist vielmehr, daß ihre Strategie auf totale Konfrontation abgestellt ist, auf jenes andere „Modell Deutschland“, das Strauß in seiner Sonthofener Rede gemeißelt hat.

Der Preis für diesen geistigen Bürgerkrieg ist zu hoch. Denn wer den Sozialismus und den Nationalsozialismus miteinander in Beziehung setzt, stellt lediglich die Mörder und die Ermordeten auf eine Stufe. Zwischen Hitler,

Himmler, Goebbels und Göring und ihren sozialistischen Gegnern bestand nur eine mörderische Beziehung: Die braunen Henker bedienten das Fallbeil, unter dem ihre Opfer starben. Die Mehrzahl dieser Opfer kam aus der Arbeiterbewegung; sie können sich heute nicht mehr gegen die Verleumdungen von Strauß und Stoiber wehren.

Für diejenigen aber, die den Terror und die Verfolgungen der Nazidiktatur überlebt haben, die 1945 aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen befreit worden sind, ist es eine ungeheuerliche Beleidigung, wenn die Schmerzen und Qualen, die sie im „Dritten Reich“ erdulden mußten, heute von CSU-Führern verhöhnt werden. Wer wie Strauß nämlich behauptet, der Nationalsozialismus habe seine „Schwungmasse“ von Millionen Sozialisten bezogen, oder – so Strauß, Stoiber und Zimmermann – feststellt, im Faschismus hätten „starke sozialistische Grundideen“ gesteckt, der erweckt mindestens den Eindruck, daß die Sozialisten, die im Konzentrationslager gefoltert wurden oder unter dem Fallbeil starben, letztlich ihrem falschen Selbstverständnis oder einem Mißverständnis zum Opfer gefallen seien. Vielleicht überdenken die Herren Strauß, Stoiber und Zimmermann einmal, wieviele Verfolgte des Naziregimes sie mit ihrer böswilligen Geschichtsklitterung mehr als dreißig Jahre nach dem Ende der braunen Diktatur erneut verfolgen, indem sie deren antifaschistische Gesinnung und demokratische Überzeugung in Frage

stellen.

Die Geschichte ist nicht dazu da, daß man in ihr „herumstoibern“ kann, um sich Wahlkampfmunition zu holen; sie ist auch kein Steinbruch, in dem man sich nach Belieben bedienen kann. Die Steine, die von den CSU-Führern beim „Stoibern“ losgebrochen wurden, treffen letztlich sie selbst, wie schon ein kurzer Blick in die Endphase der Weimarer Republik beweist.

Der Aufstieg der NSDAP von einer rechtsradikalen Splittergruppe zur Massenbewegung ist nicht etwa darauf zurückzuführen, daß Millionen Sozialisten ins braune Lager übergeschwenkt wären. Ihren Massenanhang gewann die NSDAP vielmehr im bürgerlichen Mittelstand und in protestantischen Agrargebieten, was schon ein flüchtiger Blick in die Wahlstatistiken belegt. In den Reihen der NSDAP sammelten sich autoritär eingestellte Nationalisten, die durch die Wirtschaftskrise radikalisierten Handwerker, Kleinhändler und Gewerbetreibende, Beamte, Angestellte und Bauern, nicht aber die Arbeitnehmerschaft. An die Macht gelangte die NSDAP im Bündnis mit der traditionalistischen Rechten, deren Spannweite von den ostelbischen Großagrariern bis zu den Schlotbaronen an Rhein und Ruhr reichte. Die politische Stoßrichtung der NSDAP zielte eindeutig gegen die politische Linke, deren zahlenmäßiger Anteil am Widerstand gegen den Faschismus seit 1933 denn auch größer war als der irgendeiner anderen Gruppe: Zwei Drittel der wegen Widerstand im „Dritten Reich“ Verfolgten kamen aus den Reihen der Arbeiterbewegung.

Auffrischen sollten die CSU-Führer auch ihre Kenntnisse über die Geschichte des politischen Katholizismus, namentlich über dessen bayerischen Flügel, der sich im November 1918 zu einer betont antirepublikanischen weiß-blauen Landespartei formiert hatte. Dieser Bayerischen Volkspartei (BVP), deren parteipolitisches Erbe nach 1945 die CSU antrat, blieb es in den Jahren der Weimarer Republik vorbehalten, durch einen konservativ-reaktionären Rechtskurs, der zunächst an den Abgrund des Hitler-Putsches führte, einen äußerst fragwürdigen Beitrag zur Festigung der ersten deutschen Demokratie zu leisten. Die BVP verhalf nicht nur dem Monarchisten Hindenburg 1925 zur Reichspräsidentenschaft, sie regierte auch seit 1920 in Bayern in einer Dauerkoalition mit den deutschnationalen Gegnern der Republik: Der Justizminister des Dritten Reiches, der Deutschnationale Franz Gürtner, war zuvor 12 Jahre lang Justizminister in Bayern gewesen.

Im Frühjahr 1930 scherte die Bayerische Volkspartei als erste Partei aus der Großen Koalition im Reich aus, weil man in München das parlamentarisch-demokratische Regierungssystem nicht mehr stützen wollte. Man qualifizierte die Demokratie als „mechanischen Mehrheitsabsolutismus“ ab, klagte über den „unfruchtbaren“ Parlamentarismus, plädierte für eine ständische Verfassungsstruktur, sehnte sich nach einer „deutschen Volks-

gemeinschaft“ und bekannte sich zur „großdeutschen Volksidee“. Die Differenzen zwischen diesen antidemokratischen Klischeevorstellungen der Bayerischen Volkspartei und der Programmatik der NSDAP waren jedenfalls sehr gering.

Dazu kam das politische Grunddogma der BVP, man müsse in Bayern ohne und gegen die Sozialdemokratie regieren. An diesem antisozialistischen Kurs hielt man bedingungslos fest, auch nach 1930, als nach dem Bruch der bayerischen Regierungskoalition eine parlamentarische Mehrheitsbildung mit der Sozialdemokratie leicht möglich gewesen wäre. Daß diese Koalition dem aufsteigenden Faschismus mehr Widerstand hätte entgegensetzen können als das geschäftsführende Kabinett des BVP-Politikers Held, liegt auf der Hand.

Aufgeschlossen war man dagegen in den Reihen der BVP für alle Offerten, die auf die Bildung einer schwarz-braunen Koalitionsregierung im Reich abzielten. Wohlwollende Unterstützung fand diese Politik auch im Vatikan, von wo der bayerische Gesandte im Sommer 1932 berichtete, Staatssekretär Pacelli – später Papst Pius XII – habe sich über das Anwachsen der KPD-Stimmen (nicht der NSDAP-Stimmen!) bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 besorgt gezeigt. Pacelli schlug vor, daß Zentrum und BVP sowie die anderen auf christlicher Grundlage stehenden Parteien, „zu denen sich gleichfalls die nunmehr stärkste Partei des Reichstags, die Nationalsozialistische Partei, zähle“, eine neue Koalition bilden müßten. Diesen Ratschlag des vatikanischen Staatssekretärs suchte man in München bis über die Novemberwahlen von 1932 hinaus zu verwirklichen. In eine Regierung der „nationalen Konzentration“, die vom Zentrum bis zur NSDAP reichen sollte, wollte man selbst noch im Januar 1933 eintreten und war dann sehr enttäuscht, als Hitler sein erstes Kabinett ohne den politischen Katholizismus bildete.

Nach der Gleichschaltung Bayerns im März 1933 paßte sich die BVP dann sehr bereitwillig in das nationalsozialistische Deutschland ein. So erklärte ihr Sprecher bei der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, seine Partei habe als Partei der „christlich-nationalen Weltanschauung und Staatsauffassung“ nach der „schmachvollen Revolution von 1918 in vorderster Linie für die Erhaltung und Wiedergewinnung nationaler Gesinnung in allen Ständen und Schichten des Volkes gekämpft“. Daher sei es selbstverständlich, „daß eine Partei, die von solcher Einstellung beseelt war und beseelt ist, auch in der geschichtlichen Wende dieser Tage zur tatkräftigen Mitarbeit am nationalen Aufbauwerk entschieden bereit“ sei.

Im April 1933 entsandte die BVP einen Minister in das NSDAP-Kabinett in Bayern, und der Vorsitzende der Partei – es war der spätere CSU-Bundesminister Fritz Schäffer – erklärte, „daß ein Scheitern der jetzigen Reichsregierung ein Unglück und eine Gefahr für das

# Fünf Jahre Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts

---

## Symposium 2. bis 4. Oktober 1978

Herausgegeben von Prof. Dr. Gottfried Zieger

1979. VIII, 342 Seiten, kartoniert DM 98,-  
(= Schriften zur Rechtslage Deutschlands. Band 1)  
ISBN 3-452-18687-3

Die Probleme der Teilung Deutschlands beschäftigen nach wie vor die Öffentlichkeit, und die Behandlung der sich aus Deutschlands Rechtslage ergebenden Fragen ist ebensowenig zur Ruhe gekommen. Die im Zuge einer neuen Ostpolitik zu Beginn dieses Jahrzehnts abgeschlossenen Vertragswerke haben zahlreiche neue Fragestellungen mit sich gebracht und zum Überdenken bisheriger Positionen Anlaß gegeben. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu den Deutschland betreffenden Verträgen haben wie auf kaum einem anderen Gebiete der Diskussion um die rechtliche Deutung der Situation in Deutschland kräftigen Auftrieb gegeben.

Das am 2. bis 4. Oktober 1978 im Rheinhotel Dreesen, Bad Godesberg, veranstaltete Symposium »Fünf Jahre Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts« kann als Versuch verstanden werden, die vielfältigen Meinungen zu einigen Grundfragen über Deutschlands Rechtslage zu analysieren und im wissenschaftlichen Gespräch weiterzuentwickeln. Damit soll der Schwierigkeit entgegen gewirkt werden, den Überblick über die Vielzahl von Ansichten zu verlieren. Zugleich kann eine solche Zwischenbilanz dazu dienen, die Chancen eines Konsenses zu erkennen, der auf einem solch elementaren Gebiet über die Freude am wissenschaftlichen Diskurs hinaus auf das politische Feld ausstrahlt.

Diese Erwägungen haben den Anstoß gegeben, mit dem vorliegenden Band eine »Schriftenreihe zur Rechtslage Deutschlands« zu eröffnen, in der die wissenschaftlichen Ergebnisse weiterer Symposien vergleichbaren Zuschnitts neben monographischen Arbeiten zu bestimmten Einzelfragen zum Gesamtthema der zwei Staaten in Deutschland unter Einfluß Berlins herausgebracht werden sollen.



Carl Heymanns Verlag  
Köln Berlin Bonn München



gesamte deutsche Volk wäre". Die Regierung, um deren Machterhaltung er sich so sorgte, war das Kabinett Hitler! Als Schäffer dies verkündete, war das Konzentrationslager Dachau bereits in Betrieb, hatte der systematische Boykott jüdischer Geschäfte bereits begonnen, waren viele Mitglieder und Funktionäre der SPD bereits verhaftet, mißhandelt und ermordet worden.

Herrn Strauß und Herrn Stoiber ist angesichts dieser Fakten nur zu empfehlen, erst Geschichte zu lernen, bevor sie angebliche „Lehren“ aus der Geschichte ziehen. Dann würde ihnen vielleicht bewußt, daß mit Parolen wie „Freiheit oder Sozialismus“ weder der Festigung der Demokratie noch der historischen Wahrheit gedient ist. Der kritische Wähler, der im Herbst 1980 zu entscheiden haben wird, wird beiden Herren sicherlich zu der Mußezeit verhelfen, die sie brauchen, um ihre versäumten Geschichtslektionen nachzuholen.

## Fritz Vahrenholt: Luftreinhaltung – Aufgabe zwischen Gesundheits- und Umweltschutz

### I. Ausgangssituation

Während man noch in den 60er Jahren in der Bundesrepublik das Hauptaugenmerk auf die Belastung der Luft durch Schadstoffe wie Schwefeldioxid und Staub richtete, verlagerten sich die Aktivitäten des Immissions-schutzes der 70er Jahre immer mehr auf eine Vielzahl anorganischer und organischer Substanzen, von deren Auftreten in unserer Atemluft vormals kaum jemand Notiz genommen hatte. Das Problem der Umweltverschmutzung durch „gängige“ Schadstoffe hat sich dagegen in Industrieregionen entspannt. Der Rückgang der Staubemission von 2,6 Millionen Tonnen (1965) um mehr als die Hälfte im Jahre 1974 ist ein Zeichen dafür, daß die Forderung nach dem „blauen Himmel über der Ruhr“, was die sichtbaren Folgen der Luftbelastung betrifft, weitgehend erfüllt worden ist. Auch der Schwefeldioxidgehalt in der Luft einiger bundesdeutscher Städte nahm vor allen Dingen durch Umstellungen auf dem Hausbrandsektor um über 50 % ab. Daß aber ein erheblicher Teil der Schadstoffemission in Ballungsgebieten durch den Einsatz höherer Industrie-Schornsteine lediglich besser verteilt wurde, zeigt die Zunahme der Schwefeldioxid-Konzentrationen in klassischen Reinluftgebieten (z. B. Schwarzwald und Nordseeküste), die auf großräumige Luftströmungen über den Problemgebieten zurückgeführt wird.

Im Gegensatz zu den Schadstoffen Staub und Schwefeldioxid ist die Belastung durch nitrose Gase, wie sie bei jedem Verbrennungsprozeß – sei es bei Feuerungsanlagen, sei es bei Kraftfahrzeugen – entstehen, weiter exponentiell gestiegen. Technische Problemlösungen sind verfügbar; ihre Anwendung erfolgt bisher mangels entsprechender Rechtsvorschriften jedoch nicht.

Der aufgrund des Rückgangs des Energieverbrauchs im Gefolge der „Ölkrise“ 1973 bis 1975 vorübergehend verbesserten (seit Mitte der 70er Jahre ist wieder ein Anstieg der  $SO_2$ -Gesamtemission zu verzeichnen), z. T. auch nur verteilten Schwefeldioxid-Problematik steht auf jeden Fall eine zunehmende Bedrohung durch eine ganze Palette von weit gefährlicheren Substanzen entgegen. So wurden 1976 in einer beispielhaften Erhebung im Raum Köln ca. 1000 luftverunreinigende Substanzen ermittelt, die allesamt aus industriellen und gewerblichen Quellen stammten. Neben äußerst giftigen, aber auch leicht abbaubaren Verbindungen (wie 112 Tonnen Blausäure pro Jahr) oder geruchsbelästigenden, aber relativ harmlosen Stoffen (wie 320 Tonnen Phenole jährlich), fand man in der nordrhein-westfälischen Luft eine

Unzahl langlebiger Chemikalien, darunter bedenkliche Giftstoffe wie Schwermetalle, Benzol und chlorierte Kohlenwasserstoffe. Die Gesamtemissionen von Kohlenwasserstoffen, von denen sich zahlreiche als krebserregend erwiesen haben, stiegen bis 1970 stark an und blieben seitdem mit 1,8 Millionen Tonnen jährlich konstant. Dies ist um so bedenklicher, da etliche Studien einen Zusammenhang zwischen der Umweltbelastung und bestimmten Krebserkrankungen nachweisen. Im Ruhrgebiet sterben die Menschen rd. 1,6 mal so häufig an Lungenkrebs wie in unbelasteten Gebieten – ein erheblicher Anteil ist den Emissionen cancerogener Stoffe aus Industrie, Feuerungsanlagen und Kraftfahrzeugen zuzuschreiben. Eine amerikanische Untersuchung stellt sogar eine Verbindung zwischen der Häufigkeit von Krebserkrankungen und chemischen Produktionszentren her. Danach ist in 139 Bezirken der USA, in denen die chemische Industrie überproportional vertreten ist, eine überdurchschnittliche Häufigkeit von Blasen-, Lungen- und Leberkrebs zu registrieren. Epidemiologische Erhebungen in Form eines Krebskatasters, das Aufschluß über mögliche umweltbedingte Krebsursachen liefern kann, sind für die Bundesrepublik Deutschland noch nicht flächendeckend durchgeführt worden.

Zwar sind insbesondere im sozialdemokratisch regierten Nordrhein-Westfalen vorbildliche Luftreinhaltepläne erstellt worden, durch die in den nächsten Jahren die Belastung schrittweise abgesenkt werden soll. Diese Luftreinhaltepläne werden alle 5 Jahre aktualisiert und fortgeschrieben. Auch durch einen Abstandserlaß, durch den bereits bei der Bauleitplanung der Mindestabstand von neu zu errichtenden Fabriken zu Wohngebieten festgelegt wird, soll der Schutz der Bevölkerung verbessert werden. Allein, ob diese Maßnahmen ausreichen, die für belastete Gebiete im Vergleich zu Reingebieten signifikant höhere Krebsrate spürbar zu senken, steht dahin. Aber nicht nur die Krebsgefahr ist bedenklich. Zwar ist durch die zweite Stufe des Benzin-Blei-Gesetzes die Bleiemission von 11 000 Tonnen (1974) auf 6200 Tonnen (1976) zurückgegangen. Hier-von stammen immer noch 3200 Tonnen aus wenigen industriellen Anlagen. In der Nähe bleiemittierender Betriebe (Nordenham, Stolberg, Krautscheid, Oker) hat demzufolge die Blei-verseuchung ein bedrohliches Maß angenommen. Denn das jahrzehntelang emittierte Blei hat sich im Boden angereichert und klinkt sich über Pflanzen und Tiere in die Nahrungskette des Menschen ein. Im Umkreis der dortigen Schwermetallfabrikationen mußte die Aufzucht von Gemüse und Vieh beschränkt werden, da beim Genuß der daraus gewonnenen Lebensmittel gesundheitliche Schäden riskiert würden.

Die Umweltbelastung durch Cadmium steht derjenigen des Blei nicht nach. Winzige Mengen dieses Metalls, das wir über die Luft und unsere Nahrung aufnehmen,

sammeln sich im Körper: Bis die Gesundheitsschäden nach 20 bis 30 Jahren zum Ausbruch kommen, bedarf es nur täglicher Mikrogramm-Dosen. Tag für Tag hält die Niere einen Teil des Giftes zurück, bis sie ungefähr 40 Milligramm enthält und bis – bildlich gesprochen – der Speicher voll ist. Dann beginnt das Gift die Niere lahmzulegen, die schließlich die Entgiftung des Organismus nicht mehr leisten kann. Schon heute kann man ausrechnen, daß 2 % der Bevölkerung in den Cadmium-belasteten Gebieten Duisburg, Nordenham, Stolberg, Gelsenkirchen und Datteln im Alter von 50 Jahren mit chronischen Nierenschäden zu rechnen haben. Weiter: Bereits 7 % der in Deutschland zur Verfügung stehenden Anbauflächen weisen einen bedenklichen Cadmiumgehalt auf.

Umfassende Risikoanalysen sind aber auch notwendig für Anlagen, in denen mit giftigen und umweltgefährdenden Substanzen umgegangen wird. Zwar sind die Sicherheitsmaßnahmen bundesdeutscher Chemieanlagen als weitaus umfassender anzusehen als beispielsweise in Seveso, dennoch ist die Gefahr eines vergleichbaren Störfalls bislang eher unterschätzt, bisweilen auch verniedlicht worden. So war z. B. den zuständigen Behörden nicht gemeldet worden, daß in den Kesseln einer chemischen Fabrik in Dormagen das Seveso-Gift TCDD anfiel. Die hoffnungslose Überlastung der Kontrollbehörde macht dabei eine Zahl deutlich: für die Umwelt- und Arbeitsplatzüberwachung von 350 Einzelbetrieben mit mehr als 50 000 Beschäftigten bei der BASF sind 5 Gewerbeaufsichtsbeamte zuständig.

Eine Auflistung von hochtoxischen Substanzen, die in bundesdeutschen Chemieanlagen auftreten, ergab 150 Stoffe, die dem Seveso-Gift in seinem Gefährdungspotential nur wenig nachstehen. Wie große Bereiche der Nachbarschaft eine Gaswolke gefährden kann, zeigte unlängst der Ausbruch eines relativ ungefährlichen, nur geruchsintensiven Stoffes aus einer Fabrik in Burghausen an der deutsch-österreichischen Grenze. Im 150 km entfernten München war die Geruchsbelastung noch wahrnehmbar. Und wenn es ein hochtoxischer Stoff gewesen wäre?

Angesichts solcher Bedrohungen will die Industrie im Verein mit den CDU-regierten Ländern das Bundes-Immissionschutzgesetz aufweichen. Die Sozialdemokratische Partei muß verhindern, daß unter der Parole „Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie“ ein weiterer Abbau dieses fortschrittlichen Schutzgesetzes aus der Ära Willy Brandts erfolgt. Sie muß im Gegenteil dafür sorgen, daß die aufgrund des zwischenzeitlich fortgeschrittenen wissenschaftlichen Erkenntnisstandes notwendigen und in den Novellierungsvorschlägen der Bundesregierung zum Bundes-Immissionschutzgesetz und zur TA Luft zum Ausdruck kommenden Konsequenzen möglichst rasch umgesetzt werden. Sie wird auch hierzu ein Signal setzen und sich zum Anwalt derer

machen müssen, die in der umweltpolitischen Diskussion noch nicht zu Wort gekommen sind.

## II. Gesetzliche Regelung

Das Herzstück des Immissionsschutzes, das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), wurde am 15. März 1974 verabschiedet. Ziel dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere, Pflanzen und anderes vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen zu schützen und ihrem Entstehen vorzubeugen. Der Grundsatz der Vorsorge ist damit erstmals gesetzlich verankert worden. Das BImSchG umfaßt anlagenbezogene, produktbezogene und gebietsbezogene Vorschriften. Anlagen, die besondere Gefahrenquellen darstellen, werden der Genehmigungspflicht unterworfen. Eine der wichtigsten Neuerungen gegenüber der Gewerbeordnung besteht darin, daß nach dem neuen Recht der Betreiber einer genehmigungsbedürftigen Anlage über die gesamte Dauer des Betriebes gesetzlich verpflichtet ist, die Anlage so zu betreiben, daß keine schädlichen Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können. Während früher für spezielle gasförmige organische Verbindungen keine Grenzwerte festgelegt waren, konnten durch die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) vom 28. August 1974 für 124 organische Verbindungen und 58 gefährliche Staubinhaltsstoffe Gefahrenklassen und Emissionsgrenzwerte festgelegt werden. Darüber hinaus enthält diese Verwaltungsvorschrift Emissions- und Immissionsgrenzwerte für anorganische gasförmige Verbindungen und Stäube. Für eine Reihe von Anlagen werden die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsverminderung festgelegt.

Der völlig neue Bereich des produktbezogenen Immissionsschutzes drückt sich im BImSchG durch eine Reihe von Ermächtigungen aus, nach denen Vorschriften über die Produktanforderungen an Anlagen, Stoffe, Erzeugnisse, Kraftfahrzeuge, Brenn- und Treibstoffe und Bauartzulassungen für Anlagen erlassen werden können. Im Rahmen dieser dem Vorsorgegrundsatz im besonderen Maß entsprechenden Möglichkeiten wurde für leichtes Heizöl und Dieselkraftstoff der Schwefelgehalt stufenweise bis auf 0,3 Gew.-% ab 1979 begrenzt. Für den Bereich der Kraftfahrzeuge soll bis 1980 eine Reduzierung der Emissionen auf ein Zehntel der Werte von 1969 erreicht werden. Die dazu notwendige EG-einheitliche Regelung stößt jedoch bisher auf kategorische Ablehnung mehrerer EG-Partner, so daß die verfügbaren Verminderungstechnologien praktisch nicht genutzt werden können. Für Ottokraftstoffe ist bereits am 5. August 1971 der Bleigehalt durch das Benzinbleigesetz stufenweise auf 0,15 g/l ab 1. Januar 1976 herabgesetzt worden.

Die gebietsbezogenen Vorschriften des BImSchG dienen in erster Linie der Vorsorge und Sanierung. Sie ermöglichen für besonders schutzbedürftige Gebiete erhöhte Anforderungen an den Schutz vor Luftverunreinigungen. Um den Stand und die Entwicklung der Luftverunreinigung im Bundesgebiet festzustellen und Grundlagen für Abhilfe und Vorsorgemaßnahmen zu gewinnen, sind von den Ländern in Belastungsgebieten Emissionskataster aufzustellen, die Angaben über Art, Menge und räumliche und zeitliche Verteilung und die Austrittsbedingungen von Luftverunreinigungen von Anlagen und Fahrzeugen enthalten. Nach Maßgabe der Auswertung der Emissionskataster sind Luftreinhaltepläne aufzustellen, die neben der Bestandsaufnahme und der Ursachenanalyse Maßnahmen zur Verminderung der Luftverunreinigungen und zur Vorsorge enthalten. Luftreinhaltepläne existieren für die Räume Duisburg-Oberhausen-Mülheim und die Rheinschiene Süd und Ruhrgebiet Ost. Emissionskataster gibt es noch in Ludwigshafen und Wiesbaden. Weitere sind in Vorbereitung.

## III. Forderungen

1. Einen wesentlichen Beitrag zur Reinhaltung der Luft wird weiterhin die Reduzierung der Kraftfahrzeugemissionen liefern müssen, um insbesondere die erhebliche Belastung durch Stickstoffoxide, organische Kohlenwasserstoffe und Kohlenmonoxid in den verkehrsreichen Stadtgebieten zu senken. Bei Einführung bereits entwickelter Abgasreinigungstechnologien lassen sich die Abgaswerte gegenüber dem heutigen Stand noch drastisch reduzieren. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten bei der einheitlich im EG-Rahmen erforderlichen Fortschreibung der Kfz-Emissionsgrenzwerte ist zu prüfen, ob kurz- oder mittelfristig durch nationale Maßnahmen, z. B. eine Abgasabgabe, eine Nutzung des verfügbaren Potentials und damit eine durchgreifende Verbesserung der Emissions- und Immissionssituation erreicht werden kann.

2. Mittelfristig wird die Hauptsorge der Sanierung unserer Ballungsgebiete zu gelten haben. Das wichtigste Instrument ist die Ausweisung von Belastungsgebieten und die Erstellung weiterer Luftreinhaltepläne mit folgenden Maßnahmen:

- Einhaltung des Standes der Technik zur Emissionsminderung,
- Umstellung auf emissionsarme Roh- und Brennstoffe,
- Einführung neuer, emissionsarmer Technologien,
- Beschränkung der Ansiedlung neuer emissionsintensiver Anlagen,
- Stilllegung emissionsintensiver Anlagen.

3. Durch ein ausgewogenes Konzept der Fortschreibung der gesetzlichen Normen für „Altanlagen“ und der Förderung der Umstellung dieser Anlagen auf neue umweltfreundliche Technologien ist die Sanierung von

Belastungsgebieten zu erzielen.

4. Darüber hinaus ist Vorsorge gegen die Umweltbelastung zu treffen, die durch die schon in naher Zukunft unausweichliche verstärkte Nutzung heimischer Energieträger entstehen kann. Die Festlegung einer Rechtsvorschrift für Großfeuerungsanlagen ist notwendig, um den modernsten Stand ausschöpfen zu können und somit eine Verschlechterung der Luftqualität zu verhindern.

5. Eine Störfall-Verordnung, in der Risikoanalysen vorgeschrieben werden und eine sofortige Meldepflicht bei Störfällen verankert wird, soll dazu beitragen, daß das Risiko durch gefährliche Prozesse in Chemieanlagen für die Nachbarschaft, insbesondere in dicht besiedelten Gebieten, auf ein Minimum reduziert wird.

6. In den nichtbelasteten Gebieten wird es darauf ankommen, die dort noch intakten Ökosysteme zu erhalten, insbesondere die empfindlichere Pflanzen- und Tierwelt vor Schädigung und Zerstörung zu bewahren. Besonders bedeutsam in diesem Zusammenhang sind die von der Bundesregierung vorgelegten Novellen zum BImSchG und zur TA Luft. In bisher noch wenig belasteten Gebieten soll dadurch eine Verschlechterung durch Festlegung besonders strenger Immissionsgrenzwerte vermieden werden. In den Grundzügen ist dieses

Konzept unverzichtbar – trotz des ablehnenden Votums des Bundesrates –, wenn die noch vorhandenen intakten Ökosysteme langfristig gerettet werden sollen. Dadurch kann insbesondere auch eine Umverteilung der Schadstoffe durch eine Strategie der langen Schornsteine, der Standortdezentralisierung und der Problemverlagerung von der Luft ins Wasser oder in den Abfall vermieden werden.

7. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden für eine bundesweite Vereinheitlichung der Meßmethoden und der zu beurteilenden Belastungsfaktoren, ebenso für eine Koordinierung der parallel, aber nicht kongruent laufenden Länderaktivitäten und Maßnahmen des Bundes.

8. Es sind Wirkungskataster, insbesondere ein bundesweites Krebskataster, zu erstellen.

9. Die gesetzlichen Vorschriften zur Emissionsbegrenzung sind dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechend fortlaufend fortzuschreiben, insbesondere sind krebserregende Schadstoffe in die Technische Anleitung Luft mit drastisch reduzierten Grenzwerten aufzunehmen.

10. Ein Ausbau der Überwachung und Kontrolle der emissionsrelevanten Prozesse muß diese Maßnahmen begleiten.

## Gerd Albracht: Chemie und Umwelt

### Technologischer Wandel – Wandel der Risiken

Trotz unbestrittener punktueller Erfolge der Umweltpolitik sind die traditionellen Gefahren, die der Umwelt und dem Menschen aus dem ökonomisch-industriellen System erwachsen, noch nicht bewältigt. Der rasante und tiefgreifende technische Fortschritt hat zu einem Wandel der Risiken geführt. Anstelle der akuten Gefahren treten zunehmend die chronischen Gefährdungen für Mensch und Umwelt.

### Nutzen und Risiken der Chemie

Wie kaum ein anderer Zweig der Naturwissenschaften hat die Chemie in den letzten 150 Jahren unsere Welt verändert. Viele Produkte sind aus dem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Ständig werden neue Stoffe entwickelt und neue Anwendungsgebiete erschlossen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die chemische Industrie auch in der Bundesrepublik Deutschland entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen. Als viertgrößter Industriezweig kommt der exportintensiven chemischen Industrie eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung zu.

Ein politisch forciertes ökonomisches Wachstum, ein erheblicher gesellschaftlicher Wohlstandszuwachs und eine ausgeprägte staatliche Wohlfahrtspolitik waren die Kennzeichen für die Entwicklung unserer Gesellschaft nach dem Wiederaufbau. Im Gefolge dieser Entwicklung kam es zu veränderten und neuartigen Belastungsstrukturen in der Arbeits- und sozialen Lebenswelt.

Eine Fülle nicht mehr abreißen der „Umweltskandale“ und das unerwartete Auftreten von Berufskrebs bei Chemikararbeitern beleuchten sehr deutlich auch die negativen Seiten dieser Entwicklung.

### Gefährliche Chemikalienflut

Etwa eine Million verschiedener Chemikalien werden zur Zeit weltweit verwendet. Die chemische Industrie produziert gegenwärtig etwa 50 000 chemische Verbindungen in Mengen von jeweils mindestens einer Jahrestonne. In Europa werden jährlich mehr als tausend neue Stoffe auf den Markt gebracht, davon allein in der Bundesrepublik ungefähr 300.

Die Wirkungen vieler dieser Stoffe, beispielsweise ihre eventuelle

- Giftigkeit (Toxizität)
- Verursachung von Erbschädigungen (Mutagenität)
- Fähigkeit, Krebs zu erzeugen (Karzinogenität)

● Verursachung von Mißbildungen (Teratogenität) sind häufig nicht oder nur unzureichend untersucht und bekannt. Ein Großteil dieser Stoffe gelangt in die Umwelt und findet sich nach Verlassen des Produktionsbereichs in der Luft, im Wasser, im Boden und in den Lebewesen als Schadstoffe wieder. Von großer Bedeutung für die Umwelt sind die Abbaubarkeit und die Akkumulationsneigung bestimmter Stoffe. Denn einmal in die Umwelt gelangte Schädlingsbekämpfungsmittel beispielsweise verbleiben jahre-, häufig jahrzehntelang in der Umwelt. Die Folge: Sie beginnen sich nach und nach in der Nahrungskette anzureichern und üben schädliche Wirkungen auf Mensch, Tier und Pflanze aus.

Analysiert man einmal die aufgetretenen Probleme durch Umweltchemikalien und gefährliche Arbeitsstoffe wie z. B.

- die Quecksilber-, Blei- und Cadmiumvergiftungen
- die Verseuchung der Milch, des Bodens und des Wassers durch „HCH“
- die Berufskrebstoten durch „Dichlordimethyläther“ in einem großen deutschen Chemiekonzern
- und das gerade diskutierte Problem der Fluorkohlenwasserstoffe als Treibgas in Spraydosen, dann wird deutlich: In fast allen Industriestaaten „hinkt“ der Staat der industriellen Risikoproduktion hinterher.

#### Ansteigende toxische Gesamtsituation

Welche Gründe haben zu der ansteigenden toxischen Gesamtsituation geführt?

- Der verschärfte Wettbewerb und die Ausweitung der Produktstruktur führen zwangsläufig zu Produkten höherer Reaktivität und damit auch zu höherer Krebsgefährdung.
- Bisherige Umweltschutzmaßnahmen wurden auf der legislativen und Verwaltungsebene reaktiv erst dann ergriffen, wenn der eine oder andere Stoff dazu einen leidvollen akuten Anlaß gab.
- Bisher lag der Schwerpunkt auf der Beseitigung von Schadstoffen, deren schädliche Wirkungen bekannt sind, nicht so sehr auf einer Risikominderung insgesamt.
- Die bisherigen gesetzlichen Maßnahmen für einzelne Schadstoffe sind mediengebunden (an Wasser, Boden, Luft). Was aber fehlt, ist eine umfassende Berücksichtigung aller Gesundheits- und Umweltaspekte innerhalb des ökologischen Kreislaufs.
- Die industrielle Kapazität zur Entwicklung neuer chemischer Stoffe übersteigt bei weitem die Möglichkeiten der industriellen und wissenschaftlichen Institutionen, das krebsgefährdende und erbgutverändernde Potential solcher chemischer Substanzen zu bestimmen.

Äußeres Zeichen dieser Entwicklung ist die sehr rasch anwachsende Zahl krebszeugender Stoffe, die in die MAK-Wert-Liste (Maximale Arbeitsplatzkonzentration) der Deutschen Forschungsgemeinschaft aufgenommen wurde. All dies macht deutlich: Der „Selbstkontrolle“

der chemischen Industrie sind schärfere Maßstäbe anzulegen. Sie ist durch staatliche Maßnahmen und Regelungen zu ergänzen, wo dies die Vorsorgepflicht gebietet.

#### Punktueller Regelungen reichen nicht aus

Angesichts dieser Tatsachen erkennt man die geringen Auswirkungen von Einzelmaßnahmen. Trotz aller bisherigen punktuellen Regelungen und Vorschriften stellt sich das Produzentenrisiko somit häufig nachträglich als Arbeitnehmer- oder Konsumentenrisiko dar. Denn Versäumnisse im Bereich der gefährlichen Arbeitsstoffe gehen einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer. Vielfach ist die arbeitsmedizinisch-toxikologische Forschung erst durch Berufskrankheiten, arbeitsbedingte Erkrankungen oder gar Todesfälle auf die Gefährlichkeit verschiedener chemischer Stoffe gestoßen. Auf diese Weise kam die krebs erzeugende Wirkung von Asbestfeinstaub, Vinylchlorid, Acrylnitril und Dichlordimethyläther zu Tage.

Ohne eine durchgreifende gesetzliche Regelung wird es auch weiterhin so bleiben, daß Chemikalien erst nach jahrelangem Gebrauch als krebs erzeugende Stoffe (Kanzergene) erkannt werden, wie beispielsweise das für die Kunststoffproduktion verwendete Vinylchlorid. Erst 20 Jahre nach Warnungen ausländischer Forscher wurde es hierzulande systematisch untersucht.

Aber nicht nur die krebs erregenden und erbschädigenden Eigenschaften der Stoffe müssen angesprochen werden, sondern auch die seit der weltweiten Verseuchung durch polychlorierte Biphenyle (PCB's) offenkundig gewordene Vergiftung der Umwelt mit schwer abbaubaren Chemikalien.

Erst wenn es gelingt, gesundheits- und umweltgefährliche Stoffe vor ihrer Vermarktung zu erkennen, werden wir Mensch und Umwelt gegen die modernen Krankheiten wie Krebs schützen können. Heute Vinylchlorid und morgen eine andere Chemikalie zu verbieten, trifft nicht den Kern des Übels.

#### Chemikaliengesetz

Das Regelungswerk der Bundesrepublik zum Schutz der Umwelt vor gefährlichen Emissionen und Abfällen nimmt im internationalen Vergleich – trotz jüngster Zeit gehäuft aufgetretener „Umweltünden“ – eine Spitzenposition ein. Dagegen gibt es bei uns im Gegensatz zu den wichtigsten anderen Industrieländern noch keine Regelung, die die Anmeldung chemischer Produkte sowie deren Vorsorgeuntersuchung zum Schutz der Menschen und der Umwelt generell vorschreibt. Bei der Erfassung und Bewertung möglicher Umweltbelastungen – die mit der Herstellung und dem Gebrauch von Chemikalien zusammenhängen – bestehen besondere Lücken des Wissens.

Beginnend mit dem Jahre 1973 sind Gesetze zur vorläufigen Prüfung und Kontrolle sogenannter

Umweltchemikalien in den Ländern Japan, Schweden, Norwegen, USA und Frankreich erlassen worden. Angesichts dieser internationalen Entwicklung konnte die Europäische Gemeinschaft nicht tatenlos zusehen. Die Prüfung und Anmeldung neuer Chemikalien als „Frühwarnsystem“, das in Zusammenarbeit von Industrie und Behörden wirken soll, ist deshalb von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft zur „EG-harmonisierten“ Einführung vorgeschlagen worden. Danach sollen einheitlich in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft Chemikalien geprüft und angemeldet werden, ehe sie auf den Markt gelangen.

Der ursprüngliche EG-Vorschlag sah vor: alle Stoffe sind unabhängig von der produzierten Menge zu prüfen und anzumelden.

Diese EG-Forderung war der deutschen chemischen Industrie zu weitgehend. Sie nahm die Richtlinie zum Anlaß, massiven Druck auf die Bundesregierung auszuüben. Auch den Arbeitnehmern gegenüber war die Scheinalternative „Umweltschutz oder Arbeitsplätze“ wieder einmal zu vernehmen. So dauerte es auch nicht lange, bis die deutsche Delegation mit einem Gegenvorschlag nach Brüssel ging. Dieser Vorschlag – kurz *Stufenplan* genannt – trug deutlich sichtbar die Handschrift *des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI)*: denn die Überlegungen gingen dahin, sämtliche neuen Chemikalien erst dann umfassender auf ihre toxikologischen, umwelt- und arbeitsplatzrelevanten Auswirkungen zu prüfen, wenn hohe Produktionsmengen erreicht werden. Das mögliche Gefahrenpotential der „älteren“, d. h. schon auf dem Markt befindlichen Stoffe wurde nicht einmal mehr erwähnt.

Der beabsichtigte Gesundheitsschutz für Arbeitnehmer und Bevölkerung drohte nach den Plänen des Gegenvorschlags zu einer rein wirtschaftlichen Größe zu verkümmern.

Die chemische Industrie versuchte mit sehr hoch angesetzten Mengenschwellen, dieses *Frühwarnsystem für neue Stoffe* zu unterlaufen.

Lange Zeit lautete daher das Motto in Brüssel: einer gegen alle. Kompetenzrangeleien der beteiligten Bundesressorts und das Veto der Industrie machten die deutsche Delegation gegenüber den anderen Partnern der EG zeitweilig politisch „handlungsunfähig“.

Vorteil eines formalisierten Prüf- und Anmeldeverfahrens ist die europaweite Anmeldung der Produkte. Das heißt: die Anmeldung im Herstellerland stellt gleichzeitig die Anmeldung in allen anderen EG-Ländern dar. Soll ein solcher Stufenplan den angestrebten Schutzziele genügen, ist das Erreichen eines ausgewogenen Gleichgewichts zwischen praktischen Prüfungsanforderungen und wissenschaftlicher Erkenntnis und Entwicklung aber unbedingt Voraussetzung.

Durch massive Kritik der IG Chemie, des DGB, der europäischen Gewerkschaften und verschiedener

Wissenschaftler ist der Gegenvorschlag der Industrie ins „rechte“ Licht gerückt worden.

Erst durch entsprechenden Druck von Gewerkschaften und Medizinern war man innerhalb der EG bereit, schon in der Grundprüfung (die alle Stoffe durchlaufen müssen) Kurzzeittests auf Langzeitgefährdungen (Krebs, Erbschädigungen etc.) sowie umwelttoxikologische Tests durchzuführen. Denn ist ein Stoff beispielsweise erst einmal mit über 1 000 Jahrestonnen innerhalb unseres Wirtschaftssystems etabliert, so lassen sich nur noch geringe Korrekturen und Maßnahmen durchsetzen.

### Kritik am Gesetzentwurf

Arbeitnehmer sind durch gefährliche Stoffe einer mehrfachen Belastung ausgesetzt: am Arbeitsplatz, im Freizeitbereich sowie durch die Ernährung und alle übrigen Umwelteinflüsse. Daher kommt es für die IG Chemie darauf an, mit einem strengen, nach dem Vorsorge- und dem Verursacherprinzip ausgerichteten Chemikaliengesetz sicherzustellen, daß gerade die schwerwiegendsten Gesundheits- und Umweltgefährdungen erkannt und Abwehrmaßnahmen dagegen frühzeitig eingeleitet werden.

Als Kernpunkte der Kritik an dem zur Zeit im Bundesrat in der Beratung befindlichen nationalen Gesetzentwurf sind zu nennen:

● Eindeutige und schnell greifende Kontroll- und Eingriffsmächtigung der zuständigen Behörde sind nicht sichergestellt, um bei einem erhärteten Verdacht Mensch und Umwelt unverzüglich vor den Schadwirkungen bereits vermarkteter Stoffe zu schützen.

● Die schon auf dem Markt befindlichen alten Stoffe sind nur unzureichend in die Prüf- und Anmeldeverpflichtungen einbezogen. Die IG Chemie fordert eine risikobezogene, schrittweise Prüfung auch der alten Stoffe. Im Mittelpunkt müssen dabei die Stoffe stehen, bei denen ein Verdacht auf Langzeitschädigungen bereits vorliegt. Eine internationale Zusammenarbeit sowie eine Verstärkung der Wirkungsforschung zu diesem Zweck wird dringend für erforderlich gehalten.

● Die Koppelung chronischer Toxizitätsprüfungen nur an Produktionsmengenstufen auszurichten, ist ungeeignet, um schwerwiegende Gesundheitsschädigungen frühzeitig zu erkennen. Denn die Gefährdung des einzelnen Menschen hängt nicht nur von der Produktionsmenge, sondern von dem toxischen Potential und der Wirkung eines Stoffes ab.

Leidvolle Erfahrungen der letzten Jahre haben bestätigt, daß Stoffe mit sehr geringen Produktionsmengen, aber extrem hoher Giftigkeit, zu schwerwiegenden Unfällen geführt haben. Diese Tatsachen bleiben im Entwurf unberücksichtigt. Es sind daher weitgehende und frühzeitigere Prüfstrategien vorzusehen, die das Auftreten von möglichen Spät- und Dauerschäden stärker berücksichtigen. Im Interesse einer Risikominderung

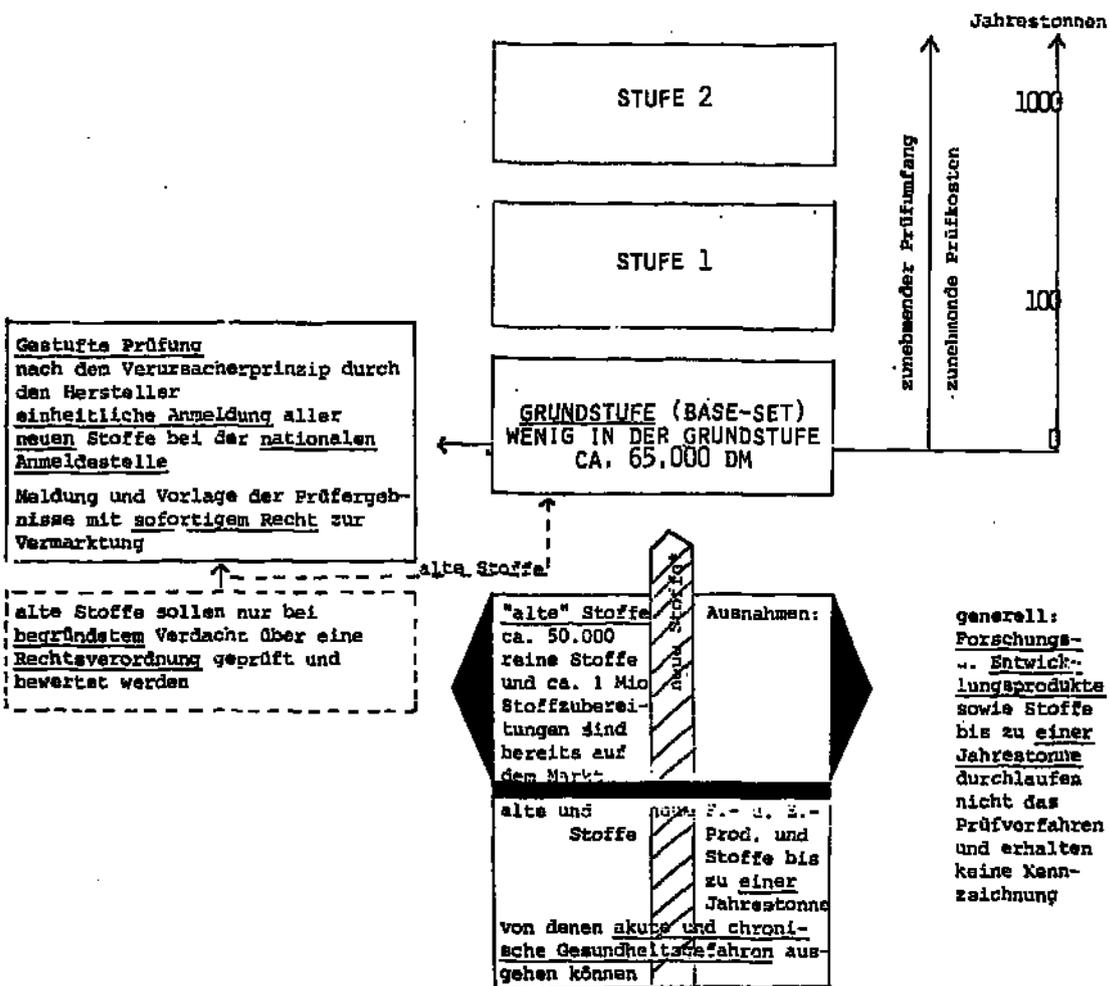
müssen deshalb die Mengenschwellen, die der Gesetzentwurf vorsieht – bei deren Überschreiten umfangreichere Prüfungen vorgesehen sind – drastisch reduziert werden.

● Die vorgesehenen Ausnahmeregelungen sind einzuschränken. Denn gerade bei der Erforschung, Entwick-

lung oder Erprobung liegen besondere Gefahrenpunkte beim Umgang mit gefährlichen Stoffen. Außerdem sind Personenkreise, die von der Ausnahme betroffen sind, besonders zu schützen.

● Zwischen Anmeldung und In-Verkehr-bringen eines Stoffes sollte eine Zeitspanne von 90 Tagen liegen. Ein

SCHEMA ZUM STUFENPLAN



\* nach Angaben der Bundesregierung und des Umwelthundesamtes rechnet man in der Bundesrepublik mit 200 - 500 neuen Stoffen pro Jahr

möglicher Verdacht auf chronische Schädwirkungen könnte dadurch rechtzeitig erkannt werden, bevor der Stoff vermarktet wird.

● Ein Zulassungsverfahren ist bei Stoffgruppen notwendig, bei denen ein gehäuftes, überdurchschnittliches Auftreten von Krebserkrankungen und sonstigen chronischen Schäden auftritt.

Daher fordert die IG Chemie die Offenlegungspflicht von gefährdungsspezifischen Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzdaten. Nur so ist eine direkte Umsetzung dieses Gesetzes im Interesse der Arbeitnehmer sichergestellt.

● Die lückenlose Prüfung und Anmeldung aller neuen Stoffe sowie die Registrierung und Lokalisierung gesundheitsschädigender Stoffe am Arbeitsplatz.

● Ferner ist die Errichtung eines bundesweiten Krebsregisters im Sinne einer epidemiologischen Kontrolle und als solide Basis für gesicherte Schätzungen des berufsbedingten Krebsrisikos unerlässlich.

● Ebenso erscheint auch ein Ausbau der Arbeitsmedizin, der Gewerbe- und Umweltschutztoxikologie und der Wirkungsforschung dringend notwendig.

● Das Programm der Berufsgenossenschaft Chemie zur Registrierung von Arbeitsplätzen, an denen mit krebserregenden Stoffen umgegangen wird, ist weiterzuentwickeln.

Beim vorgelegten Entwurf des Chemikaliengesetzes wird sichtbar, wie unvollständig die neue „Wissenschaft der Risikobeurteilung“ noch ist. So ist nicht ersichtlich, nach welchen Risikokriterien die notwendigen Prüf- und Testumfänge ausgewählt wurden bzw. werden.

Angesichts des mit möglichen Gesundheitsgefahren einhergehenden Risikos und evtl. sozialer Folgen für die Arbeitnehmer, wie berufsbedingte Erkrankungen, Frühinvalidität, Verletzungen und Unfälle, hat für die IG Chemie die Gesundheitssicherung und die Erhaltung der Arbeitsplätze Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen.

Die Gewerkschaften wissen also, warum gerade sie auf eine scharfe Vorprüfung *neuer* und die Einbeziehung *alter* Stoffe drängen. Sie sägen nicht am eigenen Ast, wie einige Vertreter des Verbandes der chemischen Industrie meinen, sondern wollen an der Wurzel und *nicht*

am Ende einer Kausalkette sanieren.

Manche sind der Ansicht, daß unsere gegenwärtigen Umweltprobleme aus unserem Wohlstand resultieren und ihre Lösung daher weniger dringend sei als die Beseitigung der Inflation und der Arbeitslosigkeit. Dem muß entgegengehalten werden, daß die Umweltprobleme im weiteren Sinne des Wortes und die Probleme der augenblicklichen Wirtschaftskrise weitgehend den gleichen Ursprung haben.

Daher muß die Gesundheit des Menschen angesichts einer kaum noch übersehbaren Chemikalienflut im Mittelpunkt bei der Entscheidung über die Kontrolle von Chemikalien stehen. Kurzfristige Profitfragen und häufig sehr vordergründige Kostenfragen seitens der Industrie müssen dabei zurückstehen. Denn das sich vornehmlich an wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierende Denken unserer produzierenden Gesellschaft ist die Hauptursache der sich in letzter Zeit häufenden Umweltchemikalienprobleme.

#### Frage der Sicherheit — gesellschaftspolitische Entscheidung

Letztlich ist es eine gesellschaftspolitische Entscheidung, wie weit die Forderung nach Sicherheit chemischer Stoffe gegen die ökonomischen Bedingungen und Kräfte durchgesetzt werden kann. Bei dieser Forderung nach mehr Sicherheit sind wir uns dessen bewußt, daß absolute Sicherheit nicht garantiert werden kann, und daß damit irgendwo eine Grenze als Kompromiß zwischen Forderung nach Sicherheit und ökonomisch Machbarem bestimmt werden muß.

Sicher liegt diese Grenze heute aber noch viel zu weit zu Ungunsten der Sicherheit auf der Seite des ökonomischen Nutzens. Daher gilt es, ein Chemikaliengesetz zu verabschieden, das u. a. einen scharf gefaßten Risikobegriff, eine gesamtökologische Betrachtungsweise und einen längerfristigen Zeithorizont zum Inhalt hat. Ein so verwirklichtes Gesetz ist für die Gewerkschaften Teil „sozialer Strukturpolitik“, also einer Politik, die über schadensausgleichende Maßnahmen hinaus den Anspruch erhebt, einen Beitrag zur Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen zu leisten, um sozialen Risiken vorzubeugen. Der jetzige Entwurf wird diesen Ansprüchen leider in keiner Weise gerecht.

## Liesel Hartenstein: Verpflastern wir die Bundesrepublik?

### I. Entwicklung und Situation

*Landschaft ist ein nicht vermehrbares Gut. Sie gehört zu den unverzichtbaren Lebensgrundlagen des Menschen:*

als Nutzfläche zur Erzeugung von Nahrungsmitteln, als Erholungsgebiet, als Frischluftreservoir, als Wasserspeicher, als ausgleichender Klimafaktor und als Lebensraum für unsere Tier- und Pflanzenwelt. In den letzten Jahrzehnten haben sich die landschaftlichen Strukturen in der Bundesrepublik beträchtlich verändert: *der Verdichtungsprozeß* in den Ballungsräumen, die als Rückwirkung rasch steigende Inanspruchnahme von Siedlungs-

und Freizeitflächen im Umland, der zunehmende Flächenbedarf von Industrie- und Gewerbeanlagen und nicht zuletzt der rasante Landschaftsverbrauch durch Straßenbau haben zu einer Entwicklung geführt, deren Grenzen es zu erkennen und zu respektieren gilt, wenn nicht langfristig irreversible Schäden eintreten sollen.

Nach einer Berechnung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung nimmt die landwirtschaftliche Nutzfläche im Bundesgebiet täglich um 140 Hektar ab, die Waldfläche um 11 Hektar, das Gartenland um 13 Hektar. Dagegen nehmen Gebäudeflächen täglich um 68 Hektar zu, Verkehrsflächen um 31 Hektar. Das bedeutet, daß allein dem Verkehrswegebau täglich ein mittlerer Bauernhof zum Opfer fällt.

In den letzten 40 Jahren hat sich die Inanspruchnahme von freier Landschaft durch den Menschen nahezu verdoppelt: die bebaute Fläche beträgt heute mehr als 10 % des gesamten Bundesgebietes. In absoluten Zahlen ausgedrückt heißt dies, daß die landwirtschaftlich genutzte Fläche innerhalb von 40 Jahren um mehr als 1 Million Hektar zurückgegangen ist, und zwar von 14,6 auf 13,2 Millionen Hektar (Stand 1976). Zum Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Überbauung kommt noch hinzu, daß wegen des hohen Verkehrsaufkommens eine weitere Million Ackerland eigentlich der Agrarproduktion entzogen werden müßte, da die Belastung durch Schadstoffe entlang der Straßentrassen den Wert der Erzeugnisse empfindlich beeinträchtigt.

Von 1945 bis 1975 wurde überdies die Hälfte der gesamten Agrarfläche der Bundesrepublik flurbereinigt; insgesamt 6,4 Millionen Hektar. Mit dieser Flurbereinigung wurden die Flächen in der Regel von Naturresten „geräumt“: Bäume, Hecken, Sträucher, Böschungen, Graswege etc. verschwanden. Auch die Kultivierung und Verwertung bis dahin noch naturbelassener Landschaftsgebiete hat enorm zugenommen. So blieben von den 4500 km<sup>2</sup> Mooren Niedersachsens nur 250 km<sup>2</sup> in naturnahem Zustand (Niedersächsisches Landesverwaltungsamt 1978). Alle übrigen wurden kultiviert, aufgeforschet, abgetorft oder überbaut. Die über 2200 km<sup>2</sup> große Talauen des Rheins von Konstanz bis zur niederländischen Grenze ist heute zu mehr als drei Vierteln „verbraucht“, nur noch etwa 10 % sind naturbelassene Fläche (Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege 1975). Ebenso wurden die Flußwatten am Unterauf der Elbe zu 67 % durch Eindeichung und Überbauung als Naturräume vernichtet (Natur und Landschaft 51, 1976).

## II. Gefahren

Die immer stärkere Einengung der Freiflächen und die Reduzierung natürlicher Landschaften bringt eine Reihe von Gefahren mit sich:

1. Mit der Veränderung oder Zerstörung ihrer Lebensräume wird einer beträchtlichen Anzahl von Tier- und

Pflanzenarten die Existenzmöglichkeit entzogen. So sind in der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder vom Aussterben bedroht:

39 % der Wirbeltierarten

44 % der Vogelarten

67 % der Kriechtierarten

34 % der Fischarten.

Von den 2350 vorkommenden Blütenpflanzen stehen 31 % auf der Liste der gefährdeten Arten. Infolge der Vernichtung von Biotopen, Feuchtgebieten, Heideflächen etc. und infolge des übermäßigen Gebrauchs von Pestiziden und Herbiziden verarmen nicht nur Fauna und Flora, vielmehr wird auch das Gleichgewicht des Naturhaushalts durch diese Entwicklung in bedenklichem Ausmaß gestört.

2. Mit der Kanalisierung der Flüsse und der Zubetonierung der freien Landschaft geht ein Absinken des Grundwasserspiegels (im Durchschnitt um 1 Meter) einher. Dies wiederum führt zu einer Gefährdung der Wasservorkommen und längerfristig auch zu einer Gefährdung der Ackerböden durch Erosion.

3. Die drastische Verringerung der Grünflächen, vor allem der Bewaldung, hat eine Verminderung der Luftqualität zur Folge. Dies gilt insbesondere für die Ballungsräume. Wald wurde und wird überproportional gerade da abgeholzt, wo er am nötigsten ist. Während der Waldanteil an der Gesamtfläche der Bundesrepublik 1976 rund 29 % betrug und damit auf je 100 Einwohner im Schnitt 11,6 Hektar Wald kamen, entfielen in Nordrhein-Westfalen auf je 100 Bürger nur 4,7 Hektar Wald. Besonders ungünstig hat sich der Waldanteil auch im Verdichtungsraum Stuttgart entwickelt; dort liegt er heute nur noch bei 22 % der Gesamtfläche. „Der Rückgang des Waldes in der Umgebung der Großstädte ist umweltpolitisch nicht länger tolerierbar“ (Umweltgutachten 1978, 1219). Dieses Urteil des Sachverständigenrats für Umweltfragen bleibt in vollem Umfang bestehen, auch wenn, rein statistisch gesehen, die Waldfläche insgesamt geringfügig zugenommen hat, so z. B. durch stellenweise Aufforstungen in den Mittelgebirgen.

4. Die massierte Bebauung in den Verdichtungsräumen ohne Ausgleichsflächen führt zu einer zunehmenden Erwärmung und damit zu einer Klimaänderung, die wiederum Auswirkungen auf den Pflanzenwuchs hat. Durch den steigenden Anteil von Gasen in der Luft (z. B. CO<sup>2</sup>, Treibgase, Stickstoffoxyd, u. a.) entsteht ein Glashauseffekt im Bereich der Großstädte, der das Kleinklima negativ beeinflusst.

5. Eine erhebliche Gefahr für die langfristige Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ist der häufig leichtfertige Verbrauch bester Böden für Bauzwecke. Nicht selten vollzog sich beim Wiederaufbau nach dem Kriege die stärkste wirtschaftliche Entwicklung genau in jenen Gebieten, die gleichzeitig hochwertige landwirtschaftliche Ertragsflächen hatten. Instrumente der

# ATHENÄUM · HAIN

## Neuerscheinungen Herbst 1979

Michael von Hauff  
**Theorie und Praxis gewerkschaftlicher Interessenpolitik**

Eine ökonomische Analyse  
Monographien Ergebnisse der Sozialwissenschaften  
1979. Ca. 180 Seiten, kt. ca. DM 38,-. ISBN 3-443-01980-0 (Hain)

Die Politik der Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern wie auch in ihrem gesamtgesellschaftlichen Anspruch wird zunehmend kritisch beurteilt. Während die meisten Beiträge zur gewerkschaftlichen Interessenpolitik sich mit einzelnen Aktivitäten und ihren Auswirkungen befassen, soll hier die Beziehung zwischen gewerkschaftsinterner und gesamtpolitischer Interessenwahrung aufgezeigt und kritisch analysiert werden. Dabei werden insbesondere Fragen der Vereinbarkeit von Gewerkschaftspolitik und Mitgliederinteressen untersucht.

Leo Kilber  
**Partizipation als Lernprozeß**

Bedingungen betrieblichen Lernens von Belegschaftspartizipation  
Sozialwissenschaftliches Forum, Band 7  
1979. Ca. 200 Seiten, kt. ca. DM 28,-. ISBN 3-7610-8229-0 (Athenäum)

Ausgehend von den demokratietheoretischen Defiziten früherer Mitbestimmungsforschung legt die Arbeit die Grundlagen einer Theorie wirtschaftlicher Partizipationskompetenz im wirtschaftlichen Bereich. Sie arbeitet die Hauptfragen einer Partizipationsforschung als betrieblicher Sozialisationsforschung für den Erwerb von Partizipationskompetenz auf. Hierzu werden dem Entwurf einer Theorie von Partizipationslernen empirisch-praktische Befunde eines Großbetriebs gegenübergestellt und aus einer Defizitanalyse exemplarische Reformvorstellungen erarbeitet.

Franz Lehner  
**Grenzen des Regierens**

Eine polit-ökonomische Studie zur Steuerungsproblematik hochindustrialisierter Demokratien  
Sozialwissenschaftliches Forum, Band 5  
1979. Ca. 250 Seiten, geb. ca. DM 38,-. ISBN 3-7610-8221-5 (Athenäum)

Wolfgang Streck  
**Gewerkschaftliche Organisationsprobleme im Sozialstaat**

Sozialwissenschaft und Praxis. Buchreihe des Wissenschaftszentrums Berlin, Band 7  
1979. Ca. 250 Seiten, kt. ca. DM 39,80. ISBN 3-7610-8226-6 (Athenäum)

Das Buch analysiert den Zusammenhang zwischen den sozialstrukturellen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen des modernen Sozialstaates und der organisatorischen Struktur gewerkschaftlicher Interessenverbände. Untersucht wird der organisatorische Wandel von sechs Gewerkschaften des DGB zwischen 1960 und 1975.

## Bereits erschienen

Friedrich von Krosigk  
**Multinationale Unternehmen und die Krise in Europa**

Sozialwissenschaftliches Forum, Band 4  
1978. 176 Seiten, kt. DM 38,-. ISBN 3-7610-8216-9 (Athenäum)

Makoto Takamiya  
**Union Organization and Militancy**

Conclusions from a Study of the United Mine Workers of America 1940-1974  
Schriften des Wissenschaftszentrums Berlin, Band 5  
1978. 268 Seiten, kt. DM 38,-. ISBN 3-443-01834-0 (Hain)

Fritz Vilmar  
**Politik und Mitbestimmung**

Kritische Zwischenbilanz - integrales Konzept  
Unter Mitarbeit von Herbert Krümpelmann  
AT 4120, 1977. 171 Seiten, DM 18,-. ISBN 3-7610-4120-9 (Athenäum)

Raumordnung waren entweder nicht ausreichend vorhanden oder wurden nicht rechtzeitig eingesetzt.

6. Bedingt durch Fehlentwicklungen im Städtebau, die eine Verminderung der Wohnqualität zur Folge hatten (z. B. Verkehrsüberflutung mit den entsprechenden Lärm- und Abgasemissionen), ergab sich ein überdurchschnittlicher Anstieg von Erholungs- und Freizeitbedürfnissen. Je mehr sich die Möglichkeiten zur Naherholung reduzierten, desto stärker wurde der Drang zur Ausweisung von Wochenendhausgebieten, Feriensiedlungen, Dauercampingplätzen und Zweitwohnhausgebieten. 70 % aller Stellflächen auf Campingplätzen sind heute Dauerstellflächen, fast 65 % aller Plätze konzentrieren sich auf den Uferbereich von Gewässern. Die Landschaft ist heute im Freizeitbereich bereits *übererschlossen*, zum Teil mit Grillplätzen, Parkplätzen, Ausflugsrestaurants etc. sogar regelrecht möbliert. Dies hat zur Folge, daß der Erholungseffekt, der von einer natürlichen Landschaft ausgeht, immer mehr schwindet.

7. Der durch den Straßenbau verursachte Landschaftsverbrauch kann nicht allein nach der quantitativen Inanspruchnahme von Flächen beurteilt werden. Die damit verbundene qualitative Veränderung der Landschaft ist umweltpolitisch weit einschneidender:

- *Tangierung und Zerschneidung von Erholungs- und Landschaftsschutzgebieten durch Straßentrassen,*
- *Lärm- und Abgasemissionen, die die gesamte umgebende Landschaft entlang der Straßentrasse in Mitleidenschaft ziehen,*
- *Verunreinigung von Grund- und Oberflächenwasser durch Relfenabrieb, Ölverluste, Streusalz,*
- *Zerstörung von geschlossenen Naturräumen und damit Vernichtung der Lebensbedingungen für viele Tiere und Pflanzen,*
- *Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.*
- *Beispiele: Im Ballungsgebiet Mittlerer Neckar betragen die Restflächen zwischen klassifizierten Straßen durchschnittlich noch 4,1 km<sup>2</sup>; und selbst im Bodenseeraum beträgt die freie Fläche zwischen den Verkehrswegen im Schnitt nur mehr 6,3 km<sup>2</sup>. Bei Durchführung aller geplanten Straßenbauten betrüge der für das Jahr 1985 zu erwartende Anteil der Verlärmungszonen im Bereich Westlicher Bodensee 33,6 % der Gesamtfläche (Umweltgutachten 1978, 1225).*

### III. Konsequenzen für die Zukunft

Obwohl die eingetretene Situation wegen der gesundheitlichen Gefahren vor allem der in den industriellen Ballungsräumen lebenden Menschen und wegen des Verlusts vieler Tier- und Pflanzenarten heute schon alarmierend ist, kann nicht damit gerechnet werden, daß mit einigen wenigen Maßnahmen und in kurzer Frist Verbesserungen zu erzielen sind. Vielmehr ist ein ganzes Bündel politischer Entscheidungen und ein grundsätz-

liches Umdenken im Umgang mit dem nicht reproduzierbaren Allgemeingut Landschaft notwendig. In der Bevölkerung ist eine Neuorientierung der Wertvorstellungen im Hinblick auf die Nutzung von Natur und Landschaft längst im Gange. Insbesondere stellt ein beachtlicher Teil der jungen Generation die Koppelung von Wirtschaftswachstum, Erhöhung des Lebensstandards und steigendem Landverbrauch zunehmend in Frage.

Trotz einzelner Ansätze ist bis jetzt keine entscheidende Tendenzwende in der Raumplanung und Verkehrswegeplanung zu erkennen. Punktuelle Verbesserungen reichen nicht aus; es genügt auch nicht, die rein quantitative Flächenbeanspruchung zu reduzieren. Eine zukunftsorientierte Raumordnung muß vielmehr Leitlinien vorgeben, die auf der einen Seite eine sinnvolle Landnutzung ermöglichen, die Nutzung am ökologisch falschen Platz jedoch auf der anderen Seite unterbinden. Folgende Maßnahmen sollten unverzüglich ergriffen werden:

1. Künftige Raumordnungs- und Landnutzungspläne müssen neben ökonomischen in gleichem Maße auch ökologische Erfordernisse beachten.

2. Bestandteil jeder Landschaftsplanung sollte eine Wirkungs- und Risikoanalyse sein (Umweltgutachten 1978, 1318).

3. Alle ökologisch relevanten Projekte in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik sowie im Freizeitbereich müssen auf ihre Umweltverträglichkeit hin überprüft werden.

4. In Ballungsgebieten muß sichergestellt werden, daß Mindestfreiflächen als Ausgleichsflächen erhalten bleiben. Nach Auffassung des Sachverständigenrates für Umweltfragen ist die kritische Grenze in einem Verdichtungsraum dann erreicht, wenn die Siedlungsfläche 40 % der Gesamtfreifläche (ohne Wald, Wasser und Ödland) umfaßt, d. h. 60 % der Fläche müssen unbedingt als Freiräume ausgewiesen werden.

5. Der Ausweisung von Ausgleichsflächen in Ballungsgebieten muß die Ausweisung von ökologischen Vorrangflächen (Biotopen, Heiden, Mooren u. ä.) in noch bestehenden Naturlandschaften entsprechen. Diese sind unter Naturschutz zu stellen.

6. Eine weitere Zerstückelung der Landschaft durch Straßenbauten ist zu vermeiden. Die Verkehrswege sind so weit wie möglich zu bündeln; im Siedlungsbereich ist eine Mehrfachnutzung (Untertunnelung, Überbauung etc.) anzustreben.

7. Die Planung neuer Straßentrassen, insbesondere der Bau neuer Autobahnen, ist grundlegend auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Die Linienführung muß stärker als bisher an die topographischen Gegebenheiten angepaßt werden.

8. Für den Wohn- und Siedlungsbau müssen neue Formen gefunden werden, die weniger flächenaufwen-

dig sind und sich besser in die Landschaft einfügen (z. B. Terrassenbauweise, Atriumhäuser u. ä.).

9. Durch die Aktivierung und Modernisierung der Altbausubstanz sowie durch die Verkehrsberuhigung im Innenbereich muß auf eine neue Wohnqualität in unseren Städten und Ortschaften hingearbeitet werden.

10. Die These, daß überall gleiche Lebensbedingungen zu schaffen seien, ist auf ihre Haltbarkeit hin zu überdenken. Aus ökologischer Sicht kann u. U. ein Wechsel von Be- und Entlastungsräumen sinnvoller erscheinen. Auf keinen Fall jedoch darf die obengenannte Zielsetzung dazu führen, daß das gesamte Bundesgebiet ungefähr gleich starker Belastung ausgesetzt wird.

Angesichts der geschilderten Gefahren und der fortwährenden Tendenz zu erhöhtem Landschaftsverbrauch sollten die zuständigen Behörden nach neuen Maßstä-

ben für die Genehmigungspraxis suchen. Flächensparende Lösungen bei Bau- und Verkehrsprojekten sind zu begünstigen. Zumindest sollten schon vorhandene Instruments zur Eindämmung des Landverbrauchs konsequenter als bisher eingesetzt werden. Ein rascher Abbau des ökologischen Datendefizits durch die Anlegung eines Landschaftsinformationssystems könnte zur Durchsetzung der Forderung nach sparsamerem Umgang mit der Landschaft hilfreich sein. Entscheidende Faktoren für eine erfolgreiche Neuorientierung sind jedoch die weitere Entwicklung des öffentlichen Problembewußtseins und die Einsicht der Politiker sowie der Mut zu den notwendigen, für das Leben der kommenden Generationen ausschlaggebenden Entscheidungen.

## **Eckhard Linnenkohl: Zwischen Natur und Infrastruktur — SPD und Landschaftsschutz**

Die Lektüre sozialdemokratischer Programme der 60er und 70er Jahre, aber auch die Durchsicht verschiedener sozialdemokratischer Publikationen eröffnet ein Theoriedefizit in einem Kernbereich des Umweltschutzes, dessen politische Dimension mit zunehmenden, oft strukturpolitisch begründeten Baumaßnahmen wächst. Gemeint ist der Landschaftsschutz, die Bewahrung menschlicher, tierischer und pflanzlicher Lebensgrundlagen und -räume, die immer mehr mit einer Vielzahl konkurrierender und sich überlagernder Nutzungsansprüche konfrontiert werden.

Wird ein bestimmter Politikbereich in der Parteidiskussion theoretisch und programmatisch vernachlässigt, wird das politische Verhalten von Organisation und Organisationsmitgliedern instabil und bleibt an Realitätsausschnitten, nicht jedoch an der Komplexität eines Entscheidungsfeldes ausgerichtet. Der situative Kontext und subjektive Leitbilder ersetzen dann die programmatische Leitlinie. Das bedeutet, daß sozialdemokratische Entscheidungsträger in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Gemeinden zu stark durch den Umwelthorizont ihres administrativen Aufgabenbereiches geprägt werden, in den bestimmte, programmatisch vorgegebene Ziele und Werte nicht eingeschlossen sind.

Entscheidungsprozesse und Planungen von Kommunen, Ministerien und Parlamenten sind darüber hinaus im Rahmen einer Politik des Landschaftsschutzes wesentlich durch die Interessenlagen der Pressure Groups bestimmt. Arbeitgeberverbände und Einzelgewerkschaften stehen oft gemeinsam in einer Front

gegen Bauernvertreter, Naturschutzverbände, Administration und Parteigliederungen. Häufig gibt es ganz andere, kompliziertere Konstellationen.

Verschiedene Konfliktlagen entstehen vor dem Hintergrund eines Landschafts-, Naturschutz- und Raumordnungsrechts, das zwar durch den Regelungsumfang der Rechtsmaterien beeindruckt, dessen Rechtsvorschriften aber nicht selten ineffizient und vage sind. Die Fixierung der Umweltschutzgruppen auf Fragen der Kernenergie verschleiert die wachsende Zerstörung der Kulturlandschaft und orientiert die Parteien recht einseitig auf die mit der Kernenergie verbundenen Umweltfragen. Hinzu kommt, daß auf administrativer Ebene die einzelnen Fachplanungen wenig koordiniert sind und das Umweltprogramm der Bundesregierung konsequent mißachtet wird. In dieser Situation laufen Sozialdemokraten Gefahr, Entscheidungen zu treffen, die regionalpolitisch, gesamtwirtschaftlich und ökologisch fragwürdig sind.

Solange Bestandteile der Umweltprogrammatik des Bundes in der Programmatik der SPD nicht fest verankert sind, werden in Ländern mit sozialdemokratischer Regierungsverantwortung Entscheidungen der Wirtschafts-, Verkehrs- und Regionalpolitik den Rationalitätserfordernissen einer ökologisch verantwortungsvollen Strukturpolitik nicht genügen. Daß der sozialdemokratische Landwirtschaftsminister Nordrhein-Westfalens aufgrund eines große Waldgebiete bedrohenden Autobahnprojekts zurücktritt, der sozialdemokratische Ministerpräsident Hessens aber aus „strukturpolitischen“ Erwägungen an diesem Bauvorhaben festhält, zeigt, wie wenig Konsens über Fragen von Landschaftsschutz und Flächennutzung besteht. Nur zu selten wird dabei klar, daß Landschaft mehr ist als das Objekt der Raumordnung, „kein von Ewigkeit her gegebenes Ding, sondern

das Produkt des gesellschaftlichen Umgangs mit Natur“ (Brigitte Wormbs, *Über den Umgang mit Natur. Landschaft zwischen Illusion und Ideal*, Frankfurt/M. 1978, S. 8).

### Gesellschaft und Landschaftskonsum

Das Gebiet der Bundesrepublik besteht fast ausschließlich aus Kulturlandschaften, die im Wechselspiel von Natur, Siedlung und Produktion entstanden. War Landschaft einst Domäne von Konservativen und Reaktion, wird sie heute zunehmend Schutzobjekt nichtkonservativer, emanzipatorischer Kräfte. Oberflächlich betrachtet erscheint es als Ironie, daß Konservative heute in vielen Fällen beim Konsum von Landschaft als destruktive Kräfte wirken, manche Nichtkonservative nicht selten jedoch eine eher konservierende Aufgabe erfüllen.

Wichtiger Schlüssel zur Bewertung der wachsenden Zahl von Eingriffen in naturnahe Raumstrukturen ist die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und die Herausbildung spezifischer Landschaftsideale. Solange feudale Agrarwirtschaft vorherrschte, die den natürlichen topographischen Gegebenheiten folgte, und urbane Lebensformen quantitativ unbedeutend waren, solange blieb die durch Rodungen entstandene Kulturlandschaft noch verschont vom Boden- und Rohstoffbedarf der bald einsetzenden Warenproduktion. Mit dem Durchbruch privat organisierter, industrieller Produktion wird das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft antagonistisch. Landschaft wird transformiert durch ein Netz von Verkehrswegen, wird Ausbeutungsobjekt, erhält Warencharakter und wird endgültig einem anarchischen Raubbau unterworfen, der von einzelwirtschaftlichen Standortentscheidungen und den sie begleitenden infrastrukturellen Vorleistungen des Staates gelenkt ist.

Der Naturkult des aufstrebenden Bürgertums verschleiert unterdessen die Domestizierung von Landschaft durch die materielle Produktion und erbaut ideologische Refugien, die Ausdruck sind für die schon in der Antike empfundene Trennung zwischen Stadt und Land. Hatte die „natürliche“ Landschaft in der Zeit des Absolutismus bei der Durchsetzung antifeudalistischer Interessen einen emanzipatorischen Gehalt, so wird sie in Deutschland im Laufe des 19. Jahrhunderts vor allem in Gestalt des deutschen Waldes zum nationalen Mythos überhöht, um dann später im Nationalsozialismus vollends pervertiert zu werden.

Die Zeit nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs, von Horst Stern in einem „Spiegel“-Beitrag im Dezember 1978 durchaus treffend als „Dreißigjähriger Krieg der Deutschen gegen die Natur“ bezeichnet, bringt für westdeutsches Territorium nicht nur einen historischen Einbruch, sondern unterwirft im Zuge des Wiederaufbaus die räumliche Ordnung, das Landschaftsbild und natur-

nahe Ökosysteme vollends dem Diktat von Rentabilitätskriterien. Die Rationalisierungstendenzen in der Land- und Forstwirtschaft erscheinen in dieser Entwicklung als Ausdruck für ein Wettstreifen mit der Raumstrukturen nivellierenden industriellen Produktion. Fichtensteppen, landwirtschaftliche Monokulturen, maschinengerechte Traktorenflächen, flurbereinigte und entwässerte Gebiete und verdrahtete und kanalisierte Regionen zeugen von einem vorher nie bekannten Maße der Biotopzerstörung. Mit der zunehmenden Spezialisierung agrarischer Erzeugung wächst zudem der Einsatz von Insektiziden, die von der Chemieindustrie marktschreierisch angeboten werden. Naturnahe „Restlandschaften“ werden seit Bestehen der Bundesrepublik durch Zersiedelung und Vermarktung im Tourismusgeschäft okkupiert. Abstrakte Wachstumsdiskussionen beschäftigten sich hierzulande währenddessen mehr mit der Erschöpfbarkeit bestimmter Rohstoffe als mit den räumlichen Folgen der Produktions-, Standort- und Distributionsentscheidungen privater Wirtschaftssubjekte oder dem „raumverschlingenden Chaos der Bau- und Nutzungsformen, worin natürliches und gesellschaftliches Potential verkommt“ (Wormbs, S. 208). Und von vielen unbemerkt führt das Vordringen urbaner Architektur zum Niedergang landschaftsgebundener Bauformen.

Dennoch stehen Landschaft und Natur mitunter hoch im Kurs. In der Werbung dominiert Natur als ästhetischer Wert und absatzförderndes Beiwerk, während Politiker und manche Unternehmen mit der zerstörerischen Form der Naturaneignung fortfahren und damit langfristig das Fundament der industriellen Produktion und menschlichen Existenz untergraben. Das seit den frühesten Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft sichtbare „Eroberungs- und Gewaltverhalten“ gegenüber Völkern, tierischem und pflanzlichem Leben sowie Rohstoffen (vgl. hierzu Gerhard Arnanski, Überlegungen zum Verhältnis von Mensch, Natur und Gesellschaft, in: „Prokla“, 1/1979, S. 117) setzt sich fort. In der EG vollzieht sich Landschaftszerstörung in wohlgeordnetem Rahmen, unterstützt durch Ideologien der Infrastrukturpolitik und wohlwollend begleitet oder forciert von Verbandsvertretern der Industrie.

### Rechtsprobleme

Landschaftskonsum wird begleitet, getragen oder beschränkt durch das Recht. Die auf der Politikebene entstehenden Konfliktfelder sind zum Teil in einem undurchsichtigen Normengeflecht vorstrukturiert, zum Teil aber auch nur Ausdruck für faktisch vorgegebene Ziel- und Interessenkonflikte.

Die Wirksamkeit des Landschaftsschutzes hängt davon ab, inwieweit Rechtsvorschriften eindeutig und verschiedene Rechtsmaterien durch den Gesetzgeber aufeinander bezogen sind. Mehrdeutige Kompromißformeln im Umweltrecht führen augenblicklich zu oft zum

Vollzugsdefizit. Wenig motivierte, informierte und interessierte Rechtsanwender laufen Gefahr, das bestehende normative Netz zu durchlöchern und den Prozeß der Landschaftszerstörung allenfalls mit einem Achselzucken zu begleiten (vgl. zur normativen „Dichte“ des Umweltrechts und den dennoch andauernden destruktiven Entwicklungen P. C. Mayer-Tasch, Umweltrecht im Wandel, Opladen 1978, S. 11 ff.). Orientierungsschwierigkeiten in der Rechtsanwendung und in der Politik ergeben sich nicht zuletzt aus dem besonderen Charakter bestehender Planungsgesetze im Bereich des Raumordnungsrechts. Denn Planungsvorschriften beinhalten vor allem programmatische Zielvorstellungen, die für eine großzügige Auslegung und Anwendung offen sind und die Verbindlichkeit von Normen in Frage stellen.

Eine Reihe von Gesetzen reflektiert das Politikum Landschaft als Nebenbedingung, während die Bundesregierung durch ihr Umweltprogramm 1971 dem „Schutz der Naturgrundlagen“ den gleichen Rang zusichert wie der Bildungs- oder der Verteidigungspolitik. Bundesbaugesetz, Bundeswaldgesetz und Bundesfernstraßengesetz tragen den Anforderungen wirksamen Umweltschutzes nur zum Teil Rechnung. Der Föderalismus erweist sich überdies in Fragen des Landschaftschutzes als Schranke; so war die beabsichtigte Ausweitung der Gesetzgebungsbefugnisse des Bundes im Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht durchsetzbar.

Auf der Ebene der Landes- und Regionalplanung ist die Ausstrahlungskraft des Bundesnaturschutzgesetzes nicht immer spürbar. Unterschiedliche Regelungen bei der Beteiligung von Umweltschutzfachstellen und -verbänden an der Planung behindern eine befriedigende Umweltverträglichkeitsprüfung der verschiedenen Vorhaben (vgl. umfassend zu Umweltschutzproblemen von Regional- und Bauleitplanung Joachim Henneke, Raumplanerische Verfahren und Umweltschutz, Münster 1977, S. 125 ff.).

Zwar wurden in den verschiedenen Bundesländern in den 70er Jahren Gesetze für Naturschutz und Landschaftspflege verabschiedet, die einer auch ökologisch orientierten Landschaftsplanung erhöhte Bedeutung zu messen, doch sind trotz der Vielzahl von Rechtsinstrumenten die Erfolge des Landschaftschutzes eher gering. Konkurrierenden Nutzungsansprüchen scheinen „konkurrierende“ Gesetze und Programme zu entsprechen. Querverbindungen zwischen den einzelnen gesetzlichen Regelungen werden durch Verweisungen geschaffen, die den Charakter leerformelhafter Nebenforderungen haben.

Verschiedene landschaftsrelevante Gesetze, so das Bundesraumordnungsgesetz, legen Zielkonflikte dar, ohne eine nähere Problematisierung möglicher Kollisionen oder eine Abstimmung der Programmelemente her-

zustellen. Die Zielsetzung des Raumordnungsgesetzes, ausgewogene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verhältnisse in den Regionen zu schaffen, und der Grundsatz, Landschaft zu pflegen und zu erhalten, schaffen Konfliktstoff, für dessen Lösung im Gesetz keine Hilfen bereitgestellt werden. Das Bundesraumordnungsgesetz, das 1975 von der Ministerkonferenz für Raumordnung und der Bundesregierung beschlossen wurde, bringt zwar eine Konkretisierung, offenbart aber durch seine stilistischen Elemente („Erfordernisse berücksichtigen“, „Ausgleich erzielen“, „Abwägung konkurrierender Anforderungen“, „vor nachhaltigen Einwirkungen schützen“ usw.), daß ein absoluter Schutz wichtiger Biotopie nicht gewährleistet ist.

Auf kommunaler Ebene entstehen durch bornierte Gemeinde- und Wirtschaftsinteressen oft irreparable Landschaftsschäden. Um so wichtiger ist hier die Ausschöpfung gegebener Rechtsvorschriften. In der Bauleitplanung können ökologische Zielsetzungen der kommunalen Entwicklungsplanung zum Tragen kommen und chaotische Ansiedlungen von Gewerbebetrieben, Ferienzentren und Wohnhäusern unterbinden. Nur werden Umweltprogramme des Bundes immer dann schlecht greifen, wenn in den Gemeinden die Bereitschaft fehlt, die Umweltqualität zu verbessern und die Folgen raumbanspruchender Vorhaben zu überprüfen.

### Die Parteiprogrammatik

Das Verhältnis zwischen Landschaft und Politik wird in der sozialdemokratischen Programmatik kaum widerspiegelt. Die ökologische Dimension hat in der Geschichte der Sozialdemokratie keine bedeutende Rolle gespielt – nicht zuletzt deshalb, weil sie erst in den 60er Jahren vom politischen System erfaßt wird. Vielleicht würde das Godesberger Programm – 1979 geschrieben – Fragen der sozio-historischen Tragweite von Umwelt und Landschaft näher beschreiben. Zwar forderte die SPD schon 1961 in ihrem Regierungsprogramm, der Himmel über dem Ruhrgebiet müsse wieder blau werden, doch war damit sicherlich noch nicht der Weg zu einem umweltpolitischen Gesamtkonzept beschritten.

Das Wahlprogramm der SPD von 1972 legt als Leitlinie fest, daß „neue Entwicklungen gegen die Belastungsfähigkeit des Naturhaushaltes abgewogen“ und dauernde Umweltschäden vermieden werden, doch wird keine Verbindung zur Verkehrspolitik hergestellt, die im Programm nur isoliert behandelt wird. Der ökonomisch-politische Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985 erwähnt Landschaft eher beiläufig im Kontext der durch Verdichtungsräume entstehenden Probleme. Das Regierungsprogramm 1976–1980 der SPD beschränkt sich auf die Kühne, aber nicht weiter erläuterte Forderung: „Wir stoppen den Raubbau an Natur und Umwelt. Durch kontinuierliche Anstrengungen im Umweltschutz,

Naturschutz und in der Landschaftspflege.“

Im Regierungsprogramm 1978–1982 setzen sich die hessischen Sozialdemokraten „für den schonenden Umgang mit der Natur“ ein und vergessen dabei nicht, den Bezug zur Notwendigkeit der Erhaltung von Lebensstandard und Arbeitsplätzen herzustellen. Gerade aber mit der bei Politikern aller großen Parteien so gerne ausgesprochenen Forderung und Leerformel, Ökonomie und Ökologie auf einen Nenner zu bringen, drohen programmatische Zielsetzungen in diffuser Belanglosigkeit zu verschwimmen.

Deutlicher und umfangreicher sind die umweltpolitischen Aussagen der SPD für die erste europäische Direktwahl 1979. Die dort bekundete Forderung nach einer Politik, „die den Landverbrauch und die ökologisch schädliche Landnutzung eindämmt und der Erhaltung der Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt dient, „sollte mehr sein als eine deklaratorische Absicht“.

Die Prüfung der verschiedenen sozialdemokratischen Programme macht deutlich, daß die Überlegungen zur Landschaft als Produktions- und Existenzgrundlage mangelhaft sind. Verschiedene Politikbereiche stehen in den Programmen oft nahezu beziehungslos nebeneinander. Auch die Behandlung des „Raumes“ als Objekt der Regional- und Strukturpolitik, der unlöslich mit den natürlichen Lebensgrundlagen verbunden ist, entbehrt oft eines programmatischen Zusammenhangs mit anderen Entscheidungsbereichen. Lücken in der Programmatik sowie in den entsprechenden Gesetzen erschweren jedoch die Konsensbildung und schränken die Verbindlichkeit von Zielsetzungen für die Praxis erheblich ein.

#### Konfliktfelder

Es gibt nur wenige Politikbereiche, die die Konfliktträchtigkeit des Landschaftsschutzes besitzen (vgl. zur ökologischen Gesamtsituation in der Bundesrepublik Buchwald/Engelhardt (Hrsg.), Handbuch für Planung, Gestaltung und Schutz der Umwelt, Band 1 und 2, München 1978). Denn eine Vielzahl konkurrierender Nutzungsansprüche an Landschaftsräume und Mehrfachnutzungen schaffen Konfliktpotential, das auf politischer Ebene den Streit zwischen und in den Parteien verstärkt. In den zurückliegenden Monaten bemühten sich die Medien nach langem Schweigen, Landschaftszerstörung und raumbelastende Bauvorhaben am Beispiel des Autobahnbaus näher zu illustrieren (vgl. „Kein schöner Land in dieser Zeit“, in: „Stern“ Nr. 22/79, S. 22–28 und „Autobahn, nein danke?“, in: „Der Spiegel“ Nr. 23/79, S. 65–73). Erst als der sozialdemokratische Landwirtschaftsminister Nordrhein-Westfalens aufgrund eines Autobahnprojekts zurücktrat, wurde die destruktive Potenz des bundesdeutschen Fernstraßenbaus für eine breite Öffentlichkeit sichtbar.

Zur Unwirtlichkeit der Städte tritt bald die Unwirtlichkeit des Landes. Die Spuren gedankenloser Verkehrspla-

nung sind in vielen Teilen des Bundesgebietes augenscheinlich: zerschnittene Landschaften, Verlust der touristischen Attraktivität von Erholungsgebieten, Entwertung tangierter Flächen, Verlärmungseffekte, visuelle Landschaftsbeeinträchtigungen, der Verbrauch land- und forstwirtschaftlicher Flächen, klimatische Auswirkungen, Vernichtung von Trinkwassergewinnungsflächen und die Auslöschung von Flora und Fauna (vgl. exemplarisch Karl Oettle, Kritische Betrachtung der Verkehrsentwicklung, in: Gerhard Olschowy (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg/Berlin 1978, S. 393 ff.). Und gleichzeitig sind Straßenbauverwaltungen an den Straßenrändern mit Totalherbiziden an der „chemischen Kriegsführung“ in der „freien“ Natur beteiligt.

Aber auch vor diesem Hintergrund bleibt die Einlösung der Forderung nach Ergänzung von Art. 2 GG durch das Recht auf eine menschenwürdige Umwelt durch den Schutz der Naturgrundlagen in absehbarer Zeit nicht realisierbar, so daß Umweltrechtsexperten in dem verfassungsrechtlich verankerten Schutz auf Leben und körperliche Unversehrtheit die Grundlage rechtlicher Ansprüche gegen Lebensraumzerstörung sehen. Abstrakte verfassungsrechtliche Überlegungen fallen jedoch in der Auseinandersetzung mit der Autobahnlobby auf keinen fruchtbaren Boden. Nur die gute Sachkenntnis in Fragen der regionalen Ökonomie entkräftet den Mythos der strukturell und beschäftigungspolitisch positiven Wirkungen neuer Fernstraßen im gut erschlossenen und dicht besiedelten Bundesgebiet.

Die im Juni dieses Jahres im Dritten Hessischen Fernsehprogramm ausgestrahlte Diskussion über das Pro und Contra des heftig umstrittenen Projekts der Autobahn Olpe-Hattenbach von Nordrhein-Westfalen nach Nordhessen zeigte, daß deren Befürworter weder überzeugende ökonomische Argumente haben noch konkrete Zahlen über die erhofften Erschließungseffekte jüngerer oder zukünftiger Fernstraßen angeben können. Während der zurückgetretene Minister aus NRW das letzte zusammenhängende Waldgebiets der Bundesrepublik zerschneidende Projekt als „Todesstreifen für Tiere“ beschreibt, verspricht sich der sozialdemokratische Landrat eines nordhessischen Kreises hinsichtlich der Fremdenverkehrsförderung günstige Umsatz- und Anbindungseffekte. Realiter sind in den betroffenen „strukturschwachen“ Räumen die landschaftlichen Schönheiten das natürliche Kapital – und dies bei unterdurchschnittlichen Arbeitslosenziffern.

Daß neue Fernstraßen grundsätzlich Investitions- und Standortentscheidungen privater Unternehmen wesentlich beeinflussen, entscheidend zur Transportkostensenkung beitragen und dauerhafte Arbeitsmöglichkeiten schaffen, ist aus anerkannter planerischer Sicht eine Mär (vgl. Michael Drude, Zu einigen Zielkonflikten beim Fernstraßenbau – Das Beispiel einer Schwarzwaldauto-

bahn, in: „Internationales Verkehrswesen“, Mai/Juni 1978, S. 177 ff.). Zudem besteht die begründete Gefahr, daß neue Autobahnen Arbeitskräfte sowie Kaufkraft aus „strukturschwachen“ Regionen in Ballungsgebiete abziehen. Die staatlich beeinflusste betriebliche Standortlenkung sollte die Wirksamkeit von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zunächst in Zweifel ziehen, bevor unumkehrbare Entwicklungen eingeleitet worden sind. Leicht optimistisch stimmen die Überlegungen des sozialdemokratischen Verkehrsministers, der die Notwendigkeit einer Kurskorrektur im Fernstraßenbau erkannt hat: „Beim weiteren Straßenbau geht Qualität vor Quantität“ (Kurt Gscheidle, Die Zukunft im Fernstraßenbau, in: „FAZ“ v. 12. 6. 1979).

Der erfolgreiche Widerstand der Sozialdemokraten Baden-Württembergs gegen zwei verschiedene Autobahnprojekte kontrastiert mit der Begeisterung der nordhessischen Sozialdemokraten für das Autobahnprojekt Olpe-Hattenbach. Letztere spekulieren nicht nur auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern auch auf eine großräumige Anbindung des westdeutschen Raumes mit Osteuropa. Eine Vorstellung, wie man sie auch im Ministerium für innerdeutsche Beziehungen antrifft.

Niemand wird die volkswirtschaftliche Bedeutung der verschiedensten Infrastrukturinvestitionen der Vergangenheit bestreiten; die Entwicklung der 70er Jahre deutet jedoch auf eine Phase der gesellschaftlichen Entwicklung, in der nicht nur die Weichen für das Überleben einer Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten, sondern auch für den Lebenswert unseres Landes gestellt werden. Konsens in Fragen von Natur und Infrastruktur sollte begründet sein im Respekt vor dem Leben in allen seinen Formen.

Wenn DGB-Vertreter in neuen Straßenprojekten langfristige Beschäftigungswirkungen sehen, Vertreter der Eisenbahnergewerkschaft aber aus Gründen des Landschaftsschutzes weitere Fernstraßen ablehnen, deutet auch dies auf die Strittigkeit des Stellenwerts von Landschaft und Infrastruktur innerhalb einer Organisation hin. Die bestehenden Bewußtseins- und Wissensdefizite führen dort wie in der SPD leicht zur Herausbildung verkehrs- und regionalpolitischer Dogmen, die bestimmte ökonomische Fakten ideologisch verschleiern. Wird künftige Arbeitsplatzsicherung durch den „Moloch Autobahn“ auch eine Fiktion sein, so wird doch der Kahlschlag in Naturparks zur Realität werden. Die bewußte Herausbildung eines Gegensatzes zwischen Arbeitnehmerinteressen und ökologisch wie ökonomisch begründbarem Schutz der Natur- und Lebensgrundlagen ist sehr bedenklich und nützt allenfalls den Industrie- und Handelskammern. Mancher Repräsentant der SPD verkennet, daß wir vor einem Problem stehen, das gleiches oder größeres Gewicht hat als die soziale Frage des 19. Jahrhunderts. Die Spaltung von Gewerkschaftern und sozialdemokratischen Parteigliede-

rungen in Fragen des landschaftsbezogenen Umweltschutzes verbaut währenddessen den Weg zu einer konstruktiven Entwicklung.

Das Bild des exzentrischen Naturliebhabers oder „Romantikers“ mag noch immer zu den Assoziationen des Landschaftsschutzes gehören. Daß verschiedene Vogelarten einem von Insektiziden verpesteten Nahrungsangebot gegenüberstehen, durch entwässerte Wiesen keine Nahrungsgrundlage mehr finden und durch ausgeräumte Landschaften und begradigte Bäche heimatlos werden, mag mancher gleichgültig hinnehmen. Die Gesamtbelastung des Landschaftshaushaltes, schon 1969 in so eindringlicher Weise vom Beirat für Raumordnung dargelegt, muß aber jeden betroffen machen. Die quantitativen und qualitativen Bodenverluste durch Verkehrs- und Siedlungsprojekte, die Flächenerodierung, die Waldverluste in Ballungsräumen und die biologische Verarmung erreichten schon Ende der 60er Jahre ein Ausmaß, „das weitere unkontrollierte Eingriffe nicht mehr zuläßt, ohne sich auf unseren Lebensraum und die Gesellschaft nachteilig auszuwirken“ (Beirat für Raumordnung, Empfehlungen, Folge 2, Bonn 1969, S. 79). Die Bilanz, die neun Jahre später der Sachverständigenrat für Umweltfragen zieht, zeigt keine positive Veränderung. Beklagt wird vielmehr der Artenrückgang als Indikator tiefgreifender Umweltveränderungen, die Gefährdung eines vielfältigen Genpotentials, die Minderung des ästhetischen Werts der Landschaft, der fortdauernde Biotopverlust und die Abnahme ökologisch bedeutsamer Ausgleichsflächen.

Wo Zerstörung und Entfremdung von der Natur so weit fortgeschritten sind, führt die Suche nach „natürlichen“ Refugien zu grotesken Auswüchsen. Der bundesdeutsche Einheitsrasen, der mit Hilfe einer breiten Palette von Herbiziden zum Ideal wurde, und die Anpflanzung exotischer Koniferen verstellen den Blick für die Wechselwirkungen der Biosphäre jenseits des eigenen Gartens (vgl. Horst Stern, in: Stern u. a., Rettet die Vögel, München/Berlin 1978, S. 188). Von den Entscheidungsträgern in Bund und Ländern muß ein Überblick erwartet werden, der die ökologischen Folgen politischer Entscheidungen berücksichtigt. Dabei ist unbestritten, daß subjektive Wertungen die Reflexion der Nutzung von Landschaft, die ja Ausgangsbasis, nicht Randbedingung sozialer Existenz ist, beeinflussen (vgl. hierzu Renate Krysmanski, Die Nützlichkeit der Landschaft, Düsseldorf 1971, S. 52). Klar ist aber auch, daß bei Fortdauer massiver Landschaftseingriffe nicht nur die „abiotischen“ Faktoren Boden und Klima oder Vegetation und Tierwelt geschädigt werden, sondern langfristig dem menschlichen Leben die Basis entzogen wird.

Kann es vor diesem Hintergrund für Sozialdemokraten eine konsensfähige Richtschnur geben, die im Konfliktfall dem Fortbestand eines Biotops oder dem Überleben einer Spezies den Vorrang gibt? Inwieweit sind

spezifische sozialdemokratische Einstellungsmuster verbunden mit der parlamentarischen und administrativen Repräsentanz? Die Frage nach der speziellen Leitlinie ist zu bejahen, setzt aber Bewußtseinsbildung voraus. Die Frage nach der Verteilung unterschiedlicher Verhaltensmuster bleibt einer umfassenden Untersuchung vorbehalten.

Allparteienkoalitionen in Fragen des Landschaftsschutzes haben hin und wieder auf kommunaler Ebene eine Chance. So ist die einheitliche Haltung der Parteien gegen die Errichtung von Militärflugplätzen Indiz für die Höherrangigkeit der Erholungsfunktion gegenüber der militärischen Nutzungsform. Konstruktiv ist die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein, wo die Ablehnung der von der CDU-Landesregierung geplanten Eindeichung des Wattenmeeres an der Westküste und die Forderung nach einer mit der Wirtschaftspolitik verbundenen Umweltschutzpolitik ebenso ermutigend ist wie sozialdemokratische Kritik am Totalausverkauf der letzten Moore in Niedersachsen.

Eine besonders bemerkenswerte politische Konstellation ergibt sich im Falle des vom Energiekonzern Preußenelektra geplanten Kohleabbaus im Gebiet des sagenumwobenen „Königs der hessischen Berge“, dem Meißner, der im Schnittpunkt der Interessen von Energie-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik liegt. Da ist der SPD-Unterbezirk im Werra-Meißner-Kreis, der bei einer Wiederaufnahme des Braunkohleabbaus Beeinträchtigungen von Natur- und Wasserhaushalt und des Fremdenverkehrs im Zonenrandgebiet sieht. Die Gegenposition vertritt die SPD des benachbarten Schwalm-Eder-Kreises, die um die Erhaltung der Arbeitsplätze des in diesem Kreis ansässigen und von der Meißner-Kohle angeblich abhängigen Kohlekraftwerks besorgt ist. Der Energiekonzern behauptet, auf die Meißner-Kohle, die ohnehin nach einer zehnjährigen Förderungsdauer erschöpft sein würde, nicht verzichten zu können. Da sprechen sich SPD-Landtagsabgeordnete für, andere gegen eine Rohstoffausbeutung aus. Die nordhessischen Jungsozialisten sind gegen weitere Landschaftszerstörung. Die Jungsozialisten des Schwalm-Eder-Kreises befürworten den Abbau, einzelne Juso-Gruppen in diesem Kreis haben Bedenken. Die IG Bergbau ist für eine weitere Ausbeutung. Die langfristige Absicht des Energieunternehmens, das Kohlekraftwerk durch ein Kernkraftwerk zu ersetzen, und die ablehnende Haltung des Konzerns gegenüber einer technischen Umrüstung auf Steinkohlebefeuerung komplizieren die Situation für die politischen Entscheidungsträger. Naturschutz, Hoch-

moor und Orchideen stehen im Gegensatz zu dem Interesse am Heizwert von Kohle. Nach Ablauf eines Raumordnungsverfahrens zögert die sozialliberale Koalition Hessens, eine eindeutige Entscheidung zu treffen. Die FDP fordert eine Denkpause und die Einbettung der Frage in ein umfassendes Energiekonzept und steht vor dem Problem, das Profil als umweltschutzorientierte Partei zu verlieren. Die SPD müßte bei einer Befürwortung des Abbaus mit Wählerabwanderungen bei den Landtagswahlen rechnen.

#### Orientierungsschwierigkeiten

Als die Bundesregierung Ende 1978 in einer Anzeigenkampagne dem Leserpublikum suggerierte, neun Zehntel des Bundesgebietes seien „Natur“, führte das zur Kritik bei Umweltschutzverbänden. In der Tat waren die Anzeigen irreführend und einer problemgerechten Diskussion abträglich. Der sozialdemokratische Umweltminister Hessens forderte in diesem Jahr zum demokratischen Widerstand gegen unbegrenztes Bauen auf. Er rechnete vor, daß Hessen bei Fortsetzung des Baubooms in 335 Jahren unter Beton begraben sein wird. Die Skepsis gegenüber Bauprojekten wird dabei in einer Situation artikuliert, die durch Billigung verschiedener Autobahnprojekte durch das hessische Kabinett gekennzeichnet ist. Selbst oder gerade in Umweltministerien bleiben widersprüchliche Stellungnahmen nicht aus. Eine einheitliche Auffassung zur Behandlung des Politikums Landschaft gibt es in der SPD nicht.

Eine auf Emissions- und Immissionsschutz konzentrierte Umweltpolitik hat zudem den Ernst der Bedrohung durch ungehemmten Landverbrauch lange Zeit verschüttet. Viele Gewerkschafter unterschätzen die Bedeutung eines intakten Landschaftshaushaltes für das psychische und physische Wohlbefinden der Arbeitnehmer, die angesichts der Entsinnlichung der Arbeitswelt auf den Bestand und gerade in Umweltministerien bleiben widersprüchliche Stellungnahmen nicht aus. Eine einheitliche Auffassung zur Behandlung des Politikums Landschaft gibt es in der SPD nicht.

Eine auf Emissions- und Immissionsschutz konzentrierte Umweltpolitik hat zudem den Ernst der Bedrohung durch ungehemmten Landverbrauch lange Zeit verschüttet. Viele Gewerkschafter unterschätzen die Bedeutung eines intakten Landschaftshaushaltes für das psychische und physische Wohlbefinden der Arbeitnehmer, die angesichts der Entsinnlichung der Arbeitswelt auf den Bestand und gerade in Umweltministerien bleiben widersprüchliche Stellungnahmen nicht aus. Eine einheitliche Auffassung zur Behandlung des Politikums Landschaft gibt es in der SPD nicht.

Bruno Friedrich (Hrsg.)

## **Kulturelle Demokratie. Plädoyer für die Macht der Humanität**

1979. 132 S. Brosch. 12,— DM

ISBN 3-87831-317-9

„Stellen wir uns einmal vor, was ein Museum für Völkerkunde in einem Jahrhundert als Beispiel für die Kultur der Menschen des Jahres 1979 ausstellen könnte. Einen Fernsehapparat, einen Pornofilm, einen Photoroman?“ fragte François Mitterrand auf der internationalen sozialdemokratischen Kultur-Konferenz am 1./2. März 1979 in Ludwigshafen. 200 in- und ausländische Kulturschaffende analysierten den Zustand „Kultureller Demokratie“ in den Ländern der Europäischen Gemeinschaften.

Mitterrand: „In der industriellen und kapitalistischen Gesellschaft wurde dem Volk seine schöpferische Kraft genommen. Selbst bei der Freizeitgestaltung herrschen heute standardisierte Produkte vor. Sogar die Kinder entgehen dem nicht: Vorgefertigtes Spielzeug tötet die Erfindungsgabe des Kindes und macht es zum Konsumlehrling.“

Bruno Friedrich, Vizepräsident des Europäischen Parlaments sowie des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft, hat die wichtigsten Beiträge der Ludwigshafener Kulturkonferenz zusammengestellt. Darunter Statements von Hans Koschnick, François Mitterrand, Hermann Glaser, Dieter Lattmann, Hilmar Hoffmann, Giorgio Strehler und Erhard Eppler.

Die Beiträge beschreiben zugleich das Verhältnis zwischen Kulturschaffenden und Sozialdemokratie, das zweifellos nicht unbeschwert genannt werden kann. Künstler wie Klaus Staeck und andere wiesen in der Diskussion auf jene Ängstlichkeit und Zurückhaltung hin, die manchmal in der Praxis zu Belastungen zwischen Künstlern und Sozialdemokraten führt. Unüberhörbar ist der Ruf, „alternativen Kulturangeboten“ eine Chance zu geben.

**Verlag Neue Gesellschaft GmbH**

Postfach 200 189

5300 Bonn 2



# Walter Bückmann: Kommunale Umwelt- verträglichkeitsprüfung

## Ein Modell zur Erfassung von Umweltbelastungen in Städten

### 1. Einführung

Nachstehend wird ein Modell vorgestellt, das die kommunale Umweltplanung verbessern soll. Es handelt sich um ein Informationssystem, welches eine Basis für die Analyse, Bewertung und Prognose aller Umweltbelastungen in Städten bildet. Es geht um ein Modell, das nicht das Augenmerk auf die Belastung eines einzelnen Umweltmediums legt – etwa die Luftbelastung, sondern das synoptisch alle Umweltbelastungen in ihrem Zusammenwirken oder in ihrer Gesamtbilanz erfaßt. Gleichgelagerte, ausgleichende Strategien der Beseitigung oder der Abmilderung von Umweltbelastungen können dargestellt werden. Vergleichbare Modelle, bezogen auf die gesamte Stadtentwicklung – sind das BESI-Modell oder das PRO-REGIO-Modell und neuerdings das MAB-Modell. Diese Modelle haben die Gemeinsamkeit, kommunale Wirklichkeit durch prägnante Faktoren zu beschreiben und damit die Auswirkungen von planerischen Eingriffen erkennbar und vorhersehbar zu machen.

### 2. Modelle im Organisationszusammenhang

Modelle dieser Art, wie auch unser UVP-Modell, sind im Gesamtzusammenhang einer geänderten und verbesserten Organisation zu sehen. Zur Überwindung der Mängel des Umweltschutzes im örtlichen Bereich ist eine Organisation notwendig, die spezielle kommunale Organisationseinheiten für den Umweltschutz, eine kommunale Umweltplanung und die obligatorische kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vorsieht.

Instrumente zur Überwindung der Umweltmisere müssen ergänzend spezielle Organisationseinheiten des kommunalen Umweltschutzes sein, ferner eine integrierte Umweltplanung und eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung. Integrierte kommunale Umweltplanung ist eine alle Umweltmedien umfassende vorausschauende Planung zur Verbesserung der kommunalen Umweltqualität, die an konkreten Zielaussagen orientiert ist, welche sich wiederum an den Bedürfnissen und Interessen der Betroffenen bemessen lassen.

Unter *kommunaler Umweltverträglichkeitsprüfung* wird eine systematische und zielorientierte Überprüfung aller Planungsmaßnahmen daraufhin verstanden, inwieweit durch diese und durch andere Eingriffe die Umwelt geschädigt und damit die Umweltqualität des Gesamt- raumes verschlechtert wird.

### 3. Baustein einer alternativen Umweltpolitik

Der wichtigste Baustein einer verbesserten Organisationsstruktur der Umweltpolitik im kommunalen Bereich ist ein angemessenes Informationssystem (UVP-Modell), das eine alternative kommunale Umweltpolitik ermöglicht. Das kann allerdings nicht ein verändertes Problembewußtsein im politisch-administrativen Raum ersetzen. Auch Bürgerbeteiligungsverfahren und daran orientiertes politisches Handeln sind hierdurch nicht einzuengen, sondern vielmehr zu ergänzen.

Für unsere Fragestellung sind drei Prozesse im kommunalen Bereich von Interesse:

- der Prozeß der Entscheidungsfindung,
- der Prozeß der Bildung von Problemverständnis,
- der Informationsprozeß.

Entscheidungsprozesse vollziehen sich in der kommunalen Realität im Bereich des hier interessierenden kommunalen politischen Systems tagtäglich. Sie sind normativ orientiert an geltenden Gesetzen, Programmen und Richtlinien und beruhen faktisch auf den Vorlagen, Drucksachen und sonstigen Entscheidungsmaterialien der kommunalen Verwaltung. Auf eben dieser Ebene vollziehen sich auch die Prozesse der Bildung von Problembewußtsein im kommunalen Raum.

Als neue Dimension muß ein verbesserter Informationsprozeß hinzukommen, um die Problemverarbeitung bei den einzelnen Beteiligten von individueller Alltagstheorie und Privat-Philosophie zu einem einheitlichen Informationsraster hinzuführen, der alle notwendigen Daten der kommunalen Umweltqualität vermittelt.

### 4. Das Modell der kommunalen Organisation

Die kommunale Aufgaben- und Organisationsstruktur bereitet für eine alle Sachbereiche umfassende integrierte örtliche Umweltschutzplanung ähnliche Schwierigkeiten wie für die integrierte Stadtentwicklungsplanung. Aus den Erfahrungen der Praxis ist erkennbar, daß die Bereitschaft der Dezernate und/oder Abteilungen der Kommunalverwaltungen, gemeinsam dezernatsübergreifende Planungsprobleme in Angriff zu nehmen und durchzuführen, gering ist. Die Schwierigkeit ergibt sich aus der Tatsache, daß Zuständigkeiten abgegeben werden müssen, daß Kooperationsaufgaben geleistet werden müssen. Das führt in der alltäglichen Kommunalpolitik zu großen Schwierigkeiten und ist teilweise nicht zu realisieren. Da auf eine grundlegende Änderung der Kommunalverfassungen in den Bundesländern, die solche Mängel ausräumen könnte, vorerst nicht zu rechnen ist, wird eine systemangepaßte Umweltorganisation empfohlen.

Eine Möglichkeit, umweltrelevante Aufgaben weitgehend zu bündeln, bietet ein Umweltdezernat als selbstständige Organisationseinheit. Bei dieser Organisationseinheit können alle die Zuständigkeiten zusammenge-

faßt werden, die zur Zeit auf verschiedene Ämter der Kommunalverwaltung, beispielsweise auf das Planungsamt, auf das Gartenamt bis hin zum Ordnungsamt, verstreut sind. Darüber hinaus sollte das Umweltdezernat die Aufgabe erhalten, jedes Jahr Umweltschutzplanungen vorzunehmen.

Neben der Einrichtung dieser Organisationseinheit in der kommunalen Verwaltung ist, soweit nicht bereits geschehen, die Bildung eines entscheidungsbefugten kommunalen Fachausschusses für Umweltschutz erforderlich. Dem Fachausschuß obliegt die Leitung und inhaltliche Bestimmung der örtlichen Umweltschutzplanung, die in einem jährlich zu wiederholenden Durchlauf stets bis zu den kommunalen Etatberatungen auf den neuesten Stand zu bringen ist. Nach diesen Vorbereitungen der Verwaltungsorgane und durch dem jeweiligen Einzelfall angepaßte methodische Hilfsmittel sollte der Fachausschuß insbesondere die örtlichen kommunalen Umweltschutzziele bestimmen und versuchen, sie in konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Zur weiteren Koordination der umweltrelevanten Tätigkeiten, soweit sie nicht dem Umweltdezernat obliegen, wird eine Koordinationsgruppe der Verwaltung eingerichtet, die Entscheidungen und Planungen für die Bereiche der physischen und sozialen Umwelt veranlaßt und steuert. Ein wichtiges Instrument der Umweltplanung ist die kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung, die in allen Städten, Gemeinden und Kreisen durch Beschluß des kommunalen Vertretungsorgans verbindlich festgelegt werden sollte. Sie sollte in vier Phasen gegliedert werden:

- die Darstellung des Projektes,
- die Darstellung der Ziele und der Rahmenbedingungen für das Projekt,
- die Darstellung der sozialen Umweltverträglichkeit und
- die Prüfung der Umweltverträglichkeit in bezug auf die natürliche Umwelt.

Grundsätzlich gilt die Umweltverträglichkeitsprüfung für alle wesentlichen Maßnahmen, Planungen und Projekte der Verwaltung. Sie kann nur dann wegfallen, wenn Umwelteinwirkungen offensichtlich nicht in Frage kommen, wie zum Beispiel bei der Beschlußfassung über organisatorische Maßnahmen, die Einrichtung eines neuen Amtes.

Im übrigen muß jeweils die planende Stelle der Verwaltung oder auch der planende Ausschuß des Rates eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen und nachweisen, wenn er eine neue Initiative beginnt, die Umweltbelange berühren könnte. Ergibt die Umweltverträglichkeitsprüfung – also eine Vorprüfung der Umweltverträglichkeit –, daß Umweltbelange tangiert werden, so müssen sich das Dezernat für Umweltangelegenheiten und der Fachausschuß für Umwelt mit der Frage befassen. Im Vorfeld der Behandlung des

Umweltproblems im Fachausschuß für Umwelt empfiehlt sich die Einschaltung des Beirats für Umweltfragen und der Koordinierungsgruppe Umwelt. Die umweltgerechte Organisation der Kommunalverwaltung nach dem UVP-Organisationsmodell und die Einführung des Instruments der kommunalen UVP führen mittel- und langfristig zu einer Verbesserung der Umweltsituation im örtlichen Bereich.

## 5. Beschreibung des Informationsmodells

Neben der Umweltorganisation muß es, wie gesagt, ein Umweltinformationsmodell geben. Dieses Modell hat alle die Lebensbereiche zu umfassen, welche für die Überprüfung der Umweltverträglichkeit kommunaler Maßnahmen wesentlich sind. Wichtig ist zunächst, daß der Entscheidungsträger sich darüber Klarheit verschafft hat, welche Zielvorstellungen er verfolgen will und welche Ziele ihm dabei besonders wichtig sind. Das ist für die kommunale Umweltplanung und die kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung von größter Bedeutung. Denn es ist zu erklären, ob ein kommunales System sich darauf beschränken will, beispielsweise die Lärmbelastigung der Einwohner zu mindern oder die Verbesserung der Qualität der physischen Umwelt insgesamt anzustreben.

Den zweiten Modellbereich bildet die natürliche oder physische Umwelt des jeweiligen kommunalen Systems, das durch die Umweltfaktoren Luft/Klima, Wasser, Boden sowie Natur/Landschaft bestimmt wird. Dem Zustand der physischen Umwelt gilt bislang und auch in Zukunft die Hauptaufmerksamkeit der Umweltverträglichkeitsprüfung, die auch in Städten, Gemeinden und Kreisen eingeführt werden muß. Um den Zustand der physischen Umwelt und die Auswirkung kommunaler Maßnahmen auf diesen Zustand vernünftig einschätzen zu können, muß sie in einzelne Bestimmungsgrößen, Faktoren aufgeteilt werden. In einer Reihe von konkreten Untersuchungen ist der Luftzustand, der Grundwasserzustand, der Bodenzustand und dergleichen in bezug auf Umweltbelastungen darzustellen, weil Maßnahmen sonst nicht auf ihre Wirkungen und Auswirkungen eingeschätzt werden können.

Nicht nur die natürlichen Umweltfaktoren machen die Gesamterscheinung der kommunalen Umwelt aus. Hinzu tritt eine Reihe von Faktoren des kommunalen Lebensraumes, die eine so enge Beziehung zu der physischen Umwelt haben, daß sie aus der Betrachtung der Umweltverträglichkeit von Maßnahmen nicht ausgeklammert werden dürfen.

Soziale Faktoren repräsentieren einen dritten Modellbereich. Nicht nur der enge Sachzusammenhang zu Fragen der natürlichen Umwelt weist soziale Faktoren als umweltrelevant aus. Auch in anderen Bereichen zeigt sich, daß soziale Faktoren für alle Fragen der Planung, hier insbesondere für Fragen der Stadtplanung, eine aus-



## Auf der Suche nach der verlorenen SPD

schlaggebende Rolle spielen. Die Vernachlässigung solcher Faktoren bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen führt zu bedenklichen Entwicklungen und Ausfallerscheinungen. Dies wird besonders in Großstädten deutlich.

In einem vierten Modellbereich wird die gruppenspezifische Gliederung des kommunalen Systems konkretisiert, soweit sie für Umweltplanung und Umweltverträglichkeit wichtig ist. So haben bestimmte Altersgruppen für Umweltplanung eine besondere Bedeutung, weil beispielsweise alte Menschen und Kinder auf bestimmte Umweltbelastungen stärker reagieren – die Umweltsensibilität ist höher. Auch ethnische und soziale Schichtzugehörigkeit spielt hier eine Rolle, weil Angehörige unterschiedlicher Schichten über unterschiedliche Möglichkeiten verfügen, sich gegen Folgen der Umweltbelastung zu schützen oder sich diesen zu entziehen.

Einen weiteren Modellbereich bilden Bündel möglicher Maßnahmen des kommunalen Systems, die für die Fragen der Umweltverträglichkeit von Bedeutung sind. Schließlich umfaßt eine fünfte Modelldimension die subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen der natürlichen und sozialen Umwelt.

Insgesamt hat das Informationsmodell mehrere Bereiche, die sich überlappen und aufeinander bezogen sind. Die Modelllogik kann hier nur angedeutet werden. Die Konstruktion des Funktionsmodells hat die Aufgabe, auf vielfältige Weise ein Hilfsmittel bei der Vorbereitung von Entscheidungen für die Umweltverträglichkeit zu sein.

Für die praktische Anwendung sind konkrete stadt-spezifische Erhebungen zu den einzelnen Modellgrößen erforderlich. Damit gewinnt das UVP-Modell die Qualität eines Hilfsmittels für die Vorbereitung von Entscheidungen auf kommunaler Ebene. Es ist dazu geeignet, kommunale Umweltplanung und Umweltpolitik aus der Grauzone der Gefälligkeiten, Zufälligkeiten, Unwägbarkeiten und Unbestimmtheiten hinauszuführen. Eine konkrete Entscheidung kann so transparent, d. h. für alle Beteiligten nachvollziehbar gemacht werden. Im Zusammenhang mit dem Organisationsvorschlag zur kommunalen Umweltplanung und kommunalen Umweltverträglichkeitsprüfung steht damit ein Konzept zur Verfügung, das rationale kommunale Umweltpolitik möglich macht und einen Weg zur Entwicklung und Planung der umweltgerechten Stadt aufweist.

Manchmal wirft man einen Blick zurück – nicht im Zorn, eher in ärgerlicher Ratlosigkeit – auf eine Zeit, als man noch aktiv in der Partei war. So lange ist das noch gar nicht her, gerade fünf oder sechs Jahre, und doch liegt alles weit zurück. Und man fragt sich, weshalb es vorbei ist, so klanglos vorbei, ohne irgendwelche Spuren hinterlassen zu haben. Man liest und hört vom SPD-Forum „Zukunft“, von Perspektiven für die 80er Jahre und von Diskussionen über Verbesserungen der Beziehungen zur Basis, aber nichts von alledem berührt einen persönlich. Alles bleibt fern und abstrakt, reine Nachricht – wie viele andere.

Und man überlegt sich, ob auch dies ein Aspekt des beklagten Zustands der Partei als „Kanzlerwahlverein“ ist. Abseits stehend beobachtet man seine eigene Partei, eine verwaltete SPD, und ist einerseits froh, nicht mehr und niemandem verpflichtet zu sein, und bedauert es zugleich. Bedauert, daß man ausgeschlossen ist und ohne die Möglichkeit zur Beteiligung.

Wenigstens ist man nicht der Einzige in dieser Lage. Man weiß, daß viele ehemals Aktive ähnlich empfinden. Es sind Genossen, die – weil durch ihren Beruf gefordert – nicht viel Zeit haben, die aber dennoch – neben Arbeit, Familie und Hobby – irgendwie in der Partei mitwirken, ihre Kenntnisse und Erfahrungen einbringen möchten. Aber offenbar will und braucht man sie nicht.

Hat man etwas falsch gemacht? Was hat man versäumt?

Hätte man fortsetzen sollen, was man damals angefangen hatte? Als Ortsvereinsvorsitzender und Delegierter, als plakatklebender und blümchenverteilender Wahlhelfer, als von-Tür-zu-Tür-laufender Werber? Damals hat man das gern gemacht. Aber dann erinnert man sich auch wieder der endlosen, immer gleichablaufenden Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Genossen, der kleinkarierten Strategien und der egoistischen Wahlabsprachen. Irgendwann wurde das einem einfach zuviel – oder es war zuwenig, um zu befriedigen. Danach noch ein oder zwei halbherzige und deshalb erfolglose Annäherungen, und dabei blieb es dann.

Schade – auch für eine Partei; denn weil es eben vielen so geht, liegt ein Reservoir an gutem Willen, Bereitschaft zum Engagement und eine Menge Fachwissen brach. Und das in einer Zeit, die es auch der SPD schwer macht, die richtigen Formeln für die Zukunft zu finden. Welch ein Berg von sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen und pädagogischen Problemen hat sich aufgetürmt. Und was tut man selbst? Trägt man irgendwie dazu bei, die Schwierigkeiten zu meistern? Kaum, man beschränkt sich auf das Lesen und Schreiben von klugen Artikeln und Büchern. In der

Partei könnte man vielleicht mehr tun, aber leider . . .

Sicher muß man sich auch selbst Vorwürfe machen – und sich welche machen lassen. Wahrscheinlich hat man sich's zu leicht gemacht, als man damals resignierte. Und deshalb hat man manchmal Sehnsucht nach der Zeit, als man noch dazugehörte.

Dr. Jürgen Spinnarke

## Mit Genuß gelesen

Zu den „Zehn Thesen zum Thema Entbürokratisierung der Verwaltung“ in NG 10/79

Ich habe den Artikel mit Genuß gelesen und kann besonders die Thesen zur Finanzverwaltung und Besteuerung nur unterstreichen (derzeit bereite ich mich auf die Steuerbevollmächtigten-Prüfung vor).

Jedoch sind auch Folgeerscheinungen der genannten Reformvorschläge von Jordan, Praml und Sperling zu bedenken, wie „Freisetzungen“ von Verwaltungspersonal aufgrund der Vereinfachungen (Minimierung der Verwaltungsveranstaltungen) und von deren kommerziellen Nutznießern im Bereich der freien Berufe (Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater usw.) welche gelöst werden müßten. Nur – wer ist bereit zur Änderung? Man beachte den ca. 50%igen Anteil der Parlamentarier aus den obigen Bevölkerungsgruppen in den Landesparlamenten bzw. im Bundestag.

Ich erkenne darin mit Bedauern einen sich bereits selbstständigenden Prozeß und ein sich ständig vergrößerndes Machtvakuum, was den in den zehn Thesen beschriebenen Zustand immer unabänderlicher werden läßt. Dieses Problem bedarf der dringenden Diskussion innerhalb der SPD – auch die NG sollte mehr tun! Das würde einen erheblichen Beitrag zum Thema „Vertrauensarbeit“ leisten können.

Jürgen Schmidt,  
Bergisch Gladbach 2

## Die Frage nach der Effizienz

NG 10/79 berichtet über den AfA-Kongreß. Als Vorbild für Wirtschaftsräte wird das drittelparitätische

Selbstverwaltungsgremium der Bundesanstalt für Arbeit und ihrer Untergliederungen bezeichnet. Ich wehre mich nicht gegen ein arbeitsmarktpolitisches Forum „Wirtschaftsräte“. Die Frage nach der Effizienz einer neuen Einrichtung muß aber gestellt werden. Und wenn Selbstverwaltungsgremien der Bundesanstalt für Arbeit als potentielle Vorbilder dienen, so muß ein kritisches Wort zu diesen Einrichtungen erlaubt sein.

Die baden-württembergischen Vertrauensleute der Gewerkschaft ÖTV aus den Bereichen Krankenkassen, Arbeiterrentenversicherung und Arbeitsverwaltung trafen sich im Oktober 1979 u. a. auch zu einem Erfahrungsaustausch. Dabei wurde auch das (Nicht-)Funktionieren der Selbstverwaltungen angesprochen: „Wir nehmen zustimmend oder ablehnend von den Vorlagen der übergeordneten Verwaltung Kenntnis. Egal wie der Beschluß ausfällt, es bleibt der schale Geschmack, nichts verändert zu haben und auch nichts verändern zu können.“ So kommentierte ein Kollege seine Mitarbeit im Verwaltungsrat eines Landesarbeitsamtes.

Das war ein Aspekt. Ein anderer Punkt der Kritik der Selbstverwaltung muß auch angesprochen werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Versicherungsvertretern und den Personalräten ist ein Nullum und muß deshalb aktiviert und evtl. auch auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Dies wurde von den Vertrauensleuten aller drei oben angesprochenen Bereiche der Sozialversicherung festgestellt. Angeblich soll sich der nächste Bundeskongreß der Gewerkschaft ÖTV auch mit diesem Thema beschäftigen.

Eine ganz persönliche Erfahrung ist die Aussage eines Kollegen/Genossen, der Vorstandsmitglied einer AOK ist und der mir sagte: „Die Meinung des Personalrates interessiert mich überhaupt nicht. Ich bin Versicherungsvertreter und als solcher habe ich übergeordnete Interessen zu sehen.“

Da das Personal eines Versicherungsträgers nicht um seiner selbst Willen arbeitet, sondern für die Versicherten, die Arbeitgeber und Vertragspartner ist dieser Disens, der anscheinend kein Einzelfall bei der hiesigen AOK ist, durch Aufklärung und (gesetzliche) Verpflichtung zur Zusammenarbeit zu lösen.

Ich will deutlich machen, daß ein Gremium, das sich noch nicht einmal mit den Personalräten der Verwaltung auseinandersetzt, die es zu kontrollieren hat, arbeitsmarktpolitische Probleme in anderen Bereichen nicht lösen kann, da es von diesen ja noch weiter entfernt ist, als von dem „unterstellten“ Personal.

Mit nur zwei angedeuteten Problemen habe ich bei weitem nicht das ganze Spektrum der Effektivität der Selbstverwaltung angesprochen. Bevor man Wirtschaftsräte nach einem durch das Sozialgesetzbuch IV und Arbeitsförderungsgesetz vorgegebenen Muster installiert, ist das Funktionieren des Modells sicherzustellen.

Werner Jäger, Urach

## Deckt sich nicht mit Eindrücken und Fakten

Mit großem Interesse habe ich den Artikel von Heinrich M. Broder in NG 7/79 gelesen, der sich aber, was BMW angeht, nicht ganz mit den Eindrücken und Fakten deckt, die ich bei meinem Besuch unseres Werkes in Südafrika aus Anlaß der Einweihung unseres neuen Ausbildungszentrums mit einem Investitionsvolumen von rd. DM 300 000,- gewinnen konnte.

Ich konnte mich davon überzeugen, daß BMW der Apartheid durch eine progressive Unternehmens- und Personalpolitik begegnet, die keinen konträren Verlauf zum Verhaltenskodex nimmt. Im Gegenteil, wir sind ohne Integrationsschwierigkeiten in der Lage, Facharbeiter- und Führungspositionen, wenn auch noch in begrenztem Umfang, mit schwarzen Südafrikanern besetzen zu können. Unser neues Ausbildungszentrum jedoch, das u. a. ja auch zum Ziel hat, unter unseren schwarzen Belegschaftsangehörigen Fach- und Führungskräfte heranzubilden, läßt einen verstärkten Einsatz erwarten.

Auch hatte ich Gelegenheit, mich über die dortigen Arbeitsplatzbedingungen unserer schwarzen und weißen Belegschaftsangehörigen einschließlich der klimatischen Bedingungen in den Hallen zu informieren. Das Ergebnis fiel im Vergleich zu einigen Produktionsbereichen unseres Münchener Werkes sehr positiv aus. Gleichzeitig war es befriedigend festzustellen, daß BMW Schwarze als Einsteller beschäftigt und sowohl weiße als auch schwarze Kontrolleure, in deren Bezahlung kein Unterschied besteht, harmonisch zusammenarbeiten.

Das gleiche trifft auf unsere Kantineinrichtung zu, die ohne optische Trennung von Schwarzen und Weißen gemeinsam benützt wird.

Diese kurze Darlegung in Verbindung mit dem beigefügten Bericht zur Lage der schwarzen Arbeitnehmer von BMW Südafrika im Vergleich zu den von der EG aufgestellten Regeln möge deutlich machen, daß Südafrika und seine Apartheidpolitik für BMW kein Tabu sind.

Zusammengefaßt darf ich aufgrund meines Besuches in unserem Werk in Südafrika festhalten, daß ich die dort vorgefundene Ist-Situation im Sinne unserer Zielsetzung für vertretbar erachte.

Der Tatbestand der Rassendiskriminierung, von dem ich mich außerhalb unseres Werkes leider überzeugen mußte, trifft auf unser Unternehmen nicht zu.

Dabei will ich aber nicht verhehlen, daß europäische Maßstäbe noch nicht erreicht sind und die auch sicher nicht von heute auf morgen und auch nicht ohne Einwirkungen von außen erreicht werden können.

Es sind jedoch Akzente gesetzt und in Relation zum Ganzen Fortschritte zu verzeichnen, die uns bestärken,

die eingeschlagene Richtung zur Überwindung der Apartheid beharrlich fortzusetzen.

Golda,

Vorsitzender des BMW-Konzernbetriebsrats

## Freiheit in Hunger oder Mangel gibt es nicht

Zum Artikel „Ein Mercedes wiegt mehr als ein Mensch“ von Heinrich M. Broder in NG 7/79

Vorweg möchte ich bemerken, daß ich dies nicht gern schreibe, weil ich weiß, daß sich anschließend eine „Flut“ von Verdächtigungen über mich ergießen kann, weil gerade auf diesem Gebiet offensichtlich „nicht wahr dein darf, was wahr ist“!

Aus meiner langjährigen Praxis weiß ich, daß deutsche Unternehmer schlechthin und deutsche Multis ebenfalls nicht so „blauäugig“ sind, wie sie sich gerne darstellen wollen. Das als Vorbemerkung. Aber ich weiß genauso, daß diese Unternehmer nicht Kreaturen sind, die ein Menschenleben niedriger als einen Mercedes bewerten, wie es der Verfasser bereits in seiner Überschrift glauben machen will. Wer so etwas behauptet, muß es wohl gleichsam als unerklärliches Wunder betrachten, daß z. B. in Südafrika oder in Brasilien oder in Peru Arbeitnehmer besonders gern bei deutschen Multis arbeiten, weil dort nachgewiesenermaßen die Arbeitsbedingungen eindeutig besser sind als in anderen Betrieben.

Diese Feststellung haben zahlreiche Betriebsräte genauso wie ich bei Besichtigungen in diesen Ländern treffen müssen. Diese Besichtigungen fanden zumeist auf Anregung des DGB statt, der über uns prüfen lassen wollte, ob deutsche Unternehmer sich in der Dritten Welt wirklich so miserabel benehmen, wie dies in Deutschland immer wieder behauptet wird.

Und um beim schwerer wiegenden „Mercedes“ zu bleiben, mir sagte einmal ein südafrikanischer Betriebsleiter anläßlich einer Sicherheitsübung schwarzer Bergleute nahe bei Rustenburg, daß er darauf hoffe, daß, wenn ihm einmal unter Tage etwas passiere, er von schwarzen Arbeitern gefunden und versorgt werde, weil diese eindeutig besser in „Erster Hilfe“ ausgebildet seien als Weiße.

Wer einen Mercedes höher schätzt als ein Menschenleben, macht solche Aufwendungen für die betriebliche Sicherheit nicht. Im Juni haben 180 Sänger des Bayer-Männerchores eine Konzertreise durch Brasilien unternommen. Sie hatten reichlich Gelegenheit, mit Arbeitern von Bayer do Brasil zu sprechen und Betriebe zu besichtigen.

Mein Kollege Waldemar Loch, Betriebsratsvorsitzender im Werk Leverkusen, hat die Reise mitgemacht. Er ist Spezialist für Arbeitssicherheit. Weder die Sänger – durchweg Arbeitnehmer von Bayer und chemiefahren – noch er haben festgestellt, daß die Sicherheitsbestimmungen in den Bayer-Betrieben in Brasilien lascher gehandhabt werden als bei uns. Im Gegenteil, sie sind detailliert gefaßt und werden streng beachtet. Soviel zu diesem Thema.

Broder wiederholt dann die Behauptung, Bayer entlasse willkürlich seine Arbeiter in Peru und denunziere sie bei der Polizei. Seine Quelle dürfte der „Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten“ Nr. 177 vom 14. 5. 77 sein. Jedenfalls ist dort diese Behauptung erschienen.

Der dieser Information zugrunde liegende Brief der „Sindicato de Trabajadores Bayer Industrial S. A.“ liegt mir vor. Er weist zunächst die Eigenheit auf, daß die Übersetzung in gutem Deutsch mit spanisch frasierter Satzherstellung erfolgt ist, der spanische „Urtext“ aber nach Aussagen unserer Dolmetscher viele „holprige“ Stellen aufweist, was den Verdacht aufkommen läßt, daß manipuliert wurde.

Ich habe trotzdem über den Internationalen Chemiarbeiterverband in Genf Erkundigungen eingezogen. Die Gewerkschaft in Peru gehört diesem Verband nicht an, es bestehen auch keinerlei Kontakte oder Versuche zur Aufnahme von Kontakten.

Ich habe in meiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied verlangt, daß mir eine eingehende Schilderung der Vorfälle in Peru zugeht. Mir liegen die Produktionsprotokolle vor. Von Streik in unserem Sinne kann keine Rede sein. Die Arbeitsniederlegungen sind regelmäßig von Sabotageakten begleitet. Eisenschrauben wurden in die Apparaturen geworfen, Steuergeräte zerstört, Produkte unbrauchbar gemacht usw.

Mir wird berichtet, daß die peruanische Militärregierung in der ersten Zeit diese aus unserer Sicht anarchistische Streikweise geduldet, dann aber, als zunehmend Anlagen zerstört wurden, von den Unternehmern gefordert hat, jeden dieser Vorfälle sofort zu melden. Verstöße gegen diese Meldevorschrift sollen mit einer Bestrafung des Unternehmers geahndet werden können.

Beteiligte an Sabotageakten sind von Bayer entlassen worden. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik würde dies genauso erfolgen, denn Streik und Sabotage sind zwei Paar Schuhe. Die deutschen Gewerkschaften lehnen solche anarchistischen Kampfmethoden entschieden ab, der Bund Freier Gewerkschaften nimmt in der Welt die gleiche Haltung ein.

Ich war mehrmals auf Anregung des DGB in Südafrika. Ich habe nirgendwo die Behauptung vernommen, deutsche Manager seien schlimmer als die südafrikanischen. Als Bayer z. B. die Chrome-Chemical in Durban übernahm, haben dies die Arbeiter sehr begrüßt. Die

Sicherheitsvorkehrungen wurden auf deutschen Standard gebracht, die Sozialräume und die Kantinenverpflegung verbessert usw. Es gibt Anlernkurse für schwarze Arbeitnehmer. Das verwendete Unterrichtsmaterial (Dia-Serien, Literatur) stammt aus Einführungskursen in Leverkusen.

Die Aufstiegsmöglichkeiten sind verbessert worden. Schwarze und farbige Arbeitnehmer erreichen erstmals auch Lohngruppen, in denen bisher nur Weiße eingestuft wurden. Das könnte auch nach meiner Ansicht schneller gehen. Fairerweise aber muß auch vermerkt werden, daß nicht nur Weiße um ihre Rechte fürchten, wenn schwarze Arbeiter besser eingestuft werden. Mindestens der gleiche Widerstand, wenn nicht mehr, wird von farbigen Arbeitnehmern (Indern, Malayen) geleistet, die grundsätzlich eine bessere Einstufung für sich reservieren wollen.

Bei Bayer S. A. in Johannesburg ist die Trennung in der Kantine formal aufgehoben worden, tatsächlich aber betritt ein einziger schwarzer Arbeitnehmer – er ist Personalchef für Arbeiter – die ehemals für Weiße reservierte Kantine, während es schon öfter vorkommt, daß Weiße in der ehemals für Schwarze reservierten Kantine essen. Eine Entwicklung, die vom Management gefördert wird.

Das Essenangebot ist grundsätzlich gleich, muß aber trotzdem gewisse Eigenheiten berücksichtigen. Eine Pensionskasse für alle Arbeitnehmer wurde bereits vor einigen Jahren eingerichtet, stößt aber immer noch auf Widerstand, weil die schwarzen Arbeitnehmer der Meinung sind, ihre Alterssicherung erfolge über den Familienverband. „Ich habe meine Eltern ernährt – meine Kinder sollen mich im Alter ernähren“, ist ein gängiges Argument.

Die Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute im Betrieb lehnen deutsche wie südafrikanische Unternehmer ab. Sie befinden sich damit in Übereinstimmung mit dem Bundesarbeitsgericht, welches den deutschen Unternehmern bestätigt hat, daß sie in ihren Betrieben die Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute nicht zu dulden brauchen. In den sogenannten Verhaltenskodex hat Herr Genscher also für Südafrika etwas hinschreiben lassen, was deutschen Arbeitnehmern und Gewerkschaften bisher nicht gewährt worden ist.

Interessant wäre sicher ein übernationaler Lohnvergleich. Ich behaupte nach wie vor, daß schwarze Arbeitnehmer bei Bayer in Südafrika real gesehen mehr verdienen als Arbeiter in der DDR. Denn 200–250 Rand im Monat sind unter Beachtung unterschiedlicher Kaufkraft zweifelsfrei mehr als 650–750 Ostmark!

Und ich behaupte weiter, qualifizierte schwarze Arbeiter bei Bayer in Südafrika verdienen zumindest das gleiche wie Arbeiter in Irland und teilweise auch in England, von Spanien, Jugoslawien, Portugal oder Griechenland gar nicht zu reden. Das gilt auch z. B. für die

bei Siemens oder Höchst tätigen schwarzen Arbeitnehmer, deren Konditionen ich kenne.

Solche Vergleiche gehören für mich immer dazu, denn Freiheit in Hunger oder Mangel gibt es nicht! Die Feststellung des deutschen Botschafters Eick, unter den Auslandsdeutschen gäbe es einen großen Anteil Faschisten in Reinkultur, teile ich voll. In Hillbrow, dem sogenannten „Schwabing“ von Johannesburg, feiern diese Typen regelmäßig noch den „Geburtstag des Führers“ und werden dann ebenso regelmäßig von der südafrikanische Polizei „schlagkräftig“ belehrt.

Im Bericht von Broder aber wird der Eindruck erweckt, unter den deutschen Managern gäbe es einen großen Anteil Faschisten in Reinkultur, was Eick nie gesagt hat. Broder sagt dies auch nicht, er versucht nur, diesen Eindruck zu erwecken.

Ich habe nicht die Absicht darzustellen, die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen der bei Bayer in Peru, Brasilien, Südafrika oder sonstwo in der Dritten Welt tätigen Arbeiter entsprechen den deutschen Konditionen. Wir liegen eindeutig an der Spitze, aber wir liegen auch hinsichtlich unserer Produktivität eindeutig vorn!

Das gehört zum Vergleich dazu.

Ich bin der Meinung, daß in Südafrika der Abbau der Rassenschranken beschleunigt erfolgen muß. Ich weiß aber auch, daß sofortiger Abbau dieser Schranken mit ziemlicher Sicherheit zum totalen Bürgerkrieg führen kann, nicht nur zwischen Schwarz und Weiß, auch zwischen Schwarz untereinander und erst recht zwischen Schwarz und Gelb und den Mischlingen, denn hier muß großer Haß abgebaut werden.

Dieser Haß hat zum großen Teil historische Gründe, denn die Inder wurden ins Land geholt, weil Schwarze Plantagenarbeit ablehnten. Der Haß aber hat sich unter den Rassenschranken verstärkt. Ihn abbauen können nur die Weißen, und wir müssen darauf drängen, daß dies systematisch geschieht, damit eine Katastrophe am Kap verhindert wird.

Ich habe abschließend nicht den Eindruck, daß der Beitrag von Broder bei diesem Vorgang besonders hilfreich sein könnte, denn er verfestigt nur bestehende Fronten.

Hans Weber, Vorsitzender  
des Gesamt- und Konzernbetriebsrates der Bayer AG

Toni Offermann

## **Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850—1863**

1979 (Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 5). 623 S.

108.— DM

ISBN 3 87831 311 X

Die organisatorische und ideologische Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Emanzipationsbewegung durch die Gründung des ADAV war das Werk Lassalles. — Dieses auch heute noch weit verbreitete, von der klassischen sozialdemokratischen Geschichtsschreibung geprägte Bild überprüft der Autor, ausgehend von der Frage nach Form und Grad der historischen Notwendigkeit der Trennung, an der realen sozialen Bewegung der deutschen Arbeiter zwischen der Niederlage der 48er Revolution und der Gründung zweier deutscher Arbeiterorganisationen 1863, indem er die Arbeiterbewegung aus ihren soziostrukturellen, ideologischen und organisatorischen Grundlagen ableitet.

Auf breiter archivalischer Grundlage werden, gesondert für die einzelnen deutschen Staaten, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung nach 1850 und ihre Überlebensversuche dokumentiert. Die Analyse der bürgerlichen Arbeiter- und Sozialpolitik zeigt die interessenbedingten Grenzen auf, die das Bürgertum daran hinderten, auf die elementaren Bedürfnisse der sich formierenden industriell geprägten Arbeiterschaft einzugehen. Die seit 1860 wiederauflebende Arbeiterbewegung wird in ihrer Entwicklung in den einzelnen Bundesstaaten auf regionaler, zum Teil auch lokaler Ebene detailliert untersucht. Im Mittelpunkt stehen dabei einerseits die Arbeiterbildungsvereine, insbesondere ihre soziale Zusammensetzung und Ideologie und ihr Verhältnis zur bürgerlichen Vereinspolitik, andererseits die Bemühungen um eine erneuerte gesamtdeutsche Arbeiterbewegung, die 1863 in die Gründung zweier konkurrierender Organisationen, des ADAV und des VDAV, mündeten.

Offermann weist ausführlich das Weiterwirken personeller, ideologischer und organisatorischer Elemente aus der Revolutionszeit in den 60er Jahren nach. Er widerlegt damit die These vom Beginn der deutschen Arbeiterbewegung im Jahre 1863 und der Gründerfunktion Lassalles, der erst in einer Spätphase in die Bewegung hineingezogen wurde. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß die tatsächliche historische Trennung von bürgerlicher und proletarischer Emanzipationsbewegung nur die Interessengegensätze realisierte, die in den Axiomen des bürgerlichen sozialpolitischen Engagements einerseits und den aktuellen Forderungen der Arbeiter andererseits vorgezeichnet waren. Daher bestreitet er die Möglichkeit einer alternativen „liberalen“ Arbeiterbewegung über die temporäre Zusammenarbeit in den frühen 60er Jahren hinaus.

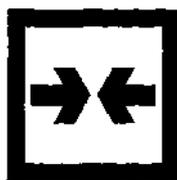
Toni Offermann, geboren 1950, studierte Geschichte, katholische Theologie und Philosophie in Bonn und Bochum. Nach dem ersten Staatsexamen 1975 in Bonn Arbeit an der Dissertation. Im September 1977 Eintritt in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt am Gymnasium. Im Oktober 1978 Promotion an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (phil. Fak.). Im Februar 1979 Assessorexamen für das Lehramt am Gymnasium.

**Verlag Neue Gesellschaft GmbH**

Postfach 200 189

5300 Bonn 2





## Grundwerte der Demokratie Orientierungsversuche im Pluralismus

von Alexander Schwan  
Piper Verlag München 1978,  
164 S., DM 14,—

Die Schrift Alexander Schwans enthält fünf Aufsätze, die zum Teil unter anderem Titel in den letzten beiden Jahren in gut zugänglichen Sammelwerken zu bestimmten Themenkreisen erschienen sind. Im ersten Aufsatz „Die Chance der pluralistischen Demokratie in der gegenwärtigen Krise“ will Schwan all jenen Mut zusprechen, die „die politischen Grundlagen unserer westlichen Gesellschaften und ihr Ethos“ (S. 10) in der gegenwärtigen Krise bedroht sehen. Schwan stellt fest: „Die freiheitliche, pluralistische, interdependente Gesellschaft ist die Realität der Gegenwart; in ihrer Sicherung, Ordnung und Entwicklung zum größtmöglichen Wohl der Individuen, der pluralen Kräfte und des Ganzen liegt eine fortdauernde Aufgabe für die Politik der Zukunft“ (S. 14). Ausgehend von der Annahme, daß alle Konflikte sich partnerschaftlich lösen lassen, und im Glauben an die Kraft eines allgemein anerkannten Grundkonsenses hält Schwan es für möglich, daß die vielfältigen Einzelkräfte in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse das erforderliche Problemlösungspotential zu erzeugen in der Lage sind. Elnacht in die Notwendigkeit könne die Gruppen zum Abschluß eines neuen Gesellschaftsvertrages führen; an institutionellen Vorkehrungen nennt er unter anderem die Etablierung von Sachverständigenräten, die Errichtung neuer Kammern sowie Referenden und Volksentscheide in zentralen Fragen des gesellschaftlichen Lebens. „Wer die Demokratie beschränken will, statt dahin zu wirken, daß sie erweitert, besser fundiert und effizienter gemacht wird, der zerstört die Qualität des Lebens in der pluralistischen Gesellschaft, also die ‚Meliorationsgesellschaft‘, über-

haupt die europäische Zivilisation in ihrer Substanz“ (S. 26).

Im zweiten Aufsatz „Grundwerte, Grundrechte, Grundkonsens“ glaubt er die Linke in der SPD und den „umfänglichen Sympatiantensumpf“ als Mitverursacher der durch die CDU-Parole „Freiheit oder/statt Sozialismus“ ausgelösten heftigen Diskussionen um den Grundkonsens dingfest machen zu können. Schwan befürchtet die Rückentwicklung der SPD von einer pluralistischen Volkspartei zu einer monistischen Klassenpartei. Übergehen wir die polemischen Passagen: Seine Ausführungen zur These „Gesellschaft und Staat sind personal grundsätzlich identisch, funktional aber verschieden“ (S. 42), verdienen Beachtung, führen sie ihn doch zu der Forderung nach inhaltlicher Bereicherung der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie durch Partizipation der Bürger.

Um so erstaunter ist der Leser, wenn er im fünften Aufsatz, „Wende in der Bildungspolitik“, Alexander Schwan gegen die „aufgeregte Emanzipationsideologie“ ins Feld ziehen sieht, der Autor im Gefolge konservativer Bildungs ideologen zum Kampf gegen die linke Krisenliteratur, „von den K-Gruppen bis zu den Nachfahren der Kritischen Theorie“ (S. 152) aufruft. In grobklotziger Undifferenziertheit fixiert er die Leser auf vermeintliche Gesellschaftsfeinde und maßt sich an, über die Toleranzgrenze im Pluralismus zu bestimmen. Mit Bernhard Sutor, dessen parteipolitische Streitschrift wider die Kritische Theorie („Grundgesetz und politische Bildung“) er als ausgezeichnete Studie empfiehlt, polemisiert er gegen die scheinbar „aufgekommenen Tendenzen zur Umstrukturierung und Deformierung nahezu aller Inhalte und Formen von Erziehung“ (S. 145).

Die umfanglichste Arbeit ist der „Philosophie der Gegenwart vor dem Problem des Pluralismus“ gewidmet. Hier setzt er sich mit den

Arbeiten von Helmut Spinner, Paul K. Feyerabend, Karl Otto Apel und Max Müller auseinander. Von Interesse ist insbesondere die Befassung mit Helmut Spinners „Pluralismus als Erkenntnismodell“ (Frankfurt 1974), worin Spinner den Versuch unternimmt, für den Wissenschaftsbereich eine exakte pluralistische Position zu konzipieren. Offensichtlich betroffen von Spinners Postulat „wer für Pluralismus ist, sollte es konsequent sein“ (a.a.O., S. 241), und der Schlußformulierung 1: „Theorienpluralismus ist gegeben dann und nur dann, wenn es eine Pluralität von Theorien gibt, die zueinander im Verhältnis gegenseitiger Kritik stehen. Also kann kein Standpunkt sinnvollerweise den Anspruch erheben, selbst ‚der Pluralismus‘ zu sein, die geforderte Pluralität der Standpunkte zu verkörpern oder zu repräsentieren und alternative Standpunkte mit dieser Behauptung als angeblich ‚nichtpluralistisch‘ ausschließen zu dürfen. Es gibt Theorienpluralismus oder das Gegenteil davon (also Monismus), aber es gibt keine ‚pluralistischen‘ oder ‚nichtpluralistischen‘ Theorien“, übt sich Schwan in scharfer Kritik am politischen Widersinn einer Philosophie des Pluralismus: „Eine (nichts als) pluralistische Philosophie ist eine Absurdität.“ (S. 112).

Im Vortrag „Die geistesgeschichtliche Herkunft der Grundwerte“ fragt Schwan nach Sinn und Herkunft der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, wie sie sich aus der klassischen Philosophie, aus christlicher Ethik und dem Humanismus ergeben.

Nach Lektüre des Buches bleibt das Fazit: Vom Neo-Pluralisten Alexander Schwan nichts Neues. Ansätze einer konsistenten pluralistischen Theorie sind nicht zu erkennen“, es bleibt bei Orientierungsversuchen im Pluralismus, die letztlich doch auf eine Statusquo-Erfassung als Pluralismus hinauslaufen. Wer sich über Pluralismus orientieren will, sollte zu

Hans Kremendahl, Pluralismustheorie in Deutschland, Leverkusen 1977, greifen. Jenes Buch kann er mit größerem Gewinn lesen.

Manfred Dörr

### Zur Theorie der Reform

Entwürfe und Strategien

von Martin Greiffenhagen (Hrsg.)

C. F. Müller Juristischer Verlag

Heidelberg-Karlsruhe 1978, 284 S., DM 28,-

Das Buch trägt zwar den Untertitel „Entwürfe und Strategien“, doch befassen sich die Autoren – Vertreter der Pädagogik, der Sozialpolitik, der Staats- und Parteitheorie, der Kommunikationswissenschaft und der Theologie – nicht mit konkreten Reformvorschlägen, sondern in erster Linie mit Voraussetzungen, Bedingungen und Chancen politischer Reformen.

Viele – unter ihnen der Herausgeber Martin Greiffenhagen – sind zunächst bemüht, den Begriff selbst zu erklären. Reform, so meint Greiffenhagen, habe man als eine allmähliche, langsame, kontinuierliche Veränderung des gegenwärtigen Zustandes zu verstehen. Im Gegensatz zum Revolutionsbegriff wird der Reformbegriff in Wörterbüchern kaum erwähnt und erläutert, obwohl Reform schon lange in Geschichte und Politik eine nicht unbedeutende Rolle spielt und – so Michael Th. Greven – die Revolution die Ausnahme und die Reform die Praxis, das Alltägliche, ist. Um so mehr ist daher die Auseinandersetzung mit Begriff und Theorie der Reform geboten, vor allem wenn man bedenkt, daß die Wahlen zum Bundestag in den Jahren 1969 und 1972 von SPD und FDP im Zeichen der Reformpolitik gewonnen wurden.

Der Reformier hat zum Status quo ein völlig anderes Verhältnis als der

Revolutionär. Während der Reformier das Bestehende verändern will, um es zu erhalten, glaubt der Revolutionär, er könne Mißstände am besten beseitigen, wenn das Bestehende zerstört werde. Um dem modernen Reformverständnis beizukommen, so führt Greiffenhagen aus, müsse man den prinzipiellen Wandel von der früher statischen Gesellschaft zur heutigen dynamischen ins Auge fassen, denn mit der Umwandlung von der Agrar- zur Industriegesellschaft wurde die Politik zum Schicksal breiter Massen. Die Lebensbedingungen nahm man von nun an nicht mehr als von Gott gegeben hin, sondern sah sie als mach- und planbar an. Diese Entwicklung führte, politisch gesehen, zu einer allgemeinen Demokratisierung, wobei der hiermit verbundene Legitimationswandel sowohl auf revolutionärem als auch auf reformerischem Wege vor sich ging.

Aber, so betont der Verfasser, mit der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen allein ist es nicht getan. Auch das gesellschaftliche Bewußtsein muß sich ändern, damit nicht, wie es so häufig in Deutschland der Fall war, eine tiefe Kluft entsteht zwischen den Produktionsbedingungen der Gesellschaft und ihrem Selbstbewußtsein. Wichtig ist, „konkretistisches Bewußtsein“ zu überwinden, das dem Status quo, gleich aus welchen Gründen, Ewigkeitswert zuspricht. Auch bedürfen Reformvorhaben der Zustimmung der Mehrheit und vor allem der Partizipation der Betroffenen. Darüber hinaus fordert Greiffenhagen für die volldemokratisierte Gesellschaft Selbstaufklärung. Wie weit wir jedoch davon noch entfernt sind, darauf machen Peter Glotz und Wolfgang R. Langenbacher in ihrem Beitrag „Reform als Kommunikationsprozeß“ aufmerksam, indem sie auf die Erfahrungen des Jahres 1977, insbesondere auf die Terrorismus-Debatte, hinweisen.

Für Greven hängen Konservatismus und das Prinzip der Reform eng

zusammen. Der Unterschied zwischen Reform und Revolution liegt seiner Meinung nach nicht nur im jeweiligen Verhältnis zum Bestehenden und auch nicht allein in der Frage der Gewaltsamkeit, die wiederum für den Theologen Janowski Vorrang hat, sondern vor allem darin, daß die Reform eine Maßnahme von oben ist. Sie wird durch Erlasse und Gesetze sozusagen hoheitlich verordnet. Revolution dagegen greift das System von außen an und stellt die Grundlagen von unten her in Frage. Revolution ist von Natur aus offensiv, Reform defensiv.

Historisch hat die Reformtheorie ihren Ursprung bei den gegenrevolutionären Kräften, bei den Konservativen; aber nicht bei den Reaktionsären, die der gesellschaftlichen Entwicklung von vornherein ein bedingungsloses Nein entgegensetzen. Zwar hat sich reformerisches Denken ideologisch und der Form nach ständig gewandelt, ist aber nach wie vor gekennzeichnet durch seine Zugehörigkeit zur Macht und zum politischen System, wobei es allerdings keine völlige Identität mit den Herrschenden gibt.

Andere Autoren untersuchen das Verhältnis „Routine und Reform“, „Die Reformfähigkeit bürokratischer Institutionen“ sowie „Die Reformprinzipien der politischen Parteien in der Bundesrepublik“. Tennstedt verfolgt die Politik der Sozialreform und macht deutlich, daß sich diese zunächst mittels Arbeiterversicherung sowohl gegen liberale Staatsauffassungen als auch gegen die sozialistische Arbeiterbewegung richtete. Zwangsläufig kommt er von hieraus auf die Entwicklung der Sozialversicherungsreform und vertritt schließlich die Ansicht, daß sich heute die Sozialpolitik von einer Armenpolitik zu einer korrigierenden bzw. rehabilitierenden Gesellschaftspolitik gewandelt habe.

Weitere Themen sind die „Rolle des Rechts in Reformprozessen“ sowie „Reform als theologisch-ethi-

sches Problem“, denn nicht übersehen werden darf, daß jede Reformpolitik auch eine ethische Dimension hat. Aufschlußreiche Anmerkungen zur Literatur sowie eine kritische, nicht vollständige, aber durchaus repräsentative Bibliographie beschließen das inhaltsreiche Bändchen.

Ursula Hornann

**Der Revisionismusstreit und die politische Theorie der Reform**  
Fragen und Vergleiche  
von Sven Papcke  
Verlag W. Kohlhammer  
Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1979,  
200 S., DM

Papckes Ansprüche, die er mit dem vorliegenden Band erhebt, sind bescheiden. Er glaubt von seinen Ausführungen, daß sie die Widersprüche der Revisionismusdebatte, die seiner Meinung nach ohnehin in ausgetretenen Bahnen verläuft, ebenso getreulich widerspiegeln „wie die parteilichen Einschätzungen, in denen dieser Themenkomplex tief steckt“. Hier unterschätzt der Autor seine eigenen Fähigkeiten. Bei seinem Bemühen, „auf einige der damaligen Vorgänge (der zeitgenössischen Bernstein-Diskussion) sowie auf ihre soziale Wirksamkeit und ideologische Kennzeichnung“ (auch heute) aufmerksam zu machen, stößt er immer wieder zu Ansätzen vor, die eine klinische Theorie der Arbeiterbewegung zu rezipieren nicht umhin könnte.

Zwar wird man ihm sicherlich keine un- oder überparteiliche Sicht des Revisionismusproblems zubilligen wollen (das Ergebnis wissenschaftstheoretischen Streits über eine solche Möglichkeit schließt das ohnehin aus), doch läßt sich eines ganz klar ausmachen: Er setzt sich genau zwischen die Stühle – der etablierten Revisionismuskontrahenten nämlich, als da sind Neo-Bern-

steinianer und „orthodoxe“ Marxisten (insbesondere leninistisch-revisionistische Variante und insofern nicht orthodox). Mit beiden verdirbt er es sich gründlich.

Primäranliegen des Autors ist die Klärung der Frage nach der Machtrealistik eines Reformansatzes à la Bernstein. Der leninistische Jakobinismus hat die Machtfrage auf dem Wege über „eine elitär geführte Verschwörungsmaschinerie“ geschichtlich virulent zu entscheiden verstanden. Doch scheiterte er in der Frage der Reformrealistik. Eine perfekte Durchidealisierung (= -ideologisierung) der Revolutionslehre läßt keine Dementis der Realität mehr zu. „Die jakobinisierte Theorie tritt seither einer „unstimmigen Wirklichkeit“ selbstbewußt entgegen, da die (angeblich) auf diese theoretische Realität bezogene Alltagspraxis der (angeblichen) Träger der Revolution nicht der ideologisch richtigen Theorie entspricht.“

Diesem Revolutions-Idealismus mit seinen heute wie damals fatalen Folgen auch für die angeblich zu Expropriierenden entspricht bei Bernstein und seinen Epigonen ein „Empirio-Idealismus“, der sich vor allem durch „die Einbindung des sozialdemokratischen Reformziels in die industrielle Erfolgslogik“ auszeichnet. Papcke: „Der Handlungsbegriff Bernsteins wollte die sozialen Akteure aus der Dramaturgie der Revolution erlösen –, um sie in die Hege und Pflege des objektiven Wandels einzuspannen. Die Verneinung revolutionärer Schritte tendiert dabei zur Absage an eine soziale Wesensanalyse überhaupt – deren Dimension historisch nicht zuletzt mit dem sozialistischen Umdenken eröffnet worden war –, weil die entsprechende Theorie der Reform über die Beschreibung kontingenter Handlungsräume kaum hinausgeht.“

Während Bernstein an den „Ultra-revolutionären“ bemäkelt, daß sie zu allen Zeiten „das behinderten, was historisch vielleicht möglich sei, da sie alles Erreichte/Erreichbare – an

den extremen Erwartungen gemessen – als unzureichend verwerfen“ (Papcke), während er also an ihnen die ausgesprochene Ungeduld gegenüber dem Zeitfaktor kritisiert, befindet Papcke Bernstein in dieser Beziehung geradezu als „behäbig, weil alles Wünschenswerte bereits unterwegs ist. Hier wie dort findet also eine Verwechslung von sozialer und theoretischer Zeit statt.“ Papckes machtrealistische Überlegungen resultieren zum einen aus seinen Erkenntnissen als Historiker, die eine quasi dialektische Symbiose beider Positionen nahelegen, die das Wechselverhältnis von Radikalismus und Reformschritten ins Kalkül zieht, zum andern aus der komplexen Problemsicht des Soziologen: „Der revisionistische Machtbegriff, so läßt sich folgern, kennt damals wie heute offenbar keine gesellschaftlichen Metakonflikte, die gerade in ihrer Prägung durch den Systemtyp der Gut- bzw. Böswilligkeit der Handelnden entzogen scheinen. Macht ist eben nicht allein als „Beschränkung des Selektionsspielraumes der Partner“ (Luhmann) anzusehen, sondern auch als Handlungsrahmen und Handlungsermöglichung solcher Selektionsvorgänge selbst.

Werden also soziale Sachzwänge z. B. durch die Bedingungen der Kapitalverwertung oder durch den Kommerzialisierungsdruck geregelt, dann können Reformabsichten, die diesen Zusammenhang nicht sehen oder nicht in Frage stellen – oder umgekehrt, wie im Revisionismus: seine Erfolge an dessen reibungslosen Ablauf koppeln –, immer nur im Gefüge der damit gegebenen „Selektionsspielräume“ auftreten. Die Vernunft der Reform bleibt somit der Vernunft der Rentabilität – in diesem Fall – untergeordnet! Die Grenzen revisionistischer Reformen fallen mit den Grenzen einer weitgehend autonomen Kapitallogik zusammen.“

Daraus folgert der Autor: „Politisch tragfähig erscheint nur ein

Begriff von Reformen, der nicht nur die Folgen, vielmehr irgendwann auch einmal die Ursachen der Schäden zur Reform freigibt.“ Angesichts der Zunahme von Unsicherheit und Krisen (Umweltzerstörung, Ressourcenknappheit) reicht ein passiver Reformismus, wie ihn der Bernsteinianismus darstellt, nicht länger hin: „Es gilt zu berücksichtigen . . . , daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaftsformationen . . . eine unübersehbare Verbindung von Mangel/Knappheit und rigiden Ordnungsformen aufzeigt.“ Dagegen hilft nur ein entschiedener Fundamentalreformismus. Dazu gehört: „Die Reformpartei muß heute, nachdem nicht zuletzt durch ihre eigene Tätigkeit das soziale Sicherungsnetz verdichtet worden ist, die Verteilungsoffenheit angesichts sich deutlich abzeichnender Wachstumshemmnisse bewahren.“

Doch Papcke weiß auch um die Gefahren eines solchen fundamentalreformistischen Ansatzes: „Sieht sich die sozialdemokratische Großorganisation trotz eigener Bedenken auf das Problem tiefgreifender Struktureingriffe gestoßen, gerade um im Interesse 'des Ganzen' Schutzmaßnahmen zu treffen, dann ist nicht auszuschließen, daß allein schon dieser Themenwechsel in tagespolitische Untiefen führen kann.“

Angesichts der systemlogisch zu erwartenden Untiefen mit der Konsequenz rigider Ordnungsmuster (s. o.) bedürfte es eigentlich nicht der Frage, ob Fundamentalreformen nicht dennoch gewagt werden sollten.

Heinz Donath

#### Entscheidung ohne Klarheit

Anmerkungen und Materialien zur Bundestagswahl 1976

Hrsg. v. Dieter Just und Peter Röhrig  
Bundeszentrale für politische Bil-

dung (= Schriftenreihe Bd. 127)  
Bonn 1978, 347 S.

Dieter Just und Peter Röhrig, beide Mitarbeiter des Bundespresseamts, wollen mit ihrem „Reader“ den Versuch unternehmen, „Bundestagswahlen in ihr politisches Umfeld einzuordnen, Daten und Materialien über ihre Hintergründe und Auswirkungen zusammenzutragen, die Kontroversen um die Bewertung des Wahlkampfes und die Interpretationen der Wahlentscheidung zu verdeutlichen“. Sie setzen damit ein verdienstvolles Unternehmen fort, das Dieter Just und Lothar Romain mit der Bundestagswahl 1972 begonnen haben (Schriftenreihe Bd. 101).

Einleitend lassen Hans Kepper und Meinhard Miegel – von unterschiedlichen politischen Standorten ausgehend, wie es der pluralistischen Konzeption des Bandes entspricht – noch einmal die zentralen politischen Ereignisse der 7. Legislaturperiode Revue passieren und stellen die wesentlichen Leistungen und Initiativen der Koalitions- bzw. der Oppositionsparteien dar.

In seinem Vergleich der Wahlprogramme der Bundestagsparteien kommt Joachim Wagner zu dem Ergebnis, daß gerade der Mangel an Alternativen in Grundsatz- wie Sachfragen erheblich zur Polemisierung des Wahlkampfes beigetragen habe. Keiner Partei sei es gelungen, eine politische Perspektive zu entwerfen und überzeugend darzustellen.

Im eigentlichen Wahlkampf, den Peter Röhrig untersucht hat, zeigten sich die Unionsparteien organisatorisch und konzeptionell unvergleichlich stärker als 1972. Durch ihre Angst- und Verunsicherungsstrategie habe die SPD sich eine rein defensive Wahlkampfkonzeption aufzwingen lassen, der alles Perspektivische gefehlt habe und die deshalb kaum zur Wählermobilisierung habe beitragen können.

Unter demoskopischen Gesichtspunkten wird die Wahl untersucht

von Wolfgang Tschirner (EMNID) und Elisabeth Noelle-Neumann (Allensbach), die die Gelegenheit wahrnimmt, ihre nicht gerade unumstrittene „Schweigehypothese“ erneut auszubreiten. Über den Erkenntniswert der z. T. suggestivtendenziösen Fragestellungen ihrer Erhebungen sind einige Zweifel angebracht. Gleichwohl verdienen sie insofern Aufmerksamkeit, als sie gewisse Schlüsse auf organisatorische und werbetechnische Schwachstellen der Parteien zulassen. Nach den Untersuchungen von Frau Noelle-Neumann haben die Koalitionsparteien erst in den letzten Wochen vor der Wahlentscheidung die Unionsparteien in der Wählergunst überflügeln können.

Im Gegensatz dazu ist Tschirner der Überzeugung, daß eine erfolgreiche Regierungspolitik in den Jahren 1972–1975 die Grundlage für den erneuten Wahlsieg der SPD/FDP-Koalition geschaffen habe, während der eigentliche Wahlkampf kaum mehr entscheidende Wählerbewegungen habe auslösen können. Von daher dürfte der Bilanzierung der Leistungen der Bundesregierung in der 8. Legislaturperiode auch im Wahlkampf 1980 großes Gewicht zukommen.

Auf dem Hintergrund der parteipolitischen Entwicklungen im Nachwahljahr, die Dieter Just untersucht, wird deutlich, wie dramatisch und doch zugleich widerstandslos sich mittlerweile ein Rechtsruck in der CDU vollzogen hat. Kurt Sontheimers Plädoyer „Für einen tragfähigen Konsens der Grundwerte“, in dem noch von einer „Sonderrolle der CSU bei den Christdemokraten“ die Rede ist, hebt daher – aus aktuellerer Sicht – zu einseitig auf eine neue Weile des politischen Hedonismus ab.

In einem umfangreichen Materialanhang haben die Herausgeber eine Fülle wichtiger programmatischer Dokumente in Auszügen zusammengestellt und die Wahlkampfwerbung der Parteien dokumentiert.

Als hilfreich für die Benutzung des Readers erweist sich schließlich auch eine umfangreiche Chronik der politischen Ereignisse zwischen 1974 und 1977.

Georg Huth

### **Moderne Politische Ökonomie**

Die Beziehungen zwischen  
Wirtschaft und Politik

von Bruno S. Frey

R. Piper & Co. Verlag

München 1977, 203 S., DM 28,-

Als vor einigen Jahren die englische Wirtschaftswissenschaftlerin Joan Robinson vom „offensichtlichen Bankrott der ökonomischen Theorie“ sprach, weil sie „nichts zu sagen hat auf die Fragen, die für alle, außer für Ökonomen, dringendst der Antwort bedürfen“, rief sie einen Sturm der Entrüstung bei vielen professionellen Ökonomen hervor. Dabei war den Praktikern der Wirtschaftspolitik sei langem bewußt, daß die ökonomische Theorie in den letzten 20 Jahren zur Lösung der relevanten ökonomischen und sozialen Probleme unserer Zeit nur sehr wenig beigetragen hat. In den letzten Jahren ist die Wirtschaftswissenschaft zunehmend darum bemüht, dieses Defizit abzubauen. Von ihr wird inzwischen anerkannt, daß Wirtschaft und Politik untrennbar miteinander verbunden sind. Der Autor des hier zu besprechenden Buches, Bruno S. Frey, geht noch einen Schritt weiter und erhebt die Forderung: „Die Ökonomie muß Politische Ökonomie werden, . . . um die Wirklichkeit geeignet erfassen und beeinflussen zu können.“

Bruno S. Frey, der im deutschsprachigen Raum zu den Wirtschaftswissenschaftlern zählt, die an der Weiterentwicklung der Politischen Ökonomie entscheidend mitgewirkt haben, gibt in seinem Werk „Moderne Politische Ökonomie“

einen Überblick über die verschiedenen Varianten der Politischen Ökonomie und zeigt Ansatzpunkte für die Entwicklung einer „Neuen Politischen Ökonomie“ auf.

Im ersten Teil: „Was will Politische Ökonomie?“ wird von Frey die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Wirtschaftswissenschaft begründet. Die Ansatzpunkte der Politischen Ökonomie werden im zweiten Teil unter der Überschrift „Wie weit ist die Politische Ökonomie?“ abgehandelt. Die Varianten Politischer Ökonomie werden dabei in einer Reihenfolge diskutiert, die dem zugrundeliegenden methodischen Ansatz folgt:

- marxistische Ansätze (Cambridger Kapitaltheorie, Neue Linke);
- systemtheoretische Ansätze (Sozialwissenschaftliche Systemtheorie und Systemdynamik, Systemanalyse und Policy Science);
- traditionelle Wirtschaftswissenschaft (Politische Wirtschaftslehre, Praktische Wirtschaftspolitik).

Wegen ihrer Bedeutung wird die sog. Politische Ökonomie der Unorthodoxen (vertreten insbesondere von Galbraith und Myrdal) und die Ökonomische Theorie der Politik (vertreten insbesondere von Schumpeter, Arrows, Downs, Olson) besonders ausführlich dargestellt. Dies geschieht insbesondere deshalb, weil Frey in den abschließenden Teilen seines Buches einige politisch-ökonomische Modelle vorstellt, die Elemente der Ökonomie der Unorthodoxen und der Ökonomischen Theorie der Politik zu vereinigen versuchen. Diese Verbindung wird vom Autor als „Neue Politische Ökonomie“ bezeichnet. Entsprechend steht im Mittelpunkt sowohl des dritten Teiles: „Wie können evolutionäre Abläufe entstehen?“ als auch des vierten Teiles: „Wie lassen sich politisch-ökonomische Beziehungen empirisch messen?“ die Untersuchung des staatlichen Verhaltens unter unterschiedlichen

wirtschaftlichen und politischen Bedingungen. Dabei wird der Regierung eine Schlüsselstellung in der Gesellschaft eingeräumt. Ihr Versuch, an der Macht zu bleiben, stellt nach Ansicht von Frey ein wichtiges Kennzeichen ökonomisch-politischer Systeme dar. Als Verhaltenshypothese der Regierung wird dabei Stimmenmaximierung bzw. Nutzenmaximierung unterstellt.

Die kritiklose Übernahme der Stimmen- bzw. Nutzenmaximierungshypothese durch Frey ist sehr zu bedauern und für den Rezensenten enttäuschend. Denn war er bislang der Überzeugung, für die Konzeption einer „Neuen Politischen Ökonomie“ würde endlich der Weg geebnet, so muß er nunmehr resignierend feststellen, daß die Überlegungen von Frey in die traditionelle Ökonomie einmünden. Ganz abgesehen davon, daß sich jeder überzeugte Demokrat beleidigt fühlen muß, wenn er akzeptieren soll, daß Demokratie als Ware, gehandelt auf dem Stimmenmarkt, betrachtet wird, ist die Analogie zum tradierten Marktsystem offenkundig. Denn auch hier hängt die Maximierung des Wohlstands allein vom eigennützigen Streben der Wirtschaftssubjekte ab. Demokratie wird somit auch in der „Neuen Politischen Ökonomie“ von Frey wie bei Schumpeter als „Konkurrenz der Parteien um Wählerstimmen“ definiert. Damit werden grundsätzlich in der Politik die gleichen Verhaltenshypothesen wie in der Wirtschaft unterstellt. Die Wähler, identisch mit den Konsumenten, maximieren ihren Nutzen, indem sie für die Partei stimmen, die ihrem wirtschaftlichen und sozialen Empfinden entspricht. Umgekehrt streben Parteien und Politiker allein nach Macht und formulieren daher Programme und praktizieren eine Politik, von der sie glauben, sie würden ihre Stimmenzahl bei der nächsten Wahl maximieren. Sieht die Realität aber wirklich so aus? Die praktizierte Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Bur-

desrepublik Deutschland ist dann bestimmt falsch angelegt. Und wie steht es mit den zigtausenden Parteimitgliedern, Wahlkandidaten und engagierten Bürgern, die sich mit großem Engagement und vielfach in aussichtsloser Situation für eine nach ihrer Ansicht gerechte Sache einsetzen und dafür keine Vorteile, sondern oftmals Nachteile in Kauf nehmen? Die Hypothese von der Stim-

menmaximierung dürfte deshalb keine realistische Annahme darstellen, um politisch-ökonomische Beziehungen empirisch zu messen. Zu einer effizienteren Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dürfte somit die „Neue Politische Ökonomie“ von Bruno S. Frey keinen Beitrag leisten. Sie befindet sich in einer Sackgasse.

Als Fazit bleibt somit festzuhal-

ten: Ein lesenswertes Buch zur Einführung für interessierte Laien und Studenten, die sich über den aktuellen Stand der Politischen Ökonomie informieren wollen. Für den Fachwissenschaftler wie den Politiker bleibt weiterhin die Forderung nach einer realistischen Politischen Ökonomie bestehen.

Hubert Voigtländer

## Mitarbeiter dieses Heftes

---

### *Wilhelm Kaisen*

ehem. Senatspräsident der Hansestadt Bremen

---

### *Olaf Sund*

Senator für Arbeit und Soziales in Berlin

---

### *Axel Raußs*

Angestellter im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

---

### *Antje Dertinger*

Leiterin des Bürgerbüros beim SPD-Parteivorstand

---

### *Kurt Schölzke*

Tiefbauarbeiter

---

### *Hartmut Heß*

Redakteur bei Associated Press; ehem. Bundesgeschäftsführer der Jungsozialisten

---

### *Otfried Jarren*

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Münster; Mitglied der Medienkommission des SPD-Bezirks Westliches Westfalen

---

---

### *Dr. Claus Eulich*

Akademischer Rat im Dortmunder Modellstudiengang für eine hochschulgebundene Journalistenausbildung

---

### *Rainer Mitzkott*

Rundfunk-Autor für SFB und WDR

---

### *Gert Börsen*

Dipl.-Politologe; Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages; Mitglied des SPD-Landesvorstandes Schleswig-Holstein; Mitglied des NDR-Rundfunkrates

---

### *Danièle Ruthmann*

Dozentin für Deutsch an der Universität Valenciennes

---

### *Dr. Hans-Jürgen Weiß*

Akademischer Rat am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Göttingen

---

### *Prof. Dr. Jürgen Nowak*

Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin

---

### *Armin Klein*

Doktorand der Politikwissenschaft an der Universität Mainz

---

---

### *Dr. Klaus Schönhoven*

Privatdozent am Institut für Geschichte der Universität Würzburg

---

### *Dr. Fritz Vahrenholt*

Leiter des Referats Chemische Industrie im Umweltbundesamt; Mitglied der Arbeitsgruppe Umweltfragen beim SPD-Parteivorstand

---

### *Gerd Albracht*

Dipl.-Chemiker; Leiter der Abteilung Umweltschutz beim Hauptvorstand der IG Papier-Chemie-Keramik

---

### *Dr. Liesel Hartenstein*

SPD-MdB; Mitglied der Arbeitsgruppe Umweltpolitik der SPD-Bundstagsfraktion

---

### *Eckhard Linnenkohl*

Doktorand der Politikwissenschaft an der Universität Marburg

---

### *Dr. Walter Bückmann*

Leiter des Forschungsinstituts Stadt- und Regionalplanung, Umweltplanung beim Institut für Zukunftsforschung, Berlin; stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft für Zukunftsfragen e. V.

---